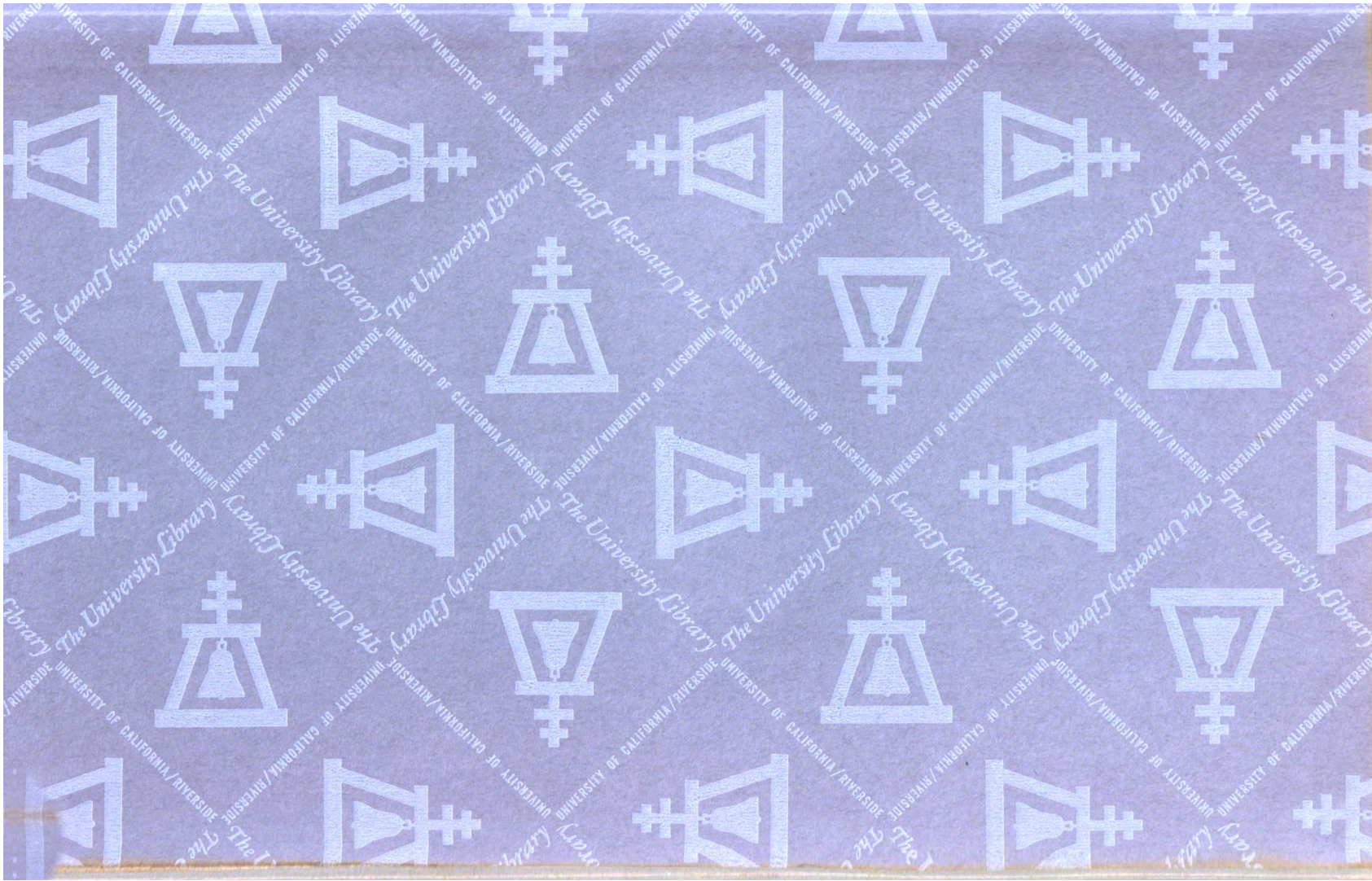
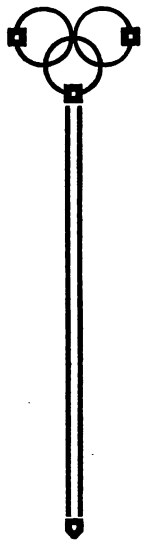
LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE


The University Library
UNIVERSITY OF CALIFORNIA/RIVERSIDE

ID 2298314

Helphand, Alexander, 1867–1924

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus



Von Parvus

Druck und Verlag von Kaden & Comp., Dresden-A.

HD3611
H43

Inhalt

Kapitel I. **Das soziale Problem unserer Zeit** VII

1. **Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft** 1

   Unterproduktion zur Zeit des Aufschwungs — Kapitalanhäufung und Produktionsstörungen — Ueberproduktion — Markterweiterung, erläutert an dem Kolonialmarkt — Der gesellschaftliche Bedarf und der kapitalistische Warenmarkt — Die Einführung neuer Gebrauchsartikel — Produktionsänderungen und Warenmarkt — Der Kapitalist und der Konsument

2. **Volksbedarf und Volkskraft** 16

   Einkommen, Kapital und Produktion — Die Kapitalanhäufung und der Volksbedarf — Die Kapitalanhäufung und die Vergeudung der Arbeitskräfte — Das kapitalistische Interesse und die gesellschaftlichen Produktivkräfte — Die Gesellschaft und das kapitalistische Privateigentum — Kapitalistisches Interesse und sozialistisches Interesse

3. **Der Kapitalüberschuß und dessen Verwendung** . . . 27

   Das doppelte Problem der sozialen Revolution — Staats- und Kommunalbedarf — Die Bourgeoisie und ihr Bedarf — Schema des gesellschaftlichen Bedarfs — Die Kapitalisierungen — Die Bourgeoisie entäußert sich ihres Kapitals — Die Kapitalanlagen — Eine Machtfrage

Kapitel II. **Die Banken, der Staat und die Industrie** 39

1. **Das Bankkapital und der Staat** 41

   Die Sparkassen — Das Wechselgeschäft der Banken — Der Kapitalüberschuß der Banken — Die Banken und der Staatskredit — Aus der Geschichte der Diskontogesellschaft — Direkte Beziehungen zwischen Staat und Geldmarkt

2. **Die neue Bankpraxis und die Industrie** 53

   Das „solide" alte Bankgeschäft und die Neuerer — Aus den Anfängen der Deutschen Bank — Das Depositenwesen — Die Banken und die Eisenbahnen — Der Bergbau — Die Schiffsreedereien und der Schiffbau — Der Maschinenbau — Die Elektrizitätsindustrie — Die Bauindustrie

3. **Die inneren Beziehungen und der Konzentrationsprozeß** 61

   Die Sanierungen — Die Kommandogewalt der Banken — Der Aktienaufkauf — Der Kapitalist und das Kapital — Die Entäußerung der Persönlichkeit des Unternehmers — Zentralisation und Konzentration

4. Die Bankkonzerne und die Kartelle 73

Die großen Bankgruppen — Die Diskontogesellschaft und das Kohlensyndikat — Die Banken und das Roheisensyndikat — Das System in seiner Gesamtheit

5. Die Kartelle und die gesellschaftliche Produktion . 82

Kontinuität der Produktion — Preissteigerungen — Die Zusammenlegungen — Kapitalistische Dynastien: Thyssen und Stinnes — Die soziale Utopie Rockefellers — Das soziale Schema der kapitalistischen Produktion — Die kapitalistische Oligarchie — Die Ansicht von Walther Rathenau — Karl Marx

Kapitel III. Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus 99

1. Das Bankgeschäft des Staats 101

Das Problem — Der Kapitalmarkt und das Staatsgeschäft — Die Notenbanken — Die Bankdepositen — Die Kurse und das Staatsgeschäft — Der Staat als Vermögensverwalter der Bourgeoisie

2. Das Wirtschaftssystem des Staats, der Kommunen und der Banken 110

Staat und Kommune als Konsumenten und Lieferanten — Was die Banken bringen — Das Zahlenschema des Wirtschaftssystems — Kein Staatsmonopol — Die Konsequenzen auf dem Kapitalmarkt

3. Die Vorteile der Produktionszusammenfassungen . 118

Die sozialen Zusammenhänge der Industrie — Zeugnisse der kapitalistischen Sachverständigen — Verkürzung des Produktionsprozesses — Massenproduktion — Kontinuität des Betriebs — Die Frachtenfrage — Die Preisfrage — Die Amalgamierung des englischen Schiffsbaues — Das Hinübergreifen auf die Kommunalbetriebe und den Staat

4. Die sozialen Folgen der Verstaatlichungen. 135

Die Konkurrenzüberlegenheit des neuen Wirtschaftssystems — Die Kartelltendenzen — Die Produktion auf Vorrat — Erweiterung der Geschäftsinteressen — Größere Unabhängigkeit von der Börse — Größere Stabilität der Produktion — Die Expropriation der Kapitalistenklasse — Der kapitalistische Staat

5. Das Staatsproblem des Sozialismus 144

Die Forderungen der Demokratie — Altes und neues Staatsinteresse — Die Großstadt — Der Widerstand der Massen — Die Organisation der Konsumenten — Die Gewerkschaften — Die Genossenschaften — Sozialismus und Individualismus — Entwicklung der Ansichten über die soziale Revolution

Anhang A. **Ein Komplott gegen das deutſche Volk und das Deutſche Reich** 165

Der Amerikanismus — Der preußiſche Staat und die Kartelle — Die oberſchleſiſchen Magnaten — Der preußiſche Staat als Geſchäftsmann — Der Herrgott in Oberſchleſien und der preußiſche Staat — Eine Liebesgabe — Wie die Schutzzölle wirken — Preußen als Verbündeter der Kartelle — Die neue heilige Allianz. — Der Kampf gegen Süddeutſchland — Der Kampf gegen die Städte — Ein Entweder—Oder

Anhang B. **Energetik und Volkskraft** 183

Das soziale Problem unserer Zeit

Produktion und Konsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft

Unterproduktion zur Zeit des Aufschwungs — Kapitalanhäufung und Produktionsstörungen — Ueberproduktion — Markterweiterung, erläutert an dem Kolonialmarkt — Der gesellschaftliche Bedarf und der kapitalistische Warenmarkt — Die Einführung neuer Gebrauchsartikel — Produktionsänderungen und Warenmarkt — Der Kapitalist und der Konsument

---

Der Sozialismus ist längst aus einem Problem der Elenden und Darbenden zu einer dringenden Notwendigkeit der Produktions- und Kulturentwicklung geworden.

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts zeigt uns, daß die wirtschaftliche wie intellektuelle Entwicklung unserer Zeit die Aufhebung der Gebundenheit des Eigentums und der Menschen unter dem feudalen Regime und die Errichtung des parlamentarischen Staats mit seinen bürgerlichen Rechtsnormen zur unerläßlichen Vorbedingung hatten. Nunmehr, nach einem Jahrhundert kapitalistischer Entwicklung, das die Produktionsverhältnisse, die wirtschaftlichen Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens mehr verändert hat, als ein ganzes Jahrtausend vorher, erweisen sich abermals die Besitzordnung sowohl wie Staatsform als Hindernisse der sozialen Entwicklung.

Die vom Kapital selbst ins Leben gerufenen sozialen Kräfte verlangen gebieterisch nach einer neuen Ordnung der sozialen Verhältnisse.

Das zeigt sich nicht bloß während der Handelskrisis, die eine anerkannte Kalamität ist, sondern auch während des industriellen Aufschwungs. Die Sturm- und Drangperiode, mit der das 20. Jahrhundert einsetzte, bringt das besonders scharf zum Ausdruck.

Fehlt es zur Zeit der Handelskrisis an dem Warenabsatz, so stellt sich zur Zeit des Aufschwungs sehr rasch ein Mangel an Produktion ein. Die Arbeitskräfte reichen nicht aus, trotzdem Ueberschichten gemacht werden; die Kohlenzechen und Eisenhütten zeigen sich außerstande, den Aufträgen zu genügen; es fehlt an Bauten usw. Dieses Mißverhältnis steigt so enorm, daß schon allein aus diesem Grunde, also weil die Produktion den Aufträgen nicht nachzufolgen vermag, eine Geschäftsstockung entstehen kann. Regelmäßig werden die Anfänge der

wirklichen Handelskrisis in einer solchen, durch Unterproduktion erzeugten Vorkrisis, versteckt.

Das ist der äußere Hergang. Die inneren Zusammenhänge und Wechselbeziehungen sind aber folgende:

1. Welcher Art auch die Veranlassung zum industriellen Aufschwung gewesen sein mag, so hängt die Produktionserweiterung vor allem von dem Druck des angehäuften Kapitals ab, das nach Verwertung sucht. Dieses wirkt gleichsam wie ein Fallgewicht, das eine bestimmte Menge Energie auslösen muß, mag auch die Kraft, durch die es selbst in Bewegung gesetzt wurde, sehr geringfügig sein. Nicht die Größe des Bedarfs, sondern die Größe des Kapitals bedingt die Tragweite des Aufschwungs.

2. Aber die Entwicklung der Produktion ist zugleich an materielle Bedingungen gebunden. Das Maß der jeweilig möglichen Produktionserweiterung ist abhängig von dem gegebenen Vorrate an geeigneten Arbeitskräften und Produktionsmitteln. Das Geld der Banken, die Banknoten und Goldstücke, sie schaffen selbst keine Produktion. Sie dienen bloß als Vermittler, um die Arbeiter in die Fabriken zu bringen und diese in Tätigkeit zu setzen. Diese Vermittlerrolle des Geldkapitals beruht darauf, daß die Produktionsmittel sich im Privatbesitz der Kapitalisten befinden. Soweit das Kapital Arbeiter mit Produktionsmitteln versieht, erweist es sich als wirksam; darüber hinaus verliert es seine Wirksamkeit in der Produktion.

3. Die Produktion ist ein soziales Verhältnis. In dieses soziale Verhältnis mengt sich aber das kapitalistische Privateigentum hinein. Das Kapital löst und bindet, es jagt die Arbeiter aus den Fabriken und bringt sie wieder in den Fabriken zusammen, es unterbricht die Produktion und nimmt sie wieder auf. Die Bewegung der Produktion wird von der Bewegung des Kapitals abhängig. Dem Kapitalisten erscheint darum die Produktion nur als Betätigung des Kapitals. Die Produktionsmittel sind ihm eine Kapitalsumme. Selbst die Arbeiter erscheinen in seiner Geschäftsrechnung als Kapital — als die Lohnsumme, die er zu verausgaben hat. Die gesamte gesellschaftliche Produktion erscheint als eine Summe verworrener Wechselbeziehungen einzelner Kapitalteile. Anstelle der wirklichen Verhältnisse der Produktion treten die Verhältnisse der Besitztitel. Die Produktion wird zum Börsenspiel. So kommt es, daß eine Produktionsstockung infolge sogenannter Geldknappheit eintreten kann. Das kapitalistische Privateigentum stellt damit die Welt auf den Kopf. Man bedenke doch! Die Fabriken sind in vollem Betriebe, Arbeiter, Produktionsmittel, Rohstoffe, alles ist da, die Aufträge häufen sich, — und nun gerät alles ins Stocken, zerfällt in seine Bestandteile: Arbeiter ohne Arbeit, Fabriken ohne Arbeiter, Rohstoffe, die sich unbenutzt aufstapeln, der soziale Zusammenhang der Produktion

wird gelöst — weil es an Zahlungsmitteln fehlt beziehungsweise weil die kapitalistische Geldrechnung nicht stimmt!

* * *

So geht selbst der industrielle Aufschwung durch Kollisionen zwischen der Bewegung des Kapitals und der Bewegung der Produktion. Diese Kollisionen werden durch den kapitalistischen Fortschritt nicht gemildert, sondern verschärft. Je größer die Kapitalanhäufung, also der Reichtum der Kapitalistenklasse, desto größer die Vorräte an Arbeitskräften, Produktionsmitteln, Geldkapital, mit denen der industrielle Aufschwung einsetzt. Desto größer sein Antrieb. Die Erweiterung der Produktion erzeugt selbst einen steigenden Warenbedarf. Man braucht Rohstoffe, Maschinen, Eisen, Kohle, aber auch Lebensmittel und sonstige Gegenstände des persönlichen Bedarfs für die Arbeiter, die man neu einstellt oder Ueberzeit machen läßt. Große Kapitalmassen, die sonst außerhalb der Industrie — in den Staats- und Kommunalanleihen und im Hypothekarkredit — ihre Verwertung suchten, werden nunmehr dieser zugeführt. Das Kapital reißt alle Schranken nieder. Dieselben Kapitalmassen, die soeben den Zinsfuß drückten und die Kurse der Staatsanleihen steigerten, bewirken jetzt in der Industrie eine Steigerung aller Warenpreise. Stellt sich ein Mangel an Rohstoffen und Produktionsmitteln ein, dann greift die Aufwärtsbewegung erst recht um sich. Niemand kann sich ihr entziehen. Die Banken selbst müssen höhere Zinsen zahlen, weil ihnen sonst die Einlagen entzogen würden; aber um diese höheren Zinsen herauszubringen, müssen sie erst recht Verwendung in der Industrie suchen; zugleich erhöhen sie den Diskontosatz, wodurch sie alle Unternehmer zwingen, mit Gewalt höhere Profite herauszuwirtschaften, das heißt, sie treiben sie direkt in den Gründerschwindel hinein. Selbst Lohnsteigerungen muß sich das Kapital unter diesen Verhältnissen gefallen lassen, um nur weiter produzieren zu können. In ganz exorbitantem Maße aber entwickelt sich eine spekulative Preistreiberei auf dem Rohstoffmarkt. Die kapitalistische Preisbewegung wird umgekehrt, ihre sinkende Tendenz wird in eine steigende verwandelt, und zwar kraft der gleichen Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz. So untergräbt der kapitalistische Aufschwung selbst die Bedingungen seiner Existenz. Das ist noch keineswegs Ueberproduktion; im Gegenteil, es ist Unterproduktion, da die Industrie den vorhandenen Aufträgen gar nicht nachkommen kann. Aber der Zinsfuß, die Rohstoffpreise usw. sind so hoch gestiegen, daß die kapitalistische Rechnung nicht mehr aufgehen kann.

* * *

Indessen während des industriellen Aufschwungs diese Kämpfe zwischen den Gesetzen der Kapitalverwertung mit den sozialen Kräften der Produktion sich abspielen, Kämpfe, die nur mit der Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums beseitigt werden können, — bereitet sich hinter dem Rücken der Kapitalistenklasse der große Zusammenstoß zwischen der Entwicklung der kapitalistischen Produktion und der Entwicklung des kapitalistischen Warenmarktes vor. Mit einem Schlag verwandelt sich die Unterproduktion in Ueberproduktion. Konnte soeben die Industrie den Aufträgen nicht nachkommen, so klagt sie jetzt über Absatzmangel. Nunmehr nimmt alles eine rückläufige Entwicklung: der Zinsfuß, die Warenpreise, und das Kapital zieht sich aus der Industrie zurück. Die Erscheinung ist so oft beschrieben worden, daß sie bereits zur allgemeinen Erkenntnis gelangt ist.*

Wie plötzlich und unerwartet für die Kapitalisten die Ueberproduktion in dem Umschwung der Konjunktur sich geltend macht, darüber liefert die deutsche Kartell-Enquete treffende Beweise. So deponierte, um nur ein Urteil von vielen anzuführen, Generalsekretär Kämpf: „Als im Jahre 1901 die niedergehende Bewegung in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen eintrat, war man an vielen Stellen gar nicht darüber im klaren, ob die rückläufige Bewegung sich überhaupt ernstlich und dauernd weiter entwickeln werde. Im Gegenteil — ich appelliere an die hier anwesenden Herren, die mit mir im praktischen Leben stehen; ich glaube, daß sie es bestätigen werden, daß im Anfange des Jahres 1901 man sich vielfach mit der Hoffnung trug, die damals eingetretene Abwärtsbewegung werde nur ein kleiner Uebergang sein, dann würden wir uns wieder in gesunden Verhältnissen befinden. (Sehr richtig!) Mit der Voraussicht ist es eben eine eigene Sache.“ (Kontradiktorische Verhandlungen über Deutsche Kartelle Bd. I S. 144.)

---

* So schrieb zum Beispiel die Handelszeitschrift „Export“ über die Handelskrisis von 1908: „Diese ist zweifellos im wesentlichen als die Folge der Ueberproduktion zu betrachten! Jeder suchte den Konkurrenten an Leistungsfähigkeit zu übertreffen. Die Produktionsmittel wurden vermehrt und erweitert, wo es irgend anging, verbessert, neue Produktionsmethoden geschaffen, die Arbeitsteilung potenziert, um ein Mehr zu leisten. Jeder der Konkurrenten wußte, daß endlich einmal diese günstige Chance des Marktes ein Ende nehmen müsse, aber jeder wollte auch die gebotenen Vorteile bis zum letzten Augenblick ausnützen. Und diese Spekulation auf die Konjunktur der augenblicklichen Lage führte zur Spekulation auch auf anderen Gebieten. Um die Lage auszubeuten, mußte der Rohstoff herbeigeschafft werden, mochte immerhin sein Preis dadurch noch gesteigert werden! Daher die ungeheuer gesteigerte Nachfrage nach Rohstoffen aller Art, die gar bald zu einer rücksichtslosen Ueberproduktion, Ueberspekulation und Hausse auf dem Gebiete der Rohstofferzeugung und des Rohstoffhandels führte.“

Noch mehr aber, als diese nachträglichen Bekenntnisse, zeigen die langfristigen Lieferungsverträge für Rohstoffe, die mit dem Umschwung der Konjunktur den verarbeitenden Industrien anhängen blieben und diese zum Teil geradezu vor dem Bankerott stellten, wie wenig man darauf gefaßt war, daß eine Ueberproduktion sich einstellen könnte.

Ebenso überraschend, wenn auch weniger plötzlich, wie der Wechsel von Aufschwung und Handelskrisis vollzieht sich der Uebergang aus der Handelskrisis zu einem neuen Aufschwung. Um der wirtschaftlichen Depression zu entgehen, hat die Kapitalistenklasse bereits die verschiedensten Mittel der Gewalt und der Staatsweisheit ausprobiert, aber alle führten sie nur zu einem bedingten und vorübergehenden Erfolg und schlossen am letzten Ende mit einer potenzierten Krisis. Man versucht es mit den Schutzzöllen, um den inneren Markt zu monopolisieren, was denn auch für eine Zeitlang gelingt, aber die eintretende Handelskrisis nur verschärft, wofür bereits sowohl die Vereinigten Staaten von Nordamerika, wie auch Deutschland sprechende Beispiele abgaben; aber auch der Freihandel, wie man an England wahrnehmen kann, sichert nicht vor der Handelskrisis; man drängt in die Kolonien und erzeugt eine koloniale Verschwendung — die Handelskrisis wird man doch nicht los; bald sucht man in dem Krieg Erlösung, dann wieder propagiert man den Frieden als die unentbehrliche soziale Unterlage der Handelsentwicklung. Man verfällt in einen politischen Aberglauben, man hängt sich an Aeußerlichkeiten, an Namen. So glaubte die amerikanische Geschäftswelt, der Name Roosevelt bedeute Geschäftsblüte, weil seine Präsidentschaft in eine Zeit des industriellen Aufschwungs fiel. Das eine ist dabei den kapitalistischen Geschäftsleuten und Staatsmännern auf alle Fälle klar: daß mit allen Mitteln eine Erweiterung des Marktes geschaffen werden müsse.

Sehen wir nun zu, wie in Wirklichkeit die Erweiterung des kapitalistischen Warenmarktes vor sich geht.

* * *

Wir beginnen mit der Erschließung der Kolonialmärkte, und zwar nicht bloß, weil die Kolonien jetzt im Vordergrund des kapitalistischen Handelsinteresses stehen, sondern weil man in ihnen den Hergang der kapitalistischen Marktbildung in seiner einfachsten Form studieren kann. Wir müssen aber auch in den Kolonien verschiedene Fälle unterscheiden.

Erster Fall: Goldfunde in der Kolonie. Wenn auf dem kolonialen Gebiete Gold gefunden wird, so geht die kapitalistische Entwicklung der Kolonie rasch vor sich, mögen auch ihre natürlichen Verhältnisse so ungünstig sein, wie zum Beispiel in den Eisfeldern von

Klondyke. Denn das Gold dient in der kapitalistischen Gesellschaft als Zahlungsmittel; darum macht es sich selbst bezahlt. Um die Goldgruben entstehen Städte, Eisenbahnen usw. Allein, so einfach der Vorgang erscheint, so verwickelt ist er.

Solange das Gold im Sack des Goldgräbers bleibt, bewirkt es noch ebensowenig eine Warennachfrage, als während der Jahrtausende, die es im Boden versteckt lag. Erst indem der Goldgräber das Gold verausgabt, um seinen Bedarf zu decken, schafft er eine Erweiterung des Marktes. Wenn der Goldgräber sein Gold an die Bank abliefert, um Reichtum zu sammeln, entäußert er sich damit seines persönlichen Bedarfs, er speichert das Gold auf; statt seiner aber gebrauchen das Gold zur Deckung ihres Bedarfs jene Leute, die es der Bank entnehmen; verweilt das Gold unbenutzt in den Kassen der Bank, so bleibt es ebenso unfruchtbar, wie in der Tasche des Goldgräbers. An diesem Verhältnis wird offenbar nichts geändert, wenn, statt des Goldes, ein Bankausweis in Zahlung gegeben wird, die Banknote, der das Gold als Deckung dient; der Goldgräber persönlich braucht ja auch nicht direkt sein Gold in Zahlung zu geben, er kann Kredit in Anspruch nehmen; die Hauptsache ist, daß der Wert des Goldes zur Deckung eines Bedarfs verausgabt wird. Die kapitalistischen Verhältnisse werden auch auf das Goldgebiet übertragen. Wir finden also die kapitalistischen Besitzer der Gruben, die den Ertrag für sich mit Beschlag belegen, den Staat, der Steuern erhebt, Arbeiter, die von den Kapitalisten entlohnt werden, und das Zwischenvolk des Handels und der freien Berufsarten: Kaufleute, Aerzte, Barbiere, Priester, Huren. Sie alle teilen sich in die Ausbeute der Gruben. Aber auf welche Weise auch der einzelne in den Besitz des Goldes gekommen sein mag, durch Eigentumsrechte, durch Arbeit, durch Handel, durch persönliche Dienstleistungen, oder durch Diebstahl — er bringt es in den Verkehr, nur indem er es zur Deckung seines persönlichen Warenbedarfs ausgibt.

Nicht das Gold schafft den Warenbedarf, sondern der Mensch mit seinen Bedürfnissen. Die Goldfunde wirken auf den Markt durch die Menschen, die sie an sich heranziehen. Worauf es ankommt, ist also, Konsumenten zu schaffen — Menschen, die sonst entbehren mußten, in den Stand zu setzen, ihren Bedürfnissen nachzugeben. Nicht das Hinaufschaufeln des Goldes, sondern die Erweiterung der Konsumtion führt zur Erweiterung des Marktes. Das Gold spielt bloß die Rolle des kapitalistischen Vermittlers, der soziale Zusammenhänge wieder herstellt, die das kapitalistische Privateigentum unterbricht. Da sind die Konsumenten mit ihrem Bedarf, da ist der Warenmarkt mit seinen Vorräten — beide werden erst getrennt, dann zusammengebracht. Aber auf welchem furchtbaren und widersinnigen Umwege geschieht das hier! Erst muß ein Zufall eintreten — die Goldfunde. Dann werden

Hunderttausende von Menschen aus ihren Lebensverhältnissen herausgerissen und nach den weltfremden Golddistrikten zusammengezogen. Hier müssen sie Erdmassen ausgraben, durchsieben, auswaschen, bis sie etliche gelbe Metallkörnchen gefunden haben. Nun erst werden sie in den Stand gesetzt, das zu tun, was sie auch ohnedies hätten tun können, wären sie nicht durch die kapitalistischen Besitzverhältnisse daran gehindert: ihrem Lebensbedarf nachzugeben.

Aehnliches tritt ein, wenn in der Kolonie Diamanten oder sonstige Edelsteine gefunden werden. Diese sind leicht zu verkaufen, weil sie dem Luxus der Reichen dienen. Sie werden also in Gold umgetauscht, und es entwickeln sich die gleichen Verhältnisse, wie wir sie soeben kennen gelernt haben. Jubelnd verkündete der deutsche Kolonialminister im Reichstage, in den deutschen Kolonien wären Diamanten gefunden. Diamanten, das bedeute Reichtum für die einen, Arbeit für die anderen! Und niemand merkt, welche schimpfliche Anklage gegen die kapitalistische Gesellschaft in diesem Jubel sich offenbart. Die Bedürfnisse von Millionen werden erstickt, Hunderttausende sind ohne Arbeit, sie verlangen Brot. „Wartet nur", heißt es zur Antwort: „erst müssen wir Tausende in die Sandwüsten Afrikas hinausschicken, um unter der glühenden Sonne nach glitzernden Steinchen zu suchen; gelingt es ihnen, solche zu finden, dann habt ihr, wenigstens zum Teil, Arbeit und Brot; wenn nicht, müßt ihr Hunger leiden, und euere Arbeitskraft wird verderben".

Zwischen dem Konsumenten und seinem Bedarf steht in der kapitalistischen Gesellschaft der Besitz. Auf dem Markt gilt nur, wer Geld hat. Kapitalbewegung ist hier die Produktion und Kapitalbewegung — die Konsumtion. Erweiterung des Marktes bedeutet Erweiterung des gesellschaftlichen Bedarfs. Nichts anderes als das. Aber in der kapitalistischen Gesellschaft wird das zu einem Problem der Geldbeschaffung. Um dieses zu lösen, verfällt das Kapital auf die absonderlichsten, abenteuerlichsten Mittel und Wege. Statt die Bedürfnisse zu steigern, schürft man nach Gold; man braucht Konsumenten — und sucht Diamanten!

Zweiter Fall: Rohstoffe, Genußmittel und Produktion in den Kolonien. Wenn die Leute in den Kolonien — statt Edelsteine — exotische Produkte, oder Schafwolle, wie in Australien, oder Getreide, wie in Amerika, auf den Markt bringen, so ändert das offenbar nichts an dem Wesen der Sache. Nur daß der Absatz dieser Produkte von verschiedenen Zufälligkeiten abhängt. Für die Entwicklung der Kolonie ist es aber von hervorragender Bedeutung, wenn die Kolonie ihren Lebensbedarf selbst erzeugt. Dann erscheinen die Kolonisten selbst als Abnehmer ihrer Produkte, bilden eine besondere Gemeinschaft, entwickeln einen inneren Markt. Das führt uns zu dem Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion.

Die Bauern, die Lebensmittel erzeugen, brauchen Produkte des Gewerbefleißes. Das Volk der Industrie braucht Lebensmittel. Diese wie jene sind also aufeinander angewiesen. Die Entwicklung der Landwirtschaft fördert die Entwicklung der Industrie; die Entwicklung der Industrie fördert die Entwicklung der Landwirtschaft; beide steigern überhaupt den Bedarf wie die Produktion, denn die Landwirte brauchen ja auch selbst Lebensmittel und die Gewerbetreibenden Produkte des Gewerbefleißes. Je mehr Arbeiter, desto mehr Produzenten. Je mehr Produzenten, desto mehr Konsumenten. Produktion erzeugt Konsumtion, und Konsumtion erzeugt Produktion.

Wenn nur das kapitalistische Privateigentum sich nicht dazwischen mengen würde!

Andernfalls, selbst wenn in der Gesellschaft ein Ueberfluß an Produkten erzeugt worden wäre, wäre denn das ein Grund, den Verbrauch einzuschränken? Die Jägervölker leiden Hunger, wenn das Wild nach anderen Distrikten verzieht; die Nomaden, wenn die Weiden schlecht ausfallen; die primitiven Ackerbauer, wenn eine Mißernte eintritt; die Hottentoten, die nur einen geringen Gewerbefleiß aufzuweisen haben, hausen in Schmutz und Elend. Das ist alles wohl begreiflich. Aber nur die kapitalistische Gesellschaft mit ihrer hochentwickelten Produktion schafft aus Ueberfluß Mangel, bewirkt es, daß Hunderttausende von Arbeitern ohne Arbeit sind, ohne Brot bleiben und die Volksmassen deshalb darben müssen, weil das, was sie brauchen, im Ueberfluß vorhanden ist!

Alles, was die Industrie schafft, ist Privateigentum der Kapitalisten; desgleichen, in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, ein großer Teil dessen, was die Landwirtschaft erzeugt; die Arbeiter werden durch Lohn abgefertigt. Konsumenten sind alle: der Kapitalist sowohl wie der Arbeiter, der Bauer, der Knecht, der Arzt, der König, der Bettler, — aber ihr Besitz ist verschieden. Die Volksmassen haben den großen Bedarf, aber ihre Kaufkraft ist gering, denn sie werden ausgebeutet. Anderseits müssen die Kapitalisten die Waren, die ihnen ihre Fabriken und ihr Grundbesitz liefern, verkaufen, weil sie sonst nicht zu ihrem Gelde kommen und die Produktion nicht weiter führen können. Zwei soziale Strömungen, die sich gegenseitig ergänzen, die Entwicklung des Volksbedarfs und die Entwicklung des Warenmarkts, werden so durch den kapitalistischen Besitz getrennt: sie suchen ewig, sich zu begegnen, werden aber vom Kapital über- und durcheinander geworfen und stets aufs neue getrennt.

Die kapitalistischen Verhältnisse werden auch auf die Kolonien übertragen. Aber die Möglichkeit, sich auf freiem Boden niederzulassen, gibt den Ansiedlern zunächst einen starken Rückhalt gegenüber der kapitalistischen Ausbeutung. Diese, nicht Aufhebung, sondern bloß Lockerung

der kapitaliſtiſchen Ausbeutung genügte, um den Vereinigten Staaten eine Entwicklung zu ſichern, die jene Europas weit überflügelte. Der letzte Grund dieſer Erſcheinung war der, daß der Auswanderer in Amerika ſowohl als Produzent wie Konſument ſich in einem viel größeren Umfange hat betätigen können, als in ſeiner europäiſchen Heimat.*

Nun wird es zugleich begreiflich, warum auch die rapide Entwicklung der *Goldbiſtrikte* weit über den Ertrag der Goldgruben hinausgeht. Wenn ſich um die Goldminen eine bedeutende gewerbetreibende und landwirtſchaftliche Bevölkerung angeſammelt hat, ſo ſchafft ſie ſelbſt ſowohl einen Warenbedarf wie ein Warenangebot.

Das iſt das ſoziale Geheimnis jeder Erweiterung des Marktes: *Schafft Produktion und ſchafft Konſumtion!*

Dieſelbe Wirkung, die die Entwicklung der Produktion auf die Entwicklung des Volksbedarfs in der Kolonie ausübt, betätigt ſie auch *jedem Lande* gegenüber, mit dem die Kolonie im Handelsverkehr ſteht.

* * *

Sehen wir nun zu, wie in der entwickelten kapitaliſtiſchen Geſellſchaft Erweiterungen des Warenmarktes reſpektive des Abſatzes vor ſich gehen.

Die meiſte Erweiterung des kapitaliſtiſchen Warenmarktes hat durch die *Einführung neuer Genußmittel und Gebrauchsgegenſtände* ſtattgefunden. Die Tatſachen ſind ſo zahlreich und liegen ſo offen zutage, daß wir ſie bloß zu nennen brauchen, um unſere Behauptung beweiskräftig zu machen. Man denke an die Einführung von Zucker, Kaffee, Kakao, Petroleum, Gaslicht und elektriſchem Licht, an Porzellan und Steingut, an die Glasinduſtrie, an Gebrauchsartikel aus Kautſchuk und Aluminium, an die Erzeugniſſe der Druckerei, darunter die Zeitung, dieſes tägliche Brot der Kultur, an das Papier und die Schreibwareninduſtrie, an die Produkte der Chemie, von der Seife bis auf die Photographie, an die zahlloſen und täglich neu entſtehenden Werke der Kleineiſeninduſtrie, von der Stecknadel und Schreibfeder bis auf die Schreibmaſchine, die Nähmaſchine und das Fahrrad; man denke an die Revolution in der Kleidung und im Bauweſen, — an die mit allem modernen Komfort ausgeſtatteten Wohnungen, die an Stelle der Hütten getreten ſind; hierher gehören aber auch die Einrichtungen des öffentlichen Konſums, die man früher nicht kannte: die Eiſenbahnen, Telegraphen, das Telephon, der Briefverkehr, eben-

* Wenn auf die günſtigen Bodenverhältniſſe und die Naturſchätze Nordamerikas hingewieſen wird, ſo genügt, daran zu erinnern, daß während der gleichen Zeit, da Amerika emporblühte, der *ruſſiſche* Bauer auf ſeinem reichen Boden verelendete und die Naturreichtümer Rußlands bis auf den heutigen Tag ſehr wenig ausgenützt worden ſind.

sowohl wie die Wasserleitungen der Städte, die Straßenpflasterungen, Kanalisationen, Straßenbahnen.

Das zeigt doch wohl klar genug, daß die moderne Industrie ihre Größe vor allem der Entwicklung des Volksbedarfs zu verdanken hat. Dennoch bleibt das meistens unbemerkt. Denn dem Menschen der kapitalistischen Gesellschaft ist der Sinn für die sozialen Zusammenhänge der Produktion verloren gegangen. Wir kennen nur die Herren der Produktion, nicht diese selbst. Das kapitalistische Geschäft verdrängt in unseren Augen unser aller soziales Tun und Werden. Im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht das Treiben der Aktiengesellschaften, der Banken, der Börse, — ihre Kapitalumsätze, Emissionen, Fusionen, Grundrechte. Man gibt sich aber gar keine Rechenschaft darüber, daß dies alles auf dem Boden einer sozialen Entwicklung stattfindet; wenn man nicht gar auf den schnurrigen Gedanken kommt, die soziale Entwicklung sei das Ergebnis dieser Tätigkeit der Börse, Banken und Aktiengesellschaften. Der Konsument aber wird nur noch als notwendiges Uebel betrachtet.

Die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion geht durch die Entwicklung des Volksbedarfs, die Quelle des Besitzes der Kapitalistenklasse dagegen ist die Volksausbeutung, die den Volksmassen die Mittel zur Deckung dieses Bedarfs entzieht. Aber je größer die Produktion, desto größer, alle anderen Bedingungen als gleich vorausgesetzt, die Arbeiterzahl, und mit der Zahl der Ausgebeuteten steigt der kapitalistische Reichtum. So lebt die Kapitalistenklasse von der Entwicklung der Produktion, die ihrerseits, wie vorausgeschickt, von der Entwicklung des Volksbedarfs abhängt, den die Kapitalistenklasse durch die Ausbeutung der Arbeiter zielbewußt herunterdrückt; das ist der Zauberkreis, der gelöst werden muß, um die gesellschaftliche Produktion von deren kapitalistischen Fesseln zu befreien.

* * *

Das Kapital treibt die Kräfte der gesellschaftlichen Produktion regelmäßig über die schmale soziale Basis hinaus, die es ihr durch seine Einengung des Volksbedarfs freiläßt, so daß ebenso regelmäßig ein Zusammenbruch erfolgt und erst aus den Trümmern eine neue Entwicklung sich erheben kann. Diese allgemeine Entwicklung wiederholt sich im besonderen bei jedem neuen Gebrauchsartikel, der durch die Produktion in die Konsumtion eingeführt wird.

Es lassen sich dabei verschiedene Phasen der Entwicklung unterscheiden.

Zunächst wird der neue Gegenstand, wenn er sich nur irgendwie dazu eignet, als Luxusartikel gebraucht. Er dient dem Bedarf der Reichen, die sich ja nicht einzuschränken brauchen. Aber dieser Bedarf

ist ebenso gering an Marktausdehnung wie launenhaft. Sein Gesetz ist Wechsel.

Es gibt kapitalistische Unternehmungen, die sich speziell auf diesen wechselnden Bedarf eingerichtet haben. Das sind **die Modeindustrien.** Mit einem erstaunlichen Raffinement der Technik und auch der Kunst gehen sie darauf hinaus, im nächsten Augenblick das zu vernichten, was sie einen Augenblick vorher geschaffen haben. Denn nur so können sie bei dem beschränkten Bedarf, für den sie arbeiten, bestehen. Diese Industrien brauchen einen so schnellen Wechsel des Gebrauchs, daß sie nicht warten können, bis sie wirklich ihre Waren zweckmäßiger oder schöner gestaltet haben. Sie greifen deshalb beim anderen Ende ein und suchen den **Geschmack** ihres Publikums zu ändern. Das gelingt ihnen besser. Statt den Geschmack zu erziehen, wird er auf diese Weise bloß konfus gemacht. Das reiche Publikum wird verwöhnt, wie das Kind, dem man jeden Tag neue Süßigkeiten und neues Spielzeug bringt. Schließlich treten alle Rücksichten der Zweckmäßigkeit und der Schönheit überhaupt zurück, und als Gesetz bleibt nur noch **die Mode.** Der eine Aermelschnitt mag ebenso häßlich sein wie der andere, so gilt er doch, denn er ist „modern". So paßt sich die Mode nicht einmal mehr dem Geschmack an, sondern der Geschmack wechselt mit der Mode.

Solange der neue Gebrauchsgegenstand nur noch dem Luxusbedarf dient, bleibt seine Produktion gering und sein Preis hoch. Darum ist auch in dieser Phase der Entwicklung sein Einfluß auf die Produktion minimal. Einzelne Kapitalisten machen indessen freilich ein gutes Geschäft. Allein selbst ihnen wird es klar, daß man mit dem Artikel in weitere Kreise bringen muß, wenn aus seiner Produktion etwas werden soll.

Nun beginnt die zweite Phase: die Verbilligung des Preises, um den Konsum zu erweitern. Allein sehr viel läßt sich der Preis noch nicht herunterſetzen, weil die Produktion noch sehr gering ist. Es werden also nur erst weitere soziale Schichten der Wohlhabenden herangezogen. Diese müssen aber bereits ihren sonstigen Bedarf mehr oder weniger einschränken, um den neuen Artikel zu erwerben. Meistens findet schon in diesem zweiten Stadium die erste Krisis statt, weil die Produktion, die mit dem sichtbar steigenden Bedarf rechnet, auf die Beschränktheit der Kaufkraft des Publikums stößt. Da inzwischen mit der Erweiterung des Absatzes eine weitere Verbilligung der Produktion eingetreten ist, so liquidiert die Krisis nochmals die Preise und bringt schließlich auf den Markt die **billige Ware.**

Jetzt erst, in der dritten Phase, geht die große Eroberung des Marktes vor sich. Auch hier schließt die Entwicklung mit einer Krisis; oder, wenn die Krisis in der zweiten Phase vermieden wurde, so tritt sie jedenfalls hier ein. Aber ein bedeutender Industriezweig hat sich nunmehr der

gesellschaftlichen Produktion angegliedert, der eine große Anzahl Leute beschäftigt, deren Bedarf die allgemeine Warennachfrage steigert und so andere Leute in den Stand setzt, das in der neuen Industrie erzeugte Produkt zu erwerben.

Die Massenproduktion hat den Massenkonsum zur Voraussetzung und schafft ihrerseits Massenkonsum.

* * *

Jetzt können wir uns auch darüber Rechenschaft geben, wie die Erweiterung des Marktes vor sich geht, wenn Aenderungen im Produktionsprozeß stattfinden.

Wenn durch Einführung neuer Maschinen oder sonstiger technischer Verfahren die Produktion eines Gebrauchsgegenstandes verbilligt wird, so sind die Absatzverhältnisse von vornherein günstiger, als bei der Einführung eines neuen Gebrauchsgegenstandes. Denn der Artikel hat ja bereits seine gewohnten Abnehmer. Zugleich bedingt es aber die kapitalistische Konkurrenz, daß neue Fabriken gegründet werden oder alte Fabriken sich speziell auf das neue mehr produktive Verfahren werfen, sich, wenn möglich, das Monopol seiner Verwertung sichern, um durch den billigeren Preis die anderen Produzenten vom Markte zu verdrängen. Auf der einen Seite wird also neue Produktion geschaffen, auf der anderen wird alte Produktion ruiniert, Arbeiter werden verlangt und Arbeiter werden brotlos gemacht. Wenn nun das Ergebnis dieser einander widersprechenden Tendenzen nur das wäre, daß, wo man früher die alte Ware gebrauchte, man jetzt das neue Fabrikat verwendet, so wäre damit offenbar noch keine Erweiterung des Marktes erreicht, sondern nur eine Aenderung des Bedarfs. Das Fabrikat muß also in weitere Kreise dringen, oder von seinen früheren Konsumenten nunmehr in größeren Mengen verbraucht werden, dann findet Erweiterung der Produktion statt, und das Schlußergebnis kann sein, daß, trotz dem Bankerott einzelner Unternehmer und der Verdrängung zahlreicher Arbeiter, der betreffende Produktionszweig schließlich mehr Leute beschäftigt, als vorher. Die sozialen Gesetze der Entwicklung der Produktion setzen sich durch, aber sie setzen sich durch im fortwährenden Kampf mit den Gesetzen der kapitalistischen Aneignung. Die Entwicklung geht durch fortwährende Anziehung und Abstoßung von Arbeitern, Krisen der Produktion und der Konsumtion, auf dem Warenmarkt und dem Arbeitsmarkt. Ein klassisches Beispiel dafür ist die Verdrängung der alten Leinenweberei durch die Baumwollindustrie. Die Weber und Spinner wurden zum Verhungern gebracht. Fragen wir uns aber jetzt, nachdem der Vernichtungskampf längst vorbei ist: wodurch ist die Baumwollindustrie groß geworden, — so finden wir, daß die Vernichtung der armen Weber nur das kapitalistische Mittel war, sich auf dem

Markte die Bahn zu brechen, während die Hauptarbeit durch die Erweiterung des Verbrauchs von Textilstoffen vollzogen wurde. Wäre die Textilindustrie noch immer auf den Markt angewiesen, von dem sich der Handweber ernährte, so würde sie, trotz Spinnmaschine und mechanischem Webstuhl, ein recht kümmerliches Dasein fristen.

Wenn die Erhöhung zur Produktivkraft der Arbeit durch Verbesserung der Produktion nicht unmittelbar die Herstellung eines Gebrauchsartikels erfaßt, sondern irgendwo tiefer auf der Stufenleiter der gesellschaftlichen Produktion eingreift, zum Beispiel im Maschinenbau oder bei der Materialfabrikation, so treten die gleichen Wechselwirkungen ein, wie wir sie soeben erörtert haben, nur daß die Entwicklung sich komplizierter gestaltet und die Gesamtwirkung an Tragweite gewinnen kann. Eine Verbilligung der Eisengewinnung zum Beispiel führt zu einer Verbilligung vieler Industriewaren; aber gerade deshalb finden im Verlauf dieser Entwicklung zahllose Kollisionen statt, da der alte Maschinenbestand zahlreicher Fabriken plötzlich entwertet wird und eine neue Konkurrenz mit Hilfe des billigeren Eisens, folglich billigerer oder wirksamerer Maschinen, an vielen Orten, in den verschiedensten Industriebranchen siegreich einsetzt. Das Entscheidende ist auch hier die Erweiterung der Konsumtion. So ist, um bei unserem Beispiel zu bleiben, die Entwicklung der Eisengewinnung am mächtigsten durch die Eisenbahnen gefördert worden, die einen bis dahin ungeahnten Bedarf für Eisen geschaffen haben.

In der gleichen Weise wirkt jeder Fortschritt in der Herstellung oder Gewinnung der Rohstoffe. Eine anhaltende Verbilligung der Baumwolle zum Beispiel wird von der Textilindustrie als Kalamität empfunden, weil sie die Vorräte an fertiger Ware entwertet und die kaufmännische Rechnung des Fabrikanten über den Haufen wirft. Und doch ist das der Weg zur Erweiterung des Konsums und folglich der Produktion.

Was jede Erfindung, jede Verbesserung und Verfeinerung der Technik, jede Verbilligung und Vermehrung der Rohstoffe dauernd für den Weltmarkt hinterlassen, sind, neben der größeren Mannigfaltigkeit und der größeren Masse der Produkte, die Produzenten, die sich als Konsumenten betätigen, also vor allem die Arbeitermassen, die zur produktiven Tätigkeit herangezogen werden und durch den Lohn, den sie erhalten, auf eine Erweiterung des Marktes hinwirken.

Was wir bei der Untersuchung des kolonialen Marktes kennen gelernt haben, das finden wir auch im kapitalistischen Staat selbst: Erweiterung des Marktes ist nichts anderes als Erweiterung der Konsumtion. Die Produktion ist bloß die Vermittlerin des gesellschaftlichen Bedarfs. Diese Vermittlung kann mehr oder weniger vernünftig geschehen, sie kann unterbrochen werden oder auf einem weiten Umwege

vor ſich gehen, ſodaß die Produktion eine Zeitlang als Selbſtzweck erſcheinen mag, aber der ſoziale Zuſammenhang macht ſich ſchließlich unbedingt geltend — wenn nicht anders, durch Kriſen.

* * *

Dem einzelnen Kapitaliſten fehlt das Bewußtſein dieſes ſozialen Zuſammenhangs, weil er als Warenlieferant in Konkurrenz zu allen anderen Warenlieferanten auf den Markt tritt. Der Markt iſt gleichſam unter die einzelnen Kapitaliſten geteilt, von denen jeder ſeine Kundſchaft hat. Jedem von ihnen erſcheint das, was die anderen zuſammen beherrſchen, reichlich genug, um ſeinen Abſatzbedarf zu befriedigen. Er geht alſo darauf hinaus, den anderen den Markt abzujagen. Wie er ſeinen Markt erweitert, das glaubt er ſehr gut zu wiſſen, nämlich durch Unterbietung ſeiner Konkurrenten; wie ſich der Warenmarkt in ſeiner Geſamtheit erweitert, mit anderen Worten, wie ſich der geſellſchaftliche Bedarf entwickelt, das kümmert ihn nicht.

Die gewaltig fortgeſchrittene Konzentration des Kapitals hat allerdings mit der Illuſion des einzelnen Kapitaliſten, nach der die geſellſchaftliche Produktion ſich dadurch entwickle, daß die einzelnen Kapitaliſten ſich gegenſeitig auffreſſen, aufgeräumt. Je überſichtlicher aber die Marktlage wird, deſto mehr ſtoßen die Truſts und Kartelle auf die ſozialen Schranken des kapitaliſtiſchen Warenmarkts. Es kommt ihnen zum Bewußtſein, daß die Entwicklung der Produktion von einer Macht abhängt, die ſich außerhalb des Warenmarktes bildet, aber auf dieſem zur Geltung kommt. Dieſe Macht tritt ihnen entgegen als der Konſument.

So erklärt der Petroleumkönig Rockefeller in ſeinen Memoiren, der Petroleumtruſt verdanke ſeine großartige Entwicklung keineswegs der Beſeitigung der Konkurrenz und der Unterwerfung der Kleinhändler dem Monopol, vielmehr der koloſſalen Erweiterung des Konſums. Das ſei von vornherein das Beſtreben der Leiter des Truſts geweſen, zielbewußt ſind ſie darauf ausgegangen, dem Petroleum in der ganzen Welt bis auf die im Polareis verlorene Hütte des Eskimos Eingang zu verſchaffen, und darin liege das Geheimnis des Erfolgs. Wir nehmen dieſe Erklärung gern an. Aber die Rückſicht auf den Konſum hat den Truſt nicht gehindert, ſowohl die Gewinne, die er den Zwiſchenhändlern überläßt, wie die Löhne ſeiner zahlreichen Arbeiter und Angeſtellten möglichſt niedrig zu halten und auch gelegentlich die Petroleumpreiſe hinaufzuſchrauben. Denn auch das bringt Gewinn, ja, es iſt dies ſogar die eigentliche Quelle des Gewinns. Und die Standard Oil Co. hat doch nicht zu dem Zweck ihr Petroleum bis zu den Eskimos gebracht, weil ſie dem Eskimo eine Wohltat erweiſen wollte, ſondern um ihren Profit zu mehren. Und ſo, indem die Standard Oil Co. ihre Profite mehrt, mindert ſie die Kaufkraft der Konſumenten, deren ſie

zugeſtandenermaßen in erſter Linie bedarf, um ihre Produktion zu entwickeln.

So kommt hier in dem Fall eines einzelnen Truſts der der geſamten kapitaliſtiſchen Entwicklung innewohnende Widerſpruch zwiſchen Produktion und Konſumtion zum Ausdruck.

In dem Kapitaliſten, der zur Erkenntnis der Bedeutung des Konſumenten für den Warenmarkt gelangt iſt, erwacht der menſchenfreundliche Wunſch, alle Welt reich zu ſehen, — mit der alleinigen Ausnahme ſeiner Arbeiter und Angeſtellten, denn, wenn er ihnen höhere Löhne zahlen würde, ſo würde ſein Profit ſinken. Da jeder Kapitaliſt ſeinen Arbeitern dieſe Vorzugsſtellung einräumt, ſo haben die Arbeiter alle zuſammen keinen Gewinn von dem Wohlwollen, das die Seele des Kapitaliſten erfüllt. Vielmehr führen die Kämpfe der Arbeiter um Verbeſſerung ihrer Lage dazu, daß die Kapitaliſten ſich zuſammenſchließen, um die Arbeiter nicht aufkommen zu laſſen. Die Arbeiter niederzuhalten, erfordert das kapitaliſtiſche Klaſſenintereſſe. Die Entwicklung der geſellſchaftlichen Produktion hat für die Kapitaliſten keinen Wert, wenn ſie nicht zu ihrer Bereicherung führt, — darum hat ſie für ſie keinen Zweck ohne Ausbeutung.

Hier iſt der Punkt, wo eingegriffen werden muß: der geſellſchaftliche Bedarf und die geſellſchaftliche Zweckmäßigkeit müſſen von allem kapitaliſtiſchen Privatintereſſe befreit werden, das ſich ſowohl die geſellſchaftliche Produktion, wie die geſellſchaftliche Konſumtion unterwirft, um den Reichtum einzelner Kapitaliſten zu mehren, und dadurch beide ſtört und hindert. Die Entwicklung der geſellſchaftlichen Produktion mehrt die Zahl der Produzenten und ſteigert den Bedarf der Konſumenten, aber das kapitaliſtiſche Privateigentum verwandelt die Produzenten in Proletarier, die Konſumenten in Hungerleider. Dafür ſteigt der Reichtum der Kapitaliſtenklaſſe. Damit ſteigt, da die Kapitaliſten ihr Kapital gewinnbringend anlegen wollen und auch müſſen, das Bedürfnis nach Erweiterung der Produktion, folglich Erweiterung des Marktes. Um das zu erreichen, verfällt die Kapitaliſtenklaſſe, weil ſie den Zuſammenhang zwiſchen Konſumtion und Produktion ignoriert, auf die abenteuerlichſten Mittel und Wege.

Volksbedarf und Volkskraft

Einkommen, Kapital und Produktion — Die Kapitalanhäufung und der Volksbedarf — Die Kapitalanhäufung und die Vergeudung der Arbeitskräfte — Das kapitalistische Interesse und die gesellschaftlichen Produktionskräfte — Die Gesellschaft und das kapitalistische Privateigentum — Kapitalistisches Interesse und sozialistisches Interesse

---

Die Statistik des Einkommens und Besitzes gibt uns gewisse Anhaltspunkte darüber, welcher Teil des Einkommens der Kapitalistenklasse zur Vermehrung des Kapitals verwandt wird. Genau sind freilich diese Angaben nicht, aber so wie sie sind, bleiben sie immer noch kennzeichnend genug. Wir erfahren zum Beispiel aus der preußischen Statistik, daß in Preußen das schuldenfreie Vermögen der Steuerzahler mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen 58786 Millionen im Jahre 1905 betrug, gegenüber 53222 Millionen im Jahre 1902. Dieses Vermögen hat sich also in 3 Jahren um $5^1/_2$ Milliarden Mark vermehrt, genau 5564 Millionen. Soviel haben die wohlhabenden und reichen Leute Preußens in 3 Jahren zurückgelegt — kapitalisiert. Das gesamte Einkommen dieser sozialen Schicht (mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen) betrug während der erwähnten 3 Jahre, zusammengerechnet, ebenfalls nach Abzug der Schulden, 12789 Millionen Mark. Von $12^3/_4$ Milliarden Einkommen wurden demnach $5^1/_2$ Milliarden, also über 40 Prozent dem Kapital zugeführt. Die preußische Bourgeoisie verbraucht noch nicht einmal drei Fünftel ihres Einkommens, mehr als zwei Fünftel werden von ihr zur Mehrung ihres Vermögens, zur Kapitalanhäufung verwendet. Es ist auch klar, daß, je größer das Einkommen, desto größer der Teil ist, den der Kapitalist im Geschäft oder in Wertpapieren neu anlegt. Wer 100000 Mark Einkommen hat, verbraucht vielleicht nur ein Zehntel davon und kapitalisiert neun Zehntel.

Es ist eine alte Ausrede der Reichen, daß, wenn man ihren Privatbesitz aufheben und ihn der Allgemeinheit zuführen wollte, man bloß die Reichen arm, aber nicht die Armen reich machen würde. Das ist in unserer Zeit zu einer doppelten Lüge geworden.

Erstens ist der Besitz der Kapitalistenklasse tatsächlich bereits so groß geworden, daß sie, wie wir soeben gesehen haben, ihr Einkommen gar

nicht mehr verbrauchen kann. Die reiche Bourgeoiſie könnte den größten Teil ihres Einkommens entbehren, ohne deshalb auch nur die geringſte ihrer Launen, ſelbſt die koſtſpieligſten Modemarotten, aufgeben zu müſſen. Aber ihr Mehrbeſitz verleiht ihr eine große ſoziale Macht, das iſt es, worauf es gegenwärtig ankommt. Die Kapitaliſtenklaſſe kämpft nicht mehr um ihren Wohlſtand, ſie kämpft um *die Macht über die Geſellſchaft*, die ihr der Reichtum verleiht — um ihre Klaſſenherrſchaft.

Zweitens führt, wie uns die Unterſuchung der ſozialen Zuſammenhänge der Produktion und Konſumtion ſelbſt in der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft gezeigt hat, jede Vermehrung des Beſitzes der Volksmaſſen am eheſten zur Entwicklung der Produktion, folglich zur Vermehrung des geſellſchaftlichen Reichtums. Es iſt nur der äußere, trügeriſche Schein in der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft, daß das, was die Arbeiter an Lohn erhalten, für die Produktion verloren gehe, weil es verzehrt wird, während der Teil des Kapitaliſten, der aufgeſpeichert wird, der Produktion diene. In Wirklichkeit geht der Lohn der Arbeiter gerade deshalb, weil er verzehrt wird, in die Produktion über, er ſchafft einen Bedarf, während der aufgeſpeicherte Teil des Kapitaliſten fürs erſte der Produktion entzogen wird und ſich erſt einen Weg in die Produktion ſuchen muß. Die Produktion verlangt Verbrauch, nicht Entbehrung.

Jeder Arbeiter, der genießt, mehrt die Produktion, ſteigert die Kultur.

Nun handelt es ſich aber keineswegs darum, den kapitaliſtiſchen Beſitz aufzuteilen. So ſteht das Problem nicht. Es iſt nicht einmal darum zu tun, daß der Produzent in den Beſitz ſeines Produkts gelange, oder daß dem Arbeiter der volle Ertrag von dem geſchaffenen Wert ausgezahlt werde. Es iſt überhaupt ein Problem nicht perſönlicher, ſondern *geſellſchaftlicher Verhältniſſe*. Es handelt ſich um *die Verwendung des Kapitals*, um die Richtung und das Maß der geſellſchaftlichen Produktion, um die Beſeitigung der Disharmonie zwiſchen der geſellſchaftlichen Produktion und der geſellſchaftlichen Konſumtion, die der kapitaliſtiſche Privatbeſitz immer aufs neue erzeugt.

* * *

Wovon hängt der geſellſchaftliche Bedarf ab? Von dem Bedarf jedes einzelnen Konſumenten und ihrer Zahl. Folglich iſt es im Intereſſe des geſellſchaftlichen Bedarfs, von dem die Entwicklung der Produktion abhängt, notwendig, die Lebensbedürfniſſe der Maſſen möglichſt voll zu befriedigen und ihre Kulturforderungen zu ſteigern.

Die Einſchränkung des Volksbedarfs, die das kapitaliſtiſche Privateigentum erzeugt, führt zu der eigenartigen Erſcheinung der *Verſchiebung des Konſums*. Man vermindert den Konſum gewiſſer Produkte, um den Gebrauch anderer zu ermöglichen. Ganz beſonders ſcharf tritt *die Zurückſetzung des Nahrungsbedarfs* zugunſten

des äußeren Kulturbedarfs hervor. Der Kapitalismus macht nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Bauern und breiten Massen des Mittelstandes die Hungerexistenz zur Vorbedingung ihrer Teilnahme an der Kulturentwicklung. Es ist klar, daß der Bauer auch als Produzent unter dieser Einschränkung des Bedarfs der Volksmassen an Nahrungsmitteln leidet. Der Markt für Fleisch, Milch, Eier, Butter, Gemüse würde eine ganz andere Ausdehnung gewinnen, wären nicht der Arbeiter und kleine Mann gezwungen, sich den Bissen vom Munde abzusparen, um den Bedarf für Kleidung, Wohnung usw. zu bestreiten.

Die größe Erweiterung der Kaufkraft der Volksmassen geschah nicht durch die Steigerung des Einkommens des einzelnen, sondern durch die Vermehrung der Zahl der Erwerbstätigen. In dem einen Jahrzehnt 1897—1906 ist in Preußen die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen von 3 auf 5 Millionen gestiegen. Davon sind etwa 1,2 Millionen abzurechnen, die 1897 noch unter das Existenzminimum fielen und 1906 steuerpflichtig wurden. Es bleibt noch immer eine Vermehrung um 800 000, oder 27 Prozent in 10 Jahren, während die Bevölkerung in dieser Zeit bloß um 16 Prozent gestiegen ist. Es kommt darin vor allem die gesteigerte Verwendung der Frauen und Kinder in der Industrie und im Handel zum Ausdruck. Das Gesamteinkommen der Massen wird dadurch gesteigert, allein ihre Existenzbedingungen werden verschlechtert. Die Arbeit in der Fabrik und im Kontor raubt ihnen die Zeit zum kulturellen Dasein, macht sie müde und nervös, raubt ihnen die Lebensenergie, die seelische Vorbedingung jeder Kulturentwicklung, und verteuert obendrein das Dasein, indem sie den Haushalt der Familie zerstört. Und die wenigen Mark, die die Kinder verdienen, werden erkauft durch ihre körperliche und geistige Verwahrlosung, also durch die Preisgabe der wichtigsten Kulturaufgabe der Familie — der Kindererziehung. Unter diesen Umständen geht das Mehreinkommen drauf und hinterläßt nur äußerst geringe Spuren der Kultur. Neben der Verschiebung des Bedarfs, die wir soeben zu konstatieren hatten, sehen wir deshalb eine Verzettelung und Verunstaltung des Kulturbedarfs, wozu noch die Vernachlässigung der Volksschule viel beiträgt. Das bezieht sich nicht bloß auf die Arbeiter, es betrifft ebenso das Kleinbürgertum und die Massen der Landbevölkerung. Nicht Kunst und Literatur, es gedeihen das Wirtshausleben und der Großstadtbummel.

Um dies an einem Beispiel zu illustrieren, sei hier darauf verwiesen, daß das deutsche Volk für 3000 Millionen Mark Alkoholgetränke per Jahr verbraucht (120 Liter Bier und 8 Liter Schnaps per Kopf der Bevölkerung inklusive Säuglinge). Wie gewaltig könnte man damit die Kultur fördern! Man könnte mit dieser Summe die gesamte Jugend der Nation im Alter von 14 bis 18 Jahren (es sind ihrer nur 4,3 Millionen) ernähren und ihnen Schulunterricht gewähren, statt sie

frühzeitig in der Fabrik und auf der Straße verderben zu lassen. Wenn statt der Bierpaläste Volkshochschulen emporblühen würden, wenn man, statt den Geist durch den Bierdusel einzuschläfern, ihn durch Kenntnisse bereichern und zum selbständigen Schaffen wecken würde — wie würde das das Leben verschönern und den Kulturbedarf steigern und mit Riesenschritten die gesellschaftliche Produktion vorwärts treiben! Aber die kapitalistische Gesellschaftsordnung schafft Lebensverhältnisse, bei denen es äußerst schwer ist, die Massen zur Aufgabe des Alkoholgenusses zu bringen. Die Kulturmöglichkeiten, die wir aufdecken, werden erst zu Kulturtatsachen, wenn die kapitalistischen Einflüsse beseitigt sind, die die Kultur niederdrücken.

Mit dem kapitalistischen Privateigentum, das die Grundlage der gegenwärtigen gesellschaftlichen Wirtschaftsordnung bildet, wächst auch eine eigenartige Lebensauffassung empor. Für die Kapitalistenklasse ist die Kapitalanhäufung der Anfang und das Ende der wirtschaftlichen Tätigkeit. Das erhebt sie zum Gesetz der gesellschaftlichen Produktion. Von hier aus überträgt es sich auf alle Lebensverhältnisse. Diese kapitalistischen Lebensbedingungen zwingen alle und jeden, vor allem auf den Gelderwerb auszugehen. Das Geldinteresse drängt alle Lebensinteressen zurück. Wir haben soeben festgestellt, daß die Interessen der heranwachsenden Generation geopfert werden, um durch Kinderarbeit das Geldeinkommen zu steigern, wobei der Lebensinhalt verloren geht und nur der Biergenuß steigt. Die Arbeiter folgen dem Gebot der Not. Der Mittelstand hat aber die Einschränkung des Lebensbedarfs zum Lebensprinzip erhoben. Seine Lebensweisheit gipfelt in der Sparsamkeit. Die Sparsamkeit dient dazu, die Einlagen der Sparkassen zu steigern. Die Sparkassen liefern die angesammelten Summen der Kapitalistenklasse oder dem kapitalistischen Staat gegen niedrigen Zins aus. Das Geld, das die Kapitalistenklasse in die Banken trägt, ist überflüssiges Geld, das sie nicht verbrauchen kann, — das Geld der Sparkassen rührt aber zumeist von wirklicher Entbehrung her. 14 Milliarden Mark sind jetzt in den Sparkassen des Deutschen Reiches angesammelt, jährlich fließt ihnen mindestens eine halbe Milliarde zu, das sind doch offenbar Summen, um die die Kaufkraft des Volkes verringert wird, sie sind nur dadurch entstanden, daß Millionen Konsumenten sich vieles versagt haben, um ihr Sparkassenbüchlein zu füllen, — und doch sollen die Sparkassengelder der Erweiterung der Produktion dienen, die dann begreiflicherweise auf Schwierigkeiten des Absatzes stößt. Wiederum also der uns bereits sattsam bekannte kapitalistische Widerspruch zwischen der Erweiterung der Produktion und der Einschränkung des Volksbedarfs.

Es soll damit keineswegs die persönliche Zweckmäßigkeit der Sparsamkeit bestritten werden. Sie kann gewiß übertrieben werden, sie wird aber im allgemeinen durch die kapitalistischen Erwerbsverhältnisse

notwendig gemacht. Das ist gerade der springende Punkt, daß die kapitalistischen Verhältnisse einen Gegensatz zwischen der persönlichen und der sozialen Zweckmäßigkeit erzeugen.

Statt den gesellschaftlichen Bedarf zu steigern, geht die ganze Tätigkeit der Gesellschaft unter der Herrschaft der Kapitalistenklasse dahin, das Geldkapital zu vermehren. Nicht bloß die Kapitalistenklasse durch Ausbeutung ihrer Arbeiter, sondern jeder ist bestrebt, Geld zu schaffen, und wer es nicht auf Kosten anderer kann, tut es auf eigene Kosten, indem er sich oft das Allernotwendigste versagt, um nur Geld zu ersparen. So wird ein *Geldkultus* getrieben, der die Persönlichkeit und die Gesellschaft schlimmer unterjocht, als das Gesetz Jehovas. Die einzige soziale Rechtfertigung, die diese von aller Welt betriebene Ansammlung von Geldkapital, das dann in den Banken und auf der Börse zusammenfließt, haben könnte, wäre *die Entwicklung der Produktion*. Die Entwicklung der Produktion leidet aber in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur unter der Zurücksetzung der Konsumtion, sondern ganz unmittelbar, weil sie dem *Geldinteresse* dient. Eine kurze Ueberlegung wird uns das klar machen.

* * *

Wovon hängt die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion ab? Abgesehen von dem gesellschaftlichen Bedarf, ohne den sie zwecklos wird, und von der Technik, die die Produktionsmittel wirksamer gestaltet, von der *Zahl der Arbeiter* und der Qualität ihrer *Arbeitskraft*. Der Kapitalismus aber, dem die gesellschaftliche Produktion nur ein Mittel der Kapitalistenbereicherung ist, treibt eine furchtbare Vergeudung der Arbeitskraft der Arbeiter. Es werden jährlich im Deutschen Reich durch sogenannte *Betriebsunfälle* zirka 9000 Personen getötet, 1500 völlig und über 60000 teilweise *dauernd erwerbsunfähig* gemacht; von 1897 bis 1906, also in einem Jahrzehnt, wurden 80099 getötet, 14071 völlig und 551244 teilweise dauernd erwerbsunfähig gemacht — mit anderen Worten: fast 100000 Arbeitskräfte sind total vernichtet worden und über eine halbe Million sind zu Krüppeln geschlagen! Die Kapitalistenklasse merkt diesen Verlust an Arbeitskräften nicht, sie hat sie durch andere ersetzt; wohl aber merkt ihn die Gesellschaft, wohl aber würde sich die gesellschaftliche Produktion viel stärker entwickeln können, wären diese Hunderttausende mit voller Arbeitskraft am Werk, statt die Gräber und Siechenhäuser zu füllen, oder als Halbinvaliden der Gesellschaft zur Last zu fallen. Die Frage der Verhütung der Betriebsunfälle ist eine Kostenfrage. Die Technik, die den modernen Maschinenbetrieb schuf, besitzt auch Mittel genug, den Arbeiter vor den Gefahren dieses Maschinenbetriebs zu schützen. Aber die Kapitalisten scheuen diese Geldausgabe, weil die Produktion selbst für sie nur den

einzigen Zweck hat, ihren Geldbesitz zu vermehren. Die Betriebsunfälle sind aber bloß ein besonders krasser Fall der Vergeudung von Arbeitskräften. Wenn die Arbeiter nicht gerade durch eine Grubenexplosion oder eine Kesselexplosion zerschmettert oder erstickt werden, sondern durch das Einatmen giftiger Gase, durch Bleischlucken usw. weniger rasch, aber nicht minder sicher zugrunde gerichtet werden, so ist das ebenfalls ein Verlust für die gesellschaftliche Produktion. Desgleichen, wenn durch Unterernährung und schlechte Wohnungen das Lebensalter des Arbeiters gekürzt wird. Die schlimmste Vergeudung der Arbeitskraft geschieht aber durch Kinderarbeit. Wie mit den Früchten, die, wenn man sie zu früh erntet, wohl auch im Keller des Fruchtladens heranreifen können, aber niemals ihre volle Kraft und Stärke erreichen, so ist es auch mit der menschlichen Arbeitskraft, wenn man die Kinder in die Fabrik schickt. Die Jugend muß gepflegt und erzogen werden, man muß ihr einen guten Schulunterricht gewähren, — dann erst werden die Kinder als Erwachsene ihre volle Arbeitskraft entwickeln können. Die Kapitalisten jagen der Kinderarbeit nach, weil sie billiger ist. Sie scheuen sich nicht, die Jugendkräfte der Nation zu zerstören, um ihren Profit zu mehren, und untergraben dadurch gleichzeitig die sozialen Wurzeln der Produktionsentwicklung.

Der Arbeiter wäre besser daran, wenn der Unternehmer ihn auch nur behandeln würde, wie er seine Maschine behandelt. Die Maschinen werden geschont, denn sie kosten Geld, der Kapitalist muß ihre gesamten Herstellungskosten bezahlen. Daß in dem Arbeiter, um kapitalistisch zu sprechen, ein Kapital steckt, das kümmert den Kapitalisten nicht im geringsten; er bezahlt bloß den Arbeitstag oder die Arbeitsstunde. Da die Maschine verbraucht wird oder durch neue Erfindungen überholt werden kann, so macht der Kapitalist Abschreibungen, um das Kapital zu ersetzen. Bei dem Arbeiter wird darauf nicht geachtet. Wenn die Arbeitskraft des Arbeiters verbraucht ist, ist sein Leben noch lange nicht bezahlt. Für den Kapitalisten ist das ein Gewinn, für die Gesellschaft ein Verlust.

* * *

Die Herrschaft der Kapitalistenklasse ist nicht nur eine wirtschaftliche, sie ist zugleich eine ideelle. Eine große geistige Welt baut sich auf dem kapitalistischen Geldinteresse auf, wächst mit dem kapitalistischen Besitz empor, durchdringt alle Interessen und Bestrebungen und gerät vor unseren Augen in die schlimmste Kollision sowohl mit der Entwicklung der menschlichen Kultur wie mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion.

Die menschliche Gesellschaft entwickelte sich durch Klassenbildung. Das ist ein geschichtlicher Prozeß, der Jahrtausende dauert. Von dem

Augenblick an, da eine soziale Schicht zur Herrschaft über die anderen gelangt war, machte sie ihre Herrschaft zur Vorbedingung der weiteren Entwicklung der Gesellschaft. Nach der Auffassung der Herrschenden aller Zeiten, von dem Stammeshäuptling mit dem Ring in der Nase und dem Speer in der Hand bis auf den amerikanischen Milliardär, der mit Hilfe der Börse die Welten bewegt, wäre die Aufhebung ihrer Herrschaft gleichbedeutend mit dem Ruin der Produktion, der Vernichtung des Reichtums und der Kultur. Wir wissen jedoch, daß im Laufe der Geschichte die Klassenherrschaft mehrfach gewechselt hatte und daß die bösen Prophezeiungen der zurückgedrängten Klasse stets Lügen gestraft wurden. Immerhin hatte, solange die Produktivkräfte der Gesellschaft noch wenig entwickelt waren, die Behauptung, daß die Kultur nur durch die wirtschaftliche Bevorzugung Weniger sich entwickeln könne, einen Schein der Berechtigung. Das ist aber im 20. Jahrhundert ganz anders. Die gesellschaftlichen Produktionsmöglichkeiten übersteigen den gesellschaftlichen Bedarf, — nur das kapitalistische Privateigentum steht dazwischen, hindert den Volkskonsum, vergeudet Arbeits- und Produktivkräfte, hindert die Kulturentwicklung.

Die Industrie, die Dampfschiffahrt und die Eisenbahnen haben die menschliche Welt auf dem ganzen Erdenrund in Verbindung miteinander gebracht und Produktivkräfte erschlossen, denen gegenüber jeder Begriff von Mangel und Unzulänglichkeit verschwindet. Woran soll es denn fehlen? Etwa an Nahrungsmitteln? Wenn wir etwa die deutsche Durchschnittsernte zugrundelegen, so zeigt eine einfache Rechnung, daß man durch entsprechende Intensivizierung der Kultur die Weizenernte in Rußland verdreifachen, in den Vereinigten Staaten und Ostindien verdoppeln könnte. Nun sind aber immense Landstriche noch gar nicht unter den Pflug gekommen, sowohl in den Vereinigten Staaten wie in Kanada, in Südamerika (allein in Argentinien läßt sich die Anbaufläche, nach gelinder Schätzung, verfünffachen) und in Sibirien. In dem weitaus größten Teil der bewohnten Erde wird eben der Ackerbau nur äußerst extensiv betrieben. Die Steigerung der Ernten und die Erweiterung der landwirtschaftlich benutzten Fläche schafft einen nicht minder großen Spielraum für die Entwicklung der Viehzucht. Nein, an Nahrungsmitteln kann es nicht fehlen. Wir sehen ja umgekehrt, daß das agrarische Kapital in Europa sich über die landwirtschaftliche Konkurrenz der übrigen Welt beklagt und eifrig bemüht ist, durch Schutzzölle den Ueberfluß an Brot und Fleisch, den die Weltproduktion erzeugt, innerhalb der staatlichen Landesgrenzen in einen Mangel zu verwandeln. Selbst für ein solch anspruchsvolles Gewächs wie der Wein gibt es in Südamerika, Afrika, Asien schier unermeßliche Gebiete, die sich zu seiner Kultur eignen. Oder fehlt es an Rohstoffen der Industrie? Die Baumwollernte der Welt hat sich in den letzten

20 Jahren mehr als verdoppelt, dennoch ist ihre Anbaufläche nur erst in Amerika bedeutend, während sie in Asien sehr gering ist und hier, aber auch in Amerika, noch große Fortschritte machen kann. Nachdem Australien in kurzer Zeit es soweit gebracht hat, allein den größten Teil der von der europäischen Industrie verbrauchten Wolle zu liefern, kommt jetzt Argentinien an die Reihe, dessen Schafbestand bereits größer sein soll, als in Australien, obwohl die Wollausfuhr noch relativ gering ist. Die Kohlenausbeute ist in Deutschland in den letzten 10 Jahren fast um 100 Prozent gestiegen, desgleichen in Rußland; in den Vereinigten Staaten hat sie sich mehr als verdoppelt, in Kanada verdreifacht, dennoch bleibt die Ausbeutefähigkeit der Gruben in allen diesen Ländern fast unbegrenzt, während die riesenhaften Kohlenlager Asiens kaum erst in Anbau genommen worden sind. Nicht geringer sind die Fortschritte und Möglichkeiten der Eisengewinnung. Schließlich sei noch erwähnt, daß allein die drei größten Industrieländer, Deutschland, England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, für eine Milliarde jährlich Maschinen mehr ausführen, als einführen: so groß ist der Ueberschuß an Produktionsmitteln, den sie loszuwerden suchen. Nein, an Lebensmitteln, Rohstoffen, Produktionsmitteln ist kein Mangel, sondern Ueberfluß, — fehlt es vielleicht an Arbeitskräften? Europa allein gibt anderthalb Millionen Menschen jährlich ab, die über die See auswandern. Aber die Bauernmassen Asiens werden jetzt erst wirtschaftlich aufgerüttelt. Die Einführung moderner Technik macht dort viele Millionen Arbeitskräfte frei. Der Kapitalismus hat für sie keine Verwendung. Sie könnten die Menschheit durch ihre Arbeit reich machen, und sie werden verhungern müssen. Sie werden zugrundegehen, wie die Millionen Bauern und Handwerker, die der Kapitalismus in Europa aufgerieben hat. Und in ihrem Verzweiflungskampf um die Existenz bilden sie eine drohende Gefahr für die Zukunft der arbeitenden Massen der zivilisierten Welt. Das ist die Folge davon, daß wir mit den Maschinen und Eisenbahnen auch den kapitalistischen Privatbesitz und den kapitalistischen Staat nach Asien bringen.

Es ist nicht nur möglich, es ist notwendig, daß alle Menschen im Wohlstand leben. Es ist das notwendig, nicht nur im Interesse der menschlichen Kultur, sondern vor allem im Interesse der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion. Unsummen von Arbeitskräften und Produktivkräften bleiben unbenutzt oder werden vergeudet, weil die Entwicklung des Volksbedarfs durch die kapitalistische Ausbeutung gehindert wird.

* * *

Die gesellschaftliche Produktion ist das Ergebnis der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft, der gesamten Entwicklung der menschlichen

Kultur. Sie ist nicht das Werk einzelner, auch keineswegs bloß Handarbeit und nicht nur das Werk der Gegenwart. Durch die Jahrtausende, bis auf den Wilden, der die Steinaxt formte oder das Feuer anzündete, alle die Millionen und Abermillionen Menschen, die in der Gesellschaft tätig waren, durch ihre Handfertigkeit oder durch ihr geistiges Sinnen, Gegenstände geformt oder Phantasiegebilde ersonnen hatten, die die materiellen Güter gemehrt, oder die über das Schicksal der Menschen nachgedacht, über Leben und Tod, über Glück und Leiden, über die letzte Ursache und den letzten Zweck, die Erfinder, die Pfadfinder, die Zahllosen, die sich mühten, ohne aus dem Bannkreis ihrer Zeit herauszukommen, aber durch ihr gemeinsames Lebenswerk der Menschheit die reichste Erbschaft hinterließen, die anderen, die dem Wohl und Wehe der Gesellschaft ihre Gedanken widmeten und ihr Leben opferten, der Bauer, der Arbeiter, der Gelehrte, der Seefahrer, der Künstler, der Dichter, alle, die lebten und leben, in der Gesellschaft und für die Gesellschaft wirkten und wirken, — ihr gemeinsames Werk ist die gesellschaftliche Produktion. Wer soll nun der Eigentümer dieses geschichtlich gewordenen gesellschaftlichen Reichtums und der durch die Kulturarbeit der Menschheit geschaffenen Produktivkräfte sein, von denen die Existenz der Menschheit und die weitere Entwicklung der Kultur abhängen? Die Gesellschaft! Sie sind aber Privateigentum der Kapitalistenklasse; die Volksmassen sind um ihre Erbschaft betrogen worden. Die großen Produktionsaufgaben, die unsere Zeit löst, sind das Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung, der herangewachsenen Produktivkräfte, der Technik, der Wissenschaft, des großen Weltverkehrs der Menschen. Die Kapitalisten machen sich bloß diese gesellschaftliche Entwicklung zugute, um ihren Reichtum zu mehren, sie stören dabei viel mehr als sie nützen, sie verwandeln die Wohltaten der industriellen Entwicklung in Schäden und Mißstände, — da aber die Produktionsmittel in ihrem Privatbesitz sind, erscheint die gesellschaftliche Produktion als ihre persönliche Leistung. Das ist die schlimmste geistige Verirrung unserer Zeit.

* * *

Wir dienen nicht bloß den Reichen, wir dienen dem Reichtum. Das Kapital ist der unpersönliche Gott Mammon, der alles beherrscht. Statt daß man sich darüber klar werde, wie man am besten den gesellschaftlichen Bedarf steigern und die gesellschaftliche Produktion am wirksamsten entwickeln könne, sorgt man bloß für die Anhäufung von Kapital und glaubt, die sich selbst überlassene kapitalistische Entwicklung werde schon alles zum besten lenken. Der Geist, das produktive Schaffen, Wissenschaft, Kunst, Literatur, das alles wird von den Aufgaben, die dem Gesellschaftsinteresse entspringen, auf Aufgaben abgelenkt, die das Kapital stellt. Man denkt an die Entwicklung der Technik, aber nicht an die

Entwicklung der Menschen. Man ersinnt Methoden, Arbeitslöhne zu sparen, statt die Bedürfnisse der Arbeiter zu steigern. Man predigt den Volksmassen Enthaltsamkeit, Entbehrung, statt sie einer höheren Kultur entgegenzuführen. Die sozialen Zusammenhänge, die Bande der Familie werden gelöst, um den Gelderwerb und die Geldansammlung zu steigern. Geld und Gold — das ist die Losung, die alles deckt. Auch in der Staatspolitik ist das leitende Prinzip die Mehrung des „Nationalvermögens", das ist: des Kapitals. Da nun die Interessen der Gesellschaft den Interessen der Kapitalanhäufung unterordnet werden, wozu dient die Kapitalanhäufung? Man übersieht, daß selbst die gesellschaftliche Produktion doch nur einen gesellschaftlichen Zweck haben kann: die Steigerung des Volksbedarfs. Man opfert den Zweck dem Mittel. Aber indem man hinter dem Interesse der Kapitalanhäufung das Interesse der gesellschaftlichen Produktion, hinter diesem das Interesse der gesellschaftlichen Konsumtion zurücktreten läßt, hindert man alles: die Konsumtion sowohl wie die Produktion und schließlich auch die Kapitalanhäufung.

Wir setzen dem kapitalistischen Interesse das sozialistische Interesse entgegen. Um beide gruppieren sich soziale Schichten, Meinungen, Kulturansichten und Kulturperspektiven. Der Sozialismus ist nicht bloß eine soziale Idee, eine politische Macht, sondern er ist eine neue Welt, die sich aus der kapitalistischen Welt emporarbeitet und mit ihr in Kollision gerät, weil die kapitalistische Entwicklung die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und folglich den Fortschritt der menschlichen Kultur zurückhält.

Die Lohnarbeiter waren die ersten, die gegen das Monopol des kapitalistischen Privateigentums politischen und rechtlichen Einspruch erhoben hatten. Denn hier ist die Situation am klarsten: die Ausbeutung der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch die Kapitalistenklasse wird für die Proletarier zur Ausbeutung ihrer selbst. Aber je mehr der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und dem kapitalistischen Privateigentum steigt, desto mehr wird der Klassenkampf des Proletariats zum Kampf um die Entwicklung der Kultur, um die Zukunft des Menschengeschlechts.

Die Richtlinien einer sozialistischen Wirtschaftspolitik sind nach den vorangegangenen Erörterungen leicht zu fassen.

1. Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs. Das Volk muß aus seinen engen Lebensverhältnissen heraus. Je größer seine Lebensansprüche werden, desto besser. Vor allem muß das Wissen, zu dem sich die Menschheit emporgerungen hat, Gemeingut des Volkes werden. Der Sinn für Schönheit und Kunst muß geweckt werden. Nicht Demut und Enthaltsamkeit, sondern Lebensfreude und Lebensdrang. Je reichhaltiger das Leben des Volkes, desto höher die Kultur, desto reicher die Gesellschaft, desto größer ihre Produktivkräfte.

2. Organisation des gesellschaftlichen Bedarfs. Ohne diese ist es nicht möglich, einen Einklang zwischen dem Bedarf und der Produktion herzustellen.

3. Schonung der gesellschaftlichen Arbeitskräfte und ihre Ausbildung. Die Jugend gehört nicht in die Fabrik, sondern in die Schule. Der Arbeiter soll nicht ein Anhängsel der Maschine, sondern ihr Herr sein. Die Arbeit soll nicht das Leben kürzen, sondern Gesundheit und Kraft verleihen.

4. Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion.

5. Organisation der gesellschaftlichen Produktion.

Geschieht das alles, so wird die Arbeit aus einer Last zur Freude, sie gibt dann dem Arbeitenden einen Lebensinhalt. Darum:

6. Befreiung des Arbeiters und mit ihm der Arbeit vom Druck der Not, vom Zwang der Ausbeutung. Die Arbeit soll nicht mehr ein Fluch sein, sondern ein Segen.

Der Kapitalüberschuß und dessen Verwendung

Das doppelte Problem der sozialen Revolution — Staats- und Kommunalbedarf — Die Bourgeoisie und ihr Bedarf — Schema des gesellschaftlichen Bedarfs — Die Kapitalisierungen — Die Bourgeoisie entäußert sich ihres Kapitals — Die Kapitalanlagen

---

Das Problem der sozialen Revolution ist ein wirtschaftliches und ein politisches. Beide Teile sind in der wirklichen geschichtlichen Entwicklung voneinander unzertrennbar, denn die Geltendmachung des Kulturbedarfes des Volkes ist undenkbar ohne die politische Betätigung der Volksmassen — die darum selbst einen Produktionsfaktor darstellt —, aber es empfiehlt sich, sie gedanklich auseinanderzuhalten, weil man auf diese Weise die verschiedenerlei Schwierigkeiten besser kennen lernt, die sich dem Sozialismus entgegensetzen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen in den Produktionsverhältnissen; die politischen in dem politischen Widerstand der Kapitalistenklasse und der mit ihr verbundenen sozialen Schichten, Staatseinrichtungen und geistigen Kultur. Indem man die wirtschaftlichen Umbildungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft beobachtet, die den Sozialismus vorbereiten, kommt man leicht zum Schluß, das Problem sei bereits gelöst; man übersieht dabei den politischen Widerstand der kapitalistischen Gewalten. Anderseits ist es eine beliebte Manier der Bourgeoisie, ihren politischen Klassenwiderstand durch eingebildete wirtschaftliche Unmöglichkeiten des Sozialismus zu maskieren.

Wir wissen nun, welche Bedeutung die Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion hat. Werfen wir jetzt einen Blick darauf, wie sich der gesellschaftliche Bedarf in der kapitalistischen Gesellschaft zusammensetzt.

Es ist zu unterscheiden:

1. Der Staatsbedarf.
2. Der Bedarf der Kommunen.
3. Der Bedarf der Bourgeoisie.
4. Der Bedarf der Volksmassen.

* * *

Der Staatsbedarf ist in der kapitalistischen Gesellschaft in einem gewaltigen Wachstum begriffen. Die Hauptursache davon ist die allgemeine Steigerung der Produktivkräfte. Die großen Zahlen der modernen Staatsbudgets sind ein Zeichen der Produktionsfülle, die in den Industrieländern herrscht. Der Militarismus selbst ist erst durch diese Produktionsfülle großgezogen worden. Darum ist in dem wirtschaftlich rückständigen Rußland der Militarismus eine unerträgliche Last, obwohl dort das stehende Herr im Vergleich zur Bevölkerung viel geringer ist, als in den mitteleuropäischen Staaten. Darum ist auch in China die Frage der Schaffung einer modernen Armee nicht bloß eine militärtechnische, sondern eine wirtschaftliche Frage — eine Frage der Entwicklung des Getreidemarkts, der Industrie, der Geldsteuern. Der Militarismus ist ein negatives Zeichen der gesellschaftlichen Prosperität, er zeigt an, daß gesellschaftlicher Reichtum vorhanden ist, aber vergeudet wird.

Anderseits ist die Steigerung der Staatsbudgets in der kapitalistischen Gesellschaft bedingt worden durch den steigenden Widerspruch zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Entwicklung des Volksbedarfs. Die Kapitalistenklasse steigert den Staatsbedarf, um die Industrie zu fördern. Sie bewilligt dem Staat Steuern — allerdings vorzüglich auf Kosten der konsumierenden Massen — weil sie nachträglich von ihm Bestellungen erwartet. Sie offeriert dem Staat Anleihen zu einem billigen Zinsfuß. Das letztere geschieht besonders zur Zeit der Geschäftsflaue: da werden die Kurse der Staatsanleihen ebenso in die Höhe getrieben, wie sie während des industriellen Aufschwungs sinken. Da die Kapitalisten durch Einschränkung des Volksbedarfs sich selbst die Wege zur Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion verlegen, so tragen sie ihr sich häufendes Geldkapital dem Staate an. Die Entwicklung des Staatsbedarfs wird unerläßlich, wenn der Zinsfuß nicht weiter sinken soll. Der Staatsbedarf ist ein, wenn auch höchst mangelhaftes, Sicherheitsventil für die kapitalistische Ueberproduktion. Der Staat rüstet Armeen, Kriegsflotten, baut Festungen, aber auch Eisenbahnen. Er könnte, wenn er nicht der kapitalistische Staat wäre, besseres tun, als den Militarismus großziehen. Kennzeichnend bleibt aber, daß die Ueberleitung der Produktion auf den Staat nicht im Gegensatz zu der kapitalistischen Entwicklung stattfindet, sondern aus dieser sich ergibt. Um den Profit zu retten, überträgt die Kapitalistenklasse ihr Kapital dem Staat.

In den neuen Industriestaaten tritt der Staat von vornherein mit viel größerer Gewalt und auch weit mehr Zielbewußtsein als Produktionsfaktor auf.

Die Entwicklung des kommunalen Bedarfs geht ebenfalls mit Riesenschritten vor sich; verhältnismäßig steigt das Budget der groß-

städtiſchen Kommunen ſogar ſtärker noch, als das Staatsbudget. Die Gründe, ſoweit ſie ſich aus der kapitaliſtiſchen Entwicklung ergeben, ſind die gleichen, wie beim Staatsbudget. Dazu kommt aber noch, daß das gedrängte Zuſammenwohnen vieler Menſchen in den Großſtädten wirtſchaftliche, zum Teil ſanitäre Aufgaben ſtellt, die auch von der kapitaliſtiſchen Geſellſchaft nicht ignoriert werden können.

* * *

Der Bedarf der Bourgeoiſie läßt ſich ſchwer begrenzen, weil der ſoziale Begriff der Bourgeoiſie keine feſten Umriſſe aufzuweiſen hat. Geſchichtlich hat ſich bekanntlich der Begriff des Bourgeois — Bürger — entwickelt im Gegenſatz zum Adel. Das war zugleich ein Gegenſatz zwiſchen Stadt und Land. Als Stadtvolk kämpfte die Bourgeoiſie ihre Revolutionen durch, wobei ſie die Bauern gegen die Gutsherren ausſpielte. Wie ſie aber zur wirtſchaftlichen und politiſchen Herrſchaft gelangte, bekam der Ausdruck eine neue Wendung, und Bourgeois bedeutet von da an den Gegenſatz zum Arbeiter. Die Bourgeoiſie beſchränkt ſich längſt nicht mehr auf die Stadt. Die Induſtrie durchdringt das ganze Land; auch denke man an die vielen bürgerlichen Exiſtenzen, die außerhalb des geſellſchaftlichen Produktionsprozeſſes ſtehen, wie Aerzte, Richter uſw. Zwiſchen dem Bourgeois und dem Gutsherrn, einerlei ob adelig oder nicht, beſtehen die intimſten wirtſchaftlichen und kulturellen Verbindungen. Der Gutsherr oder Großbauer, der Brennereien errichtet und auf der Börſe ſpekuliert, iſt Bourgeois; der reiche Fabrikant oder Großkaufmann, der ſich ein Landgut kauft, hört deshalb nicht auf, Bourgeois zu ſein. — Anderſeits ſehen wir auch auf dem Lande die gleiche Spaltung zwiſchen Arbeiter und Kapitaliſten.

Wir verſtehen an dieſer Stelle unter Bourgeoiſie alle, deren Einkommen zu einem erheblichen Teil aus der Verzinſung ihres Kapitals fließt, einerlei ob dieſes Kapital in Fabriken, im Grundeigentum, im landwirtſchaftlichen Betrieb oder in Wertpapieren angelegt iſt. Die Bourgeoiſie iſt alſo in dieſem Sinne der erweiterte Begriff der Kapitaliſtenklaſſe.

Auf die Einkommensquelle kommt es an. Die Kapitaliſten ſind die Unternehmer, die Lohnarbeiter beſchäftigen. Allein die Aktiengeſellſchaften, das Bank- und Börſengeſchäft, die Staats- und Kommunalanleihen haben auch hier die Grenzen verwiſcht. Man braucht nicht unbedingt ſelbſt Unternehmer zu ſein, um kapitaliſtiſches Einkommen zu beziehen. Es iſt, wie wir an den Sparkaſſen geſehen haben, die Eigenſchaft des Kapitalismus, daß er das kapitaliſtiſche Intereſſe auch auf andere ſoziale Schichten überträgt. Die kapitaliſtiſche Einkommens-

quelle — das ist die Frage der Zeit. Daß es ein soziales Schmarotzertum gibt, das nichts tut und üppig lebt, das ist das wenigste; die Hauptsachen sind jene sozialen Verhältnisse, aus denen das kapitalistische Einkommen fließt.

Es ist klar, daß das Nähmädchen, das ihre paar Mark auf die Sparkasse trägt, deshalb noch nicht an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung interessiert zu sein braucht. Wichtig ist, daß das Einkommen, wie oben angegeben, „zu einem erheblichen Teile“ aus der kapitalistischen Quelle fließt. Auch das ist noch keineswegs immer ausschlaggebend. Doch weiter lassen sich keine Schranken ziehen.

Auch da noch werden wir willkürlich zu Werke gehen müssen, um das Einkommen der Bourgeoisie von dem Einkommen des übrigen Volkes auszuscheiden. Da es im Interesse einer gültigen Beweisführung besser ist, die Schwierigkeiten der sozialen Revolution zu übertreiben, als sie zu unterschätzen, zählen wir zu dem bürgerlichen Bedarf alle Einkommen, die 3000 Mark jährlich übersteigen. Man wird zugeben, daß wir damit die sozialen Grenzen der Bourgeoisie äußerst weit gezogen haben.

Wir haben schon früher aus der preußischen Einkommensstatistik festgestellt, daß von dem Jahreseinkommen dieser sozialen Schicht zwei Fünftel zurückgelegt und nur drei Fünftel verbraucht werden. Wir müssen daher in dem Bedarf der Bourgeoisie unterscheiden:

a) die Verwendung für eine Kapitalanlage und

b) die Verwendung für den persönlichen Konsum der Bourgeoisie.

* * *

Wir wollen nun auf Grund der preußischen Finanz- und Einkommensstatistik, unter allem Vorbehalt, den diese Statistik erfordert, das quantitative Verhältnis der verschiedenen Bedarfsarten in der kapitalistischen Gesellschaft feststellen. Beim Staat kommt für uns offenbar nur der Nettobedarf in Betracht, das heißt der Gesamtbedarf nach Abzug der Ausgaben für die Staatsbetriebe (Eisenbahnen, Post- und Telegraphie, Domänen usw.) und nach Abzug der Verzinsung der Staatsschulden. Vom Reichsbudget rechnen wir, entsprechend der Bevölkerung drei Fünftel auf Preußen. Was die Kommunen anbetrifft, so finden wir eine Zusammenstellung bloß für die größeren preußischen Kommunen mit über 10000 Einwohnern. Auch hier werden die Ausgaben für die Betriebsverwaltungen und die Schuldzinsen abgezogen. Schließlich, beim Einkommen von Privaten, werden sowohl die Schuldzinsen wie die gezahlte Einkommensteuer subtrahiert. Wir gelangen zu folgender Zusammenstellung für Preußen:

	In Millionen Mark	Verhältniszahl
Staatsbedarf	2323	13
Bedarf der Kommunen (mit über 10000 E.)	918	5
Bedarf der Bourgeoisie { für neue Kapitalanlage . . .	1856	11
Bedarf der Bourgeoisie { für persönlichen Konsum . . .	2784	16
Bedarf der Volksmassen	9616	55
	17497	100

Die absoluten Zahlen dieses Schemas können auf Genauigkeit keinen Anspruch erheben. Das Geschäft der Steuerhinterziehung blüht ja in den Reihen der Bourgeoisie. Allein auch das Einkommen der Volksmassen ist viel zu niedrig angegeben, da die Steuerfreien, das sind solche, deren Einkommen 900 Mark nicht erreicht, nur schätzungsweise mit einem Durchschnittseinkommen von 450 Mark in Rechnung gesetzt worden sind, der Durchschnitt aber größer sein muß, da nachweislich jedes Jahr eine große Zahl dieser Steuerfreien in die Steuerklassen aufrücken. Der Bedarf der Kommunen ist in Wirklichkeit bedeutend größer: für die „höheren Kommunalverbände“ (Provinzen und Kreise) und für die Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern in Preußen werden nach amtlicher Schätzung noch weitere 792 Millionen Mark jährlich angegeben. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß in dem Einkommen der Bourgeoisie viele Millionen enthalten sind, die in der Gestalt von Gehältern an Richter, Offiziere, Beamte, Schullehrer usw. direkt aus der Staatskasse fließen, und andere Millionen, die den Profit der Kapitalistenklasse an Staatslieferungen darstellen; geschweige schon von der Verzinsung der Staatsschuld, die wir auch beim Staatsbedarf nicht gerechnet haben. Zieht man das alles in Betracht, so wird man zugeben, daß unsere Zahlen das Verhältnis eher zuungunsten als zugunsten der Bourgeoisie verändern, das heißt, daß ihr Anteil an dem gesellschaftlichen Bedarf ein noch geringerer ist.

Der öffentliche Bedarf, das ist der Bedarf des Staats und der Kommunen, beträgt also jetzt schon 18 Prozent oder fast ein Fünftel des gesamten gesellschaftlichen Bedarfs. Da er riesenhaft anschwillt, so ist die Zeit nicht fern, wo er den Anteil der Bourgeoisie übersteigen wird. Wir ziehen daraus den Schluß, der wohl manchen überraschen dürfte: *es bringt mehr ein, den Staat zu reformieren, als die Bourgeoisie zu expropriieren.**

Die wirtschaftliche Reform des Staates muß nach zwei Richtungen vor sich gehen. Bei den *Staatseinnahmen* ist der Ersatz der Verbrauchssteuern durch direkte Steuern notwendig. Solange die Ver-

* Der Zusammenhang zwischen der Staatsform und der Herrschaft der Kapitalistenklasse wird von uns in der Broschüre „Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus“, Sozialistische Zeitfragen, Heft 3, erörtert.

brauchssteuern bestehen, geschieht die Steigerung des Staatsbedarfs auf Kosten der Einschränkung des Volksbedarfs. Von noch größerer Bedeutung aber ist die Reform in der Verwendung der Staatseinnahmen.

Die Millionen, die der Staat für den Militarismus verbraucht, gehen für das Volk verloren. Zugleich aber gehen für die gesellschaftliche Produktion die Arbeitskräfte verloren, die der Staat in die Kaserne einsperrt. Fast 700 000 Mann in Armee und Marine, die besten Arbeitskräfte des Volkes werden im Deutschen Reich Jahr aus, Jahr ein auf Staatskosten unterhalten, ohne selbst auch nur die geringste produktive Arbeit zu leisten.

Soweit es sich um den Bedarf des Staates und der Kommunen handelt, ist das wirtschaftliche Problem der sozialen Revolution von vornherein und unmittelbar ein politisches Problem: es besteht darin, den Willen und die Interessen des arbeitenden Volkes im Staat und in der Kommune zur Geltung zu bringen. Es bedarf dazu keiner Expropriation, keiner Verletzung des Privateigentums. Es muß bloß verhindert werden, daß Staat und Kommune als Ausbeutungsquelle dienen und die Mittel und Kräfte des Volkes vergeudet werden.

* * *

Wenn wir uns nun dem Bedarf der Bourgeoisie zuwenden, so finden wir, daß der Teil ihres Einkommens, den die Bourgeoisie für ihren persönlichen Konsum verwendet, keineswegs besonders groß ist. Die 2784 Millionen bilden bloß 16 Prozent des gesamten gesellschaftlichen Bedarfs. Haben wir es nun hier aber mit lauter Schmarotzerexistenzen zu tun?

Nimmt man die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit, in den weiten Grenzen, die wir diesem Begriff gezogen haben, so leistet sie für die Gesellschaft nützliche Arbeit. Da sind Aerzte, Techniker, Schullehrer usw. Wenn auch das Heer von Beamten, die Richter, Polizeimannschaften und andere, gegenwärtig eine Tätigkeit entwickelt, die vorzüglich den herrschenden Klassen zugute kommt, so wird doch mit der Aenderung des politischen Charakters des Staats auch ihre Tätigkeit sich ändern, oder sie werden durch andere ersetzt, deren Zahl kaum geringer sein dürfte. Die Zahl der reinen Kapitalisten, der eigentlichen „Nichtstuer" (soweit die Kapitalisten tatsächlich an der Leitung der Geschäfte teilnehmen, erfüllen auch sie eine nützliche Tätigkeit), diese Zahl ist äußerst gering.

Die Bourgeoisie in ihrer Gesamtheit, als soziale Schicht, verbraucht keineswegs soviel, daß die Volksmassen deshalb Not leiden sollten. O nein, ernähren könnten die Arbeitermassen die Bourgeoisie schon; das ist eben der Fluch, daß die Bourgeoisie die Arbeiter nicht zum Brote kommen läßt. Die Gesamtzahl der in Betracht kommenden Steuerzahler

ist in Preußen 526000, die mit ihren Angehörigen eine Bevölkerung von 1700000 Personen ausmachen. Auf einen Steuerzahler mit seinen Angehörigen entfällt ein durchschnittlicher Jahresverbrauch von 5300 Mark. Nun haben wir ja heutzutage auch sozialdemokratische und Gewerkschaftsbeamte, die mit 400 bis 500 Mark monatlich honoriert werden, also bis 6000 Mark jährlich. Die Summe ist nicht übermäßig hoch, um mit Familie in einer Großstadt ein kulturelles Dasein zu führen. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, diesen Bedarf zu reduzieren, wir müssen vielmehr dafür sorgen, daß möglichst große Volksschichten soweit hinaufrücken. Allerdings gibt es unter den einzelnen gewaltige Unterschiede: es gibt solche, die von ihrem Einkommen von 3000 Mark noch bedeutende Rücklagen machen, und andere, die Millionen beziehen und Hunderttausende verbrauchen. Faßt man aber die Bourgeoisie als Gesamtheit ins Auge, so hat das Volk kein Interesse daran, ihre persönlichen Ausgaben zu schmälern; von dieser Seite droht der Bourgeoisie keine Gefahr — man wird ihr Wohlleben niemals antasten.

Anders jener Teil des bürgerlichen Einkommens, der zur Kapitalanhäufung verwandt wird. An diesem Teil hat die gesamte Gesellschaft ein Interesse, weil sie an der Entwicklung und der Organisation der gesellschaftlichen Produktion interessiert ist.

* * *

Es bedarf keiner revolutionären Gewaltmittel, damit die Gesellschaft in den Besitz des jährlichen Kapitalzuwachses der Bourgeoisie gelange. Dieser wird ihr vielmehr von der Bourgeoisie selbst zugetragen. Die Eigentümer dieses Kapitalzuwachses reißen sich darum, ihr Privateigentum loszuwerden.

Wir haben ermittelt, daß die preußische Bourgeoisie von 1902 bis 1905 fünfundeinhalb Milliarden Mark kapitalisiert habe. Ueberträgt man das gleiche Verhältnis auf das Reich, so erhält man die Zahl 9,2 Milliarden. Wo ist dieses Geld untergebracht worden?

Die Statistik der Emissionen in Deutschland, also der Vermehrung des Kapitals der Staats- und Kommunalanleihen, der Hypotheken und Aktien, ergibt für die drei Jahre 1903, 1904 und 1905 den Betrag von 6807 Millionen Mark.* Das in den deutschen Banken untergebrachte Kapital (Kreditoren und Depositen) hat sich während dieses Zeitraums um 2000 Millionen vermehrt**, die Einlagen der Sparkassen um 2370 Millionen. Das gibt zusammen 11177 Millionen, überragt

* Nach A. Feiler in der Halleschen „Weltwirtschaft“ 1906.

** Denkschrift zur Finanzreform, Teil III.

demnach um 2 Milliarden den von uns ermittelten Betrag. Allein es ist zu berücksichtigen, daß die Einlagen der Sparkassen zum weitaus größten Teil von kleinen Leuten herrühren, die weniger als 3000 Mark Einkommen beziehen, deren Ersparnisse darum in dem von uns ermittelten Kapitalüberschuß nicht enthalten sind, und daß diese Einlagen sowie jene der Banken zu einem Teil den Emissionen zuflossen. Ferner sind bei der Summierung der Emissionen Doppelzählungen unvermeidlich, da die Banken, die Obligationen emittieren, ihrerseits an den Emissionen von Industrieaktien und Staatsanleihen sich beteiligen. Nun war aber der Gesamtbetrag an Bankaktien, die während jener drei Jahre in Deutschland emittiert wurden, nur 437 Millionen Mark. So sind wir denn nach alledem wohl zum Schlusse berechtigt, daß in unserer Zeit der jährliche Kapitalüberschuß der Bourgeoisie zum weitaus größten Teil in unpersönlichen Besitz, in Gestalt von Staatsanleihen, Hypotheken, Akien, übergeht.

Die Aktiengesellschaft, die Bank und der Staat schlucken alles.

Die Entwicklung der Aktiengesellschaften vollzieht sich, wie längst zum allgemeinen Bewußtsein gelangt ist, nach den Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz, da der Großbetrieb die geringeren Produktionskosten und den vorteilhafteren Handelsvertrieb aufzuweisen hat und das größere Kapital das kleinere verdrängt. Dem gleichen Gesetz folgen auch die Banken. Sie bilden aus vielen Beiträgen große Kapitalsummen; vielfach, wie zum Beispiel bei den Sparkassen, ermöglichen sie dadurch überhaupt erst die Verzinsung des Geldes. Die Banken speisen mit ihrem Geld die Aktiengesellschaften. Die Vermehrung des Bankkapitals reizt zu neuen Gründungen. Beide — Aktiengesellschaften und Banken — sind bereits so ineinander verflochten, daß sie gar nicht mehr zu trennen sind, und sie beherrschen zusammen die Industrie, den Handel und zum größten Teil die Landwirtschaft. Gegen diese Macht kommt der einzelne Unternehmer gar nicht mehr auf. Er findet überall die Wege versperrt. Wer zum Beispiel in der Umgebung von Berlin bauen will, kann nicht umhin, sich an eine der Terraingesellschaften zu wenden, die mit dem Geld der Banken den Boden im weitesten Umkreise der Großstadt aufgekauft haben. Hat jemand eine Erfindung gemacht, und mag ihre Tragweite noch so groß sein, so kommt er doch nicht vorwärts, bis nicht eine Bank sich dafür interessiert. Soweit sich der einzelne Unternehmer überhaupt noch hält, kommt er jedenfalls ohne Bankkredit nicht aus.

Die Fabrik im persönlichen Besitz des einzelnen oder der Familie ist eine ebenso veraltete Betriebsform, wie das Handwerk. Sie verschwindet. Wir sehen, wie selbst solche Riesenunternehmungen, wie die Kruppschen Werke, es schließlich vorziehen, die Form einer Aktiengesellschaft anzunehmen. Vor allem aber vollzieht sich der gesamte Zuwachs

der Industrie von vornherein in der neuen Form. Das ist es, worauf unsere Zahlen hinweisen. Und wenn die Aktiengesellschaft in ihren Anfängen die Zusammenlegung des Kapitals einzelner Kapitalisten war, so ist sie jetzt von vornherein eine Gründung der Banken. Die Banken sind es, die durch Ausdehnung ihres Kredits die einzelne Unternehmung von sich abhängig machen und sie dann in eine Aktiengesellschaft verwandeln oder den neuen Gründungen diese Form vorschreiben, und zwar aus dem Grunde, weil die Banken einen beweglichen, teilbaren Besitz brauchen, dessen sie sich leicht entäußern können, um ihn, wenn es vorteilhaft erscheint, wieder zu erwerben.

Das gesamte Kapital fließt in den Banken zusammen. Von hier aus wird die Produktion mit dem Geld versehen, das in der kapitalistischen Gesellschaft allein die Arbeiter und die Produktionsmittel in Bewegung setzt. Von hier aus wird der Mehrwert an die einzelnen Kapitalbesitzer verteilt.

Dann aber genügt die Verstaatlichung der Banken und Sparkassen, um das gesellschaftliche Kapital in den Besitz der Gesellschaft zu überführen — vorausgesetzt allerdings, daß der Staat die politische Organisation der Volksmassen darstellt und nicht eine Organisation, die über dem Volke steht, um die Herrschaft einer Klasse zu stützen.

Meine Zahlen beweisen, daß wir in Deutschland bereits soweit sind, durch diese Verstaatlichung den jährlichen Kapitalüberschuß und infolgedessen die jährlich stattfindende Erweiterung der Produktion, die gesamte Neuproduktion unter die Leitung der Gesellschaft zu stellen.

* * *

Man würde vielleicht entgegnen: „Die Banken verzinsen die ihnen anvertrauten Geldsummen. Sie erreichen das durch produktive Verwendung des Kapitals. Wie soll denn der Staat dieses Problem lösen?“ Dieser Einwand trägt das ideologische Gepräge der kapitalistischen Verhältnisse an sich. In Wirklichkeit ist es vielmehr erstaunlich, wie das Deutsche Reich es fertig bringt, 700 000 Mann müssig zu unterhalten, was ihm über eine Milliarde jährlich kostet, als, wie es etliche Milliarden in der Produktion verwenden soll. Es werden Zeiten kommen, da man die kapitalistischen Armeerüstungen den größten Aberwitz der Weltgeschichte nennen wird. Immerhin, um die Kraft des erwähnten Einwandes zu prüfen, untersuchen wir, was in der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Kapitalüberschuß geschieht und auf welche Weise die Banken das ihnen zugeführte Geld rentabel machen.

Wir wissen, daß in den Jahren 1903 bis einschließlich 1905 in Deutschland zusammen 6807 Millionen Mark neuer Emissionen unter-

gebracht wurden. Folgende Tabelle zeigt, wie sich dieses Kapital auf einzelne Posten, die für uns ein besonderes Interesse haben, verteilt.

Staatsanleihen	1985	Millionen	Mark
Kommunalanleihen . .	975	"	"
Hypotheken-Obligationen	1474	"	"
Sonstige Obligationen .	787	"	"
Bankaktien	438	"	"
Eisenbahnaktien. . . .	196	"	"
Industrieaktien	956	"	"

Nimmt man an, daß in der Rubrik „Sonstige Obligationen" lauter Schuldverschreibungen der Banken und der Industriegesellschaften respektive Privateisenbahnen enthalten sind, so gelangt man zu dem Ergebnis, daß in der Industrie (inklusive Eisenbahnen und Banken) nur 2377 Millionen angelegt wurden, also etwas über ein Drittel, während die übrigen zwei Drittel dem Staat, den Kommunen und dem Hypothekarkredit zufielen. Die Kapitalanlage in Staats- und Kommunalanleihen beträgt mehr als das dreifache der Anlage in eigentlichen Industrieaktien.

Wir ersehen aus diesen Zahlen, daß die Bourgeoisie selbst sich in erster Linie des Staats und der Kommunen bedient, um ihr Kapital produktiv anzulegen. Daneben werden noch die Hypotheken bevorzugt, das heißt, es wird die steigende Grundrente mit Beschlag belegt. Dazu gehört nicht viel Kunst, der Staat und die Kommune haben längst bewiesen, daß sie es mindestens ebensogut machen können. Aber selbst wo die Bourgeoisie ihr Kapital der Industrie zuführt, legt sie es zu einem großen Teil als Schuldverschreibung an, das sind die 787 Millionen „sonstige Obligationen": sie verzichtet auf die Möglichkeit eines höheren Gewinns, sie zieht die feste Verzinsung vor. Die Bourgeoisie will nicht mehr den Unternehmer spielen, sie will nur noch den Gläubiger abgeben. Der Geldwucher, der den Anfang zur Entwicklung des kapitalistischen Privateigentums gab, bildet auch ihren Abschluß.

* * *

Die Notwendigkeit der Aenderung der Eigentumsordnung ergibt sich aus der Produktionsentwicklung, ihre Möglichkeit — aus der Entwicklung des kapitalistischen Besitzes. Wenn aber der kapitalistische Privatbesitz an den Produktionsmitteln aufgehoben wird, was geschieht dann? Was tritt an dessen Stelle und in welcher Weise vollzieht sich die Umwandlung? Was wird aus der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft? Welche Gestalt nimmt dann der Staat an und wie be-

tätigt er sich? Das sind Fragen, über die wir uns Rechenschaft schuldig sind und auf die wir unseren Gegnern Antwort geben müssen.*

Das eine aber wollen wir hier festhalten: das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln wird durch seine eigene Entwicklung zu reinem Machtbesitz, der in der Produktionsentwicklung seine Erklärung, aber nicht seine Rechtfertigung finden kann; der Weg der Kultur aber ist der Weg der Massen, nur was diesen frommt, dient der gesellschaftlichen Entwicklung.

---

* Näheres darüber in den Kapiteln: Die Banken und die Industrie; Die Verstaatlichungen und der Sozialismus, sowie den Broschüren: Der Handel, die Kartelle und die soziale Revolution; Die soziale Revolution und die Landwirtschaft; Die Produktionsaufgaben des Sozialismus.

Die Banken, der Staat und die Industrie

Das Bankkapital und der Staat

Die Sparkassen — Das Wechselgeschäft der Banken — Der Kapitalüberschuß der Banken — Die Banken und der Staatskredit — Aus der Geschichte der Diskontogesellschaft — Direkte Beziehungen zwischen Staat und Geldmarkt.

Im Mittelpunkt des kapitalistischen Treibens stehen gegenwärtig die Banken. Ob es sich um die Finanz- oder Handelspolitik des Staats handelt, um Krieg und Frieden, um Kolonien in Afrika oder Elektrizitätswerke in den deutschen Großstädten, um parlamentarische oder gewerkschaftliche Kämpfe, überall stoßen wir auf den Einfluß der Banken. Man findet sich in der Industrie nicht mehr zurecht, wenn man ihre Zusammenhänge mit den Banken nicht kennt. Ueber diese Zusammenhänge Aufklärung zu geben, ist die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Selbstverständlich handelt es sich für uns dabei weder um eine Geschichte der Banken noch um eine Geschichte der Industrie, sondern um ihre wichtigsten Wechselbeziehungen, die ihr kapitalistisches Wirken in der Gegenwart charakterisieren; die Vergangenheit wird nur berücksichtigt, soweit dies zur Erklärung der Entwicklung unbedingt notwendig ist.

Am einfachsten unter allen Geldinstituten liegen die Verhältnisse bei den Sparkassen. Wir stellen fest,* daß im Jahre 1907 das Kapital der preußischen Sparkassen, das damals 9484 Millionen Mark betrug, wie folgt angelegt wurde: 3712 Millionen in städtischen Hypotheken, 2029 in ländlichen Hypotheken, 959 in Reichs- und preußischen Staatsanleihen, 1059 bei öffentlichen Instituten und Korporationen, der Rest, 1309 Millionen, in sonstigen Inhaberpapieren. Die Sparkassen sind demnach nur Vermittler für den Staats-, Kommunal- und Hypothekarkredit.

* * *

Während die Sparkassen sich damit begnügen können, das ihnen zufließende Geld in Staats- respektive Kommunalanleihen und Hypotheken zu verwandeln, weil die kleinen Sparer sonst überhaupt ihr Geld nicht würden verzinsen können, sind die Großbanken in unserer Zeit gezwungen, in Konkurrenz zu dem Staat und der Kommune und

---

* Vergleiche die Denkschrift zur Reichsfinanzreform.

auch, soweit es sich nicht um Hypothekenbanken handelt, zu dem Hypothekarkredit zu treten. Denn ihre Gläubiger sind kapitalkräftig genug, um selbst diese Werte zu kaufen. Wir werden den Verlauf und die Aussichten dieser Konkurrenz zwischen dem Staat und den Banken untersuchen. Erst müssen wir aber prüfen, wie die Banken zur Verzinsung ihres und des ihnen anvertrauten Kapitals gelangen.

Sie erreichen dies zunächst dadurch, daß sie den Kreditverkehr unter den Geschäftsleuten vermitteln. Sie diskontieren Wechsel, das heißt sie schießen Geld gegen fremde Wechsel vor, und gewähren sonstige Darlehen. Der Zins, den sie sich dafür von den Geschäftsleuten zahlen lassen, ist ein Teil des Profits, den jene in ihren Unternehmungen herauswirtschaften. So sind die Banken reich geworden. Allein die steigende Kapitalanhäufung hat sie längst aus diesem paradiesischen Zustand herausgedrängt. Diese steigende Kapitalanhäufung stößt, wie wir wissen, auf die Einschränkung des Volksbedarfs. Es steigt der Kapitalüberfluß, für den sich zunächst keine Verwendung findet. Aber das kümmert den einzelnen Kapitalisten wenig, denn er überliefert ja sein Kapital der Bank, die es verzinsen muß. Soweit die Bank den Geschäftskredit vermittelt, zieht sie ihre Zinsen aus der Geschäftstätigkeit des einzelnen Kapitalisten, aus dem Mehrwert, den er sich aneignet; aber das entschwindet seinem Bewußtsein, wie ihm auch das Verständnis für den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Produktion und Konsumtion abgeht, er weiß nur, daß er seine Zinsen von der Bank erhält; er überliefert ihr sein Kapital und verlangt Zinsen. Die Sorge um die Verwendung des Kapitals wird der Bank übertragen.

* * *

Wir wissen, daß die kapitalistische Konkurrenz zur Bildung von Aktiengesellschaften und zur Konzentration des Kapitals in den Banken führt. Jetzt lernen wir einen neuen, weit mächtigeren Faktor kennen, der das gleiche Ergebnis hervorruft: den steigenden Kapitalüberschuß. Die Depots der Banken steigen rein automatisch, ganz abgesehen von der Verdrängung der einen Betriebsform durch die andere, sie steigen, weil die Kapitalsummen sich mehren, die in der kapitalistischen Gesellschaft den Volksbedarf überschreiten. Damit zugleich wächst für die Banken die Schwierigkeit, das in ihren Kassen sich sammelnde Kapital zu verzinsen.

Fürs erste halfen sich die Banken in der gleichen Art, wie sich die kapitalistische Unternehmung überhaupt hilft: durch die Aufzehrung der kleineren. Solange es sich nur um das Vermittlergeschäft handelte,

hatten die kleinen Banken gegenüber den großen gewisse Vorteile, die in ihrer besseren Kenntnis der persönlichen und lokalen Verhältnisse lagen. Diese Vorteile treten zurück in dem Maße, wie die sich häufenden Depots den Banken eine mehr oder weniger selbständige Unternehmertätigkeit aufzwingen. Gewöhnlich ist der Vorgang der, daß die kleineren Banken zur Zeit des industriellen Aufschwungs sich in verschiedenen Gründungen engagieren, aber während der Handelskrisis den übernommenen Verbindungen nicht mehr gewachsen zeigen. Darauf wird von den Großbanken „saniert" und fusioniert: die Großen schlucken die Kleinen, und die Gläubiger der ersteren haben das Nachsehen. Darum auch die Erscheinung, daß hauptsächlich die mittleren Banken diesem Schicksal verfallen.* Aber nachdem sich die Großen gesättigt haben, stehen sie erst recht vor dem Problem, Zinsen zu schaffen. Kapital fließt ihnen zu, sie können es nicht hindern, — wo aber die Zinsen hernehmen? Wenn nun erst die industrielle Betätigung ihnen als vorteilhaftes Geschäft erschienen war, so wird sie jetzt zu einem unabwendbaren Gebot der Not.

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Bilanzen der deutschen Großbanken. Wir stellen zunächst für die sieben größten Banken auf der einen Seite die Depositen, Kreditoren und Aktienkapital nebst Reservefonds, also das verfügbare Kapital zusammen, auf der anderen die Debitoren, also die eigentliche Kreditvermittlung (in Millionen Mark)**

Jahresbilanz	Verfügbares Kapital	Debitoren	Ueberschuß des verfügbaren Kapitals
		Deutsche Bank	
1901	829	298	631
1902	934	305	629
1903	1004	352	652
1904	1048	384	664
1905	1301	448	951
		Diskontogesellschaft	
1901	392	197	195
1902	438	194	244
1903	449	208	241
1904	512	266	246
1905	553	391	162

* Drastische Belege für diese Vorgänge in dem sehr instruktiven Buch von Dr. Otto Jeidels: „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie", Leipzig 1905.

** Nach F. v. Pritzbauer in Halles Weltwirtschaft, 1906, Band 2.

Dresdener Bank

Jahresbilanz	Verfügbares Kapital	Debitoren	Ueberschuß des verfügbaren Kapitals
1901	393	208	185
1902	443	224	219
1903	489	268	221
1904	722	329	393
1905	736	380	356

Schaffhausenscher Bankverein

1901	216	136	89
1902	233	132	101
1903	262	151	111
1904	352	237	115
1905	388	284	104

Bank für Handel und Industrie

1901	204	104	100
1902	277	129	148
1903	298	143	155
1904	355	163	192
1905	478	225	253

Berliner Handelsgesellschaft

1901	206	126	80
1902	228	131	97
1903	230	131	99
1904	246	138	108
1905	362	176	186

Nationalbank für Deutschland

1901	121	50	71
1902	137	58	79
1903	157	71	86
1904	181	86	95
1905	253	108	145

Die Kapitalüberschüsse, die den Großbanken nach Befriedigung der Kreditvermittlung verbleiben, sind, wie unsere Zahlen zeigen, ganz enorm; sie bewegen sich zwischen 40 Prozent bis Dreiviertel (bei der Deutschen Bank) des verfügbaren Kapitals. Im Jahre 1905 betrug der Kapitalüberschuß allein bei diesen sieben Banken zusammen 2157 Millionen

Mark.* Die Banken müssen aber sämtliche Einlagen und auch das Aktienkapital verzinsen und nicht bloß jenen Teil, der der Kreditvermittlung dient; folglich, wenn sie sich nur auf das Kreditgeschäft beschränkt hätten, würde der Zinsfuß, den sie zahlen können, so gering ausfallen, daß sie liquidieren müßten.

* * *

Die Banken helfen sich zunächst durch die Vermittelung des Staatskredits.

Das Geldgeschäft der Banken mit dem Staat ist so alt, wie diese selbst. Allein es hat eine sehr wesentliche Aenderung durchgemacht, die sowohl mit der Entwicklung des Geldmarktes wie mit der Entwicklung des Staates zusammenhängt.

Erst war es ein Verkehr zwischen den Geldleuten und den regierenden Fürsten. Das Schwergewicht lag in der Beschaffung großer Summen auf lange Fristen. Das konnten nur wenige, die selbst ein großes Vermögen besaßen und kraft dem Vertrauen, das sie persönlich in der Geschäftswelt genossen, reichlich über fremdes Geld verfügten. Es war das Geschäft der reichen Leute. In der Unmöglichkeit, außerhalb dieses engen Kreises von Kapitalisten die nötigen Summen zu beschaffen, lag auch, bei der Willkürherrschaft der Fürsten, die eigentliche Sicherheit der Kreditgewährung. Es war für die Fürsten eine sehr bequeme Manier, mit der Person des Gläubigers auch dessen Forderung zu tilgen. Allein diese Willkür führte am letzten Ende zu einer desto schlimmeren Abhängigkeit der Fürsten von den Geldleuten. Die Kriege, die stehenden Heere verlangten immer größere Geldsummen. Die Regierungen mußten sich an die Bankiers wenden. Diese verstanden es schließlich, durch Pachtung der Steuern und ähnliches sich reichlich Sicherheit zu verschaffen. Da aber der Staatskredit auf einen engen Kreis beschränkt blieb, so stieg der Reichtum und die Geldmacht der Bankiers. Die bürgerlichen Revolutionen und die Errichtung des parlamentarischen Rechtsstaats beseitigten die Unsicherheit des Staatskredits; dieser wird vielmehr von da an zum sichersten Geschäft. Allein das absolute Regime einzelner Bankiers auf dem Geldmarkt überdauerte den politischen Absolutismus. So hatte noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die Dynastie Rothschild, die unter ihre Sippschaft

* Diese Massen Geldkapital geben uns u. a. eine kleine Vorstellung davon, mit welcher Wucht der industrielle Aufschwung 1906 einsetzen mußte, aber auch die Aufklärung darüber, warum er so gewaltig die Preise in die Höhe trieb, sodaß schon 1907 eine Unterproduktion nebst Vorkrisis eintraten.

ganz Europa verteilte, dank dem gewaltigen eigenen Vermögen und der großen Klientel, über die sie verfügte, einen maßgebenden Einfluß bei allen großen Staatsanleihen, die für unmöglich galten, wenn nicht die Rothschilds sich daran beteiligten. Die Entwicklung der Effektenbanken (Banken für den Handel mit Staatspapieren und sonstigen Börsenwerten) in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts geschah im offenen Kampf gegen das Haus Rothschild. Indessen schufen die Industrie und die Verallgemeinerung der Warenproduktion eine gewaltige Ausdehnung des Geldmarkts. Die Depots der neuen Banken füllten sich, zugleich sammelten die Banken um sich eine große Klientel. Die Entwicklung des Verkehrs mit Staatspapieren erforderte schon früh die Bildung besonderer Konzentrationsplätze dieses Handels. Das waren die Börsen. Die Entwicklung der Börsen verallgemeinerte und erweiterte ihrerseits den Staatskredit. Er verlor seinen spezifischen Charakter, wurde demokratisiert, wurde immer mehr, zumal mit der Entwicklung der Sparkassen, zum Geschäft der kleineren Geldleute. Die Staatsanleihen wurden zu einer fluktuierenden Masse, zum Durchgangsposten der Banken. Unzählige Milliarden Staatsschulden sammelten sich auf dem Markte. Aber auch die jedesmalige Einzelforderung der Staatsanleihen erreichte riesenhafte Dimensionen. Sie wurden so groß, daß kein Geldinstitut sie selbst aus seinem freien Kapital bestreiten konnte und die Banken schon deshalb immer mehr in die Rolle des Vermittlers gedrängt wurden. Nunmehr besteht ihre Tätigkeit bei Staatsanleihen darin, daß sie die Unterbringung der Anleihe übernehmen. Sie bilden ein Konsortium, das die Uebernahme garantiert. Sie rechnen dabei auf das allgemeine Börsenpublikum, auf ihre Klientel und erst im letzten Grunde auf ihre eigenen Depots. Für ihre Vermittlung erhalten die Banken eine einmalige Extravergütung — die Provision.

Die Banken ziehen also gegenwärtig ihren Profit von der Emission — der Vergebung — der Staatsanleihen. Durch eine einfache kurzfristige Transaktion heimsen sie Millionen ein, wobei es ihnen, selbstverständlich, gleich ist, ob es sich um die Aufbringung neuer Mittel, oder um die Konversion, das ist den Rückkauf und die Neuvergebung zu einem geringeren Zinsfuß der alten Schulden, handelt. Auf diese Weise haben die Banken in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das größte Geschäft gemacht.

* * *

Das läßt sich an der Geschichte jeder Großbank nachweisen. Wir nehmen als typisches Beispiel die Diskontogesellschaft. Diese

wurde 1851 von dem bekannten David Hansemann gegründet. Ihr ausschließlicher, statutenmäßig festgelegter Zweck war, den Kreditverkehr „der kleinen und mittleren Kaufleute und Gewerbetreibenden“ untereinander zu vermitteln. Das ursprüngliche Kapital der Bank setzte sich aus den Beiträgen kleiner Geschäftsleute zusammen, von denen jeder als Geschäftsteilhaber galt. So sollte der Mittelstand gestützt werden. Anderweitige Geschäfte aber, außer der Kreditvermittlung, sollten vermieden werden. So hieß es in den Statuten: „Die eingehenden Gelder, soweit sie nicht zur statutenmäßigen Kreditgewährung an die Mitglieder benutzt werden können, sollen ausschließlich durch Diskontierung oder Beleihung von Wechseln rentbar gemacht werden.“ Alle spekulativen Unternehmungen waren der Gesellschaft ausdrücklich untersagt.* Dem Mittelstand wurde selbstverständlich nicht geholfen, aber die kleinen Leute wurden an die Bank herangelockt. Ihr Kapital stieg von 1,1 Millionen im Jahre 1852 in den nächstfolgenden Jahren auf 2,6 — 2,9 — 3,7 Millionen Mark. Zugleich aber zeigte es sich, daß das reine Kreditgeschäft nicht genügt. Im Jahre 1855 wurde deshalb der Beschluß gefaßt, daß „der Direktion in Zukunft gestattet sein sollte, die Handelsverbindungen auch auf solche auszudehnen, die, abgesehen von einer Kreditgewährung, diejenigen größeren Geschäftsverbindungen betreffen, welche man für sicher und rentabel hält.“ Das heißt, mit anderen Worten, das in der Bank angesammelte Kapital der kleinen Leute sollte der kapitalistischen Industrie zugeführt werden. Die Mittelstandsretterei nahm ihr Ende, eine Anzahl größerer Kapitalisten traten der Bank bei, diese wurde in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, und ihr Kapital wurde erhöht.

1857 erklärt der Geschäftsbericht: „Das allgemeine Bankgeschäft zerfällt in zwei Hauptteile. Der eine besteht in dem gewöhnlichen Verkehr, der andere umfaßt die spekulative Richtung. Gegenstand der letzteren sind größere Unternehmungen — allein oder in Verbindung mit anderen — um nützliche produktive Anlagen oder Kreditoperationen zu fördern und aus ihren Früchten Vorteile zu ziehen.“ Dennoch legt der Bericht noch immer den größten Nachdruck darauf, daß die Hauptaufgabe der Bank die Kreditvermittlung sei. „Das Spezialgeschäft bleibt nach wie vor das eigentliche Wesen unserer Diskontogesellschaft.“ Allein damals hatte die Bank bereits 39,1 Millionen Aktienkapital, 3,7 Millionen Reserven, 6,6 Millionen Einlagen (Kreditoren und Depositen) — da konnte sie sich auf die Kreditvermittlung noch weniger beschränken als zuvor, und der fromme Wunsch des Gründers der Gesellschaft und ihrer Direktion zeigt nur ihre geringe geschäftliche Voraussicht. Die Diskontogesellschaft entwickelte sich immer mehr zu einer ausgesprochenen Speku-

* Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum der Diskontogesellschaft.

lations- und Gründungsbank.* Allein auch mit ihren industriellen Gründungen hatte sie zunächst kein Glück. Die „Heinrichshütte", an der sie sich beteiligte, wollte nicht reüssieren, die „Dortmunder Union" brachte erst Spekulationsgewinne, fiel aber dann der Bank zur Last. Die Diskontogesellschaft mußte, wie die Denkschrift sagt, „erhebliche Opfer bringen." Trotzdem wurde sie von Jahr zu Jahr reicher. Woher kam dieser Reichtum? Im Jahre 1859 mobilisiert Preußen und braucht dazu eine Anleihe von 30 Millionen Taler — die Diskontogesellschaft beteiligt sich an der Unterbringung dieser Anleihe und zieht Provisionen ein. Im Jahre 1864 will Oesterreich 70 Millionen Gulden aufnehmen. Die Rothschilds beteiligen sich nicht daran. Es gilt, das Geschäft ohne Rotschild zu machen. Es bildet sich ein Konsortium mit der Diskontogesellschaft an der Spitze, die Anleihe wird untergebracht und die Provision eingesackt. „Damit hatte die Diskontogesellschaft in Oesterreich festen Fuß gefaßt" (Denkschrift). Inzwischen wurden auch noch in Preußen staatlich garantierte Eisenbahnobligationen untergebracht und ebenfalls Provisionen eingesackt. Im Juli 1866 will Baden einen Vorschuß von 1 Million Taler. „Die willige Zusage, unter der Voraussetzung gegeben, daß der Kriegszustand zwischen Preußen und Baden inzwischen aufgehört haben würde, führte sofort zum Abschluß einer Anleihe von 10 Millionen Talern". Die Provision wurde eingesackt. Das also gewonnene „Vertrauen der badischen Finanzleitung" brachte der Diskontogesellschaft „in ununterbrochener Folgenreihe bis in die neueste Zeit eine hervorragende Beteiligung an den Staats- und Kommunalanleihen Badens, deren Gesamtbetrag sich auf nahezu 300 Millionen Mark beläuft." Dasselbe wiederholt sich im Verkehr mit Bayern. Es ist ja kaum nötig, die Details anzuführen: Anleihe — Vertrauen — weitere Anleihen — und fortlaufende Provision!

Es war eine Periode der Kriege, und die Diskontogesellschaft zog daraus Gewinn. Den meisten Segen brachte natürlich der deutsch-französische Krieg. Erst war freilich die deutsche Börse schwankend, sie wußte nicht, ob sie den Preußen oder den Franzosen ihr Geld zuwenden soll, denn sie wußte nicht, auf wessen Seite der Sieg sein würde. Als

* Das ist auch ein hübscher Beitrag zur Psychologie jener „genialen Tantiemedirektoren", die Ed. Bernstein, Max Schippel und anderen so sehr imponieren. Die Absichten und Pläne dieser Herren spielen eine untergeordnete Rolle; oft wird es ganz anders, als sie erwartet haben; aber das geniert sie selbstverständlich nicht, wenn es nur etwas einbringt. Wir werden später an dem Beispiel der Deutschen Bank sehen, daß auch das Draufgängertum allein nichts nützt. Das Geheimnis des Erfolges liegt in der Ausnützung der Situation, und das geschieht desto gründlicher, je größer das verfügbare Kapital. Nicht die Geschäftsleute machen das Geschäft, sondern das Geschäft diktiert den Geschäftsleuten ihr Verhalten.

die erste deutsche Kriegsanleihe von 120 Millionen Taler ausgeschrieben wurde, zeichnete die deutsche Bourgeoisie bloß 68 Millionen nominell, was 60 Millionen effektiv ausmachte, also genau die Hälfte — ein Zeichen des kapitalistischen Patriotismus, das verdient, verewigt zu werden. Als dann die Siege der deutschen Armee kund wurden, erwachte der Patriotismus der deutschen Bourgeoisie, die Kriegsanleihen wurden leicht untergebracht, und die Diskontogesellschaft sackte Provisionen ein. Dann kam die Auszahlung der französischen Kontribution, die durch die Vermittlung französischer und deutscher Banken geschah: die einen bereicherten sich an dem Sieg, die anderen an der Niederlage.

1869 verteilte die Diskontogesellschaft 8½ Prozent Dividende, 1870 12 Prozent, 1871 23 Prozent, 1872 26 Prozent! Weitere große Transaktionen der Diskontogesellschaft in Deutschland fanden bei der Verstaatlichung der preußischen Eisenbahnen statt. Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre trat eine Periode der Konversionen ein, da der Zinsfuß im starken Sinken war.* Ob es sich um ungarische, russische oder argentinische Konversionen handelte, ob dabei die Regierungen oder die Gläubiger gewannen, — das blieb egal: wenn nur die Anleihe untergebracht wurde, steckte die Bank die Provision ein. Wenn aber die Emission mißlang, wie das zum Beispiel bei der österreichischen Papierrente von 1876 der Fall war, da zog die Diskontogesellschaft es vor, das Papier mit Verlust zu verkaufen, um es nur nicht selbst zu behalten.**

Durch die Staatsschulden werden die Banken reich. Soweit es sich um diesen Zusammenhang handelt, wäre also nicht der Staat in Ver-

---

* Diese Erscheinung ist noch nicht erschöpfend erklärt worden. Das von Marx aufgedeckte Gesetz der sinkenden Profitrate spielte dabei gewiß eine Rolle, doch haben wir ja seitdem einen steigenden Zinsfuß. Die englischen Konsols, die 1886 auf 100 standen, stiegen regelmäßig bis auf 122 im Jahre 1897, worauf eine sinkende Tendenz einsetzte, sodaß nach und nach, mit Unterbrechungen, 1907 der frühere Stand von 100 erreicht wurde. Man müßte also schon als Korrektiv den großen Wechsel zwischen den Perioden der wirtschaftlichen Depression und den Sturm- und Drangperioden des Kapitals mit berücksichtigen — ein Gesichtspunkt, der mir wiederholt bei der Erklärung der Erscheinungen des kapitalistischen Weltmarkts gute Dienste leistete. Es kommen dabei besonders folgende spezielle Momente in Betracht: 1. Um jene Zeit war das mitteleuropäische Eisenbahnnetz im wesentlichen ausgebaut, folglich mußte sich freies Kapital ansammeln, das sonst im Eisenbahnbau Verwendung finden würde. 2. Das Sinken der Getreidepreise schränkte den Bodenkredit ein.

** Vergleiche Paul Mobel: Berliner Effektenbanken.

legenheit, was er mit dem Geld der Banken anfangen sollte, sondern vielmehr die Banken gerieten in Not, wenn sie keine Staatsschulden zu emittieren hätten.

* * *

Nun ist aber in dem Verhältnis des kapitalistischen Staates zum kapitalistischen Geldmarkt wieder eine Aenderung eingetreten. Die Ansätze einer neuen Entwicklung sind unverkennbar. Die Tendenz geht dahin, die Banken aus ihrer Vermittlerstellung zu verdrängen. In erster Linie kommt da das in den Sparkassen sich ansammelnde Geldkapital in Betracht. Im Unterschied zu den Banken, legen die Sparkassen das Geld fest an: sie behalten die Staatsschuldscheine, dienen nicht als Vermittler und brauchen nicht die Vermittlung der Banken. Wo die Sparkassen von vornherein unter staatlicher Leitung stehen, vollzieht sich das Geschäft der Vergebung neuer Staatsanleihen, soweit die Mittel der Sparkassen in Betracht kommen, sehr einfach: der Staat nimmt das Gold heraus und legt in den Kassen Staatsschuldenscheine nieder.

Wir haben schon früher erwähnt, daß die preußischen Sparkassen fast eine Milliarde in Reichs- und preußischen Staatsanleihen liegen haben. Für die englischen Sparkassen gibt die Denkschrift zur Finanzreform den Betrag mit 4,3 Milliarden Mark an, wovon 3,2 Milliarden in den staatlichen Postsparkassen, für Frankreich 3,9 Milliarden Mark. In der gleichen Art wird das Kapital der Versicherungsgesellschaften, der privaten wie der staatlichen, angelegt. Aber auch darüber hinaus hat sich mit dem gewaltigen Wachstum der Kapitalanhäufung eine feste Klientel für Staatsanleihen in den weitesten Kreisen der Bourgeoisie entwickelt. Wir wissen ja, daß der steigende Kapitalüberschuß sie dazu drängt.

Nach der Denkschrift zur Finanzreform gehört es zur „Praxis des englischen großen Publikums der Kapitalisten, die Investierungen so einzurichten, daß sie normalerweise ein Drittel in ganz erstklassigen Staatspapieren anlegen".

Um die direkten Beziehungen zu den Staatsgläubigern zu festigen und weiterzuentwickeln, werden die sogenannten Staatsschuldbücher angelegt. Der Besitzer der Staatsschuldscheine liefert sie dem Staat ein, und der Schuldbetrag wird in das Staatsschuldbuch eingetragen — die Schuld verwandelt sich auf diese Weise in eine Rente, die der Staat zahlt; bei neuen Anleihen brauchen die Anleihescheine nicht erst angegeben zu werden, sondern die Schuld wird einfach gebucht. Die Einrichtung ist in Deutschland neu, macht aber eine rasche Entwicklung durch. Es bezifferten sich in Millionen Mark die Eintragungen:

Jahr	in das Reichsschuldenbuch	in das preußische Staatsschuldenbuch	in die Schuldbücher der übrigen Bundesstaaten
1892	60	668	22
1900	305	1385	76
1908	677*	2191	224

Die Hauptschlacht liefert aber der Staat den Banken auf ihrem ureigensten Gebiet. Die Machtstellung der Banken bei der Vergebung der Staatsanleihen beruht darin, daß sie eventuell selbst einen großen Teil der Anleihe übernehmen können — wenn auch nur für kurze Zeit, um die Papiere später loszuwerden. Sie leisten also dem Staat Garantie für die Unterbringung der Anleihe. Nun ist aber in dem verfügbaren Kapital der Banken mit der Entwicklung des Geldmarktes eine wesentliche Verschiebung eingetreten: erst lag das Schwergewicht in dem Aktienkapital, jetzt liegt es in den Depots, also in dem fremden Kapital der Banken. Es ist das eine Erscheinung, die in eklatanter Weise bei allen Großbanken zum Ausdruck kommt. Bei der Diskonto-Gesellschaft zum Beispiel betrug 1861 das eigene Kapital 36 Millionen, das fremde 27, dagegen 1871 das eigene 45, das fremde 94, nach einem weiteren Jahrzehnt 1881 das eigene 72, das fremde 94, nach dem folgenden Jahrzehnt 1891 das eigene 99, das fremde 134, schließlich 1905 das eigene Kapital 256 Millionen, das fremde 1063 Millionen. Bei der Darmstädter Bank war 1854 das eigene Kapital 7 Millionen, das fremde $1^1/_2$ Millionen, 1894 das eigene 98, das fremde 102 Millionen, 1905 das eigene 183, das fremde 296 Millionen. Die Deutsche Bank hatte 1871 genau 15 Millionen eigenes Kapital, $30^1/_2$ Millionen fremdes, 1908 eigenes Kapital 302 Millionen, fremdes 1268 Millionen. Aehnliches finden wir auch bei der Berliner Handelsgesellschaft, der Dresdner Bank, der Nationalbank.** Die Ansammlung der Depots ist die wichtigste Erscheinung im modernen Bankwesen. Da tritt aber der Staat in Konkurrenz zu den Privatbanken, indem er in der Staatsbank Depots, das ist fremdes Geld, gegen Verzinsung

* Am 31. März 1910 betrugen die Eintragungen in das Reichsschuldenbuch bereits 848,6 Millionen Mark. Zugleich werden sowohl auf dem Verwaltungswege wie auf dem Wege der Gesetzgebung Maßregeln ergriffen, um diese Entwicklung zu forcieren. Das Wichtigste darunter ist die in die Reichsversicherungsordnung aufgenommene Bestimmung, wonach die Versicherungsanstalten mindestens ein Viertel ihres Vermögens in Anleihen des Reiches oder der Bundesstaaten anzulegen haben. Dem Reichstage ist eine Novelle zum Reichsschuldbuch vorgelegt worden, die die Eintragungen bedeutend erleichtert.

** Sämtliche Bilanzen bis 1894 sind zusammengestellt bei Paul Model, Die großen Berliner Effektenbanken.

aufnimmt. Sammelt sich das Geld in den Kassen der Staatsbank, dann setzt es der Staat in Staatsschuldscheine um — ohne Vermittlung der Privatbanken.

So macht es die englische Bank, respektive der englische Staat. Der englische Staat hat 208 Millionen Pfund Sterling, über 4 Milliarden Mark der englischen Staatsschuld in den Privatdepots der englischen Bank untergebracht. Auch Deutschland, namentlich Preußen, folgt diesem Beispiel. Die Königliche Seehandlung, das ist die preußische Staatsbank, betreibt seit einigen Jahren mit großer Energie die Ansammlung von Depots, wobei sogar ein Druck auf die kommunalen Sparkassen ausgeübt wird, damit sie ihr Geld an die Staatsbank abführen.*

Der Kampf des Staats mit den Privatbanken um diese Depots ist eine Frage des Zinsfußes. Um die Aussichten dieses Kampfes zu bestimmen, ist es notwendig, von den Bewegungen des Geldmarktes auf die inneren Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion zurückzugreifen. Das ist eine Sache für sich. Wir aber wollen uns nunmehr über die Tätigkeit der Banken auf dem Gebiete der Industrie Rechenschaft verschaffen.

---

* Dr. Riesser. Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken. Seite 131.

Die neue Bankpraxis und die Industrie

Das „solide“ alte Bankgeschäft und die Neuerer — Aus den Anfängen der Deutschen Bank — Das Depositenwesen — Die Banken und die Eisenbahnen — Der Bergbau — Die Schiffsreedereien und der Schiffbau — Der Maschinenbau — Die Elektrizitäts-Industrie — Die Bauindustrie

---

Es war nicht bloß die Diskontogesellschaft, die zunächst mit ihren industriellen Beteiligungen kein rechtes Glück hatte. Dieselbe Erscheinung tritt uns entgegen bei allen deutschen Handels- und Industriebanken. Eine große Zahl gingen auch zugrunde, besonders während der 70er Krisis. Andere erlitten schwere Verluste und wurden zeitweise an den Rand des Bankerotts gebracht, wie die Berliner Handelsgesellschaft und auch die Darmstädter Bank; sie retteten sich dank ihrem größeren Kapital, wobei der Untergang der anderen ihnen zugute kam, und wurden groß durch die Entwicklung anderer Bankoperationen, vor allem durch die Vermittlung des Staatskredits. Es mußte eben erst auf dem industriellen und auf dem Geldmarkt der Boden vorbereitet werden, damit die Banken in der Industrie jene führende Rolle übernehmen, die sie jetzt innehaben. Solange der industrielle Besitz noch sehr zersplittert war, hing der Erfolg der Unternehmung von lokalen und persönlichen Verhältnissen ab und war tausend Zufälligkeiten unterworfen. Die alten Zustände fanden ihren Ausdruck in Geschäftsmaximen, die als Grundlage des soliden Bankgeschäfts galten. Der Bankier von jenem alten Schlage handelte wohl mit Aktien, aber er wollte sie nicht besitzen; es war für ihn dasselbe Geschäft, wie der Handel mit Staatspapieren, nur bei weitem riskanter und von geringerem Werte. „Die Bankiers an den meisten Börsenplätzen sahen ihren Beruf in Fonds- und Aktienspekulationen, nur vereinzelt pflegte und förderte man die Industrie durch Gewährung von Akzeptkredit“ (Model S. 43).

Die neue Bankpraxis entwickelte sich im Gegensatz zum alten Bankgeschäft, wurde von diesem angefeindet und mit der größten Mißgunst verfolgt. Dieser Gegensatz trug in Deutschland zugleich einen lokalen und politischen Charakter. Der Sitz der alten Bankokratie war Frankfurt a. M. Hier residierte das Haus Rothschild. Die Macht dieses Bankhauses war am größten zu jener Zeit, da es seine europäische Organisation des Staatskredits den einzelnen Fürstentümern im politisch

zersplitterten Deutschland entgegensetzen konnte. Die Hauptkraft gegen das Regime Rothschild, die Diskontogesellschaft, ist eine Berliner Gründung mit starkem rheinländischen Einschuß. Sie kommt in die Höhe nicht unwesentlich dank dem steigenden politischen Uebergewicht Preußens. Das industrielle Rheinland macht sich auch noch geltend bei der Gründung der Darmstädter Bank und der Berliner Handelsgesellschaft. Es dient zugleich als Vermittler, um die Ideen des französischen Crédit mobilier nach Deutschland zu verpflanzen. Mit der Gründung des Reichs und der weiteren Verbreitung der Industrie kommt es zu allgemein deutschen Gründungen, unter denen die wichtigste die Deutsche Bank. Zugleich wird die Bankpraxis eines noch weiter entwickelten kapitalistischen Landes auf Deutschland übertragen, nämlich das englische Depotwesen. Diese ganze Entwicklung wird von Frankfurt aus Jahrzehnte lang bekämpft. In dem „Aktionär" und der „Frankfurter Zeitung" bildet sich eine dementsprechende spezielle Frankfurter Publizistik heraus. Ihr Signum ist die seltsame Paarung von Demokratie und Börse. Die alten Traditionen des Bankabsolutismus der Dynastie Rothschild, die erboste Rebellion des Kleinbürgertums, dem man billigen Kredit versprochen hat, um es am letzten Ende um seine Ersparnisse zu bringen, und die Erinnerungen aus der Zeit der Märzrevolution werden hier durcheinander und übereinander gemengt.

Im Laufe der Zeit kommt dann in der deutschen Bankpraxis ein noch viel allgemeinerer Gegensatz zum Ausdruck: die Konkurrenz zwischen der deutschen und der englischen Industrie auf dem Weltmarkt. Wie die Entwicklung der überseeischen Beziehungen der deutschen Industrie, nebst der steigenden Auswanderung, die Entwicklung eines deutschen transatlantischen Dampferverkehrs zur Folge hatte, so bedingte sie die Möglichkeit und die Notwendigkeit, den überseeischen Kreditverkehr Deutschlands, der bis dahin über London ging, auf deutsche Banken hinüberzuleiten.

* * *

Die Deutsche Bank, die sich diese letztere Aufgabe schon bei ihrer Gründung 1870 zum Ziele machte, zeigt uns aber auch zugleich, daß die Absichten allein und die Entschlossenheit, sie durchzuführen, noch nicht genügen, sondern das Entscheidende in der Marktentwicklung liegt. Ihre ersten auswärtigen Bankgründungen scheiterten kläglich, mit einziger Ausnahme der Beziehungen zu London. In Schanghai, in Yokohama, in Südamerika (La Plata-Bank), in Neuyork, desgleichen in Paris hat sie ihre Geschäfte aufgeben müssen. Die Situation war so, daß der Frankfurter „Aktionär" 1875 schreiben durfte: „Eine jener Bankgründungen, die auch alles eher als ihr Programm erfüllt und deren Existenzberechtigung nur damit motiviert werden kann, daß sie, wenn

auch längst auf dem Aussterbeetat stehend, überhaupt noch existiert, ist die sogenannte Deutsche Bank in Berlin.“* Die Deutsche Bank hielt sich aufrecht und kam vorwärts, einmal, weil es die erste große Bankgründung des neuen Reiches war, sodann weil andere Banken vor ihr zugrunde gingen, deren Erbschaft sie antrat (so, nach Model, die Deutsche Unionbank und der Berliner Bankverein), schließlich weil sie auf dem altbewährten Gebiet der Staats- und Kommunalanleihen sich betätigte. Mehr Erfolg hatte sie mit der Einführung kurzfristiger verzinsbarer Depositen, wobei ihr noch zugute kam, daß die Reichsbank seit 1879 an eine Kündigungsfrist gebundene Depositen nicht mehr verzinst.** Das eigentliche große Depotgeschäft, das kennzeichnend ist sowohl für die Deutsche Bank wie für das gesamte moderne Bankwesen, datiert aber erst seit den 90er Jahren.

* * *

Wir müssen uns einige Zahlen ansehen, um uns eine Vorstellung zu bilden von der Tragweite dieser neuen Erscheinung in der Bankgeschichte Deutschlands. Nach der Denkschrift zur Finanzreform stellten sich die Beträge des in den deutschen Kreditbanken angesammelten fremden Kapitals wie folgt (in Millionen Mark):

Im Jahre	Kreditoren	Depositen	Zusammen
1883	529,0	284,0	813,0
1888	861,9	353,1	1215,0
1893	990,2	442,7	1432,9
1898	1862,2	798,8	2661,0
1903	2567,0	1396,4	3963,4
1907	4407,7	2643,0	7050,7

Die Ansammlung der Bankguthaben entspricht zunächst dem Bestreben des Kapitalisten, den Barbestand seiner Kasse möglichst gering zu halten; das Geld soll nicht müssig daliegen; findet es keine Verwendung in der eigenen Unternehmung, wird es, bis der Bedarf sich einstellt, auf der Bank untergebracht, wenn diese es verzinst. Allein zu dem Wunsch gehört auch noch die Möglichkeit. Die Eröffnung von Depositenkassen durch die Banken spielt dabei eine Rolle, doch bleibt das ein äußerliches Moment. Seit 1870 besteht das Depositengeschäft der Deutschen Bank, allein das große Kapital ihrer Depositenkassen stellte sich erst nach einem Menschenalter ein. Es mußte eben vorher die gewerbliche Tätigkeit Deutschlands zur Großindustrie entwickelt werden.

* Paul Model, Seite 117.

** Mitgeteilt bei Rieſſer, Zur Entwicklung der Großbanken, Seite 114, Anmerkung.

Es ist eine Eigenschaft der Großindustrie, daß sie mit langen Fristen arbeitet. Zum Teil ergibt sich das schon aus den technischen Verhältnissen, zum Beispiel bei den Schiffbaugesellschaften, den Lokomotivfabriken, den Eisenhütten usw.; es liegt das aber im Wesen der Massenproduktion selbst da, wo sie für einen zersplitterten, darum, freilich, desto zahlreicheren Bedarf arbeitet, wie etwa bei den Konfektionsfabriken, die zu Anfang der Saison den gesamten Vorrat fertig haben müssen, der nötig ist, um den Markt zu versorgen. Aus dem gleichen Grunde gewährt die Großindustrie dem Handel langfristigen Kredit. Die großindustrielle Unternehmung muß also über ein großes Kapital verfügen können, das sie aber nur nach und nach verbraucht. Sie beansprucht daher Bankkredit und ist zugleich in der Lage, Bankguthaben zu bilden. Beides geht zusammen. Wir sehen denn auch, daß neben den Depositen auch die Debitoren, die Ausstände der Banken eine rasche Steigerung durchmachen. Ein weiteres Moment der Ansammlung der Depositen ist der von uns wiederholt erörterte Kapitalüberschuß, der von der kapitalistischen Produktion fortlaufend herausgeschwitzt wird, aber auf dem Umwege über die Banken wieder in die Kapitalzirkulation geworfen wird. Schließlich ersetzen die Depositenkassen der Banken für die außerhalb der Produktion stehende Bourgeoisie die Sparkasse. Daher die große Verbreitung der Depositenkassen in Berlin.

Als diese Umwälzung in der Industrie und auf dem Geldmarkt vor sich ging, da wurde die neue Bankpraxis, die vorher als Schwindel zurückgewiesen wurde, zum eigentlichen Geschäftsprinzip erhoben. Selbst der Frankfurter „Aktionär" hielt Einkehr und begrüßte die Gründung einer Filiale der „Deutschen Bank" in Frankfurt am Main als erlösende Tat. Die Versöhnung mit dem Haus Rothschild fand schon viel früher statt. Sie vollzog sich auf dem Boden des Staatskredits, als die Rothschilds sahen, daß sie in den neuen Banken eine starke Geldmacht vor sich hatten. Da kam man überein, gemeinsam die Staaten zu schröpfen, statt sich gegenseitig zu bekämpfen.

Die konzentrierte Industrie, die mit Bankkredit arbeitet und die Bankdepots steigert, eröffnete ein weites Feld für die industrielle Betätigung der Banken.

* * *

Anderseits knüpft die industrielle Tätigkeit der Banken direkt an den Staat an. Sie begann mit den Eisenbahnen. Der Eisenbahnbau unter Staatsgarantie ist ja ein ebenso sicheres Geschäft, wie die Vergebung von Staatsschulden. Es ist das nur eine modifizierte Staatsanleihe. Eins geht in das andere über. Darum sehen wir beim Eisenbahnbau von vornherein eine Verquickung von persönlicher Unternehmung, Aktiengesellschaft und Bankkapital. Die Eisenbahnen waren

aber auch zugleich eine Produktionsaufgabe, die von vornherein über die Schranken der persönlichen kapitalistischen Unternehmung hinausging und den Unternehmer deshalb desto mehr von den Kreditinstituten abhängig machte, je weiter seine Baupläne gingen. Die deutschen Banken profitierten doppelt oder sogar dreifach an den deutschen Eisenbahnen: erstens bei der Vergebung der Eisenbahnaktien und Obligationen, zweitens bei der Liquidation der verkrachten Riesenunternehmungen, wie zum Beispiel die Diskonto-Gesellschaft bei der Liquidation der Strousberg'schen Bahnen enorme Summen verdiente, drittens bei der Verstaatlichung.

* * *

Mit den Eisenbahnen hängt der Bergbau eng zusammen. Wir sehen darum das Bankkapital recht früh auch auf dieses Gebiet hinübergreifen. Allein noch bedurfte es einer Zwischenentwicklung, bevor die Banken hier ihre Macht haben entfalten können. Die Eisenbahnen förderten das Wachstum der Großstädte, dieses wirkte zurück auf die Eisenbahnen. Die technischen Umwälzungen bei der Eisen- und Stahlgewinnung gaben ihrerseits einen mächtigen Ansporn dem Eisenbahnen- und dem Städtebau und eröffneten dem Eisen eine mannigfaltige und reiche Verwendung, wie man sie sich früher gar nicht hat denken können. Noch mehr stieg der Gebrauch der Steinkohle: 1. für die Eisenbahnen, 2. für die Eisengewinnung, 3. als Feuerungsmittel der Industrie, 4. als Heizungsmittel für die großen Wohnhäuser der modernen Städte, deren Entwicklung unmöglich wäre, wären sie auf Holzfeuerung angewiesen. Dieser gewaltige Bedarf für Kohle und Eisen schuf dem Bergbau die Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Produktion, die er jetzt besitzt. Und nun haben die Banken es sich zunutze machen können, daß der Staat es versäumt hatte, mit den Eisenbahnen auch den Bergbau zu verstaatlichen.

Wir stoßen wieder auf den großen Zusammenhang, der uns in unserer Untersuchung am meisten interessiert: die Konzentration der Betriebe und des Kapitals ergibt sich wohl aus der kapitalistischen Konkurrenz, oder vielmehr diese macht sich das Gesetz der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit zunutze, das vom Privateigentum mit seiner Zersplitterung der Produktion in Einzelunternehmungen verletzt wird, aber damit ist bloß die Tendenz der Bewegung gegeben, ihr Maß wird bedingt durch die Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionsbedarfs. Ohne Eisenbahnen und Städte würde der Bergbau bei recht kümmerlichen Anfängen bleiben, und die kapitalistische Konzentration würde in ihm längst nicht jene Produktionsgewalten schaffen können, die sie geschaffen hat.

Dr. J. Rieſſer ſtellt in ſeinem Buch über die deutſchen Großbanken 60 der bedeutendſten Werke der Montaninduſtrie zuſammen, in deren Aufſichtsräten die Direktionen der Großbanken vertreten ſind. Da ſind unter anderen die Gelſenkirchener, Harpener, Hibernia, Hörder, Bochumer Verein, Schalke, Vereinigte Königs- und Laurahütte uſw. — kurz, alle größten. Und die Zahl der Großbanken iſt — ſieben!

* * *

Ein anderes Gebiet, auf dem ſich ein großer Bedarf entwickelte, iſt die Ozeanſchiffahrt. Für Deutſchland ſteht dabei ganz beſonders der Verkehr mit Amerika im Vordergrunde — die Maſſeneinfuhr von Getreide und die Maſſenauswanderung. Je mehr ſich die Reedereien zu Rieſenunternehmungen auswuchſen, deſto intimer wurde ihre Verbindung mit den Banken. Die Diskontogeſellſchaft war, wie ihre Denkſchrift hervorhebt, ſchon an der Gründung des Norddeutſchen Lloyd mitbeteiligt. Aber das große Geſchäft begann auch hier erſt in den 80er Jahren.* Die gegenwärtig beſtehenden Beziehungen charakteriſiert die Diskontogeſellſchaft für ihren Teil wie folgt: „Die dauernde Verbindung der Diskontogeſellſchaft mit drei der wichtigſten deutſchen Dampfſchiffunternehmungen iſt auch dadurch zum Ausdruck gelangt, daß der Vorſitzende der Deutſch-Oſtafrika-Linie, Adolph Woermann, dem Aufſichtsrate der Diskontogeſellſchaft ſeit 1885 angehört, während die Generaldirektoren der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutſchen Lloyd, Ballin und Wiegand, im Jahre 1899 in dieſe Körperſchaft eingetreten ſind.“ Der Zuſammenhang zwiſchen den Banken und der Ozeanſchiffahrt iſt ſchon deshalb ein inniger, weil die Banken unter Dampferfrachten Kredite gewähren.

* * *

Von dem Bergbau, den Eiſenhütten und dem Schiffbau führt von ſelbſt ein Uebergang zum Maſchinenbau. Dieſen Weg gingen auch die Banken. Ein anderer Weg führte ſie über den Militarismus reſp. Marinismus, der eine Verbindung zwiſchen der Maſchineninduſtrie und den Eiſenwerken herſtellte. Den Banken wurde dabei ein Operationsfeld eröffnet in den Krediten, die die Werke benötigten und die durch die Staatsbeſtellungen geſichert waren. Dr. J. Rieſſer zählt 26 Aktiengeſellſchaften der Maſchinenbau-Induſtrie auf, in deren Aufſichtsräten

* Die einzelnen bis 1900 vollzogenen großen Geſchäftstransaktionen mit dem Norddeutſchen Lloyd, Hamburg-Amerika-Linie und anderen Geſellſchaften werden in der Denkſchrift, Seite 146, aufgezählt.

die Großbanken vertreten sind, darunter das große „Vulkan"werk, Ludwig Löwe & Co., Schwartzkopff, Maschinenfabrik Augsburg usw.

* * *

Besonders stark beteiligten sich die Banken an der elektrotechnischen Industrie. Diese wird deshalb in Deutschland als das eigentliche Werk der Banken hingestellt. Es wird dabei die Wirkung mit der Ursache verwechselt. Die elektrotechnische Industrie wurde groß durch die elektrische Straßenbeleuchtung und die elektrischen Straßenbahnen. Beides hängt zusammen mit der Entwicklung der Großstadt und der Kommunalbudgets. Diese Entwicklung nützten die Banken aus. Sie lieferten den städtischen Kommunen den Kredit, dessen sie benötigten, und lieferten auch die Elektrizitätswerke, wobei ihnen ihre Verbindung mit der Eisen- und Maschinenindustrie zugute kam.

Die Verbreitung der elektrischen Beleuchtung ist ein klassisches Beispiel dafür, wie der Bedarf die Produktion erzeugt und wie er zugleich durch das kapitalistische Privateigentum in seiner Entwicklung gehindert wird. Hinter dem Bedarf für Straßenbeleuchtung standen die städtischen Kommunen mit ihren Steuern — er konnte sich deshalb geltend machen und schuf eine neue Industrie, die sich bald auf zahlreichen anderen Gebieten geltend machte. Die Beleuchtung der Wohnhäuser ist wichtiger und viel umfassender, aber sie konnte sich bisher nur als Luxusbedarf geltend machen, weil den Massen die Geldmittel fehlen, um sich eine bessere Beleuchtung zu verschaffen. Und als der kommunale Bedarf und der Luxusbedarf gesättigt waren, machte die elektrotechnische Industrie eine Krisis durch.* Anderseits, wenn man es zustande brächte, den Bedarf der Massen zu einem Massenbedarf zusammenzufassen, ihn als Gesamtheit wirken zu lassen, so würde eine große Verbilligung des elektrischen Stromes eintreten und folglich auch seine Anwendung in der Produktion eine viel größere Verbreitung finden.

* * *

Die Verbindung der Banken mit der Bauindustrie wurde vermittelt durch die Hypothek, die zu den traditionellen Bankgeschäften gehört. Ein Zwischenglied und zugleich die Weiterführung beider ist die Grundstücksspekulation. In den Großstädten und ganz besonders in Berlin haben die Banken auf diese Weise viele Millionen

* Vergleiche unsere Ausführungen über die Einführung neuer Gebrauchsartikel in der Broschüre „Das soziale Problem unserer Zeit".

„gemacht“.* Nunmehr sind wir soweit, daß das Bankkapital durch die Terraingesellschaft, die es speist, gestützt auf die Elektrizitäts-, Tiefbau-Gesellschaften, Eisenwerke, Mörtelwerke, Zement- und sonstige Fabriken, über die es verfügt, ganze moderne Stadtteile, man darf wohl sagen: neue Städte, aufbaut.

* Aus der Denkschrift der Diskontogesellschaft: „Es betrug der Ankaufspreis für Albertshof 32,10 Taler die Quadratrute, der Verkaufspreis des zuerst abgegebenen Grundstückes 93,40 Taler die Quadratrute; sodann für den Grundstückkomplex in der Nähe des Bahnhofes Zoologischer Garten der Ankaufspreis 30,50 Taler die Quadratrute, der Verkaufspreis des zuerst abgegebenen Grundstücks 375 Mark die Quadratrute. Dagegen ist heute nach G. Müllers Karten zur Berechnung des Grund- und Bodenwertes von Berlin und Vororten die Quadratrute jener zuerst abgegebenen Grundstücke mit 5000 Mark, beziehungsweise 1800 Mark zu bewerten, woraus die enorme Steigerung des Bodenwerts in Berlin erkennbar wird.“ Die Banken haben diesen Wert nicht geschaffen, wohl aber — eingesackt.

Die inneren Beziehungen und der Konzentrationsprozeß

Die Sanierungen — Die Kommandogewalt der Banken — Der Aktienaufkauf — Der Kapitalist und das Kapital — Die Entäußerung der Persönlichkeit des Unternehmers — Zentralisation und Konzentration

---

Während die Banken durch ihre eigene Entwicklung, durch das Finanzgebaren des Staates, durch die Steigerung des Kapitalüberschusses der Bourgeoisie immer mehr zur Betätigung auf industriellem Gebiete gedrängt werden, schreitet in der Industrie jene Großproduktion fort, die sie ihrerseits auf die Banken anweist. Die Industrie sucht Anschluß an die Banken, sie verfällt dadurch dem Einfluß der Banken, macht zugleich die Banken an ihren Schicksalen interessiert.

Der Zusammenhang leuchtet ohne weiteres ein, wenn es sich um den Bankerott einer industriellen Unternehmung handelt. Da leidet offenbar die Bank als Gläubiger. Sie muß sich deshalb mit dem Gedanken befassen, wie sie dem Verlust entgehen könnte. Das wäre offenbar nur dann möglich, wenn das verkrachte Werk wieder rentabel wird. Das geschieht durch die sogenannten Sanierungen und Fusionen. Zunächst wird liquidiert; die Bank leidet dabei mit den anderen Gläubigern; aber, während die kleinen Gläubiger sich damit zufrieden geben, wenigstens einen Teil ihres Geldes „gerettet" zu haben, schlägt die Bank ein umgekehrtes Verfahren ein und schießt nunmehr erst recht Geld zu: sie läßt technische Verbesserungen, Erweiterungen vornehmen, verbindet einzelne Unternehmungen miteinander und erreicht so schließlich, daß das Unternehmen wieder flott geht. Fälle solcher Art sind keine Seltenheit mehr.* So groß ist die Ueberlegenheit des größeren Kapitals in

---

* „1898 verkaufte der Schaffhausensche Bankverein seine Beteiligung an der von ihm gegründeten Hütten-Aktiengesellschaft vorm. Carl von Born in Dortmund dem Hörder Verein, einer der Unternehmungen, die durch vielfache große Kreditgewährungen besonders fest an den Bankverein gebunden ist; dieser Erwerb des benachbarten reinen Hochofenwerks konnte für das Hüttenwerk mit seinem wachsenden Roheisenbedarf von ebenso großem Nutzen sein wie die Abstoßung eines unrentablen Unternehmens für die Bank, und es ist für den Nichteingeweihten schwer, zu unterscheiden, wessen Vorteil der eigentlich bestimmende war. Zwei ähnliche Fusionen, die technisch und wirtschaftlich für die beteiligten Industrieunternehmungen (sämtlich eng befreundete Kontokorrentkunden des Schaffhausenschen Bankvereins) von größtem Vor-

der Konkurrenz, daß es bei den Banken als fester Grundsatz gilt: durch Kapitalzuschuß läßt sich jede Unternehmung rentabel machen. Das stimmt auch, wenn es sich nicht gerade um eine allgemeine Handelskrisis handelt, die erst überstanden werden muß. Kapital heilt alles. Nur muß es entsprechend groß sein. Darum kann auch diese Kur mit Erfolg meistens nur von einer Großbank durchgeführt werden. Allein mit der Sanierung, wenn es sich nicht schon von vornherein um eine Aktiengesellschaft handelt, ist auch die Umwandlung der Unternehmung in eine Aktiengesellschaft verbunden; dadurch werden dann ihre Beziehungen zu den Banken desto enger.

Damit soll keineswegs gesagt werden, daß die Bank, die die Sanierung vorgenommen hat, auch weiter einen hervorragenden Anteil an der respektiven Unternehmung behält. Durchaus nicht! Ist erst die Aktiengesellschaft perfekt oder flott gemacht worden und haben sich die Kurse erholt, so steht für die Bank nichts im Wege, um die Aktien abzustoßen oder sonstwie sich von dem „sanierten" Unternehmen loszulösen. Sie tut das, um ihr Kapital einer neuen „Sanierung" zuzuwenden. Dieses Verfahren ist sogar die Regel, so daß selbst solche wohlwollende Beurteiler der Großbanken, wie Dr. O. Jeidels, zu der Ansicht gelangen, daß die Banken an den schlecht gehenden Industrieunternehmungen mehr interessiert sind, aus ihnen mehr Vorteile gezogen haben, als aus den rentablen. Aber wenn auch die eine Bank die

---

teil waren, haben unter Beihilfe, teilweise auch unter Initiative der Bank im Jahre 1903 stattgefunden: die Vereinigung der Deutzer Fabrik, welche der Wagenbaufirma van der Zypen & Charlier ihr Eisenmaterial liefert, mit der Gesellschaft der Wissener Bergwerke und Hütten zur Vereinigte Stahlwerke van der Zypen und Wissener Eisenhütten-A.-G.; und die Fusion der Eschweiler-Köln Hütten-A.-G. in Eschweiler-Pumpe und Eschweiler Eisenwalzwerk A.G. in Eschweiler-Aue zur Eschweiler-Köln Eisenwerke A.-G. Beide Verschmelzungen sind zielbewußte Schritte zu industrieller Konzentration, die erste im Sinne der Vereinigung aufeinanderfolgender Produktionsstufen, die zweite als Zusammenschluß zweier Werke der gleichen Produktionsstufe, die sich teils ergänzen, teils bisher Konkurrenz machten und beide durch die ungünstige Konjunktur der letzten Jahre in Schwierigkeiten geraten waren. Wie große finanzielle Hindernisse einer solchen Fusion entgegenstehen und wie notwendig deshalb die Mitwirkung eines Bankhauses ist, das über die betreffenden Werke eine genügende Macht hat, um seinen Finanzierungsplan durchzusetzen, sieht man an dem zuletzt genannten Fall: die Gesellschaft Eschweiler-Köln hatte 5 500 000 Mark Aktienkapital und 1899/1900, 1900/01, 1901/02 Dividenden von 22½ Prozent gezahlt, während es beim Eschweiler Eisenwalzwerk auf 1 200 000 Mark Kapital in denselben Jahren 16 Prozent Dividende gab; es ist leicht einzusehen, wie schwierig hier die richtige Bewertung der beiden Gesellschaften war." Dr. O. Jeidels, Großbanken Seite 124.

sanierte Unternehmung abstößt, so bleibt diese doch im Bankverkehr: sie fällt der anderen Bank zu, geht in dritte, vierte Hände über, wobei es sich immer um einzelne Anteile, also um Mehrbesitz handelt, sie kehrt zur ersten Bank zurück, wird in ihren partiellen Besitztiteln bald hier, bald dort angezogen und zurückgestoßen usw. In Summa: je mehr die Banken die „Sanierung" geschäftsmäßig betreiben, desto mehr verknüpfen sie ihre Schicksale mit den Schicksalen der Industrie.* Damit zugleich erwächst bei den Leitungen der Großbanken das Bestreben, einen konstanten und geregelten Einfluß auf die industriellen Unternehmungen auszuüben.

* * *

Diese Tendenz einmal gegeben, zeigt sich sofort die große Macht des in den Banken konzentrierten Kapitals. Dr. O. Jeidels zitiert zur Charakteristik des Einflusses der Banken auf die Industrie ein sehr bezeichnendes Dokument. Am 19. November 1901 schrieb die Dresdner Bank an den Vorstand des Nordwestmitteldeutschen Zementsyndikats: „Nach der im Reichsanzeiger vom 18. cr. veröffentlichten Bekanntmachung Ihrer Gesellschaft müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß in der am 30. d. M. stattfindenden Generalversammlung Beschlüsse gefaßt werden, die geeignet sein können, Veränderungen uns nicht genehmer Art in Ihrem Geschäftsbetrieb herbeizuführen. Aus diesem Grunde müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern den Ihnen eingeräumten Kredit hiermit zurückziehen, bitten demgemäß, Dispositionen auf uns zu unterlassen und ersuchen Sie gleichzeitig höflichst, unser Guthaben spätestens bis Ende dieses Monats zurückzuzahlen. Wenn indes in der angegebenen Generalversammlung nichts beschlossen wird, was uns nicht genehm ist, und wir in dieser Beziehung durch uns konvenierende Garantien auch für die Zukunft geschützt sind, so erklären wir uns gern bereit, wegen Gewährung eines neuen Kredits mit Ihnen in Verhandlung zu treten." Es wird offenbar durch diesen Brief der Generalversammlung die Pistole auf die Brust gesetzt. Ohne die Aktienmehrheit, vielleicht ohne überhaupt einen nennenswerten Aktienbetrag zu besitzen, kommandiert die Dresdener Bank der Aktiengesellschaft, weil sie weiß, daß diese auf den Kontokorrentkredit bei der Bank angewiesen ist. Macht geht vor Recht! Aber die Macht schafft sich auch Rechte. Die Banken benutzen ihre Machtstellung als Kreditgeber, um die industriellen Unternehmungen rechtlich an sich zu binden,

* Darüber wie über die noch weiter zu erörternden Details in den Wechselbeziehungen zwischen den Banken und der Industrie zahlreiche Belege in dem schon erwähnten Buch von Dr. O. Jeidels, der die Geschäftsberichte der Großbanken durchgearbeitet hat.

indem sie diese zum Beispiel verpflichten, ihren Kredit in erster Linie oder zum Hauptteil direkt oder indirekt — durch Vermittlung von Anleiheemissionen — bei der respektiven Bank zu decken. Desgleichen werden, je mehr der industrielle Wirkungskreis der Großbank sich ausdehnt, einzelnen Unternehmungen von ihr Verpflichtungen auferlegt, die Lieferungen und Bezugsquellen betreffen, also unmittelbar in den Geschäftsbetrieb eingreifen, — das alles, ohne daß die Bank durch ihren Aktienbesitz die Haupteigentümerin der respektiven Unternehmungen zu sein braucht. Auch zur Besetzung von Aufsichtsratsstellen braucht es keineswegs eines bedeutenden Aktienbesitzes. Nach dem Gesetz braucht ein Aufsichtsratsmitglied überhaupt nicht Aktienbesitzer zu sein. Es kommt also nur darauf an, die Generalversammlung entsprechend zu beeinflussen. Anderseits wird es nunmehr klar, daß die Stellung des Vertreters der Großbank in dem Aufsichtsrat eine ganz andere ist, als die der meisten übrigen Aufsichtsräte, daß er sich weniger auf seinen Aktienbesitz, als auf die Großbank stützt, einen entsprechenden Druck ausübt und die Kommandogewalt hat.

* * *

Gilt es, Widerstände zu überwinden, so ist das letzte Mittel der Aktienaufkauf. Im Besitze der Aktienmehrheit entscheidet die Großbank wie sie will. Dieser Besitz braucht aber kein ständiger zu sein. Vor der Generalversammlung werden die Aktien zusammengekauft. Auf der Generalversammlung werden die Beschlüsse gefaßt: da kann es sich um die Auflösung der Gesellschaft, um ihren Anschluß an andere, um die Ausgabe neuer Aktien, um die Aufnahme großer Anleihen, um sonstige Kreditverpflichtungen und Rechtsverbindungen, die nicht mehr rückgängig zu machen sind, oder um grundlegende Betriebsänderungen handeln. Sind aber die gewünschten Beschlüsse zustandegekommen und ist ein Zurück nicht mehr möglich, dann erleichtert die Großbank ihr Aktienportefeuille, wirft die Aktien wieder in den Verkehr und ist nur noch bescheidene Mitbesitzerin unter vielen anderen.* Die

* „Als im Beginn des Jahres 1904 der Stahlwerksverband an die Stelle des losen Halbzeugverbands treten sollte, widersetzte sich der „Phönix“ in Laar dem Beitritt aus Gründen, die hier nur kurz angedeutet werden können: der „Phönix“ stellt bisher nur verhältnismäßig wenig Rohstahl (Halbzeug), also Rohmaterial her, hat aber eine außergewöhnlich vielseitige Fabrikation von Walz-, also Fertigprodukten, hauptsächlich von Straßenbahnschienen, Blechen und Draht, von denen er den größten Teil exportiert. Die Anlagen für diese Produktion von Fertigwaren hatte er 1898 durch Ankauf der Werke der Westfälischen Union erweitert, mit dem ausdrücklichen Plan, nunmehr die großen Mengen von Rohmaterial (Halbzeug) für diese Fabriken in Laar selbst herzustellen. Da die Ausführung solcher Pläne

Großbank will immer nur den „Kalif für eine Stunde“ spielen. Mehr braucht sie nicht, um zu herrschen. Dann zieht sie ihr Kapital aus der einen Unternehmung heraus, um mit der ganzen Wucht ihrer Masse an anderer Stelle entscheidende Beschlüsse herbeizuführen. Unter diesem Angriff der Großbank ist die einzelne Unternehmung ebenso rettungslos verloren, wie etwa eine Infanterieabteilung in exponierter Stellung unter dem konzentrierten Feuer der modernen Artillerie. Und die Großbanken haben denn auch in den letzten zehn, fünfzehn Jahren unter dem Unternehmertum in Deutschland ebenso schonungslos aufgeräumt, wie die deutschen Feldgeschütze unter der französischen Armee vor Sedan.

* * *

Denn, eine Unternehmung mag in jeder Beziehung noch so gut fundiert sein, so wird sie in ihrer Entwicklung doch vom Bankkapital immer mehr abhängig und muß schließlich die Form einer Handelsgesellschaft annehmen. Ihr ursprünglicher Besitzer mag sich noch so sehr dagegen sträuben und darauf pochen, sein eigener Herr zu bleiben, — es hilft ihm doch nichts, schwimmt er nicht mit, so wird er niedergeworfen und fortgerissen. Wenn der einzelne Unternehmer allein auf dem Markte wäre, dann wäre es ja denkbar, daß die Unternehmung nur aus ihren eigenen Ueberschüssen, unter Inanspruchnahme eines mäßigen

---

sich bei Stahlwerksanlagen naturgemäß langsam vollzieht, waren bei Gründung des Stahlwerksverbands nur die Hochöfen fertig, die Neueinrichtungen für Halbzeugherstellung aber eifrig im Gange. Einstweilen war der „Phönix“ noch der größte Käufer der Welt in Halbzeug, er hatte demnach durchaus andere Interessen als ein Verband, der die Halbzeugpreise erhöhen und obendrein sich keinen Konkurrenten dadurch entstehen lassen will, daß ein Werk dazu übergeht, seinen Bedarf an Halbzeug selbst zu decken. Außerdem hat der „Phönix“ an der Ausfuhrregulierung und der damit verbundenen Auftragsrepartierung ganz und gar kein Interesse, da er eine alte sichere Kundschaft im Auslande besitzt. Mit dem Eintritt in den Verband mußte der mit großen Kosten und weit ausschauendem Blick entworfene und teilweise bereits in der Ausführung befindliche Plan, der den „Phönix“ zu einem der großartigsten Eisenwerke Deutschlands machen sollte, endgültig aufgegeben werden. Aber das Fernbleiben des „Phönix“ hätte ernstlich einen Verband in Frage gestellt, an dessen Zustandekommen mit den anderen Hüttenwerken auch die Großbanken stark interessiert waren. Im Aufsichtsrat des „Phönix“ sind vertreten unter anderem die Kölner Firma Sal. Oppenheim jun., zur Diskontogesellschaft in engen Beziehungen stehend, diese selbst, der Schaffhausensche Bankverein, die Darmstädter Bank. Eine außerordentliche Generalversammlung wird einberufen, der am meisten interessierte Schaffhausensche Bankverein verschafft sich die Aktienmehrheit, und gegen die eindringlichen Gründe der Direktion wird der Beitritt zum Stahlwerksverband beschlossen.“ O. Jeidels, Seite 148.

Kredits ſich ausdehne. Das ginge nach dem Herzenswunſch des Unternehmers vom alten Schlage, denn dann bliebe er ſtets Herr der Situation. Jedoch, wenn eine neue Fabrikation Erfolg hat, beginnt ſofort ein Wettlaufen der Produktion; der Unternehmer, der zuerſt am Platze war, ſieht ſich deshalb veranlaßt, ſeine Unternehmung weit über das Maß ihrer normalen Entwicklung, weit über ſeine eigenen Mittel hinaus auszudehnen, weil er ſonſt hinter der Konkurrenz zurückbleiben würde; in dem gleichen Maße verliert er ſeine Selbſtändigkeit und wird zum Anhängſel des namenloſen Kapitals. Der Kapitalüberſchuß, der die Banken in die Induſtrie treibt, liefert zugleich in den Bankdepots eine gewaltige potenzielle Energie des Kapitals, die jeden induſtriellen Erfolg des einzelnen erdrücken kann, wenn der Induſtrielle es nicht ſelbſt verſteht, ſich ihrer zu bedienen, — dann aber gibt ſie einen Antrieb der Produktion, der die Schranken der perſönlichen Unternehmung niederreißt. Man ſiegt in der kapitaliſtiſchen Konkurrenz nur durch die Heranwälzung großer Kapitalmaſſen. Die intereſſanteſten Beiſpiele für dieſe Zuſammenhänge liefert die Entwicklung der Elektrizitätsinduſtrie. Ihre erſten Erfolge beruhten auf Erfindungen; aber keine Perſon und keine Handelsgeſellſchaft brachte es fertig, irgend eine Erfindung allein voll auszunützen, ſondern ſie wurden von anderen überholt, oder, wenn ſie ſelbſt an der Spitze blieben, ſo geſchah es nur, weil ſie es verſtanden, das größere Kapital ins Feld zu führen. Ein geradezu klaſſiſches Beiſpiel iſt die Geſchichte der Maſchinenfabrik Ludwig Löwe & Co. Sie wurde 1869 gegründet und hatte das beſcheidene Ziel, Nähmaſchinen zu fabrizieren. Dann kam die Waffenfabrikation dazu, geſtützt auf Armeelieferungen. Von hier war der Uebergang zum Werkzeugmaſchinenbau techniſch gegeben. Da aber der Betrieb anfing, Rieſendimenſionen anzunehmen, ſo ſchloß ſich dem auch der Bau von Dampfmaſchinen und Keſſeln an. Bis dahin haben wir eine ſteigende Verallgemeinerung der Produktion. Aus dieſer ſelbſt aber ergibt ſich dann die Notwendigkeit der Spezialiſierung, und 1888 wird der Betrieb getrennt: für Werkzeugbau und Werkzeugmaſchinenbau. Die Spezialiſierung ermöglicht aber ihrerſeits für jeden Teil die Maſſenproduktion. Deshalb hört jedoch die Hineinbeziehung neuer Fabrikationsarten keineswegs auf: von der Gewehrfabrikation wird auf die Pulver- und auf die Patronenfabrikation hinübergegriffen. Die Unternehmung verliert aber auch ihre lokalen Schranken: ſie kauft Pulverfabriken in Rottweil und Köln, die Deutſche Metallpatronenfabrik Lorenz in Karlsruhe. Die Unternehmung iſt nicht mehr eigentlich eine Fabrik, ſie iſt ein Finanzinſtitut; freilich wird ſie infolgedeſſen immer mehr von den Großbanken abhängig. Sie liefert nicht mehr bloß Waffen und Maſchinen, ſie errichtet für fremde Rechnung, gelegentlich auch für eigene, ganze

Fabriken, die nun ihrerseits Waffen und Maschinen liefern: so die Ungarische Waffenfabrik. Diese großen Erfolge bedeuten aber zugleich Betriebserweiterungen, Kapitalanlagen und einen steigenden Produktionsbedarf. Darum erschienen denn auch L. Löwe & Co. mit dem Aufkommen der Elektrizitätsindustrie sofort auf dem Plane, um den anderen das Feld streitig zu machen. „Entscheidend wichtig ist das Jahr 1891. Nachdem Löwe an der Elektrizitätsgesellschaft Hamburg sich schon im Vorjahr beteiligt hatte, gründete er nun mit der Thomson Houston Electric Co. zu Boston und der Kohlen- und Eisenfirma Thyssen & Co. in Mülheim a. R. mit 1½ Millionen Mark Kapital die Union E.-G.: sie soll nach dem Muster der amerikanischen Gesellschaft vornehmlich Straßenbahnen bauen — Bremen, Remscheid, Brüssel, Erfurt, Gotha, Elberfeld, Lüttich, München, Hamburg sind die ersten — und verpflichtet sich, 25 Jahre lang alle elektrischen Maschinen und Apparate bei Ludwig Löwe bauen zu lassen.“* Man sieht, wie die Unternehmung alle lokalen und Produktionsschranken sprengt, dabei aber ihrem Ausgangspunkt, der Maschinenfabrik, durchaus treu bleibt. Nunmehr häufen sich die Kombinationen erst recht: neue Elektrizitätsgesellschaften werden gegründet, in Deutschland, in Rußland, in Oesterreich; daneben auch Telegraphengesellschaften; von diesen führt der Weg zu Kabelwerken nebst Gummiwarenfabriken; auch die Waffenfabrikation wird erweitert, desgleichen der Werkzeugmaschinenbau, und neue derartige Fabriken werden errichtet; Löwe beteiligt sich an der Daimler Motor A.-G., übernimmt die Fabrikation der Setzmaschine „Typograph“ usw. Eine die ganze Welt umfassende Gründertätigkeit wird entwickelt: Tochtergesellschaften entstehen, vergehen, werden mit anderen Unternehmungen zusammengefaßt, oder geteilt, spezialisiert, wieder zusammengefaßt, in Gruppen verbunden usw. Von der Nähmaschine, die dem Schneider die Nadel aus den Fingern nahm, bis zu den Kabelwerken, Straßenbahnen, Setzmaschine eine durchaus konsequente Entwicklung, aber gerade deshalb blieb von der persönlichen Unternehmung kaum noch eine Spur, und was man jetzt Ludwig Löwe & Co. nennt, ist der Konzern folgender Großbanken: Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Schaffhausenscher Bankverein, Darmstädter Bank, Bleichröder und Born & Busse. „Diese Bankgruppe besorgt alle Geschäfte des Löwekonzerns, das laufende Geschäft im kleinen, gewerbliche Kreditgewährung im Kontokorrent, Gründungen, Emissionen usw., — ihre Tätigkeit stellt das moderne industrielle Bankgeschäft in seiner vollkommensten Form dar. Diese finanzielle Seite drückt dem Löwekonzern in der jüngsten Zeit immer deutlicher ihren Stempel auf, die Tätigkeit

* O. Jeidels, Seite 245.

der Bankgruppe wird, mehr als die industrielle Initiative, das entscheidende Moment in der Entwicklung der Löwenunternehmungen, nicht dadurch, daß diese Initiative auf die Banken übergeht, sondern deshalb, weil sie bei einem gewissen Stand der industriellen Entwicklung ihre ausschlaggebende Bedeutung an die Faktoren der finanziellen Erhaltung und Weiterführung abtritt." *

Das Beispiel der Maschinenfabrik Ludwig Löwe ist noch deshalb besonders interessant, weil es zeigt, daß die Entwicklung, die das kapitalistische Wirken in der gesellschaftlichen Produktion überhaupt zu einem reinen Geldgeschäft macht, schon innerhalb der einzelnen industriellen Unternehmung, wenn diese die Möglichkeit erhält, sich voll zu entfalten, zur Geltung kommt und sie in eine Bank umwandelt. Das kapitalistische Geschäft ist das Zinsgeschäft — die Tätigkeit in der Produktion ist nur ein unentbehrlicher Umweg und eine Verkleidung.

* * *

Wenn nun die Großbanken an der Umwandlung der persönlichen Unternehmung in eine Aktiengesellschaft interessiert sind, weil sie ihr Kapital nicht dauernd gebunden halten möchten, so sind sie daran zum zweiten Mal interessiert, weil durch die Aktienform die Kreditfähigkeit des Unternehmens gesteigert wird. Dann braucht die Bank nicht erst selbst als Gläubiger aufzutreten, sie vermittelt bloß den Kredit durch Emission von Aktien und Anleihen und steckt die Provisionen ein.

Der einzelnen kapitalistischen Unternehmung gegenüber repräsentiert die Großbank das Kapital überhaupt. Das bedeutet nicht bloß einen Unterschied der Macht, sondern, und zwar eben wegen dem Machtunterschied, einen Unterschied der Gesichtspunkte in der industriellen Geschäftstätigkeit. Für den einzelnen Industriellen liegt der Maßstab der Zweckmäßigkeit seines geschäftlichen Vorgehens in seinem Besitz: handelt es sich zum Beispiel um Produktionserweiterungen oder technische Vervollkommnungen oder die Aufsuchung neuer Märkte, so muß er sich vor allem fragen, wie weit sein Kapital und sein Kredit reichen würden, um sie durchzuführen. Die Großbank kennt diese Rücksichten so gut wie gar nicht; die Frage der Kapitalbeschaffung ist für sie von vornherein gelöst; braucht man Kapital, so wird es geliefert, dazu ist sie ja da, — was bleibt, ist die allgemeine kapitalistische Zweckmäßigkeit. Die Großbank sprengt die Schranken des Privateigentums, die die einzelne industrielle Unternehmung einengen, durch die quantitative Steigerung des Privateigentums. Damit wird aber zugleich der Gesichtspunkt

---

* O. Jeidels, Seite 250.

der industriellen Zweckmäßigkeit nach einem Feld außerhalb der einzelnen Unternehmung verlegt. Kombinationen treten auf, die außerhalb des Gesichtskreises der einzelnen Unternehmung liegen, zum Beispiel, daß, wenn man mehrere Eisenwalzwerke in ihrer Tätigkeit einander unterordnet, man ein Walzprogramm durchführen könnte, das große Ersparnisse mit sich bringen würde u. a. m. Diese Kombinationen können für alle beteiligte Unternehmungen von Vorteil sein, oder für mehrere, oder nur für einzelne, vielleicht sogar auf Kosten der anderen; die Großbank kann sich der Majorität oder auch der Minorität anschließen, je nach ihrem Engagements und ihren allgemeinen Geschäftsplänen. Der einzelne Industrielle mag vielleicht dabei Schaden leiden und doch wird er sich schließlich der Uebermacht fügen müssen*; in allen Fällen aber ist es für ihn mit der Preisgabe seiner Selbständigkeit als Unternehmer verbunden, es wird ihm die Initiative in seinem eigenen Geschäft entzogen, er wird als einfacher Anteilinhaber, gleich den anderen, zur Seite geschoben. Damit wird er eigentlich in Untätigkeit versetzt, er wird zum Rentier gemacht, und wenn er ein tüchtiger Geschäftsmann ist, sträubt sich sein ganzer Lebensinhalt dagegen. Hilft nichts, der Kampf ist ausgefochten! Zunächst zwar überträgt der Unternehmer seinen Widerstand auch noch in die Aktiengesellschaft, in die sein früher selbständiges Unternehmen umgewandelt wurde, und sucht persönlich wie auch durch Verwandte seinen Einfluß geltend zu machen. „So kommt es nicht selten vor, daß der Vorbesitzer kraft seiner Aktienmehrheit einen tüchtigen aber selbständigen Direktor hinausdrängt; und einen fähigen Leiter, der sich von einem anderen kommandieren läßt, wird man nicht leicht zum Ersatz finden. Noch schlimmer ist es, wenn der Vorbesitzer die leitenden Stellen mit seinen Verwandten besetzt. ... Es sind Fälle dieser Art bekannt, wo ein altes gutes Unternehmen dadurch heruntergebracht wurde; bei einem Fall in Bayern schritt schließlich die Bank, von der die Umwandlung besorgt worden war, ein und brachte geordnete Verhältnisse zustande.“** Das heißt mit anderen Worten: die Bank kümmerte sich nicht um die persönlichen Traditionen und Ambitionen der Herren Privateigentümer und räumte mit dem ganzen patriarchalischen Spuk auf!

Wohlgemerkt, es handelt sich keineswegs bloß um den Ersatz der einen Person durch die andere, des Geschäftsinhabers durch den Direktor, es handelt sich um eine neue geschäftliche Zweckmäßigkeit, für die nicht die einzelne Unternehmung, sondern Gruppen von Unternehmungen in ihren Wechselbeziehungen und das Geschäftsinteresse der Großbank maß-

---

* Vergleiche die früher mitgeteilte Geschichte der Angliederung des „Phönix“ an den Stahlwerksverband.

** O. Jeidels, Seite 144.

gebend sind, darum um die Entäußerung der Persönlichkeit des Unternehmers und ihren Ersatz durch eine Kollektivkörperschaft mit geteilten Funktionen. „Bei den Großbanken existiert ein System der Ernennung von Industriedirektoren aus einem anderen Gesichtspunkt als dem der Wahl des Tüchtigsten im allgemeinen nicht, um so weniger, je größer die Bank, je zahlreicher ihre Industriebeziehungen, je zielbewußter ihre Industriepolitik wird..... Das Größerwerden des Bankbetriebes auf der einen, des Industriebetriebes auf der anderen Seite, die gleichzeitig zunehmende Kompliziertheit der Technik hier wie dort lassen eine größere Arbeitsteilung in der Leistung und eine immer spezialisiertere Unterstellung einzelner Teile eines Betriebes unter einen besonderen Direktor geboten erscheinen. Dieser kümmert sich nicht um die ‚große Politik' des Unternehmens, seine Kreditbeziehungen, seine Verbindung mit anderen Werken, weil es ihm an Zeit und durch seine spezielle Beschäftigung wohl auch an Fähigkeit fehlt, sich mit diesen allgemeinen Fragen gründlich zu befassen; der Bankdirektor seinerseits wird in den meisten Fällen durch seine bankmäßig-kaufmännische Tätigkeit, die andere Prinzipien und auch noch ganz andere Gebiete als allein die Industrie hat, zu sehr in Anspruch genommen sein, um sich mit der industriellen Technik auch nur einigermaßen bekannt zu machen."

Diese Revolution in der Geschäftsleitung der Industrie wurde auf der anderen Seite von Aenderungen in der Bankleitung begleitet. Wir haben schon früher auf den Gegensatz zwischen der neuen Bankpraxis und den alten Ueberlieferungen des Bankgeschäfts verwiesen. Das war zugleich ein Kampf zwischen der neuen Generation Bankleiter und den alten Bankgeschlechtern, und mit dem Sieg der Jüngeren zogen zugleich Männer der Industrie in die Bankleitungen ein. Diese Durchdringung der Bankdirektion durch industrielle Elemente wurde noch verstärkt durch das Interesse, welches hervorragende Industrielle an der Banktätigkeit gewannen in dem Maße, wie der Einfluß der Banken auf die Industrie stieg. Das Ergebnis ist schließlich auch hier, wie in der Industrie, eine neue Organisation der Geschäftsleitung, die sich einerseits durch ihren kollektiven Charakter, anderseits durch Arbeitsteilung auszeichnet. „Diese Arbeitsteilung vollzieht sich in doppelter Richtung, daß der Verkehr mit der Industrie als Ganzes einem der Direktoren als Spezialgebiet überwiesen wird und daß daneben jeder Direktor einzelne isolierte oder mehrere nach Gewerbe und Interessen verwandte Unternehmungen zur Ueberwachung als Aufsichtsratsmitglied übernimmt. Die inländische Industrie, mitunter auch die westdeutsche allein, werden die Domäne des einen, die Beziehungen zu Staaten und Industrie des Auslandes, die Personalien, das Börsengeschäft usw. die Spezialität des anderen. Daneben hat dann von den einzelnen Bank-

direktoren oft jeder noch ein besonderes Gewerbe oder eine besondere Gegend, wo er als Aufsichtsratsmitglied etwas zu sagen hat; der eine ist vorwiegend im Aufsichtsrat von Elektrizitäts-Gesellschaften, der andere in dem chemischer Fabriken, Brauereien und Zuckerfabriken, wieder andere findet man nur bei wenigen isolierten Industrieunternehmungen, dafür aber umsomehr bei nichtindustriellen Gesellschaften, etwa der Versicherungsbranche, im Aufsichtsrat.“ *

* * *

Die Reorganisation der Geschäftsleitung in der Großindustrie und bei den Großbanken bringt die beiden näher aneinander und ist unter anderem ein weiteres Mittel, die Ueberlegenheit der Großbanken über die kleineren und mittleren Banken zur Geltung zu bringen — eine Ueberlegenheit, die auch sonst durch die industrielle Betätigung eminent verschärft wird. Denn die kleineren Banken werden durch ihre industriellen Engagements so stark mitgenommen, daß sie einer ernsten Konjunkturstörung aus eigener Kraft nicht widerstehen können. Es vollzieht sich ein doppelter Prozeß: die Provinzbanken fressen die lokalen Banken** und werden selbst von den Großbanken angegliedert. Bei der Angliederung an die Großbank kann die Selbständigkeit des Provinzinstituts zunächst durchaus gewahrt bleiben; mit der Zeit wird es aber anders. Fürs erste profitiert die Großbank von den lokalen Verbindungen der Provinz: eine Bankklientel wird ihr zugeführt und die lokale Industrie gelangt unter ihren Einfluß. Dann aber kommen die Konzentrationstendenzen zum Ausdruck. Das Zentralinstitut sucht nach seinen Gesichtspunkten den Kredit der Provinz zu beeinflussen, und der Provinzbank geht die Erkenntnis auf, daß „durch die Zentralisierung die notwendige individualisierende Behandlung der Geschäfte auf Grund besonderer Personen- und Sachkenntnis beschränkt und die Handhabung des lokalen Personalkredits von den wachsenden Stimmungen der Börse beeinflußt

---

* O. Jeidels, Seite 157.

** „Die größeren Provinzbanken sind die Todesengel für die kleineren Bankiers und Banken. Soweit sie sich selbständig erhalten können, indem sie ihr Geschäft den kleineren Unternehmungen zuwenden, haben sie mit dem Wettbewerb der Kreditgenossenschaften und Volksbanken zu kämpfen. Gleichzeitig wird das Inkassogeschäft den kleineren Bankiers durch Reichsbank und Post, werden ihnen andere kleine provisionspflichtige Geschäfte durch die großen Banken weggenommen, die von ihren Kunden keine Entschädigung dafür verlangen. Noch unmittelbarer als die zentralisierten Großbanken sind dabei die größeren Provinzbanken mit industrieller Kundschaft die Sieger.“ O. Jeidels, Seite 35 ff. Daselbst auch reichliche Belege.

wird.“* Zugleich erſchließt die Großbank durch ihre Verbindungen der zentraliſierten Induſtrie die Wege in die Provinz, zur Peripherie.

Die Induſtrie wird durch die Banken zentraliſiert; das Bankkapital wird in den Großbanken konzentriert; dieſe Konzentration iſt zugleich eine örtliche, ſo daß in Deutſchland Berlin als Sitz der Großbanken an der Spitze der geſamten Induſtrie erſcheint.

---

* Aus dem Geſchäftsbericht der an die Deutſche Bank angegliederten Bergiſch-Märkiſchen Bank pro 1902. Mitgeteilt bei O. Jeidels, Seite 165.

Die Bankkonzerne und die Kartelle

Die großen Bankgruppen — Die Diskontogesellschaft und das Kohlensyndikat — Die Banken und das Roheisensyndikat — Das System in seiner Gesamtheit

---

Die Beherrschung der wichtigsten Produktionszweige, das Hypothekenwesen, die Verbindung aller kapitalistischen Unternehmungen durch den Kredit erklären zur Genüge, warum die Banken gegenwärtig sich überall geltend machen, wo nur eine Konzentration des Kapitals stattfindet. Sie stecken hinter den Warenhäusern, in der chemischen Industrie, in der Papierindustrie, durch die sie auf den Zeitungsverlag hinübergreifen, hinter den großen Bierbrauereien, Hotels, Cafés, Kabelgesellschaften, Eierimporthäusern, Textilfabriken, Zigarettenfabriken — überall, wo sich die Ansätze zu einer Kapitalkonzentration, in welcher Form auch, finden, wirken die Banken mit.

Das Geldgeschäft der Banken mit dem Staat führte zur Bereicherung der Banken und zur Konzentration des Bankkapitals. Hier ist der Ursprung der Bankkonsortien, das heißt der Bildung von Bankgruppen zunächst mit dem speziellen und vorübergehenden Zweck, eine Staatsanleihe zu übernehmen und unterzubringen. Es ist schon erwähnt worden, daß solche Konsortien entstanden, um das Monopol der Rothschilds auf dem Staatsanleihenmarkt zu brechen. Die wachsenden Summen der Staatsschulden machten aber eine Konsortialbildung überhaupt zweckmäßig, wenn nicht geradezu notwendig, und auch die Rothschilds traten den Konsortien bei. Und dann haben sich die Konsortien bewährt, weil sie die Staaten bei der Anleihevergebung von sich abhängig machten.* Darum übten sie aber einen um so größeren Einfluß auf die kleineren beziehungsweise mittleren Banken. Um an den großen

---

* Dr. J. Riesser, der es wissen muß, denn er sitzt selbst im Vorstande der Darmstädter Bank, schreibt: „Die Bildung von Konsortien erfolgte in erster Linie, angesichts der immer größer werdenden Kapitalien, um die es sich handelte, im Interesse der Risikoverteilung, dann in dem einer besseren Sicherung der Durchführung des Geschäfts. Es ist aber kein Zweifel, daß da, wo die konsortiale Geschäftsbehandlung in eine dauernde Gruppenbildung überging, und hier wiederum da, wo solche Gruppen die Großbanken oder einen erheblichen Teil derselben umfaßten, diese Gruppenbildung zugleich einen kartellartigen oder monopolistischen Charakter annahm. Denn solchen

Emissionen der Konsortien teilzunehmen — und wir wissen, daß dies die Grundlage des größeren Bankgeschäfts bildete, mußten sich die anderen Banken an irgendeine Großbank wenden, die im Konsortium vertreten war. Die Großbank hatte ein Interesse an der kleineren wegen ihrer Klientel. So vollzog sich um so rascher der Prozeß der Auffaugung oder Angliederung der kleinen Banken durch die Großbanken, wodurch wiederum die Macht der letzteren stieg.

Dr. J. Riesser stellt vier Bankgruppen zusammen, die in Deutschland den Markt beherrschen. 1. Die Gruppe der Deutschen Bank. Es gehörten dazu die Deutsche Bank nebst 13 anderen Banken. Das Aktienkapital dieser Gruppe und ihre Reserven betrugen damals (das Buch erschien 1905) 649,5 Millionen Mark. 2. Die Gruppe der Diskontogesellschaft. Diese und 5 andere Banken. Aktienkapital und Reserven 548,2 Millionen Mark. 3. Die Gruppe Dresdener Bank-Schaffhausen. Zusammen 13 Banken. Aktienkapital und Reserven 489,9 Millionen Mark. 4. Die Darmstädter Bank, 4 Banken. Aktienkapital und Reserven 232,4 Millionen Mark. „Diese vier Gruppen umfassen, Aktienkapital und Reserven zusammengerechnet, 1 919 972 382, also nicht viel weniger als zwei Milliarden Mark."

Die Konsolidierung der Interessen der Banken zu großen Gruppen mußte offenbar ihrerseits konsolidierend auf die industriellen Unternehmungen wirken, an denen die Banken beteiligt waren. Die einzelnen Unternehmungen, an denen die Großbank durch Aktienbesitz, durch die Unterbringung von Anleihen oder durch sonstige Kreditgewährung interessiert ist, erscheinen ihr als die Teile eines Ganzen, sie hat keinen Vorteil davon, wenn sie sich gegenseitig unterbieten, sie ist interessiert nicht an der Konkurrenz unter ihnen, sondern an ihrer Zusammenfassung. Das gleiche gilt für jede Bankgruppe und die von ihr umschlossenen Industriegeschäfte. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß die Banken die Kartellierung und Syndizierung der Industrie fördern mußten, was denn auch tatsächlich in hohem Maße der Fall war.

* * *

Wie das beim Kohlensyndikat geschah, das wollen wir uns von der Denkschrift der Diskontogesellschaft erzählen lassen. Den Ausgangspunkt bildet für die Diskontogesellschaft die Gelsenkirchener

---

Gruppen gegenüber konnte die Konkurrenz zwar den Versuch machen, ein Gebot zu unterbieten, sie mußte aber trotzdem vielfach dann unterliegen, wenn sie nicht die gleiche Sicherheit zu bieten vermochte, sei es in bezug auf Zahlungs- und Abnahmeverpflichtungen, sei es in bezug auf die rasche und glänzende Durchführung des Geschäfts und das gute und dauernde Placement etwa zu emittierender Werte." Dr. J. Riesser. Zur Entwicklungsgeschichte der Großbanken, S. 141.

Bergwerks-Aktiengesellschaft, die 1873 von einem Konsortium unter Führung der Diskontogesellschaft gegründet wurde. Schon die 70er Krisis ruft den Wunsch wach, „der ziellosen Konkurrenz der einzelnen Zechen untereinander" den Boden zu entziehen. Andererseits gibt die Handelskrisis Gelegenheit zur „Erwerbung und Zusammenlegung mehrerer Zechen". „Die Diskontogesellschaft hat sich an diesen Bestrebungen unausgesetzt rege beteiligt und hat durch vorläufiges Eintreten sowie durch einstweilige Uebernahme der Gefahr für die Dauer der Entwicklung der in Betracht kommenden Zechen den Erfolg dieser Bemühungen wesentlich unterstützt. Im Jahre 1881 erwarb die Gelsenkirchener Gesellschaft die Zechen „Stein" und „Hardenberg" . . . . . Für den Markt in solchen gutfundierten Bergwerkspapieren war der Umstand günstig, daß durch die Verstaatlichung nahezu sämtlicher großer Eisenbahnen in Preußen und Deutschland ein Bedürfnis für solide Dividendenpapiere als Ersatz für die aus dem Verkehr verschwundenen und bis dahin als Kapitalanlage beliebt gewesenen soliden Eisenbahnaktiven geschaffen wurde. Die Verwaltung des Gelsenkirchener Unternehmens konnte deshalb auf dem einmal beschrittenen Wege, von der Diskontogesellschaft und anderen befreundeten Bankhäusern und Bankinstituten lebhaft unterstützt, fortfahren . . . . . Dem Erwerb der Zechen „Stein" und „Hardenberg" in den Jahren 1881 und 1882 folgte im Jahre 1887 die Erwerbung der früher zum Westfälischen Grubenverein gehörigen Zeche „Erin" . . . . In den Jahren 1889 bis 1892 wurde die Verschmelzung des Westfälischen Grubenvereins mit der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft durchgeführt, die hierdurch die Zechen „Hansa" und „Zollern", sowie „Germania I und II" erwarb. Im Jahre 1897 wurde der überaus große Feldbesitz der Gewerkschaft „Monopol" mit den Zechen „Fr. Grillo" und „Grimberg" auch formell als das Eigentum der Gelsenkirchener Gesellschaft erworben, nachdem die letztere schon vorher den größten Teil der Kuxe sich gesichert hatte. Im Jahre 1898 folgte die Erwerbung der Zeche „Westhausen" und im Jahre 1899 die Erwerbung der Zeche „Vereinigter Bonifazius". So ist die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft unter fortwährender Mitwirkung der Diskontogesellschaft sukzessive zu einem Aktienunternehmen mit einem Kapital von 54 Millionen Mark ausgestaltet worden, das, bei einem Feldbesitze von nahezu 80 Maximalfeldern, 14 Tiefbauanlagen mit bester maschineller Ausrüstung, mit Kokereien und ausgedehnten Anlagen für die Gewinnung von Nebenprodukten, mit Beamten- und Arbeiterwohnungen besitzt. Außer den verschiedenen Aktienemissionen der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft ist auch die Begebung ihrer 4prozentigen hypothekarischen Anleihe vom Jahre 1893 durch die Diskontogesellschaft vermittelt worden. Da auch andere große Gesellschaften, wie die Harpener Bergbaugesellschaft und die Gesellschaft

„Hibernia“, ein gleiches Verfahren befolgt haben, da ferner in den 90er Jahren die Bemühungen zum Abſchluſſe feſter Kohlen- und Koksſyndikate nach vielen erfolgloſen Verſuchen endlich zum Ziele führten, wobei die Verwaltung der Gelſenkirchener Geſellſchaft weſentlich und die Direktion der Diskontogeſellſchaft, ſoweit es an ihr lag, förderlich mitgewirkt hat: ſo iſt es erreicht, für den rheiniſch-weſtfäliſchen Kohlenbergbau die Nachteile der bisherigen Zerſplitterung zum größten Teil zu beſeitigen.“ (Denkſchrift, Seite 166 ff.)

Alſo, erſt wurden mit Hilfe der Banken die Zechen zuſammengelegt; die dadurch geſchaffenen großen Bergwerks-Geſellſchaften zwangen dann, wiederum unterſtützt von den Banken, die anderen unter ihren Willen, und ſo kam das Syndikat zuſtande.

* * *

Das Kohlenſyndikat mußte ſchon infolge der bekannten nahen Produktionsbeziehungen zwiſchen dem Kohlenbau und dem Eiſenhüttenweſen zum Roheiſenſyndikat führen. Ermutigt durch den erſten Erfolg, traten die Banken noch viel entſchiedener auf. Die größten Beziehungen zu den Eiſenhütten hatten die Deutſch-Märkiſche Bank in Elberfeld (für Rheinland-Weſtfalen) und die Schleſiſche Bank in Breslau (für das ſchleſiſche Eiſengebiet). Da hat nun die Deutſche Bank, ſtatt einzelne Hüttenaktien zu ſammeln, einfach dieſe beiden Banken aufgekauft beziehungsweiſe mit ihnen eine „Intereſſengemeinſchaft“ geſchloſſen und ſich ſo einen maßgebenden Einfluß in der Roheiſeninduſtrie geſichert. Dies wirkte nun aber nicht bloß auf die Induſtrie, ſondern er zwang die anderen Banken, auch ihrerſeits in engere Beziehungen zu der Induſtrie zu treten. „Es begann nun — ſchreibt Dr. J. Rieſſer* — eine Art von Konkurrenzrennen behufs Herſtellung engerer induſtrieller Beziehungen.“

Der A. Schaaffhauſenſche Bankverein gründete ſogar 1897 ein ſpezielles „Syndikatskontor“, das den Syndikaten und Kartellen, in erſter Linie dem Verbande Deutſcher Drahtſeilfabrikanten, ſich als „Verkaufsbureau und Abrechnungsſtelle“ anbot. „Ferner wurde auch von verſchiedenen Banken, ſoweit ſie nicht ſchon nach dieſer Richtung eine befeſtigte Stellung hatten, von nun an ſpeziell der Eintritt in den Aufſichtsrat derjenigen Montanunternehmungen allmählich durchgeſetzt, die in der Verwaltung der maßgebenden Syndikate eine beſonders einflußreiche Stellung hatten. So erfolgte nach und nach u. a. der Zutritt der Dresdner, Deutſchen und Darmſtädter Bank, ſowie des A. Schaaffhauſenſchen Bankvereins zum Aufſichtsrat der Gelſenkirchener Bergwerksgeſellſchaft, der Dresdner Bank zur Verwaltung und Gruppe der Vereinigten Königs-

* Dr. J. Rieſſer. Zur Entwicklungsgeſchichte der deutſchen Großbanken.

und Laurahütte, der Deutschen Bank zur Verwaltung und Gruppe der Konsolidation, Bergwerks-Aktiengesellschaft zu Schalke und des Phönix usw. Natürlich traten nun auch — und zwar in immer wachsender Zahl — Industrielle und speziell einflußreiche Persönlichkeiten aus der Montanindustrie in den Aufsichtsrat der Großbanken ein."* Für Ende Dezember 1904 gibt Dr. J. Riesser folgende Zusammenstellung:

im Aufsichtsrate	der	Bank für Handel und Industrie	4	Industrielle
"	"	Berliner Handelsgesellschaft	12	"
"	"	Deutschen Bank	4	"
"	"	Diskontogesellschaft	5	"
"	"	Dresdner Bank	5	"

Diese Kombination der Großbanken mit der Großindustrie verstärkte die Position beider und führte zu weiteren Zusammenlegungen und Kartellierungen. Ganz besonders scharf ging es in der elektrischen Industrie zu. „Es ist bekannt — schreibt Dr. J. Riesser — daß einzelne der auf solche Konzentrationen (in der elektrotechnischen Industrie) hinzielenden Verträge direkt von den Banken veranlaßt oder sogar vereinbart worden sind, während anderseits das Scheitern solcher Verträge sogar den Austritt von Banken aus der betreffenden Finanzgruppe zur Folge hatte."

Wenn wir nun diese Zusammenhänge als System uns vorzustellen suchen, so erhalten wir folgendes Bild:

An der Spitze stehen einige Großbanken, Industriekolosse und Schiffsreedereien, die mit einander durch gegenseitigen Aktienbesitz, Vertretung in den Aufsichtsräten und Direktionen, Verträge eng liiert sind.

An diese schließen sich an weitere Banken und Industriegesellschaften, die in üblicher Weise untereinander verbunden sind und so bündelweise von den ersteren herangezogen und wiederum mittels Aktienbesitz, Verträge, Vertretungen beherrscht werden.

An die anderen Glieder schließen sich wiederum Verzweigungen und Verbindungen an.**

---

* Dr. J. Riesser. Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Großbanken.

** Wie kompliziert diese Verzweigungen sind, darüber findet man die entsprechenden Details in dem von uns mehrfach erwähnten Buch von Dr. J. Riesser. Wir wollen dies hier nur, und auch das höchst summarisch, weil die Aufzählung der einzelnen Unternehmungen ganze Seiten füllt, an dem Beispiel der Diskontogesellschaft zeigen. Diese besitzt nach J. Riesser 3 Filialen und eine Kommandite. Sie hat nach und nach 12 Banken als Tochtergesellschaften gegründet und eine Bank in sich aufgenommen. Sie steht, wie bereits an anderer Stelle erwähnt, mit 5 Bankinstituten in Interessengemeinschaft. Diese bilden aber eigene Bankgruppen. So hat zum Beispiel die Rheinische Diskontogesellschaft, seit 1902 mit der Diskontogesellschaft ver-

Es ist wie das Wurzelgewächs eines gigantischen Baumes.

Das Kapital, das dem System zur Verfügung steht, setzt sich zusammen aus dem Aktivenkapital und den Reserven seiner sämtlichen Teile und Glieder, aus den Obligationen, also den aufgenommenen Schulden, aber auch aus den Depots der Banken; die Macht dieses Kapitals wird noch verstärkt dadurch, daß es zum Teil einen faktischen Besitz an Bergwerken, Grundstücken, Maschinen, patentierten technischen Verfahren darstellt; alles zusammen sichert dem System eine vorherrschende Stellung innerhalb der Kartelle und Syndikate, die infolgedessen dazu herhalten müssen, seine Einflußsphäre noch weit über seine eigene Produktionsbasis hinauszutragen.

Jede der früher erwähnten vier Bankgruppen mit der sich ihr anschließenden Industrie kann als solches System aufgefaßt werden.

Man darf sich aber die Zusammenhänge nicht als ein steifes Schema denken. Es findet vielmehr eine fortlaufende Entwicklung statt, fortwährendes Wachstum und Ineinanderverwachsen.

Unten, bei den vielen Ausläufern, mit denen das System gleichsam am Boden haftet, um aus ihm seine Säfte zu ziehen, wurden neue Verbindungen eingegangen mit Unternehmungen, die bis dahin dem System noch nicht angegliedert waren. Dabei zeigt sich im einzelnen die Kraft des ganzen. Es handelt sich dabei nicht bloß um Zusammenlegungen gleichartiger Werke, sondern auch um Hinübergreifen auf mehr oder weniger naheliegende Gebiete, um neue Betriebs- und Produktionskombinationen. Als typisches Beispiel kann uns die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft dienen. Wir haben ihre Entwicklung bis 1900 aus der Denkschrift der Diskontogesellschaft kennen gelernt. Ueber ihre weitere Entwicklung holen wir uns aus Salings Börsenjahrbuch Auskunft. „1904 Erwerb des Gesamtvermögens der Gewerkschaft Ver. Hamburg und Franziska gegen 3 600 000 Mark neue Gelsenkirchener Aktien. Ferner Erwerb der Kuxe der Gen. Prinz Schönaich gegen 3 000 000 Mark neuer Gelsenkirchener Aktien. Die Diskontogesellschaft übernahm zusammen 6 600 000 Mark neue Gelsenkirchener Aktien (also den gesamten Betrag). Interessengemeinschaft mit dem Aachener Hütten-Aktien-Verein und

---

bunden, ihrerseits 5 Filialen und 2 Kommanditen; sie hat in sich aufgenommen 4 Banken und steht in Interessengemeinschaft mit weiteren 5, und zwar, unter anderem, mit der Bochumer Bank, die 2 Filialen besitzt, mit der Eschweiler Bank, mit der Dürener Bank, die ihrerseits 1905 die Euskirchener Volksbank schluckte. Nicht geringer sind die Verzweigungen der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, die ebenfalls eine Untergruppe der Diskontogesellschaft bildet. Das sind aber nur erst die Banken. Die Verzweigungen der industriellen Gesellschaften sind noch viel zahlreicher und schließen sich sowohl den einzelnen Untergruppen wie auch direkt der Zentrale an.

der A.-G. Schalker Gruben- und Hütten-Verein. Durch die Interessengemeinschaft ist Gelsenkirchen aus einer reinen Bergwerksgesellschaft zu einem gemischten Werke geworden. Zur Verstärkung erwarb Gelsenkirchen einen, ihr die überwiegende Mehrheit sichernden Anteil der Reederei-Firma Raab, Karcher & Co. Diese Firma wird in unveränderter Weise fortgeführt, jedoch hat Gelsenkirchen sich jeden Einfluß, den das gemeinsame Interesse etwa erfordern sollte, gesichert und kann zu festvereinbarten Bedingungen auch die Restbeteiligung erwerben." Ferner Erwerb von über 1 Million Aktien der Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerke in Essen. „Schließlich wurde beantragt, eine Mitbeteiligung von 6—8 Prozent bei dem Rheinisch-westfälischen Bergwerke, G. m. b. H. Außerdem wurden während dieser Zeit gewaltige Neuanlagen geschaffen, die in einzelnen Jahren über 10 Millionen betrugen. Und so kam es, daß die Gesellschaft, die, wie uns die „Denkschrift" rühmt, nach einer fast dreißigjährigen Entwicklung, zu einem Kapital von 54 Millionen gelangte, nunmehr nach weiteren 8 Jahren ein Aktienkapital von 130 Millionen Mark besitzt und für 58½ Millionen Schuldverschreibungen aufzuweisen hat. Neben Kohlenbergwerken, besitzt sie nunmehr Eisenhütten, Elektrizitätswerke und eine Reederei.

Der gleiche Prozeß des Anschlusses neuer Werke und neuer Kombinationen vollzieht sich auf der ganzen Stufenleiter des Systems.

Anderseits kommen die einzelnen Systeme, zu welchen die Industrie- und Bankgruppen zusammengefaßt werden, an zahlreichen Stellen in Berührung zueinander und bilden Knotenpunkte, die die Systeme ineinander verwachsen lassen.

Es gibt Aktiengesellschaften, an denen mehrere Banken beteiligt sind. So sind zum Beispiel im Aufsichtsrat der Harpener Bergbaugesellschaft die Deutsche Bank, die Berliner Handelsgesellschaft, die Darmstädter Bank und der A. Schaaffhausensche Bankverein vertreten. Bei Ludwig Löwe & Co.: Diskontogesellschaft, Dresdner Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, A. Schaaffhausenscher Bankverein. Ganz besonders aber begegnen wir dieser Kumulation von Banken in der elektrotechnischen Industrie. So sind bei der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft alle sieben Berliner Großbanken vertreten.

Allein die Elektrizitäts-Industrie hat ihre eigenen Konzentrationspunkte. Nehmen wir zum Beispiel die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft. „Die Unternehmungen der Gesellschaft erstrecken sich fast auf alle Staaten der Welt. Die Organisation zur Bearbeitung der Absatzgebiete gliedert sich in 32 Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit 62 Bureaus im Auslande, 26 Installationsbureaus und 17 Ingenieurabteilungen im Inlande; außerdem werden 29 Vertretungen in außereuropäischen Ländern unterhalten" (Saling).

Die Elektrizitätsgesellschaften sind an Straßenbahnen, Kraft- und Beleuchtungszentralen usw. beteiligt. Das veranlaßt sie, Anschluß aneinander zu suchen. Das Geschäft mit der Stadtkommune bringt sie zusammen, wie die Staatsanleihen die Banken. Sie bilden Konsortien, Fusionen, gründen Tochtergesellschaften. In ihren Aufsichtsräten sind neben den Banken die Montanindustrie, der Bergbau, die Großkaufmannschaft vertreten. So bilden sie gleichsam ein eigenes System, das sich quer über die anderen legt und sie miteinander verbindet.

Wie nun die Bildung von Bankkonsortien und -Gruppen die Konzentration und Kartellierung der Industrie gewaltig förderte, so sehen wir jetzt, wie die Verbindungen der Banken innerhalb der Industrie die Bankgruppen in einen immer größeren Interessenzusammenhang bringt und zur Bildung einer neuen, noch größeren Zentralisation drängt — zur Zusammenfassung der Bankgruppen und der mit ihnen verbundenen Industriegesellschaften, industriellen, Handels- und Schiffahrtsgesellschaften, in eine „Interessengemeinschaft".

Um uns eine ziffernmäßige Vorstellung über die Tragweite dieser Konzentration zu bilden, wollen wir auf Grund des „Handbuchs der deutschen Aktiengesellschaften", Ausgabe 1908, für die oben erwähnten vier Bankgruppen die entsprechenden Kapitalwerte berechnen und im Anschluß daran die bezüglichen Werte auch für die Industriegesellschaften, in deren Aufsichtsräten, nach J. Riesser, die Großbanken vertreten sind. Wir erhalten folgendes Gesamtbild:

	in Mill. M.
Aktienkapital und Reserven der vier Bankgruppen	2195
Depositen und Kreditoren " " "	4673
Aktienkapital, Reserven, Obligationen der Industriegesellschaften	2854
	9722

Es waren bei dieser Zusammenfassung Doppelzählungen unvermeidlich, da das Aktienkapital und die Obligationen der Industriegesellschaften sich ja zum Teil im Besitz der Banken befinden, und auch umgekehrt. Anderseits waren die Riesserschen Listen von vornherein, wie er selbst zugibt, sehr unvollständig und sind längst überholt worden. Es fehlen auch die großen Schiffahrtsgesellschaften, die mit den Großbanken so eng verbunden sind, daß sie sogar in den Aufsichtsräten der letzteren vertreten sind, wie zum Beispiel die Hamburg-Amerikanische Paketfahrt (Ballin) und der Norddeutsche Lloyd bei der Diskontogesellschaft. Die beiden letzteren Gesellschaften allein repräsentieren an Aktien, Reserven, Obligationen ein Kapital von 417 Millionen Mark. Zugleich führen sie bereits zu einer anderen Konzentration hinüber, zu einer Weltkombination, da sie dem Morgan-Trust angehören.

Das wichtigste ist, daß es sich bei diesen Zusammfassungen nicht um Zufälligkeiten, nicht um eine Spekulation, nicht um ingeniöse Einfälle der „Tantieme-Direktoren“, sondern um einen organischen Prozeß handelt, der sich mit Gewalt durchsetzt, jeden Tag neue Verbindungen eingeht und sich neue Wege bahnt. Die Kartelle, Syndikate, Trusts, Bankkonsortien, Konzerne usw. sind nur die einzelnen Erscheinungsformen dieses Prozesses, man darf sie nicht getrennt nehmen, noch weniger geht es an, die Entwicklung auf eine dieser Bildungen hinauslaufen zu lassen, seien es nun die Kartelle oder die Banken, sondern man muß sie in ihren gegenseitigen Beziehungen nehmen, und alle zusammen bringen sie jenes Gesetz der Organisation zum Ausdruck, das die kapitalistische Entwicklung im 20. Jahrhundert ebenso kennzeichnet, wie die wilde Konkurrenz das 19. Jahrhundert.

Die Kartelle und die gesellschaftliche Produktion

Kontinuität der Produktion — Preissteigerungen — Die Zusammenlegungen — Kapitalistische Dynastien: Thyssen und Stinnes — Die soziale Utopie Rockefellers — Das soziale Schema der kapitalistischen Produktion — Die kapitalistische Oligarchie — Die Ansicht von Walther Rathenau — Karl Marx

---

Wenn man sich diese kapitalistischen Gruppierungen vom Gesichtspunkte der Privatunternehmung und des Privateigentums betrachtet, so erscheinen sie überwältigend groß. Anders, wenn man sich auf den Standpunkt der gesellschaftlichen Produktion stellt. Da sieht man vielmehr, daß diese kapitalistischen Zusammenfassungen sehr mangelhaft und unzureichend sind, da sie sich erst aus einer Konfusion von Interessenkämpfen herausdestillieren und selbst neue Interessenkämpfe schaffen. Die Geschäftsvorteile dieser kapitalistischen Organisationen ergeben sich ja gerade aus dem Widerspruch zwischen den zusammenfassenden Tendenzen der gesellschaftlichen Produktionsentwicklung und der Zersplitterung der Unternehmungen, die das Privateigentum erzeugt.*

Der nächstliegende Geschäftsvorteil, der aus den Kartellierungen und sonstigen kapitalistischen Zusammenfassungen der Industrie sich ergibt, liegt nicht in der Preisbildung, sondern in der Regelung der Produktion innerhalb der respektiven Branche. Die Preiskonventionen konnten nicht durchgesetzt werden, solange nicht die Kontingentierungen, das heißt die Festlegung des zu produzierenden Gesamtquantums, eingeführt wurden. An den Kontingentierungen hatten die großen Werke das meiste Interesse. Sie schwollen zur Zeit des Aufschwungs riesenhaft an, litten aber um so mehr zur Zeit der Geschäftsflaue unter den vorgenommenen Betriebserweiterungen bezw. neuen Kapitalanlagen.** Anstelle der gewaltigen Expansion und der

---

* Eingehender wird die Frage der Kartelle von mir in der Broschüre behandelt „Der Handel, die Kartelle und die soziale Revolution".

** Die Krisis erschwert nicht bloß die Verzinsung des erweiterten Betriebs, weil sie den Absatz einschränkt und die Preise herunterseßt, sondern sie entwertet direkt die zur Zeit des Aufschwungs, also bei hohen Herstellungskosten gemachten Betriebsanlagen. So teilte Generaldirektor Stumpf während der Kartellenquete, allerdings im anderen Zusammenhange, folgenden Fall

nachfolgenden ſtarken Einziehung, lernten ſie die Vorteile der Kontinuität der Produktion ſchätzen. Allein zur Zeit des Aufſchwungs waren die kleineren für eine Bindung der Produktion nicht zu haben, denn das war die einzige Zeit, da ſie hoffen konnten, ſich emporzuarbeiten; die Konkurrenz der großen machte ſich da weniger bemerkbar, da der Abſatz überhaupt ſtieg. Anders während der Kriſis. Da mußten die kleineren vor den ganz großen weichen, die — ſelbſt unter dem Druck der vorgenommenen Betriebserweiterungen — auf die Preiſe drückten. Darum iſt die Handelskriſis die Geburtszeit ſowohl des deutſchen Kohlenſyndikats, wie des amerikaniſchen Petroleummonopols, wie des Morgan-Truſtes. Iſt einmal die Kontingentierung eingeführt, ſo lernen bald auch die kleineren Unternehmungen die Vorteile der größeren Kontinuität der Produktion kennen, die ihnen unter anderem auch verſchiedene Vervollkommnungen und Erſparniſſe im Betrieb ermöglicht. Daß die Betriebe annähernd auf der gleichen, größtmöglichen Höhe der Technik ſtehen, iſt überhaupt Vorausſetzung der Kartellierung, denn die techniſch zurückſtehenden Betriebe würden ſowohl die Produktions- wie die Preisnormierung ungemein erſchweren. Eine weitere Vorausſetzung iſt, daß unter allen Umſtänden ein bedeutender Markt vorhanden ſei, alſo neben der Entwicklung der Großinduſtrie die Entwicklung der Maſſenkonſumtion.* Desgleichen iſt, wenn auch in größeren Zwiſchenräumen, eine Ausdehnung des Marktes unerläßliche Bedingung zur Aufrechterhaltung der Gruppe. Denn die einfache Geſchäftsidee, die dem Ganzen zugrunde liegt, iſt ja die: „ſtatt uns gegenſeitig den Markt abzujagen, wollen wir uns lieber zuſammentun, um die Erweiterung des Marktes auszunützen, die für uns alle reichen wird.“ Darum iſt auch die Preispolitik der Kartelle zunächſt keineswegs auf die Teuerung berechnet. Fürs erſte ergeben ſich bedeutende Vorteile aus der Konzentration und Organiſation des Abſatzes, die, wenn ſie nicht gleichzeitig mit der Kontingentierung eintreten, oder ihr voran-

---

mit: „Es iſt zum Beiſpiel ein Werk gegenwärtig damit befaßt, eine eigene Kohlenzeche zu bauen und in Betrieb zu ſetzen. Es hat bei der allmählich erfolgenden Ausrüſtung der Zeche zunächſt, als die Hochkonjunktur noch beſtand, eine Fördermaſchine beſtellt, die 185 000 Mark koſtete. Nun trat der Rückgang ein, und ſo zwar, daß die zweite Maſchine gleicher Art ſchon von der nämlichen Fabrik für etwa 95 000 Mark bezogen werden konnte.“ Kontradiktoriſche Verhandlungen über Deutſche Kartelle Band I, Seite 146. Solange der ſchlechte Geſchäftsgang beſtand, konnte bei der Preisberechnung auch die erſte Maſchine offenbar nicht mehr 185 000 Mark, ſondern nur noch 95 000 Mark gelten!

* Die Zuſammenhänge zwiſchen der Entwicklung des Maſſenkonſums und der Produktionsentwicklung werden von mir in dem Kapitel behandelt: „Das ſoziale Problem unſerer Zeit“.

gehen, ihr unbedingt nachfolgen. Das Zurückhalten mit der Produktion während des Aufschwungs, diese verhaßte Taktik der Kartelle, ist auch keineswegs in erster Linie auf den Preiswucher berechnet, sondern sie entspringt dem Bestreben, die Kontinuität der Produktion aufrechtzuerhalten. Aber wenn nicht in erster, so ist in zweiter Linie der Preiswucher wohl beabsichtigt, und zwar: erstens, um die geringere Produktionserweiterung zu kompensieren, zweitens, weil die Gelegenheit dazu gegeben ist. Diese beabsichtigte Preistreiberei tritt desto mehr in den Vordergrund, je mehr die Kartelle auf die Schranken stoßen, die die kapitalistische Eigentumsverteilung der Erweiterung des Konsums setzt. Das geschieht mit der Zusammenfassung des Marktes rasch und offenkundig. Zu der Teuerungspolitik im Inlande, gedeckt durch Schutzzölle, kommen dann Schleuderpreise für das Ausland.

* * *

Die Kartelle verhindern es nicht und wollen es auch nicht verhindern, daß die größeren Unternehmungen in ihrer Mitte sich auf einer entsprechend größeren Stufenleiter entwickeln. Da aber die Kontingentierung der Betriebserweiterung der einzelnen Unternehmung immerhin Schranken auferlegt, so entsteht bei den großen Gesellschaften das Bestreben, die kleineren sich anzuschließen. Daher zum Beispiel das Umsichgreifen der Zusammenlegungen im deutschen Bergbau.* Das Kartell führt demnach naturgemäß zu einer stärkeren Konsolidierung der kartellierten Industrie. Ein Einwirken auf andere Produktionszweige mag zunächst auch nicht beabsichtigt worden sein, so ergibt es sich doch von selbst aus dem Bestand des Kartells. Seine Preispolitik zwingt einerseits zum Zusammenschluß der von ihm in ihrer Produktion abhängigen Industriezweige, fördert anderseits das Hinübergreifen der einzelnen großen Werke in technisch naheliegende Gebiete. So führte in Deutschland das Kohlensyndikat zum Roheisensyndikat und machte es zugleich den Eisenhütten vorteilhaft, sich mit den Kohlenzechen zu kombinierten Betrieben zu verbinden. In der gleichen Richtung wirken die kapitalistischen Schranken des Marktes. Stockt der Absatz für Kohle, so

* Im Jahre 1901 kaufte die Aktiengesellschaft Steinkohlenbergwerk „Nordstern“ die Zeche Steingold. „Die Gewinnung der Kohlen (in der erworbenen Zeche) sei zwar wegen der starken Wasserzuflüsse nicht lohnend“ — erklärte sie in ihrem Geschäftsbericht: dafür aber komme man durch den Anschluß der Zeche zu einer größeren Beteiligungsziffer im Syndikat, diese ermögliche eine stärkere Ausnützung der bereits vorhandenen Schächte, wodurch sich die Produktionskosten pro Tonne um 33 Pf. verbilligen! „Kontradiktorische Verhandlungen über deutsche Kartelle“, Band 1, Seite 40.

greift man auf das Eisen hinüber, von diesem auf die Maschinenindustrie, auf die Elektrizitätsindustrie, von hier aus geht der Weg zu den Straßenbahnen, elektrischen Zentralen, Kabelwerken, Terraingesellschaften, Städtebauten. In der Jagd nach dem Konsumenten durchläuft die Konzentrationstendenz der Industrie die gesamte Stufenleiter der Produktion, vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat. Mit der technischen hört dabei zugleich die lokale Beschränktheit der Unternehmung auf: sie greift in die Welt hinaus, über die Welten hinweg. Wir haben demnach zwei Zusammenfassungen vor uns. Die eine geht dahin, die Produktion des Gebrauchsgegenstandes, die durch das Privateigentum beziehungsweise die Privatunternehmung und die Warenproduktion in verworrene, von einander unabhängige Teile zerlegt wird, zu vereinigen, und zwar auf jenem hohen Produktionsniveau, das der modernen Industrie entspricht; von der Steinkohle und dem Eisenerz bis zum Straßenbahnwagen, zur Glühlampe, zur Schreibmaschine, vom Holz der Papiermühle bis zum frisch gedruckten Zeitungsblatt, ja sogar bis zu den Ansichten, die dieses Blatt vertritt, die dem Kapital auch nur Marktware sind. Dieser Prozeß hat die einzelne großkapitalistische Unternehmung zu seinem Ausgangspunkt. Die zweite Konzentration faßt die technischen mehr oder weniger gleichartigen Teile der gesellschaftlichen Produktion zusammen, die Kohlenindustrie, Eisenindustrie, Maschinenindustrie usw., sie geht gleichsam in parallelen Kreisen, wie die Reifen eines Fasses.

Die kapitalistischen Konzentrationen, die erst durch Verdrängung der kleineren Betriebe vor sich gingen, vollziehen sich jetzt — wozu, wie schon erwähnt, gleiche technische Höhe Voraussetzung — durch ihre Aufsaugung; noch mehr aber beherrschen sie die Neubildungen, die Entwicklung der Industrie. Sie lassen der Geschäftsinitiative von außerhalb immer weniger Spielraum, so daß der kapitalbildenden Bourgeoisie gar nichts anderes mehr übrig bleibt, als ihr Geld ihnen anzutragen. So wird der Prozeß der Entfernung der Bourgeoisie aus der Industrie weiter getrieben, sie wird in Rentiers verwandelt, und es steigt das Kapital der Börse und der Banken. Für den Großkapitalisten ist es ebenfalls vorteilhafter, sein Kapital auf mehrere Unternehmungen zu verteilen, in denen jeder er sich die kleinen Aktienbesitzer unterwirft, als es in einer einzelnen Unternehmung zu konzentrieren.

* * *

Aber auch der Großkapitalist, selbst da wo er in den Aufsichtsräten sitzt, oder sich in ihnen vertreten läßt, ist rein physisch nicht imstande, in der Produktionsleitung der zahlreichen Unternehmungen, an denen er beteiligt ist, einen irgendwie bedeutenden Einfluß auszuüben. Das besorgen die Direktoren. Auch er ist nicht mehr Industrieller, sondern Finanzist. Die Gewinne fließen ihm zu, bei ihrer Bildung ist er nicht

beteiligt, ihm bleibt die Sorge um die Neuanlage seiner Einkünfte, wie die Banken um die Anlage ihrer Depositen zu sorgen haben. Er verwendet seine gewaltigen Ueberschüsse, um bei günstiger Gelegenheit sein Eigentumsrecht zu erweitern. So hat zum Beispiel Rockefeller die 90er Krisis dazu ausgenützt, einen ganzen Minendistrikt aufzukaufen.

Auch in Deutschland haben die Großbanken und Kartelle zur Bildung neuer kapitalistischer Dynastien geführt, deren Häupter es verstanden hatten, sich an die Spitze des großen Konzentrations- und Expropriationsprozesses zu setzen. Da ist in erster Linie das Haus Thyssen zu nennen. Thyssen besaß schon im Jahre 1903 allein doppelt soviel Kohlenfelder, als der preußische Staat: nämlich 200 gegen nur 96 des preußischen Fiskus! Außerdem besitzt Thyssen Stahlwerke, Eisenhütten usw. Zu Thyssen gesellt sich das Haus Später & Co. Dieses besitzt die größten Eisenhütten Lothringens. „Zu diesem Haus Später ist nun 1902 der Schaaffhausensche Bankverein dadurch in engste Beziehung getreten, daß er sich an dessen Bank, der Mittelrheinischen Bank in Koblenz und Duisburg, hervorragend beteiligte. Diese Verstärkung der Verbindung mit Später bedeutet zweierlei: erstens einen ganz ausschlaggebenden Einfluß in Lothringen-Luxemburg, zweitens die Vermehrung der Beziehungen im Ruhrkohlengebiet durch die Aufsichtsratsmitglieder der Mittelrheinischen Bank, vor allem Hugo Stinnes“* — das ist der Dritte im Bunde! „Die Stellung der Firma Mathias Stinnes in Mülheim a. R. beruht einmal auf ihrem großen Kohlengrubenbesitz und ihrer Position als eine der drei größten Reederzechenfirmen, die das neue Kohlenkontor des Syndikats beherrschen — Kannengießer, Haniel und Stinnes — dann aber auf den Beziehungen, die sie zu Thyssen auf der einen, zu Später auf der anderen Seite unterhält. Durch den Kohlengrubenbesitz, der sich auf die Zechen Mathias Stinnes, Victoria Mathias, Graf Beust, Carola, Magnus, Friedrich Ernestine, Friedlicher Nachbar gruppiert, berührt sich Stinnes mit der Firma Thyssen, mit der er den Mülheimer Bergwerksverein geschaffen, im Verein mit der Dresdner Bank auch die Reorganisation der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft durchgeführt hat. Als Kohlenreeder berührt er sich mit der Firma Später, deren Hauptinteresse außer der lothringisch-luxemburgischen Eisenindustrie den rheinischen Schwemm-, Sand- und Backsteinen, der Rheinschiffahrt und dem Kohlenhandel zugewandt ist. Von dieser Seite her wird auch das Band zwischen Stinnes und dem Schaffhausenschen Bankverein befestigt: die unmittelbare Stütze des Bankvereins im Ruhrkohlengebiet ist die Harpener Bergbaugesellschaft, und diese hat im Jahre 1904 die Bergbau- und Schiffahrtsgesellschaft vormals Gebr. Kannengießer erworben,

* O. Jeidels, Seite 262 ff.

nachdem diese selbst ihre Macht als Reederzechenfirma kurz vorher durch Verschmelzung mit der alten Zentral-Aktiengesellschaft für Tauerei und Schleppschiffahrt erweitert hat. So haben wir also drei industrielle Gruppen, die zu zwei Großbanken in Beziehung stehen: hier Später und die lothringisch-luxemburgische Eiseninduſtrie, eng verbunden mit dem Schaaffhausenschen Bankverein — dort Thyssen, hinter ihm die Dresdner Bank, — in der Mitte Stinnes, mit der einen Gruppe durch die Rheinschiffahrt, mit der anderen durch den Zechenbesitz verbunden."

In der letzten Zeit hat die Tätigkeit Thyssens bereits stark über die Grenzen Deutschlands hinausgegriffen: er besitzt bedeutende Erzgruben in Frankreich, errichtet eine Hochofenanlage in der Normandie und bewirbt sich um Grubenkonzessionen in Algier.*

Der Fabrikant um die Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte keinen Sinn für die gesellschaftlichen Zusammenhänge der Produktion; er kannte nur seinen Betrieb, den er auf Kosten der Konkurrenz zu erweitern trachtete. Wir wissen, daß die Großbanken einen anderen Gesichtspunkt zum Ausdruck bringen, den der Zusammenfassung und der Koordination. Der Großkapitalist, der sich an die Spitze der Banken setzt, gründet seine ganze Macht auf den gesellschaftlichen Zusammenhängen der Produktion. Die Betriebserweiterung, die unter allen Umständen ihre technische Grenze hat, ist für ihn kein Ziel, sondern ein Nebenmoment; er geht darauf hinaus, ganze Produktionsgebiete und Industriebranchen zusammenzufassen; sein Kapital dient ihm dabei nicht dazu, das geringere Kapital zu verdrängen, sondern als Mittel, es sich unterwürfig zu machen: er herrscht durch das Kapital über das Kapital.

Der Börsenkönig tritt an die Stelle des Staats, der zögert, von der Industrie Besitz zu ergreifen, und zeigt damit, wie leicht der Staat an seine Stelle treten könnte.

Schließlich wächst auch das reine Finanzgeschäft dem Finanzisten über den Kopf, und die Finanzverwaltung, selbst bis auf die Dotationen, die die einzelnen Familienangehörigen erhalten, wird von den Milliardären auf fremde Leute übertragen. „Direktoren verwalten diese Angelegenheiten für uns" — erzählt Rockefeller und stellt es als etwas Selbstverständliches hin. Wie die Fürsten in ihrer höchsten Machtvollkommenheit als absolute Monarchen großer Staaten die Staatsgeschäfte nicht mehr persönlich leiten können, sondern sie leiten lassen, so auch die Finanzkönige: sie umgeben sich mit zahlreichen Kanzleien, sie haben ihr Departement des Auswärtigen und Departement des Innern, ihren Rechnungshof, ihr Hausministerium und ihren Kanzler,

* Mitgeteilt in der Zeitschrift „Export" 1910, Nr. 5.

der die allgemeine Leitung zu besorgen hat. Je riesenhafter ihr Privateigentum anwächst, je weitgreifender ihre Unternehmungen, desto mehr lernen sie begreifen, daß sie ihre Geschäfte am besten fördern, wenn sie sich persönlich nicht einmischen — gerade so wie die Herrscher von Gottes Gnaden.

* * *

Gerade die tüchtigsten Geschäftsleute, wie zum Beispiel John D. Rockefeller, der unter den vom Glück gesegneten amerikanischen Industrierittern vielleicht die meiste Geschäftsinitiative und Berechnung entwickelt hat, sehen am ehesten und gründlichsten ein, daß man die Weltindustrien des modernen konzentrierten Kapitals nicht nach Willkür leiten kann, sondern sie ihrer organischen Entwicklung überlassen muß — ohne, freilich, zu wissen, woher diese Entwicklung kommt, aus welchen sozialen Zusammenhängen sie sich ergibt. Ihr Ehrgeiz wendet sich anderen Problemen zu. Sie treiben Sport, sie langweilen sich so sehr, daß sie sich in der letzten Zeit sogar der Literatur zugewandt haben. Einen aparten Sport hat sich Rockefeller ersonnen: er verpflanzt Bäume, überträgt ganze Baumgruppen aus den entferntesten Gegenden in seine Parks. Der alte Sport der Fürsten, Jagd und Rennen, ist für diese Finanzgewaltigen bereits viel zu armselig, sie suchen nach neuen, kostspieligeren Sportarten. Jetzt widmen sie sich dem Industriesport, dem Automobilismus, der Luftschiffahrt usw. Das hat gewiß auch seine Bedeutung für die Entwicklung der Technik, steht zu ihr in einem ähnlichen Verhältnis, wie der Rennsport zur Pferdezucht. Eine besondere Art, und ebenfalls nicht ohne Nutzen, ist der Kultur- und Humanitätssport. Da sieht es allerdings sehr kraus aus. Es werden je nach Zufall und Laune von den amerikanischen Milliardären große Summen ausgegeben für alte Scharteken, assyrische Inschriften, oder Frauenuniversitäten, oder Waisenkinder in Afrika, oder Gemäldesammlungen, oder Missionstraktätchen usw. Rockefeller, der in erster Linie ein ordnender, organisierender Geist ist, schlägt deshalb vor, einen „Wohlfahrtstrust" zu gründen und ihn von tüchtigen Direktoren verwalten zu lassen. Das ist von seinem Gesichtspunkte aus durchaus konsequent. Die gesamte gesellschaftliche Produktion — ein Trust, der von Direktoren geleitet wird. Die gesellschaftliche Wohlfahrt — ein Trust, der von Direktoren geleitet wird. Die Staatspolitik — ein Trust, der von Direktoren geleitet wird und die Parlamentswahlen „macht". Das ganze eignet sich vorzüglich, um die Herrlichkeit der neuen Weltdynastien zu festigen und die gesamte Menschheit der Nachkommenschaft der Rockefeller usw. dienstpflichtig und dankbar zu machen. Nur eine Sorge haben die Könige von Kapitals Gnaden: daß ihre Kinder und Familienangehörige das angesammelte Vermögen nicht würden zusammen-

halten können, daß sie es unklug verschleudern würden. Um dem vorzubeugen, legen sie ihr Kapital fest, entziehen ihrer Nachkommenschaft das Verfügungsrecht darüber, bestimmen ihnen feste Bezüge, Dotationen, wie es die Fürsten mit ihren Familienangehörigen tun, und stellen auch diese unter die Verwaltung von gemieteten Direktoren. Da drängt sich aber angesichts dieser sozialen Utopie der Milliardäre leicht die Frage auf, ob es denn für die Gesellschaft nicht zweckmäßiger wäre, selbst ihre Produktion, ihre Wohlfahrt und ihre Politik zu besorgen, statt sie von Direktoren leiten zu lassen, die nach der Willkür einiger Großeigentümer ein- und abgesetzt werden, und ob sich dazu nicht bessere Organisationen schaffen ließen, als die auf dem Privateigentum beruhenden Trusts? Aber um das durchzuführen, muß die Gesellschaft mehr sein, als der von einem Militärkordon abgegrenzte und durch die Polizeigewalt zusammengehaltene Staat der Gegenwart, sie muß ein organisches Gebilde darstellen, das der Produktion, aus der alle Kultur entsprießt, sich anschließt und diese beherrscht. Diese Weiterentwicklung der Gesellschaft ist die Aufgabe des Sozialismus.

John Rockefeller zeigt sich konsequent genug, seinen Plan des Wohlfahrtstrustes persönlich durchführen zu wollen und dafür sein Kapital einzusetzen. Unter dem Namen Rockefeller Fundation bestimmt er ein großes Kapital, das für ewige Zeiten bestimmten Wohlfahrtszwecken dienen soll, und zwar nach dem von ihm festgelegten Plan unter der Leitung gemieteter Direktoren und der Oberaufsicht zunächst seines Sohnes. Aber siehe da, dieses Geschenk, das eine Wohltätigkeitsdynastie Rockefeller schaffen würde, wird in Amerika mit sehr geteilten Gefühlen aufgenommen. Der Frankfurter Zeitung wird darüber aus Neuyork geschrieben: „Es ergeben sich Bedenken und dem ersten Enthusiasmus ist eine ziemliche Ernüchterung gefolgt. Im Senat hat Herr Heyburn von Idaho erklärt, er werde dem „Charter" opponieren, auch soll Herr La Folette, dessen Einfluß weit reicht, beabsichtigen, das Projekt zu bekämpfen. Es wird befürchtet, dieser Wohltätigkeitstrust werde eine immense politische Gewalt erlangen und sich nicht auf sein ursprüngliches Gebiet beschränken. Dann wird auch moniert, dieses sei nicht in ausreichender Weise umgrenzt, zum Beispiel könne die Bestimmung, der Verwaltungsrat solle im allgemeinen den „Fortschritt der Menschheit" fördern, die Körperschaft einmal veranlassen, die Millionen der Stiftung für andere als die Zwecke auszugeben, die Herr Rockefeller vielleicht im Auge hat. Darüber sagt die „Springfield Republican", bekanntlich eins der prinzipientreuesten Blätter in den Vereinigten Staaten:

„„Ist nicht die republikanische Partei in jeder Präsidentenwahl das einzige Bollwerk gegen Anarchie und Chaos? Ein Scheck von der Rockefeller-Gründung für die Parteikasse wäre daher in jeder Kampagne am Platze. Die Fonds des Instituts könnten zur Bekämpfung der

Schwindsucht, zur Errichtung einer Republik in Irland, zur Förderung einer Bewegung, den Präsidenten der Vereinigten Staaten auf Lebenszeit zu wählen, und für viele andere Zwecke, woran man jetzt noch gar nicht denkt, mobilisiert werden.“

Wenn der Reichtum als selbständige Macht den Volksmassen entgegengehalten wird, so muß er ein Herrschaftsverhältnis schaffen und Korruptionen erzeugen, selbst wenn von dessen Eigentümern ganz anderes beabsichtigt worden wäre. Das Hauptproblem ist nicht die Verwendung des Reichtums, sondern die Beseitigung der Armut, die vom Reichtum lebt. Die Lösung des Problems liegt deshalb auch nicht in der Stabilisierung des Reichtums als Wohltätigkeitsinstitut oberhalb des Volkes, sie liegt im Volke selbst; in der Organisation der Massen zu einer Gesellschaft, die selbst die Erzeugung und die Verwendung des Reichtums kontrolliert.

* * *

Das kapitalistische Privateigentum, das die Produzenten von den Produktionsmitteln trennt, sie in Lohnarbeiter verwandelt, führt mit unabwendbarer Konsequenz dazu, daß die Besitzer der Produktionsmittel von der Produktion getrennt werden und diese ihrer eigenen Entwicklung überlassen wird. Die gesellschaftliche Produktion zeigt dann in ihrem kapitalistischen Aufbau folgendes Bild:

1. Die sachlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion. Das sind die Produktionsmittel: die Fabriken, Hütten, Bergwerke, landwirtschaftlichen Betriebe, auch die Häuser, die von der arbeitenden Bevölkerung bewohnt werden, und die Warenvorräte. Sie sind über ein mehr oder weniger großes Gebiet verteilt, miteinander durch Verkehrsmittel der verschiedensten Art verbunden und in der Industrie zu großen Systemen zusammengefaßt.

2. Die ideellen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion. Das ist die Technik, die direkt in die Naturwissenschaften einmündet, und die technischen sowie die verwaltenden Leiter der Produktion.

3. Die Arbeiter. Man faßt sie gewöhnlich als Handarbeiter zusammen. Allein die menschliche Handarbeit läßt sich von der Kopfarbeit nicht trennen. Es ist also die große Armee der Arbeiter, die unter der zuvor genannten Betriebsleitung steht, nach ihren ideellen Dispositionen und unter ihrer persönlichen Aufsicht arbeitet.

4. Das Kapital. Das sind keine Sachen, keine ideellen Werte, keine Leistungen, sondern Rechte — Privateigentum, die Besitztitel der Produktionsmittel und der Warenvorräte. Sie werden immer mehr in den großen Finanzinstituten zusammengefaßt.

5. Die Bourgeoisie. Das sind die Pensionäre des Staats und der Finanzinstitute, von denen sie ihre Renten beziehen.

Die ersten drei Elemente bilden die Gesamtheit der gesellschaftlichen Produktion; das andere ist kapitalistischer Aufbau, der entbehrlich ist und mit dem kapitalistischen Privateigentum fällt. Solange aber dieses besteht, können die tätigen Elemente der gesellschaftlichen Produktion nicht zum Zusammenwirken kommen, wenn dem nicht Transaktionen des Kapitals vorangehen, die so kompliziert und verworren sind, daß sie eine besondere Geschäftstätigkeit, die ein zahlreiches Personal in Anspruch nimmt, erfordern, desgleichen ein eigenes Recht nebst entsprechendem Justizapparat, und sogar eine eigene Industrie beschäftigen: die Goldproduktion und die Münze.

Wir haben nun fünf getrennte Reiche vor uns. Die Bourgeoisie denkt an ihre Dividenden. Die Finanzinstitute sind durch die Transaktionen des Kapitals, die Uebertragungen und Zusammenfassungen der Eigentumsrechte, die sie zu besorgen haben, in Anspruch genommen. Die Arbeiter haben nur ein Interesse an ihrem Lohn. Die Techniker sind bestrebt, die Ergebnisse der Naturwissenschaft in ihrem Spezialfach anzuwenden, während die eigentlichen wissenschaftlichen Forscher ihren Theorien nachgehen. Die Produktionsmittel können überhaupt nicht denken. So werden innerhalb der kapitalistischen Produktion Sonderinteressen wahrgenommen, aber es fehlt der Zusammenhang dieser Sonderinteressen, sie befinden sich vielmehr im Streit zueinander, und niemand ist da, um *das Gesamtinteresse* der gesellschaftlichen Produktion wahrzunehmen. Der Zweck der gesellschaftlichen Produktion in ihrer Gesamtheit ist aber einzig und allein *die gesellschaftliche Konsumtion*.

Je großartiger aber die kapitalistische Zusammenfassung der Produktion sich gestaltet, desto weniger kann die Industrie sich auf Kosten der Konkurrenz ausdehnen, da diese überhaupt verschwindet, und desto schärfer tritt ihr der dem Kapitalismus innewohnende *Gegensatz zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion* entgegen. Die Truste können diesen Widerspruch nicht lösen, sie können nur seine Lösung hinausschieben. Auf welche Weise sie es tun, das bildet ein Problem für sich. Für unseren Zweck genügt es, zu konstatieren, daß die kapitalistische Konzentration der Produktion und Organisation des Absatzes, sowie die entsprechende Ausschaltung der Konkurrenz, das Problem der Absatzmärkte in ein Problem der *Erweiterung der gesellschaftlichen Konsumtion* verwandeln.

* * *

Für die *Volksmassen*, also für die Gesellschaft als Ganzes, kann die Produktion niemals Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Zweck — zur Erweiterung des Kulturbedarfs und dessen Befriedigung.

Die kapitalistische Frage des Absatzes, der Besitzergreifung des Marktes, verwandelt sich deshalb für die Volksmassen in die Frage der Besitzergreifung der Produktion. So schwierig für das konzentrierte Kapital das Problem der Markterweiterung erscheint, so sehr wird für die Gesellschaft durch die gleiche Entwicklung die Frage der Besitzergreifung der Produktion erleichtert. Das Unternehmertum ist bereits von den Großbanken expropriiert worden, die Produktion wird zu gewaltigen gesellschaftlichen Gebilden zusammengefaßt, — was bleibt, ist, die wenigen Expropriateure auszuschalten, und an Stelle der Regellosigkeit und der persönlichen Willkür die gesellschaftliche Organisation und Zweckmäßigkeit zu setzen.

Der geschichtliche Prozeß ist soweit fortgeschritten, daß die Einsicht von der Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände sich bereits in den mittelsten Reihen des Großkapitalistentums geltend macht. Da ist zum Beispiel Walther Rathenau, eine der größten Autoritäten unter den deutschen Industriellen und Bankgewaltigen. In einem Schreiben an die „Neue Freie Presse", das von dieser in ihrer Weihnachtsnummer 1909 abgedruckt wurde, verbreitet er sich über das persönliche Problem des modernen Kapitalismus. Da heißt es vor allem, und die Worte verdienen, in Arbeiterkreisen bekannt zu werden:

„Auf dem unpersönlichsten, demokratischsten Arbeitsfelde, wo das souveräne Publikum einer Aktionärversammlung satzungsgemäß über Ernennung und Absetzung entscheidet, hat im Laufe eines Menschenalters sich eine Oligarchie gebildet, so geschlossen, wie die des alten Venedig. Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung."*

Er fügt hinzu: „Die seltsamen Ursachen dieser seltsamen Erscheinung, die in das Dunkel der künftigen sozialen Entwicklung einen Schimmer wirft, stehen hier nicht zur Erwägung." Er wirft vielmehr die Frage auf: was soll geschehen, wenn diese wenigen wegsterben? Durch wen sollen sie ersetzt werden?

Bevor wir den Gedankengang des Herrn W. Rathenau weiter verfolgen, sei hier noch hervorgehoben, daß es mit der Leitung der europäischen Industrie durch diese Dreihundert auch seine eigene Art hat. Soweit jeder dieser Dreihundert eine zielbewußte Tätigkeit entfaltet, geht sie dahin, die Industrie zur Mehrung seines Besitzes zu leiten; soweit ein Zusammenwirken der Dreihundert stattfindet, geht

* Und da verlangt Ed. Bernstein von uns, wir sollen unser sozialrevolutionäres Programm nach rückwärts revidieren, weil angeblich die Aktie den Arbeiter zum kapitalistischen Mitbesitzer mache!

es dahin, durch Mehrung ihres gemeinsamen Besitzes den Privatbesitz eines jeden unter ihnen zu mehren; andere Gesichtspunkte kennen sie nicht, der Begriff der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit bleibt ihnen fremd. Die ganze „Leitung“ der Dreihundert besteht also darin, die gesellschaftliche Produktion und mit ihr die Gesellschaft sich zu unterwerfen. Aber auch dabei hat sich ein Zusammenwirken bis jetzt nicht erzielen lassen und wird auch kaum zu erzielen sein. Denn jeder dieser Dreihundert hat das Bestreben, sich über die anderen emporzuheben; er muß dieses Bestreben haben, weil seinem Ehrgeiz, seinem souveränen Willen, der sich über die Interessen der Volksmassen erst recht erhaben fühlt, sonst kein Feld übrig bleibt. Es ist gerade so, wie mit den absolutistischen Monarchien, die durch eine unabwendbare Entwicklungslogik zu dynastischen Kämpfen kamen. Nur daß die kapitalistischen Fürsten nicht bloß über Europa, sondern über die ganze Welt verfügen, nicht bloß gelegentlich Kriege entfesseln können, die das alte Kriegswesen als harmlose Balgerei erscheinen lassen, sondern ständig, Tag für Tag das Wohl und Wehe der Volksmassen in der Hand haben, da sie über Arbeit und Brot entscheiden.

Anderseits ist gewiß vieles in der leitenden Tätigkeit der Dreihundert — wie bei jeder „Leitung“, auch der politischen — mehr Einbildung, als Tatsache.

Die Dreihundert, die gegenwärtig an der Spitze stehen, sind, nach der Meinung des Herrn W. Rathenau, das Produkt einer natürlichen Auslese. Auch dagegen ließe sich gar manches einwenden, doch soll nicht bestritten werden, daß durch den Konkurrenzkampf eine Anzahl tüchtiger Geschäftsleute in die Höhe kamen. Wenn diese abgehen, wer wird an ihre Stelle treten? Herr W. Rathenau untersucht, ob nicht ein Aufrücken von unten möglich wäre. An eine Verdrängung durch die Konkurrenz denkt er nicht. Er hat auch darin ganz recht. Denn die Kapitalmassen sind bereits so zusammengeschweißt, daß die Möglichkeit, ihnen in Europa selbst eine überlegene Konkurrenz entgegenzusetzen, ziemlich ausgeschlossen erscheint.* Ein Ersatz wäre also nur möglich aus der Mitte der bereits bestehenden großkapitalistischen Organisationen. W. Rathenau entwirft nun ein Bild des großkapitalistischen Betriebes, das uns einen klaren Einblick in dessen persönliche Verhältnisse gewährt.

„Nehmen wir ein einfaches Beispiel: eine Maschinenfabrik, die eine auswärtige Verkaufsorganisation besitzt. Ein Bureauleiter sitzt seit fünf Jahren in Elberfeld. Er besucht seine Kundschaft, verkauft seine Ma-

* Die größere Kapitalkonzentration der Vereinigten Staaten ist bekannt. Ebenso kann in Ostasien eine Kapitalmacht entstehen, die dem industriellen Westeuropa überlegen sein wird. Dasselbe bezieht sich auf Rußland.

ſchinen und inſtalliert ſie, er kennt jeden Fabrikanten ſeines Bezirkes und weiß, wann deſſen Bedarf eintritt, er ſchätzt die Kredite, die er geben kann, beobachtet den Geſchäftsgang ſeiner Nachbarſchaft und berichtet regelmäßig an das Hauptbureau in Köln oder Düſſeldorf, wo auch die übrigen Berichte ſeiner rheiniſchen Kollegen zuſammenlaufen. Er hofft, mit der Zeit ſelbſt das Düſſeldorfer Hauptbureau zu erhalten, er wird es erhalten und damit einen größeren und beſſer bezahlten Tätigkeitskreis, der ihm die Ueberſicht über das geſamte Geſchäft des Rheinlandes, ſoweit es ſeine Firma betrifft, geſtattet. Er wird alsdann ſeine Berichte und Statiſtiken unmittelbar an die Zentrale, ſagen wir in Leipzig, ſenden, wird über die Urſachen der Aufſtiege und Rückgänge in ſeiner Provinz ſich äußern und gelegentlich auch ein Perſonalurteil über die ihm unterſtellten Reſſorts abgeben und Anträge ſtellen. In Leipzig iſt ein Mitglied der Direktion für die Verkaufsorganiſation verantwortlich. Dieſer Mann iſt viel auf Reiſen, denn er kann ſich mit Berichten und Statiſtiken nicht begnügen; er kontrolliert nicht nur das deutſche Geſchäft, ſondern auch die Niederlaſſungen in Wien, Petersburg, Rom und Paris; er kennt die Gewohnheiten und Bedürfniſſe dieſer Länder, zum großen Teil ihre Sprache; er kennt ſeine Bureauchefs, erſetzt und ergänzt ſie nach dem Urteil ſeiner Erfahrung und Menſchenkenntnis; er verfolgt die handelspolitiſchen und wirtſchaftlichen Vorgänge ſeiner Länder, ſucht neue Abſatzgebiete, ſtudiert die Geſchäftsmittel und Konſtruktionen ſeiner Konkurrenten, ſchließt Freundſchaften und Bündniſſe mit nachbarſtaatlichen Induſtriellen und Finanzleuten und berichtet der Direktionskonferenz oder dem Generaldirektor über die Ergebniſſe ſeiner Tätigkeit und wichtige Einzelfälle. Bei der Generaldirektion laufen alle Nerven der Geſchäftes in einem Punkt zuſammen. Neben der Verkaufsorganiſation, von der wir eben ſprachen, mündet die Organiſation des Einkaufs. Weiterhin überblickt man die Fabriken und affiliierten Unternehmungen. Ferner die Geldwirtſchaft des geſamten Geſchäftes, ſeine Beziehungen zu Banken und Behörden, ſeine Geſamtpolitik hinſichtlich der Kartellierungen, der Finanzierung, der Expanſion. Die Sprache, die im Elberfelder Bureau geſprochen wird, iſt von der des Leipziger Konferenzzimmers verſchieden. Dort handelt es ſich um Liefertermine, Umdrehungszahlen, Montagekoſten, fehlende Ventile, lauter techniſche und ſchwer verſtändliche Dinge, hier ſpricht man über die Fähigkeit der Menſchen, über politiſche Vorgänge, geſchäftliche Lage, Neubauten und Bilanzierungsfragen in leicht verſtändlicher, gelegentlich abgekürzter Sprache mit Erwägungen des gemeinen Menſchenverſtandes.

— — — — — — — — — — — — — — — —

Wollte man nun den Elberfelder oder Düſſeldorfer Bureauchef, einen fleißigen, tüchtigen, nicht unbegabten Mann, ſchlankweg an den

Leipziger Direktionstisch versetzen, er müßte fast bei jeder Frage versagen, die man ihm vorlegt. Hier wird der Neubau einer Fabrik beantragt. Hier wird eine Beteiligung an einem fremden Unternehmen angeboten. Hier wird die Beschickung von drei Ausstellungen verlangt. Hier ist ein Oberbeamter zu ersetzen. Hier wird ein neues Verfahren angeboten. Hier wird der Mißerfolg eines Geschäftszweiges statistisch erwiesen. Dies ist die Arbeit eines Vormittags. Für Gutachten ist keine Zeit. Entscheidungen werden verlangt. Jeder Fehler führt zu ernsten Folgen. Was soll geschehen?"

Also, auf diesem Wege geht es nicht. Aber wo bleiben denn diejenigen, die es am ehesten angeht, die Nachkommen der Kapitalmagnaten, alle, die durch ihren Kapitalbesitz von Geburt aus zur Leitung der Geschäfte bestimmt sind? Da läßt Herr W. Rathenau so ziemlich jede Hoffnung fahren. Er kennt das Milieu, kennt die Stimmungen und urteilt wie folgt:

„Das Gesetz der Großstadt, das die Erinnerungsbilder verjagt, die Sinne blendet und betäubt und alles Erstaunen auslöscht, führt zum Skeptizismus, zur Müdigkeit und Neurose. Das Gesetz des Kontrastes, das die Generationen sondert, zwingt zur stillen und zähen Opposition der Söhne gegen die Väter. Haben diese den Geisteswert der Nation verachtet, eine werdende Kunst verschmäht und den Blick auf allzu nahe Höhen gerichtet, so rächen sich die Jungen durch Talente und Sensibilitäten. Es gibt heute im Berliner Tiergartenviertel kein Stockwerk, wo nicht junge Begabungen für Neuromantik, Innenkunst, latinisierendes Deutsch und kontrapunktische Tierstimmenimitation ihr Wesen treiben."

Wir differieren von Herrn W. Rathenau in der Wertschätzung der Geschäftsleitung der gegenwärtigen „Konquistadoren" (Eroberer) des Kapitals, — daß aber die Tierstimmenimitation der Jungen keine geeignete Vorbereitung sei, um die Industrie Europas zu leiten, in dieser Meinung schließen wir uns ihm an.

Der kapitalistische Industrieleiter hat ausgelebt — er fällt ab, wie ein morscher Zweig.

Wenn nun aber Herr W. Rathenau das nicht gefunden hat, was er gesucht hatte, den persönlichen Ersatz, so fand er doch etwas anderes — er fand die Organisation. Wir haben aus seiner eigenen Schilderung entnehmen können, wie spezialisiert und koordiniert das Getriebe der modernen Großunternehmung ist und wie hier, gleichsam automatisch, alles ineinandergreift. Fehlt nur der allgemeine, leitende Geist. Den kann die Organisation nicht entbehren. Was aber das System bewirkt, ist, daß der leitende Geist die Spezialkenntnisse und Spezialtätigkeit nicht zu entfalten braucht. Hören wir wieder Herrn W. Rathenau:

„Da es hier tatsächlich nur auf klares und richtiges Denken ankommt, so wäre es an sich sehr wohl möglich, daß ein Mann von großem Talent, der allgemein zu disponieren versteht, auch ohne spezielle Schulung geschäftliche Führerstellen erfolgreich verwalten lerne, wie denn in parlamentarischen Staaten die Kabinettsportefeuilles wechselnden Politikern ohne eigentliche Ressortkenntnisse unbedenklich übertragen werden. Dennoch hat in der geschäftlichen Praxis die Berufung Außenstehender zur obersten Leitung fast stets versagt. Denn die Fragen des Menschenverstandes, um die es sich handelt, verlangen zur Beantwortung nicht bloße Logik — über die jeder verfügt — sondern vor allem Wissen, Kenntnis der Personen, der Gegenstände, Vorgänge und Analogien, kurz: Erfahrung. Geschäftliches Denken ist deswegen schwierig, weil es in der Abwägung disparater Faktoren besteht: Personalien gegen Leistungen, Masseninstinkte gegen Warenqualitäten, technische Probleme gegen geographische, Markttendenzen gegen Kapitalinvestitionen müssen hier verglichen und ins Gleichgewicht gesetzt werden. Und wiederum der Erfahrenste und Klügste wird zu kurz kommen, wenn er, auf die allgemeine Betrachtung der Dinge sich verlassend, seine Entscheidungen trifft, deren leichteste bis in die Nervenspitzen seines Unternehmens vibriert, ohne daß er beständig durch Bericht und Augenschein bald hier, bald da bis ins einzelnste das Funktionieren seiner Verwaltung verfolgt."

Daß die gegenwärtigen großen Leiter der Industrie all diesen Forderungen vollkommen genügen und niemals grobe Fehler begehen, wird sicher auch Herr W. Rathenau keineswegs behaupten wollen. Geschweige schon von dem Konjunkturwechsel, der alle Einsicht und Voraussicht zuschanden macht, kann man verfehlte Unternehmungen der Großbanken und Großindustriellen, bei denen Millionen verloren gingen, in schier unbegrenzter Zahl anführen.* Aber das größere Kapital half über den Schaden hinweg und verwandelte ihn sogar gelegentlich in Nutzen. Das Kapital ersetzt eben nicht nur das Herz, sondern auch den Verstand. Jedoch das beiläufig! Die Schwierigkeit der kapitalistischen Oberleitung der Industrie bestreiten wir durchaus nicht. Allein, woher kommt diese?

Der große kapitalistische Geschäftsleiter sieht sich einem Chaos gegenüber und besitzt keine Regeln, nach denen er sich richten könnte. Er befindet sich in der gleichen Lage, wie etwa der technische Betriebsleiter im 18. Jahrhundert, als noch die Naturwissenschaften gering entwickelt waren. Der „Meister" jener Zeit konnte sich nur auf seine persönliche Erfahrung, seine Einsicht, sein Gedächtnis nebst etwaigen Geschäfts-

* Vgl. auch unsere früheren Mitteilungen aus der Geschichte der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank.

überlieferungen, seine fünf Sinne und seine Geschicklichkeit verlassen. Sein Ersatz ohne persönliche Heranbildung schien unmöglich.* Wir lachen jetzt darüber, da uns die Naturwissenschaften und die Technologie die Möglichkeit gegeben haben, ganze Industrien nach wildfremden Ländern zu verpflanzen. Ebenso nun, wie der technische Betrieb, um von der Gebundenheit an die einzelne Persönlichkeit frei zu werden, der naturwissenschaftlichen Grundlage bedurfte, bedarf die allgemeine Geschäftsleitung — der sozialen Grundlage.

Das Produktionschaos, vor dem der großkapitalistische Industrieleiter steht, ist entstanden, weil das kapitalistische Privateigentum den Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf und der gesellschaftlichen Produktion gelöst hat; deshalb wird auch jede kapitalistische Großunternehmung nur durch das Kapital und die Technik zusammengehalten, während von den Menschen, die in ihr stecken, jeder sein besonderes Interesse hat, höchstens seine Spezialaufgabe kennt und alle kein Gefühl der Zusammengehörigkeit, des vernünftigen Wirkens zu einem gemeinsamen Zweck besitzen — sie sind Lohnsklaven. Die gesellschaftliche Zweckmäßigkeit läßt sich aber überhaupt nicht durch persönliche Einsicht ersetzen. Die gesellschaftliche Zweckmäßigkeit kann nur zur Geltung kommen durch entsprechende Organisation der Gesellschaft. Dann aber durchdringt jeden Wirkenden das Gefühl des Zusammenwirkens zu einem vernünftigen Zweck.

Die Großindustriellen können als die Spitzen der Bourgeoisie betrachtet werden und zugleich als ihre letzten Ausläufer, die aus dem 19. Jahrhundert in das 20. hinübergespült wurden. Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der Konkurrenz. Die Konkurrenz gab ihnen ihr individualistisches Lebensideal. Das 20. Jahrhundert setzt als das Zeitalter der Organisation ein. Es hebt ein neues Kulturideal empor: das des Sozialismus. Die leitenden Männer des untergegangenen Jahrhunderts wollen sich diesem neuen Ideal nicht fügen, aber dafür, was ihren Lebensinhalt bildete, können sie nicht einmal ihre eigene Nachkommenschaft gewinnen, die deshalb ohne sozialen Halt und ohne Lebenszweck bleibt. Zum Träger des neuen Ideals wird eine neue Klasse — das Proletariat.

* * *

„Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des tatsächlich bereits auf gesellschaftlichem Produktionsbetrieb be-

* Ganz nach altzünftlerischer Art sieht denn auch Herr W. Rathenau die Abhilfe in der persönlichen Schulung der Nachfolger!

ruhenden kapitalistischen Eigentums in gesellschaftliches. Dort handelte es sich um dir Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse.“

So Karl Marx, Das Kapital, Band 1, Seite 790.

Die Industrie in Westeuropa ist reif für die soziale Revolution. Sie ist gesellschaftlich zusammengefaßt, ihre Organisation kann ohne weiteres von der Gesellschaft übernommen werden, und es sind nur 300 „Usurpatoren“, deren persönlicher Wille der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit, der Entwicklung der Kultur und den Interessen der Volksmassen sich entgegenwirft.* Aber hinter diesen Dreihundert stehen die großen wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge der kapitalistischen Welt. Es handelt sich deshalb nicht um ein ideelles Rechenexempel, sondern um einen materiellen Kampf, der ausgefochten werden muß.

---

* Ich zeige in dem Kapitel „Die Verstaatlichungen und der Sozialismus“, wie leicht der Uebergang von der Großindustrie zur Staatsproduktion durchzuführen sei.

Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus

Das Bankgeschäft des Staates

Das Problem — Der Kapitalmarkt und das Staatsgeschäft — Die Notenbanken — Die Bankdepositen — Die Kurse und das Staatsgeschäft — Der Staat als Vermögensverwalter der Bourgeoisie

---

Die Verstaatlichung des Bankgeschäfts ist nicht das Beweisthema, sondern die Voraussetzung dieser Schrift. Der Einfluß, den die Großbanken in der Industrie, im Handel, in der Politik, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens gewonnen haben, ist so groß, daß allen, die nicht selbst zu dieser kapitalistischen Oligarchie gehören, dem Arbeiter sowohl wie dem Industriellen, dem Techniker, dem Kaufmann, den Produzenten wie den Konsumenten, jeden Tag aufs neue die Notwendigkeit vor die Augen tritt, dieser finanziellen Uebermacht Schranken zu setzen.* Es handelt sich nicht mehr um die Berechtigung, sondern nur noch um die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichungen, darum, ob und inwiefern das Bankgeschäft auf den Staat und die Kommunen hinübergeleitet werden kann, ohne daß dadurch die wirtschaftliche Entwicklung

---

* Im Anschluß an die finanzielle Macht der Banken hat sich auch eine besondere Bankpublizistik entwickelt, die zwar recht wenig in der Oeffentlichkeit auftritt, aber um so wirksamer durch Zirkulare, Prospekte, Briefe an die Kundschaft das Publikum bearbeitet. Wie weit der Einfluß dieser Kundgebungen geht, darüber folgendes Zeugnis der „Kölnischen Zeitung", die man gewiß nicht der gegen das Kapital gerichteten umstürzlerischen Bestrebungen verdächtigen wird: „Im übrigen arbeitet diese Börsenjournalistik unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Wenn sie trotzdem, wie die letzten Wochen wiederholt gezeigt haben, zeitweise bestimmenden Einfluß auf die ganze Börsenhaltung gewinnen kann, so beweist das deutlich, wie weit die Macht der Großbanken geht, die mit Hilfe ihrer Zweigniederlassungen, ihrer Depositenkassen und der ihnen in der Provinz nahestehenden Banken große Scharen des Publikums auf den Wertpapiermarkt loslassen und auch wieder aus ihm herausscheuchen können. Geht das so weiter und entbrennt unter den Großbanken selbst einmal ein Streit um die Konjunktur, so kann man es vielleicht gelegentlich erleben, daß sie mit Hilfe ihrer Organisation und jener journalistischen Beeinflussung ihrer Kundschaft Heere gegeneinander führen." K. Z. 10./1. 1910.

gestört beziehungsweise gehemmt werde. Das aber bildet den Hauptgegenstand dieser Untersuchung.

Ich setze also voraus, daß der Wille vorhanden sei, die Tätigkeit der Banken auf den Staat hinüberzuführen, und gehe den wirtschaftlichen Beziehungen nach, die sich daraus ergeben. Ich habe keinen idealistisch konstruierten, sondern *den kapitalistischen Staat* im Auge, wie er sich uns in neuerer Zeit darbietet, dabei auch noch in seiner friedlichen Entwicklung, also nicht etwa zur Zeit der Revolution oder des Krieges.

Das nächstliegende ist offenbar die Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Banken selbst. Da ist vor allem zu berücksichtigen, daß die Banken erst durch *das Geschäft mit dem Staat* groß geworden sind und auch jetzt noch ohne das Geschäft mit dem Staat, die Staats- und Kommunalanleihen, die sie vermitteln, nicht bestehen könnten.* Nun sucht der Staat schon seit geraumer Zeit in direkte Beziehungen zu seinen Gläubigern zu treten. Das geschieht durch die Anlage von *Staats- respektive Kommunalschuldbüchern*, durch *Verstaatlichung der Sparkassen* oder die *Einschränkung deren Geschäftsumkreises*, die ihnen, neben den Hypotheken, keine andere Anlagemöglichkeit freiläßt, als eben in Staatsanleihen. *England* hat 4,3 Milliarden Mark seiner Staatsschuld in den Sparkassen untergebracht, *Frankreich* 3,9 Millionen Mark. 1908 waren in Deutschland in die Staatsschuldenbücher eingetragen, also unter Ausschluß der Bankvermittlung festgelegt, 3092 Millionen Reichs- und Staatsschulden, und über eine Milliarde Reichs- und Bundesstaatsanleihen liegen allein in den preußischen Sparkassen.**

* * *

Diesen Bestrebungen des Staats kommt die allgemeine Entwicklung auf dem Kapitalmarkt in hohem Maße zugute. Denn das Kapital wird immer mehr mobilisiert, der industrielle Besitz wird zum Aktienbesitz, und ein großer Teil der neuen Kapitalanlagen geschieht von vornherein in der Form von Staats- und Kommunalanleihen. Der Aktienbesitzer ist nicht an die einzelne Unternehmung gebunden, er kann seinen Besitz jeden Augenblick wechseln, er verteilt ihn auch gern auf verschiedene Unternehmungen, weil er damit auch das Risiko verteilt, er kombiniert

---

* Vergleiche das Kapitel „*Die Banken, der Staat und die Industrie*“. Neben der Entwicklung des Bankgeschäfts wird dort auch jene große kapitalistische Konzentrationsbewegung klargelegt, die aus dem Zusammenwirken der Banken mit der Großindustrie sich ergibt und die Verstaatlichung notwendig macht.

** Die Banken, der Staat und die Industrie.

seinen Besitz aus verschiedenen Stücken, wobei Aktien, Staatsschuldverschreibungen, Kommunalanleihen, Hypotheken, Industrieanleihen für ihn wesensgleich sind und nur noch die Börsenunterschiede des Kurses, der Dividende respektive der Verzinsung, der Sicherheit der Anlage aufzuweisen haben.

Nach der preußischen Statistik setzte sich das Vermögen der Bourgeoisie (mit mehr als 3000 Mark Jahreseinkommen) 1905 so zusammen:

1. Kapitalvermögen	32 672	Millionen	Mark
2. Grundvermögen	31 647	"	"
3. Gewerbliches, Anlage- und Betriebskapital	11 883	"	"
4. Wert der selbständigen Rechte und Gerechtigkeiten	140	"	"

Davon wären allerdings die Schulden abzuziehen, die mit 16 756 Millionen Mark angegeben sind: man weiß aber nicht, wie sich die Schulden auf die einzelnen Vermögensarten verteilen. Ihr größter Teil fällt wohl auf das Grundvermögen (Hypotheken!).

Diese Statistik bezieht sich bloß auf die physischen Personen, da aber diese auch hinter den juristischen Personen — Aktiengesellschaften usw. — stehen, so ist das Kapital der letzteren unter 1 mitberechnet.

Ueberraschend gering erscheint „das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital" in dieser Zusammenstellung: 11 Milliarden unter 75, oder etwa 15 Prozent! Alles andere sind Staatspapiere, Kommunalanlagen, Hypotheken, Aktien, Schuldverschreibungen. Das sind die Quellen, aus denen die preußische Bourgeoisie ihr Einkommen bezieht. Daß es unter diesen Umständen nicht mehr lange dauern dürfte, bis auch der kleine Rest persönlichen gewerblichen Eigentums in Börsenwerte verwandelt wird, liegt auf der Hand.

Zugleich geht die Leitung der Industrie in die Hände der Großbanken und Kartelle über. Die Bourgeoisie wird in Rentner verwandelt, die zu den großen Finanzinstituten in ein ähnliches Verhältnis treten, wie zu dem Staat, dessen Schuldscheine sie erwerben: hier wie dort werden sie ausgezahlt und kümmern sich um nichts weiter. Infolgedessen muß der Drang der Bourgeoisie, ihr Vermögen dem Staat zu übertragen, sich offenbar erst recht steigern. Es handelt sich also nicht mehr um einen Kampf gegen die Bourgeoisie, sondern nur noch um eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat resp. den Kommunen und den Großbanken um die Einheimsung des Kapitals. Als Kampfmittel dient dabei die Verzinsung, wobei jedoch der Staat den anerkannten Vorzug der größeren Sicherheit aufzuweisen hat. Die Aktie gewährt

allerdings Gewinnchancen, die das Staatspapier nicht kennt, dafür aber auch gewaltige Verlustmöglichkeiten. Es ist festzuhalten, daß die Bourgeoisie jährlich einen bedeutenden Kapitalüberschuß entstehen läßt;* aber selbst zur Zeit der industriellen Hochkonjunktur wird nur ein geringer Teil davon von den Aktienemissionen absorbiert, der weitaus größte Teil findet in Staatsschulden, Kommunalschulden, Hypotheken und sonstigen fest verzinslichen Werten Anlage. Diese Tatsache, sowie das Anwachsen der Sparkasseneinlagen und der Depositen der Banken sind ein Beweis dafür, daß unter gleichen Zinsverhältnissen die Bourgeoisie erst recht dem Staate den Vorzug geben würde, beziehungsweise daß der Staat als Bankier einen gewaltigen Vorsprung vor jeder Privatbank hat.

* * *

Neben dem Geschäft mit den Banken pflegte nun der Staat seit alters her das eigene Bankgeschäft. Die Staatsbanken wurden groß durch die Notenausgabe. In der Banknote sah der Staat ein Mittel, aus Nichts Geld zu machen. Nach bösen Erfahrungen kam er zu der Erkenntnis, daß die Geldzirkulation im Zusammenhang steht mit der Kapitalzirkulation, die ihrerseits mit dem Warenverkehr und der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion zusammenhängt. Kontrollieren kann er diese Zusammenhänge nicht und braucht deshalb, um die Banknoten in ihrem Wert zu erhalten, den Notbehelf der Goldreserve. In welchem Verhältnis diese zum Notenumlauf sein muß, darüber gibt es nur Erfahrungssätze, die durch die Entwicklung des Warenverkehrs und der Kapitalzirkulation, die fortlaufend neue Kombinationen, Zusammenfügungen, Wechselbeziehungen erzeugen, über den Haufen geworfen werden und immer wieder neu gewonnen werden müssen. Unter diesen Umständen ist die Notenausgabe zu einem Hemmnis der Entwicklung des Geschäfts der Staatsbanken geworden. Um die Goldreserve zu schützen, suchen die Notenbanken den Kredit einzuschränken, statt ihn zu entwickeln, und halten deshalb ihren Diskontosatz bedeutend über dem Diskontosatz der Privatbanken, desgleichen scheuen sie sich, fremdes Geld aufzunehmen, und verzinsen die Depositen nicht oder nur sehr gering. Unter diesen Umständen bleibt dem Kapitalisten offenbar gar keine Wahl, und er muß, wenn er nicht selbst Börsenwerte kauft, sein Kapital der Privatbank überlassen.

Das Notenprivileg ist deshalb zu einer Last für die Banken geworden. Die Effektenbanken, die kein Notenrecht haben, überflügeln sie in ihren Geschäftsergebnissen. Eine Zusammenstellung der Dividenden

* Näheres darüber in dem Kapitel „Das soziale Problem unserer Zeit".

der Notenbanken und der Effektenbanken bringt das klar zum Ausdruck:*

Dividenden der Notenbanken

Name	Dividenden in Prozenten				
	1909	1908	1907	1906	1905
Reichsbank	5,83	7,77	9,89	8,22	6,15
Bayerische Notenbank. . . .	10	11	12	11	9
Sächsische Bank	8	9	10	8	6
Württembergische Notenbank .	5	6	7	6	5¼
Badische Bank	5¾	7	8	6½	5½

Dividenden der Effektenbanken

Name	Dividenden in Prozenten				
	1909	1908	1907	1906	1905
Deutsche Bank	12½	12	12	12	12
Diskonto-Gesellschaft	9½	9	9	9	9
Dresdner Bank	8½	7½	7	8½	8½
Schaaffhausenscher Bankverein	7½	7	7	8½	8¼
Darmstädter Bank	6½	6	6	8	8
Berliner Handels-Gesellschaft .	9	9	9	9	9
Nationalbank	6½	6	6	7½	7
Kommerz- und Diskontobank .	6	5½	5½	6½	6½
Mitteldeutsche Kreditbank . .	6	6½	6½	6½	6½

Während die Erträgnisse der Notenbanken im Rückgange begriffen sind, zeigen die Gewinne der Effektenbanken, die auch sonst die anderen im allgemeinen übertreffen, Steigerungen.

* * *

Die Staatsbanken werden deshalb immer mehr aus ihrer Sonderstellung herausgedrängt, um zum regulären Bankgeschäft überzugehen. Die großartige Entwicklung der Effektenbanken beweist, daß das Wechsel- und das Depositengeschäft sich bis zu einem sehr hohen Grade ergänzen können. Anderseits erweist sich gerade zurzeit der Krisen die Diskonto-Differenz von sehr zweifelhaftem Werte und es zeigt sich immer mehr, daß die Aufrechterhaltung des Status einer großen Bank nicht ausschließlich von ihrer eigenen Bilanz, sondern von der Bilanz der ge-

* Entnommen der Handelskorrespondenz des „Berl. Tag." Nr. 120 des Jahres 1910.

samten Industrie und Landwirtschaft abhängt. Wie die alten Bankhäuser es haben tun müssen, so müssen auch die Staatsbanken der neuen Bankpraxis Rechnung tragen. Wir finden denn auch, daß die Differenz zwischen dem Diskontosatz der Staatsbanken und der Privatbanken seit Ende der 70er Jahre fortgesetzt geringer wurde, wie folgende Tabelle zeigt (Denkschrift zur Finanzreform, Teil IV, Seite 215):

Differenz zwischen Marktdiskont und Staatsbankdiskont

Jahrfünft	London	Paris	Berlin
1888/92	1,02	0,50	1,03
1893/97	0,95	0,36	0,95
1898/1902	0,43	0,27	0,88
1903/07	0,38	0,45	0,98

Regelmäßig und sehr bedeutend ist die Differenz gesunken von Jahrfünft zu Jahrfünft bei der englischen Bank. Die Steigerung, die im letzten Jahrfünft die französische Bank aufzuweisen hat, ist in den Jahren 1904 und 1905 entstanden, als der französische Geldmarkt stark unter dem Einfluß des russischen Krieges stand; 1906 war in Paris die Differenz nur noch 0,28 und 1907 sogar nur 0,06. Berlin folgt sehr spät nach, aber das liegt nicht in den besonderen deutschen Verhältnissen, sondern in den besonderen Verhältnissen der Reichsbank, die bekanntlich als Staatsbank funktioniert, aber als Privatgesellschaft unter der Leitung einer Gruppe von Bankiers (Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Mendelsohn, Oppenheim usw.) arbeitet, die nicht gerade daran interessiert sind, ihre eigenen Geschäfte zugunsten der Reichsbank zurücktreten zu lassen. Bei alledem übertrifft das Wechselportefeuille der Reichsbank bei weitem den Wechselbestand jeder privaten Bank!

Das Wechselgeschäft der Staatsbanken erwuchs aus der Notenausgabe, ganz folgerichtig kommt jetzt als Ergänzung dazu die Annahme verzinsbarer Depositen. In dem Maße aber, wie der Damm der Zinsunterschiede zwischen den Staatsbanken und den Privatbanken abgetragen wird, muß ihnen das Kapital der Bourgeoisie desto reichlicher zufließen; erst recht, wenn sie dazu übergehen sollten, ihren Depositenzins, sei es nur um den Bruchteil eines Prozents, gegenüber dem Privatzins zu erhöhen.

* * *

Der Vorteil der Privatbanken gegenüber der Staatsbank liegt dann nur noch in ihrer direkten Beteiligung an der Industrie, da der industrielle Gewinn höher ist, als der Darlehnszins. Allein die Konzentration und Kartellierung der Industrie, von den Banken selbst gefördert, beseitigt, indem sie die Technik auf die gleiche allgemeine Höhe

bringt und den Absatz zusammenfaßt, die tausendfältigen Unterschiede im Unternehmungsgewinn, die sich aus der persönlichen Tüchtigkeit des Unternehmers, seinem Kapitalbesitz, seinen Kreditbeziehungen usw. ergeben, führt zu einem Ausgleich der Gewinne, schafft eine Durchschnittsdividende. Die Unterschiede in der Rentabilität werden immer mehr auf die großen Unterschiede in den natürlichen Verhältnissen der Produktion, wie zum Beispiel die Ergiebigkeit der Erzgruben, die Ausnützung von Wasserkräften, die geographische Lage usw., und auf neue Erfindungen zurückgeführt. Das Monopol dieser Vorteile ist entweder von vornherein schon durch den Privatbesitz an Grund und Boden gegeben, oder es wird durch Patente gesichert, auf alle Fälle werden sie von Großkapitalisten am ehesten mit Beschlag belegt, dem Durchschnittspublikum der Börse bleiben sie fast unzugänglich. Die Konkurrenz hat, was schon Charles Fourier wußte, zum Monopol geführt; durch die Entwicklung dieses Monopols wird die Bourgeoisie selbst von der Entwicklung des Privateigentums ausgeschlossen. Die Börse eilt dieser Entwicklung voran und vollendet sie, indem sie die Kurse der Rentabilität anpaßt und dem großen Publikum nichts anderes übrig läßt, als eben die durchschnittliche Verzinsung.

Wie weit dieser Ausgleich geht, ergibt sich in drastischer Weise aus der folgenden Zusammenstellung der Dividenden und Kurse der deutschen Effektenbanken für 1910, die wir der Handelszeitung des „Berl. Tag." zu verdanken haben.

Name	Nominalbetrag des Aktien-Kapitals	Offene Reserven inkl. Neuanweisung.	Kurswert des dividendenberechtigten Akt.-Kapitals	Dividenden	Verhältnis des gesamt. Dividendenbetrags zum Kurswert des Aktien-Kapitals
	Mill. M.	Mill. M.	Mill. M.	Proz.=Mill. M.	Prozent
Deutsche Bank . . .	200	105,7	497,08	$12^1/_2$=25	5,02
Diskonto-Gesellschaft	170	60,09	325,21	$9^1/_2$=16,15	4,97
Dresdner Bank . .	180	51,5	291,78	$8^1/_2$=15,3	5,24
Schaaffhausen . . .	145	34,15	207,35	$7^1/_2$=10,87	5,24
Darmstädter Bank .	154	31,5	207,74	$6^1/_2$=10,01	4,82
Berliner Handelsgesellschaft . . .	110	34,5	192,77	9 = 9,9	5,14
Nationalbank . . .	80	13,72	100,64	$6^1/_2$= 5,2	5,17
Kommerzbank . . .	85	13,—	98,09	6 = 5,1	5,2
Mitteldeutsche Kreditbank . . .	54	7,88	64,04	6 = 3,24	5,06

Man sieht, die Börse arbeitet sehr genau: während die Dividenden der einzelnen Gesellschaften eine Differenz von 6 bis 12½, also um mehr als 100 Prozent aufzuweisen haben, schwankt die Verzinsung nach dem Kurswert nur zwischen 4,82 Prozent und 5,17 Prozent. Was hat also der Durchschnittskäufer der Börse davon, daß die Dividenden differieren? Er wird mit einer Durchschnittsverzinsung abgespeist, kommt meistens zu spät, um von der Kurssteigerung zu profitieren, bleibt aber sicher am Platze, wenn der Kurssturz kommt. Die Börse treibt darum die Bourgeoisie erst recht dem Staate zu. Dieser wird vorgezogen selbst dann, wenn es der russische, oder türkische, oder irgend ein exotischer Staat ist. Wenn aber der Staat Depositen annehmen und sie gleich verzinsen würde, wie die Privatbanken, würde ihm die Bourgeoisie ihr Kapital erst recht zutragen.

* * *

Wenn der Staat sein eigener Bankier wird und die Bankgeschäfte von jedermann besorgt, dann werden die privaten Bankkonzerne, denen die Staatsbank das Geschäft mit dem Staat und die Depositen entzieht, der Staatsbank gegenüber noch viel weniger Stand halten können, wie die kleineren Banken vor ihnen haben bestehen können. Dann bleibt ihnen nur noch eins: sich der Staatsbank anzuschließen, ein Uebergang, der auf der anderen Seite durch die gegenseitigen Beziehungen der Staatsbank und der Privatbanken gefördert wird, die bereits so eng mit einander verflochten sind, daß man den Bank- und Geldverkehr eines Landes gar nicht mehr in einzelne Gruppen auflösen kann. Anstelle der Banken tritt dann die Bank — die Staatsbank, ein zentrales Institut für Geld- und Kreditverkehr mit Verzweigungen im ganzen Lande, ähnlich der Post und Telegraphie, die den Nachrichtenverkehr, oder den Eisenbahnen, die den Güter- und Personenverkehr zu vermitteln haben. Daß die Entwicklung nach dieser Richtung führt, sieht man schließlich noch daran, daß die Staatspost ihr eigentliches Gebiet der Nachrichtenvermittlung längst verlassen hat und, durch Postanweisungen, Postcheks, Postnachnahmen, Postsparkassen, in den Geld-, Kreditverkehr und das reine Bankgeschäft eingreift. So kommt es denn dazu, daß die Bourgeoisie Tag für Tag ihr Geld einem staatlichen Zentralinstitut einliefert, von ihm ihre Renten bezieht, der Produktion aber fern bleibt.

Die Bourgeoisie macht den Staat zum Verwalter ihres Vermögens, — um so mehr ist sie besorgt, ihren Einfluß im Staate aufrechtzuerhalten. Der Uebergang zur Staatsregie ist noch ebensowenig Sozialismus, wie der Uebergang von der persönlichen Unternehmung zur Aktiengesellschaft Aufhebung des Privateigentums. Es kommt darauf an, wie der Staat

beſchaffen iſt, ob eine Klaſſe und welche Klaſſe in ihm die Herrſchaft führt. Die Bourgeoiſie war ſtets bemüht, den Staat für ihre kapitaliſtiſchen Geſchäfte zu engagieren; daß ſie jetzt das kapitaliſtiſche Geſchäft zum Staatsgeſchäft macht, entſpricht in dem gleichen Maße ihrer politiſchen Herrſchaft im Staate, wie es der kapitaliſtiſchen Produktionsentwicklung entſpricht. Anders, freilich, wenn die Bourgeoiſie ihre politiſche Herrſchaft einbüßt, wenn die Arbeiterklaſſe zur leitenden Macht im Staate wird. Durch die Eroberung der Staatsgewalt wird das Proletariat zum Herrn über das Kapital. Das wirtſchaftliche Problem der ſozialen Revolution läuft auf das politiſche Problem hinaus.

Das Wirtschaftssystem des Staats, der Kommunen und der Banken

Staat und Kommune als Konsumenten und Lieferanten — Was die Banken bringen — Das Zahlenschema des Wirtschaftssystems — Kein Staatsmonopol! — Die Konsequenzen auf dem Kapitalmarkt.

Der öffentliche Bedarf des Staates und der Gemeinden bildet schon jetzt einen bedeutenden Teil der gesellschaftlichen Konsumtion, das heißt jenes Verbrauchs, dem die Produktion dient.

Die Bourgeoisie verwendet mindestens zwei Fünftel ihres Jahreseinkommens zu *neuen Kapitalanlagen*. Der meiste Teil davon fließt in der Gestalt von Staats- und Kommunalanleihen von vornherein dem Staat und den Gemeinden zu. Der Rest wird in sonstigen Börsenwerten angelegt. Wenn der Staat sein Depositengeschäft ausdehnt, die Banken sich angliedert und so das gesamte Bankgeschäft konzentriert, gelangt er in den Besitz auch von diesem Teil. Was bleibt, sind nur noch *die persönlichen Ausgaben* der Bourgeoisie und der Volksmassen. Diese bilden nach einer von uns für Preußen vorgenommenen Statistik mit 12400 Millionen Mark jährlich *sieben Zehntel*, 71 Prozent, des gesamten gesellschaftlichen Konsumtionsbedarfs. Untersuchen wir jetzt, ob nicht auch hier noch sich Zusammenhänge ermitteln lassen mit dem Staat und den Gemeinden, das ist mit den politischen Organisationen der Gesellschaft.

Da fällt uns zunächst auf, daß ein Teil der Konsumausgaben des Volkes in Gestalt von *Verbrauchssteuern und Zöllen* dem Staat und den Gemeinden zufließt. Die *Verbrauchsabgaben* müssen von den persönlichen Ausgaben abgezogen werden. Obwohl der Konsument sie bezahlt, genießt er sie doch nicht, sondern sie bilden seinen Beitrag zum öffentlichen Bedarf, der aus den Budgets des Staates und der Kommunen bestritten wird.

Der Staat ist aber nicht bloß Konsument, er ist auch *Lieferant*. Er liefert Dienstleistungen, die von jedem einzelnen, der sie in Anspruch nimmt, bezahlt werden müssen. Man denke an die Post, die Tele-

graphen, die Eisenbahnen. Allein mit dieser Tätigkeit greift der Staat bereits in das Gebiet des Produktionsbedarfs hinüber. Der Frachtverkehr der Eisenbahnen ist Produktionsbedarf, desgleichen werden die Geschäftsreisen und die Geschäftskorrespondenz vom Kapitalisten auf das Geschäftskonto gesetzt. Aber der große Vorort- und Reiseverkehr der Arbeiter, die Ferienreisen der Bourgeoisie, die zahlreiche Privatkorrespondenz, das sind persönliche Ausgaben, die jeder aus seinem Privateinkommen bezahlt.

Desgleichen stehen die Stadtgemeinden in einem rasch wachsenden wirtschaftlichen Verkehr mit der Bevölkerung. Sie lassen sich den Verkehr auf den kommunalen Straßenbahnen bezahlen, sie liefern Gas, Elektrizität usw. Auch die Wasserversorgung wird von den Konsumenten, und zwar indirekt in dem Mietzins, an die städtische Gemeinde bezahlt.

Es handelt sich in allen diesen Punkten zweifellos um recht hohe Beträge, die sich aber aus dem Gesamtverbrauch rechnerisch nicht ausscheiden lassen. Man dürfte kaum fehlgehen, wenn man den gesamten öffentlichen und privaten Bedarf, der gegenwärtig in Preußen vom Staat und von den Gemeinden erledigt wird, mit Ausnahme des Produktionsbedarfs, auf mindestens zwei Fünftel des allgemeinen gesellschaftlichen Konsumtionsbedarfs schätzt. Drei Fünftel also nur noch wären von den privaten Unternehmungen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zu decken.

Der Staat und die Kommunen haben aber nicht bloß Einnahmen, sie haben auch Ausgaben. Sie zahlen große Summen an Gehältern und Löhnen aus, zum Teil unmittelbar an ihre Beamten, Angestellte, Arbeiter, zum Teil indirekt im Preis der Waren, die ihnen geliefert werden. Wenn nun die Bevölkerung Preußens bei der Deckung ihres Bedarfs zu zwei Fünfteln auf den Staat und die Gemeinden angewiesen ist, so hängt sie anderseits in ihren Bezügen ebenfalls vom Staat und von den Gemeinden ab. Wenn man von dem Einkommen, das auf dem Markte als persönliche Konsumnachfrage erscheint, von den zirka $12^1/_2$ Milliarden, die wir für Preußen herausgerechnet haben, die Gehälter und Löhne des Offizierkorps und der sonstigen Berufsmilitärs, der Beamtenschaft des Staats und der Kommunen, der Direktoren, Vorstände, Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, der Post und Telegraphie, der Telephonanstalten, der Elektrizitätswerke, der Straßenbahnen, der staatlichen Bergwerke usw., die Profite der Panzerschiffswerften und sonstigen Staats- und Kommunelieferanten, die Gehälter und Löhne, die sie zahlen, abziehen wollte, so würde das gewiß eine starke Einbuße für den Konsumtionsmarkt bedeuten.

Wir sehen demnach, daß der Staat und die Kommunen, wie auf dem Kapitalmarkt, auch auf dem Konsumtionsmarkt bereits einen weittragenden, vielleicht maßgebenden Einfluß ausüben. Sie bewirken das:

1) durch ihren eigenen Bedarf, 2) durch ihre Produktion, 3) durch den Bedarf der Massen, die in ihrer wirtschaftlichen Existenz von ihnen abhängen. Alles zusammen gibt eine Rückwirkung auf die gesellschaftliche Produktion. Der Staat hört immer mehr auf, das bloße politische Werkzeug der Herrschaft der Kapitalistenklasse zu sein, er ist diese Herrschaft selbst. Der Kampf um die soziale Revolution ist der Kampf um den Staat.

* * *

Die Verstaatlichung der Banken würde in sehr hohem Maße den Einfluß des Staates auf den Konsumtionsmarkt und auf die gesellschaftliche Produktion steigern.

Außer dem jährlichen Kapitalzuwachs, der nach der Verstaatlichung der Banken fast restlos dem Staate zufließt, führen ihm die Banken die von ihnen vermittelst der Aktiengesellschaften konzentrierte Industrie zu und machen dadurch von ihm weitere größere Menschenmassen in ihrer wirtschaftlichen Existenz abhängig.

Ein noch weiterer Einflußkreis aber ergibt sich aus der Tatsache, daß mit der Verstaatlichung der Banken auch die Bodenschulden verstaatlicht werden.

Es ergibt sich aus der Statistik der Kapitalemissionen, daß, neben den Staats- und Kommunalanleihen, die Hypotheken eine bevorzugte Stellung in den neuzeitlichen Kapitalanlagen einnehmen. Es sind zum Beispiel von den 6807 Millionen Mark Kapital, die im Deutschen Reich in den Jahren 1903 bis 1905 neu angelegt wurden, fast $1^1/_2$ Milliarden, nämlich 1474 Millionen Mark zu Hypothekendarlehen verwandt worden. Während noch 1885 die Hypothekendarlehen der deutschen Hypothekenbanken nur erst 2 Milliarden betrugen, überschritten sie bereits 1895 die fünfte Milliarde und nähern sich jetzt der zehnten. 1908 waren von diesen Banken allein im städtischen Grundbesitz 8970 Millionen angelegt. Indem der Staat an Stelle dieser Hypothekenbanken tritt, macht er die Grundbesitzer sämtlicher Städte des Reiches von sich abhängig; indem er die Sparkassen, Versicherungsgesellschaften usw. verstaatlicht, gelangt er in den Besitz der Pfandscheine, der von den Hypothekenbanken herausgegebenen Kreditbriefe. Der Mietzins, der einen sehr bedeutenden Teil des von uns herausgerechneten persönlichen Konsumbedarfs ausmacht, fließt dann im letzten Grunde dem Staate zu, und vom Staate hängt dann auch die gesamte Bautätigkeit der Städte ab, denn man kann heutzutage wohl ohne Ziegelsteine, aber nicht ohne Hypotheken bauen.

Die Verstaatlichung der Banken bringt, wie schon erwähnt, ganze Industriezweige in den Besitz des Staates. Es ist dies, wie sich das

aus der Untersuchung der industriellen Betätigung der Banken ergibt, vor allem die schwere und große Industrie: der Bergbau, die Eisenhütten, der Schiffsbau, die Elektrizitätsindustrie, die großen Maschinenfabriken, die großen Werke der chemischen Industrie, wie überhaupt die großen Werke aller anderen Branchen der Gewerbetätigkeit. Durch diese Produktionstätigkeit des Staates werden offenbar weitere Zusammenhänge mit der Bauindustrie hergestellt, die auf diese Weise sowohl in ihrer Kapitalbeschaffung wie in den Bauaufträgen und in der Materialbeschaffung vom Staat abhängig wird.

* * *

Es ist interessant, eine numerische Uebersicht über die Menschenmassen zu gewinnen, die, wenn man alles zusammenfaßt, in den wirtschaftlichen Wirkungskreis des Staates und der Kommunen eingezogen werden. Die Unterlagen dazu liefert uns die neueste Gewerbestatistik des Deutschen Reiches nach der Berufszählung von 1907.

Wir rechnen zu dieser Einflußsphäre: den Bergbau, die Industrie der Steine und Erden mit Ausnahme der verschiedenen Verfertigungen von Steinwaren, der Töpferei, Steingut- und Porzellanfabriken und anderen; von Eisen und Stahl die Eisengießerei, die Blech- und Drahtindustrie, die Klempner, die Schlosser; ferner die Maschinenindustrie, mit Ausnahme des Wagenbaues, der Uhrmacher, der Verfertigung von Musik-, mathematischen Instrumenten, Lampen und Beleuchtungsapparaten; dann die chemische Industrie, die Gasanstalten, die Bautischlerei und Holzzurichtung, das Baugewerbe. Dazu kommt noch das Personal der verstaatlichten Verkehrsanstalten, die Beamtenschaft und die Armee.

Der Wirtschaftsbereich des Staates und der Kommunen unter der Voraussetzung der Verstaatlichung der Banken, im Deutschen Reich.

Bergbau	860 903	Erwerbstätige
Industrie der Steine und Erden	602 853	"
Eisen und Stahl	264 803	"
Maschinenindustrie	542 996	"
Schiffsbau	49 842	"
Schußwaffen	21 629	"
Elektrizitätsindustrie	142 171	"
Chemische Großindustrie	45 156	"
Gasanstalten	39 136	"
Bautischlerei und Holzzurichtung	187 598	"
Baugewerbe	859 768	"
Summa	3 616 855	Erwerbstätige

Uebertrag	3 616 855	Erwerbstätige
Staatseisenbahnen*	692 408	"
Post, Telegraphie, Telephon* . .	312 708	"
Armee und Kriegsflotte	651 194	"
Beamtenschaft	390 005	"
Gesamt-Summa	5 663 170	Erwerbstätige

Da die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Industrie 10,8 Millionen beträgt, so bildet die von uns ermittelte Zahl von 3,6 Millionen Erwerbstätigen in der Industrie, die dem Wirtschaftsbereich des Staates, der Kommunen und der Banken angehören, genau ein Drittel des Ganzen. Die 5,7 Millionen, die wir für Gewerbe, Verkehr, Armee, Beamtenschaft festgestellt haben, bilden mit ihren Angehörigen eine Bevölkerung von weit über 10 Millionen Menschen.

Nun dürfte man wohl einwenden, daß die Verstaatlichung der Banken noch keineswegs die aufgezählten Gewerbegruppen in ihrem vollen Umfange umfassen würde. Wir glauben allerdings nicht, daß zum Beispiel vom Bergbau oder von der Elektrizitätsindustrie viel übrig geblieben wäre. Aber selbst abgesehen davon und abgesehen von den Umständen, daß anderseits die Kapitalkonzentration der Banken sich weit über die aufgezählten Gewerbegruppen hinaus ausdehnt, kommt es bei diesen Zahlen, wie bei allen Statistiken, die wir anführen, viel weniger auf ihren augenblicklichen Stand an, der gewiß von Bedeutung ist, als auf die Tendenz, die sie aufdecken, die Entwicklung, die in ihnen zum Ausdruck kommt. Die Zahlen zeigen, daß, wenn wir zu dem bereits bestehenden Wirtschaftskreis des Staates und der Kommunen die von den Banken konzentrierte Industrie hinzufügen, damit ein gewaltiges Wirtschaftssystem geschaffen wird, das dann seine großen Wirkungen nach innen und nach außen im Sinne der inneren Konsolidierung, Konzentration und Erweiterung seines Einflußkreises ausüben muß. Wenn die Banken auch noch nicht die aufgezählten Gewerbegruppen vollständig zusammengefaßt haben, so üben sie doch bereits vermöge der Konzentration, die sie bereits durchgeführt haben, einen maßgebenden Einfluß in diesen Gewerbegruppen, und wenn die Banken sich mit dem Staat und den Kommunen vereinigen, wird der dadurch geschaffene Einfluß überwältigend.

* * *

* Diese Zahlen, da sie in der Gewerbestatistik fehlen, während sie in der Berufsstatistik auf verschiedene Gruppen verteilt sind, sind den amtlichen Angaben im Statistischen Jahrbuch entnommen.

Die Untersuchung der Beziehungen zwischen den Banken und der Industrie zeigt, wie sich die Konzentrationen hüben und drüben gegenseitig fördern, ergänzen, mitbedingen und wie das Ganze, seinen Entwicklungsgesetzen folgend, immer mehr zusammenwächst, zu neuen Kombinationen führt und immer größere Gebiete von außen an sich heranzieht. Auch die Verstaatlichung der Banken wird durch die Wechselbeziehungen zwischen dem Staat, den Banken und der Industrie nicht nur erst ermöglicht, sondern zur Notwendigkeit gemacht. Selbst wenn ihnen ihre Selbständigkeit als Privatunternehmungen gewahrt bleibt, wachsen die Banken mit der Tätigkeit des Staates und seiner Kreditinstitute auf das innigste zusammen; dieser Prozeß aber wird noch viel rascher vor sich gehen, wenn, wozu die gesamte Entwicklung des Geldmarkts drängt, die künstliche Barriere des höheren Diskontosatzes, durch die sich die Staatsbanken von den übrigen Kreditinstituten absondern, fallen gelassen wird. Es handelt sich bei der Verstaatlichung der Banken nicht darum, durch ein Gesetz einen neuen wirtschaftlichen Zustand zu schaffen, sondern darum, den bestehenden wirtschaftlichen Zusammenhängen den entsprechenden rechtlichen Ausdruck zu geben, worauf dann allerdings die Rechtsnorm ihrerseits ordnend und beschleunigend im Entwicklungsprozeß wirken würde. Wir verstehen auch unter einer Verstaatlichung keineswegs das Staatsmonopol, also keineswegs das ausschließliche Recht des Staats, eine bestimmte Geschäftstätigkeit auszuüben, und das Verbot privaten Geschäftsleuten, mit ihm in Konkurrenz zu treten. Wir verlangen nur, daß der Staat die wichtigsten Bankinstitute, die schon jetzt von ihm leben, sich angliedert. Er kann dies, wie die Kartelle, durch den Druck seines wirtschaftlichen Uebergewichts erreichen; es ist aber nicht abzusehen, warum die Sache nicht auf dem Wege der Gesetzgebung geordnet werden sollte. Wenn dann noch Privatbanken übrig bleiben oder neue sich auftun, dann mögen sie es nur versuchen, ob sie neben dem Staat bestehen können. Vom Staat verlangen wir, daß er seine volle wirtschaftliche Macht entfalte, nicht aber daß er sich das Privilegium schaffe, trotz seiner kolossalen wirtschaftlichen Machtmittel rückständig zu bleiben.

* * *

Die wirtschaftlichen Konsequenzen der Bildung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Systems der Banken, des Staates und der Kommunen lassen sich schon jetzt in ihren allgemeinen Umrissen vorausbestimmen.

Wir unterscheiden: die Folgen auf dem Kapitalmarkt und die Folgen in der Produktion.

Sehen wir uns erst die Folgen auf dem Kapitalmarkt an.

Es ist klar, daß jede Schuldverschreibung der verstaatlichten Bank oder Industriegesellschaft zu einer Staatsschuld wird.

Jeder Pfandschein der verstaatlichten Hypothekenbank wird zum Staatsschuldschein, der von da an nicht bloß durch den verpfändeten Grundbesitz und das Kapital der Bank, sondern durch das gesamte Eigentum des Staates gesichert wird.

Jede Kommunalanleihe wird zu einer Staatsschuld.

Jedes Sparkassenbuch wird zu einer Staatsschuld — was übrigens schon daraus sich ergibt, daß die Sparkassen ihr Geld entweder in Hypotheken oder in Staats- und Kommunalanleihen anlegen.

Selbst ohne die im Privatbesitz befindlichen Aktien der in den verstaatlichten Banken konzentrierten Industriegesellschaften aufzukaufen, würde der Staat in diesen Industriegesellschaften denselben maßgebenden Einfluß ausüben, wie die Banken, und einen noch viel größeren: 1. infolge seiner Konzentration des Bankkapitals, 2. durch die Zusammenhänge der Staats- und Kommunalbetriebe mit der Industrie. Der Aktienbesitzer, der, wie bereits früher gezeigt wurde, schon durch die Kartelle und Konsortien zu einem einfachen Rentenbezieher gemacht worden ist, wird es nach der Verstaatlichung der Banken erst recht. Die Aktie wird, im letzten Grunde, zu einer Anweisung auf den Staat, die sich von den anderen Staatsschulden nur dadurch unterscheidet, daß ihre Verzinsung schwankend und unsicher, von der Konjunktur abhängig ist. Das von uns schon früher festgestellte und aus der Entwicklung des Kapitalmarkts abgeleitete, scharf hervortretende Bestreben der Kapitalisten, ihr Geld in festverzinslichen Werten anzulegen,* gewinnt darin einen mächtigen Ansporn, weshalb denn auch die Verstaatlichung der Banken sicher und recht schnell zur Verstaatlichung der von ihnen zusammengefaßten Aktiengesellschaften führt. Selbstverständlich mußte auch der Staat dafür sorgen, diesen Uebergang zu fördern und ihm die entsprechende rechtliche Form zu verleihen.

Der Unterschied in der Verzinsung verschiedener Börsenwerte des gleichen Wirtschaftsgebiets hat hauptsächlich in dem Unterschied der dargebotenen Sicherheit seinen Grund. Darum muß die von uns gekennzeichnete Ueberführung der verschiedenen Börsenwerte auf den Staat, ihre Verwandlung in eine Staatsschuld diese Unterschiede aufheben und eine gleiche allgemeine Verzinsung schaffen. Der Staat zahlt aber, da er die größte Sicherheit bietet, den geringsten Zinsfuß.

Also, alle Kapitalverpflichtungen der Privatgesellschaften verwandeln sich in die eine Form der Staatsschuld, und für diese Staatsschuld ist

* Was selbstverständlich nicht ausschließt, daß mit jeder steigenden Konjunktur sich eine umgekehrte Bewegung in das Spekulationsgebiet der Industrie einstellt, worauf dann, nachdem die Schäflein geschoren wurden, eine umso stärkere Flucht zu den „festen Werten“ eintritt.

ein geringerer Zinsfuß zu entrichten, als die Darlehens-, Pfandscheinzinsen und Aktiendividenden der Privatgesellschaften betrugen.

Zugleich tritt eine Vereinfachung des Kapitalverkehrs ein. Die verschiedenen Privatgesellschaften stehen in einem ausgedehnten Kreditverkehr, sie ziehen Wechsel auf einander und lassen sie von den Banken diskontieren. Es sind das zahllose verworrene Transaktionen, bei denen jeder durch das Diskonto ein Bröckelchen des in den einzelnen Unternehmungen zu erwartenden Profits abgeschabt wird, um als goldener Niederschlag in der Kasse der Bank zu verbleiben. Das Wesentliche des Vorganges ist aber, daß eine Privatschuldverschreibung durch Banknoten, also eine allgemein gültige Schuldverschreibung ersetzt wird.* Eine große Zahl dieser mit Zinsverlust verbundenen Kapitalbewegungen wird, wenn die Banken, die Eisenbahnen und die oben angeführten Industriezweige zu einem einheitlichen Wirtschaftssystem zusammengefaßt werden, erspart beziehungsweise durch Eintragungen in den Geschäftsbüchern erledigt. Außerdem ist dieses große Produktions-, Verkehrs- und Finanzsystem sein eigener Bankier, seine Zahlungsanweisungen haben allgemeine Gültigkeit, es handhabt also selbst die Notenpresse, und es heimst die Diskontozinsen und Versicherungsprämien auch dann ein, wenn es damit die Rechnungen der einzelnen Unternehmungen belastet.

Geringerer Zinsfuß und weniger Zinsen — letzteres, weil mit der Ausschaltung der trennenden Schranken des Privatbesitzes die Kapitaltransaktionen sich vereinfachen — das wären also die Ergebnisse auf dem Kapitalmarkt.

Wenn wir uns den Folgen in der Produktion zuwenden, so drängt sich uns von selbst die Vermutung auf, daß bei einer solchen umfassenden Konzentration der wichtigsten Industriezweige und der Verkehrsmittel große Ersparnisse durch Vervollkommnung der Technik, Regelung der Produktion, Organisation des Absatzes zu erzielen wären. Da dies in der kapitalistischen Konkurrenz ausschlaggebende Momente sind, wollen wir ihnen eine gesonderte Betrachtung widmen.

---

* Meistens geht freilich der Wechsel durch mehrere Hände. Dann ersetzt er selbst durch seinen Umlauf die Banknote.

Die Vorteile der Produktionszusammenfassungen

Die sozialen Zusammenhänge der Industrie — Zeugnisse der kapitalistischen Sachverständigen — Verkürzung des Produktionsprozesses — Massenproduktion — Kontinuität des Betriebes — Die Frachtenfrage — Die Preisfrage — Die Amalgamierung des englischen Schiffbaues — Das Hinübergreifen auf die Kommunalbetriebe und den Staat

---

Die Ueberlegenheit der modernen großen Produktionszusammenfassungen über die sogenannten „reinen Werke" wurde mit der Ueberlegenheit der Fabrik über die Hausindustrie verglichen.* Der Vergleich ist sehr drastisch, bietet aber wenig Berührungspunkte. Will man nach Analogien mit der Vergangenheit suchen, so wird man auf die Zeit zurückgreifen müssen, da die Manufaktur das Handwerk verdrängt hatte. Die Manufaktur siegte durch Zusammenfassung und Zerlegung des Arbeitsprozesses. Da im Mittelpunkt des Produktionsprozesses damals der Arbeiter stand, so war das zugleich ein Zusammenwirken vieler Arbeiter bei einer Arbeit einerseits und Verteilung der Arbeit unter verschiedene Arbeiter, die sich auf irgend eine einzelne Verrichtung spezialisierten, anderseits. Deshalb die große Rolle, die noch bei Ad. Smith die Kooperation und Arbeitsteilung spielen. Die Maschine hat mit dem Arbeiter auch diese Unterschiede in den Hintergrund treten lassen. Das 19. Jahrhundert war das Zeitalter der Fabriken. Nunmehr stehen wir mitten in einer neuen Revolution der Industrie, die ebenfalls durch Zusammenfassung und Zerlegung des Produktionsprozesses charakterisiert wird, aber ihren Ausgangspunkt bildet nicht mehr der einzelne Arbeitsprozeß, sondern der Industriezweig, wie er sich jetzt als Vielheit von Unternehmungen und Arbeitsprozessen repräsentiert, und ihre Basis ist durch die gesellschaftliche Produktion in den Landesgrenzen des modernen Staates und darüber hinaus durch die Weltproduktion gegeben. Diese großen Produktionskombinationen, die nicht mehr von den Mauern der einzelnen Fabrik begrenzt sind und höchstens nur noch politische Schranken ihrer Ausdehnung kennen, schöpfen ihre Kraft nicht nur aus ihrer betriebstechnischen Ueberlegenheit, sondern aus dem Verkehr und den sozialen Zusammenhängen der Produktion — aus der Entwick-

---

* Professor R. Liefmann, Kartellenquete Band IV, Seite 260.

lung und Konzentration des Massenkonsums, der Möglichkeit eines raschen, sicheren, regelmäßigen Rohstoffbezugs und Warenversands aus und nach den entferntesten Gegenden. Ihnen gegenüber kann das einzelne Werk, und wenn auch Millionen dahinter stecken, ebensowenig bestehen, wie seinerzeit das Handwerk gegenüber der Manufaktur.

* * *

Die „Kontradiktorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle“ bieten uns ein ziemliches Material zur Aufklärung darüber, woher die Ueberlegenheit der in den Kartellen und Syndikaten zusammengefaßten „gemischten Werke“ über die anderen herrühre — Momente, die bei einer staatlichen Zusammenfassung der Produktion sich erst recht geltend machen müßten. Wir stellen dieses Material für den Bergbau und die Eisenindustrie seinem Hauptinhalte nach zusammen.

Aussage 1. Fabrikbesitzer Springmann-Hagen: „Die gemischten Werke haben die Möglichkeit der Ausnutzung der Hochofengase, wodurch sie in der Lage sind, das Werk billig zu betreiben. Wie ist es bei uns? Die reinen Walzwerke betreiben zumeist noch Puddelöfen, wir haben zum Beispiel noch 9 Puddelöfen in Betrieb. Hinter jedem Puddelofen haben wir einen Dampfkessel und die Abgase liefern uns den Dampf, mit dem wir die Walzenstraßen betreiben.

Was die Fracht betrifft, so wird dieselbe generell 1,— bis 1,50 Mark betragen. Meine Firma kauft mit Fracht ab Dortmund und hat 1,40 Mark Fracht zu zahlen. Anderseits legen die großen Stahlwerke den Hauptwert darauf, große Mengen zu walzen und deshalb verkaufen sie diese an den Großhandel, um hintereinander große Mengen fortwalzen zu können.“

Aussage 2. Kaufmann Klöckner-Duisburg: „Ich spreche zunächst nur von Rheinland und Westfalen. Dort haben wir gemischte Werke, die dem Stahlwerksverband angehören und das gesamte Roheisen, das sie in ihren Thomaswerken verarbeiten, kaufen müssen; die Mehrzahl bilden aber die gemischten Werke, die Hochöfen besitzen und das Roheisen, das andere Werke mit einem Nutzen den abgebenden Werken abnehmen müssen, direkt flüssig haben, worin allein ein Vorteil von 4,— Mark für die Tonne liegt.

— —

Nehmen Sie ein reines Walzwerk, das eine Produktion von vielleicht 30 000 Tonnen hat (das ist nach meiner Erfahrung immerhin schon ein recht großer Betrieb für ein reines Walzwerk), dann werden Sie, wenn Sie die Generalunkosten dieses Werkes berechnen, darauf kommen, daß das Werk hierfür vielleicht 75 000 Mark oder etwa 2,50 Mark für die Tonne auszugeben hat. Im Vergleich hierzu hat ein gemischtes Werk (ich will gar nicht von den größten Werken sprechen, die 700—800 000 Tonnen herstellen, sondern ein Werk annehmen, das nur 100 000 Tonnen macht), wenn Sie annehmen, daß dasselbe seine Produktion mit denselben Generalunkosten unterbringen kann, was sicher ist, nur 0,75 Mark für die Tonne Generalunkosten oder mit anderen Worten, dasselbe wird die 2,50 Mark, die das reine Werk ausgeben muß abzüglich 0,75 Mark eigene Unkosten, also 1,75 Mark für die

Tonne, verdienen oder bei 100 000 Tonnen 175 000 Mark verdienen, wenn das reine Werk noch keinen Nutzen macht. Große Unterschiede liegen selbstverständlich in den Frachten, die von den reinen Walzwerken getragen werden müssen und bei den gemischten Werken nach der Natur der Verhältnisse nicht vorhanden sind, und selbstverständlich auch schon allein durch die Verschiedenheit in den Produktionen und in den Selbstkosten. — — — —

Ich habe bei meinen Erörterungen ganz Abstand davon genommen, darauf hinzuweisen, daß die gemischten Werke die Gase der Hochöfen zur Verfügung haben und mit diesen Gasen, die ihnen nichts kosten als die Anlage der Gasgebläse und Gaskraftmaschinen, ihre Walzenstraßen betreiben, während die reinen Walzwerke, wenn sie auswalzen, Kohlen kaufen und dafür allein etwa 1,10 Mark für die Tonne bezahlen müssen."

Aussage 3. Direktor Müller-Neunkirchen: „Daß diejenigen Werke, die eigene Hochöfen, eigene Erze und eigene Kohlen zur Verfügung haben, imstande sind, mit den Hochofengasen, die sie in Elektrizität umwandeln können, ihre Walzenstraßen anzutreiben, und daß sie infolgedessen immer vorteilhafter arbeiten als diejenigen Werke, die gezwungen sind, das Halbzeug zu kaufen, liegt auf der Hand. Dabei spielt übrigens auch eine große Rolle die Frachtfrage. Die gemischten Werke, denen Halbzeug zur Verfügung steht, brauchen auf dieses Halbzeug gar keine Fracht zu zahlen, diejenigen Werke aber, die das Halbzeug kaufen müssen, sind gezwungen, wenn auch unter Umständen nur einen kleinen Teil, so doch immerhin Frachten zu bezahlen, die, wie Herr Springmann eben richtig andeutete, in den meisten Fällen 1 bis 2 Mark pro Tonne betragen. Nun, meine Herren, bei der außerordentlich scharfen Kalkulation, wie sie heutzutage vorgenommen werden muß, ist ein Unterschied von 2 Mark pro Tonne in den Selbstkosten schon außerordentlich bedeutend. Dazu kommt, daß die Fracht in einzelnen Fällen ja noch bedeutend höher ist. Die süddeutschen Werke an der Saar und in Lothringen schicken von dort aus Knüppel und Halbzeug zum Auswalzen nach Westfalen."

Aussage 4. Kommerzienrat Kantorowicz-Posen: „Die großen Werke, die ihre eigenen Kohlen haben und die aus ihrem eigenen Roheisen das Halbzeug und Fertigfabrikat machen, sind technisch und in den Preisen namentlich den Werken überlegen, die die Knüppel zu den Preisen kaufen müssen, die der Verband festsetzt, und den Walzdraht zu den Preisen kaufen müssen, die der Walzdrahtverband diktiert, und dann aus dem Walzdraht gezogenen Draht machen."

Aussage 5. Fabrikbesitzer Röchling-Völklingen a. d. S.: „Jeder, der im Betrieb steht, wird wissen, daß, wenn in einem Monat der Betrieb aus irgend einem Grunde schwächer geht, die Selbstkosten ganz außerordentlich viel höher sind, wie in dem vorhergehenden stärkeren Betriebsmonat. Es hängt das damit zusammen, daß in einem Stahlwerk fast durchweg maschineller Betrieb eingerichtet ist, und daß man ebensoviel Leute braucht für kleinere wie für größere Produktion. Bei einer Verminderung der Produktion werden unter allen Umständen die Selbstkosten steigen."

* * *

Versucht man, diese Erfahrungssätze der Praktiker der Industrie theoretisch zusammenzufassen, so erhält man folgende Momente:

1. Verkürzung des Produktionsprozesses durch Zusammenfassung der Produktion. Die gemischten Werke lassen das Roheisen nicht erst erkalten und verarbeiten es gleich zu Halbzeug. Das Irrationelle lag offenbar an dem früheren Zustand: wozu das Roheisen erst erkalten lassen, wenn es in diesem Zustande keine Verwendung finden kann und erst von neuem in eine große Glut versetzt werden muß, um weiter verarbeitet zu werden? Der Produktionsprozeß mußte unterbrochen werden, damit die reinen Walzwerke eine Produktionsmöglichkeit erhalten. Aber so unvernünftig das erscheint, wenn man die Produktion in ihren sozialen Zusammenhängen erfaßt, so sehr ist es das rechtmäßige Produkt der kapitalistischen Entwicklung mit ihrer Warenproduktion und der auf dem Privateigentum beruhenden Unternehmung. So ist die gesamte Industrie in Stücke gerissen, und der Markt ist voll von halbfertigen Erzeugnissen, die erst ihren Herrn suchen müssen, um den Produktionsprozeß fortsetzen zu können. Solange noch der Kapitalbesitz zersplittert war und die schon früher erwähnten sozialen Vorbedingungen der Verkehrsmittel und des konzentrierten Massenverbrauchs — zu dem, übrigens, in erster Linie der öffentliche Bedarf des Staates und der Großstädte gehört — noch nicht genug entwickelt waren, mußte der Produktionsprozeß, weil er von Privateigentümern betrieben wurde, zerrissen bleiben; und da alle kapitalistischen Unternehmungen unter den annähernd gleichen irrationellen Bedingungen arbeiteten, kam diese Irrationalität in der Konkurrenz sehr wenig zum Ausdruck. Nunmehr bringt das konzentrierte Kapital mit seinem größeren Umfang auch größere Produktionszusammenhänge zum Ausdruck und schlägt damit die Konkurrenz. Es ist dies jedoch eine Formel der Entwicklung, bei der es sehr auf die Quantität ankommt. Eisenhütten und Walzwerke gehören zusammen. Wenn aber der Besitzer einer Eisenhütte dazu übergehen wollte, ein Walzwerk zu errichten, müßte er mit gar verschiedenen Momenten rechnen. Erstens mit der großen einmaligen Kapitalanlage; zweitens damit, ob seine Eisenerzeugung ausreichen würde, um das Walzwerk zu beschäftigen, denn sonst, wenn er das Roheisen kaufen müßte, würde er ja in die prekäre Lage der reinen Walzwerke geraten; drittens mit dem Bezug von Koks und Kohle; obendrein wird diese Rechnung noch kompliziert dadurch, daß die Errichtung eines Walzwerkes mit seinen gewaltigen Bauten und maschinellen Vorrichtungen Jahre in Anspruch nimmt und während dieser Zeit die Geschäftskonjunktur, die vielleicht den Wunsch nach der Errichtung eines eigenen Walzwerkes hat entstehen lassen, umschlagen kann. Die Zusammenhänge bleiben offenbar die gleichen, wenn, umgekehrt, ein Walzwerk Eisenhütten errichten will. Darum sind die Rat-

schläge, die die „gemischten Werke“ den reinen Walzwerken wiederholt gaben, ihrerseits Eisenhütten und Kohlenzechen sich anzuschaffen, von diesen als Hohn aufgefaßt worden, während die Pläne der Siegerländer Kleineisenindustriellen, ein eigenes Stahlwerk anzulegen — erfordert nach Mitteilungen in der Kartellenquete 50 Millionen Mark — auf dem Papier geblieben sind. Die „gemischten Werke“ sind keineswegs langsam herangewachsen, wie etwa ein Korallenriff, sondern, nachdem die Entwicklung an verschiedenen Stellen, bei den Stahlwerken, den Eisenwerken, den Kohlenzechen herangereift war, kam es hie und da zu Zusammenschlüssen bezw. zum Anschluß der kleineren an die großen, und die dadurch entstandenen neuen Kombinationen bewirken jetzt durch ihre große Kraftentfaltung eine Revolution sämtlicher Verhältnisse. Man begreift leicht, warum die gemischten Werke, einmal entstanden, ihr Uebergewicht behalten, aber auch, weshalb sie an den Kartellen und Syndikaten interessiert sind: diese schaffen eine neue soziale Einheit der Produktion, die noch über den Wirkungskreis des in dem einzelnen Werke konzentrierten Kapitals weit hinausgeht. Inwiefern die Kartelle die gesellschaftliche Produktion regeln, ist eine Frage für sich; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sie durch Bindung der Produktionsmenge, Sammlung und Verteilung der Aufträge den großen Werken in ihrer Mitte die Möglichkeit von Produktionsregelungen und Produktionszusammenfassungen geben, die sonst kaum zu erreichen wären. In dem großen Wirtschaftssystem des Staates, der Kommunen und der Banken wird das offenbar erst recht der Fall sein.

* * *

2. Massenproduktion einzelner Artikel, die große Spezialvorrichtungen erfordern, und die Zusammenfassung dieser Produktion. Das ist die in den Auseinandersetzungen zwischen den Eisenintereſſenten oft wiederkehrende Frage der Walzenstraßen. Das kleinere Werk kann selbst sonst lohnende Aufträge nicht übernehmen, weil seine wenigen Walzenstraßen für das geforderte Ausmaß nicht reichen; neue Walzenstraßen anlegen aber erfordert viel Zeit und vor allem eine Kapitalanlage, die sich nur rentieren würde bei vielen und fortlaufenden Aufträgen, die ihre anhaltende Ausnützung ermöglichen. Da nun die großen Werke mit vielen verschiedenen Walzenstraßen versehen sind, so haben sie das Monopol gewisser Aufträge beziehungsweise sie können viele verschiedene Aufträge aufnehmen, während die anderen auf einzelne große Bestellungen angewiesen sind. Dadurch gelangen die großen Werke zur Durchführung eines Walzprogramms, das die Herstellungskosten aller Produkte verringert. Auch hier also das Zusammenwirken der Produktion auf größerer Stufenleiter mit der Konzentration der Aufträge, woraus sich wieder

das Interesse der großen Werke an den Kartellen klar ergibt. Anderseits ergibt sich daraus wiederum, daß der Staat schon dadurch, daß er den Bedarf zusammenfassen wird, große Produktionsersparnisse erreichen würde.

Die große Erweiterung der Stahlwerke geschah übrigens schon jetzt hauptsächlich durch Unterstützung seitens des Staates. Wir erinnern an die großen Flottenbauprogramme, die notwendig wurden, um die mit dem Bau der neuen Panzerschiffe verbundenen großen Betriebserweiterungen zu bezahlen.

3. Vollkommenere Ausnützung der Energien. Das ist ja das Endergebnis auch der bereits erörterten Momente; allein diese vollkommenere Ausnützung kann auch dann stattfinden, wenn dabei keine Verkürzung des Produktionsprozesses oder dessen neue Regelung stattfindet. Hierher gehört zum Beispiel die Verwandlung der Hochofengase in Elektrizität.

* * *

4. Die größere Kontinuität des Betriebes. Das war vielleicht sogar das wirksamste Moment, das zu der Entwicklung der gemischten Werke führte. Wenn nämlich bei den Eisenhütten sich das Roheisen aufstapelte, suchten diese das Eisen weiter zu verarbeiten, um die Produktion ihrer Hochöfen nicht einschränken zu müssen. Die damit verbundenen großen neuen Betriebsanlagen erforderten dann wiederum die Erweiterung der Hochofenproduktion, den Erwerb von Kohlenzechen usw. Die Kontinuität wird erreicht, erzeugt aber selbst offenbar erst recht einen Drang nach Aufträgen. Je größer das Werk, desto größer ist deshalb sein Ausdehnungsbedürfnis.

Die großen gemischten Werke greifen jetzt bis tief in das Gebiet der Kleineisenindustrie hinein. Darüber ergaben die Verhandlungen über die Stahlwerksverbände schon im Juni 1905 geradezu blutige Zeugnisse, und die Verhandlungen von 1909, die geheimgehalten werden, dürften erst recht drastische Tatsachen zum Ausdrucke gebracht haben. Wir wollen hier bloß zur Illustration die Aussage des Herrn Handelskammersekretär Gerstein, Hagen i. W. anführen. Herr Gerstein erklärte: „Es gibt doch eine Menge von Werken, die die Weiterverarbeitung aufgenommen und dadurch die eigentliche Kleinindustrie teilweise zum Erliegen gebracht haben. Die großen Werke sind augenblicklich, nachdem einzelne von ihnen den Drahtstift-Verband gesprengt, im Begriffe, die kleinen Werke, die früher diese Industrie betrieben haben, vollständig aus dem Geschäft herauszubringen und zu ruinieren. Ich nenne zum Beispiel die Drahtzieherei. Die

meisten der anwesenden Herren werden ja wissen, daß in Westfalen früher die Drahtindustrie vollständig in kleinen Händen gewesen ist; wir hatten im Altenaer Bezirke eine unendlich große Zahl von kleinen Drahtziehereien und kleinen Drahtstiftfabriken. Diese sind allmählich durch die großen Werke überflügelt worden. Aber sie konnten — wir haben das auch bei früheren Verhandlungen anerkannt —, solange die Großindustrie ihre Macht nicht vollständig aufwandte, um die Kleinen ganz totzumachen, sehr wohl existieren. Wenn jetzt die Firma Gebrüder Stumm den bestehenden Drahtstiftverband unmöglich gemacht hat und wenn dadurch nur die übrigen ganz großen Werke in die Möglichkeit versetzt sind, einen ähnlichen Verband fortzusetzen, ohne daß die kleinen wieder aufgenommen werden, dann müssen wir eben diesen gemischten Werken den Vorwurf machen — wir können ihnen denselben nicht ersparen —, daß sie die Kleinindustrie vollständig ausrotten. Die Großindustrie rechnet mit ganz anderen Rohmaterialpreisen als die kleinen Werke es können. Aehnliche Verhältnisse haben wir auch noch in einer ganzen Reihe anderer Industriezweige; wir haben große Werke, die auch die Schraubenfabrikation eingerichtet oder sich solche Betriebe angegliedert haben und jetzt bezüglich ihrer Rohmaterialien mit den Verhältnissen der Großindustrie gegenüber denen der Kleinindustrie rechnen können. Auch die Brückenbauanstalten sind hier zu erwähnen. Herr Baurat Dr. Rieppel hat erzählt, daß auch die Brückenbauindustrie in gleichem Maße unter der Konkurrenz der großen Stahlwerke leide, die das ganze Brückenbaumaterial billiger als die Fertigindustrie kalkulieren kann und gleichzeitig den Frachtunterschied zwischen den Werken, die in Süddeutschland liegen, gegenüber denjenigen, die in Norddeutschland liegen, wo sie das Material näher beziehen können, ausnutzen. Die Waggonfabriken sind in derselben Lage. Die größte Zahl der Waggonfabriken ist auf den Bezug der Materialien angewiesen, während die Dortmunder Union, der Bochumer Verein und die Königs- und Laurahütte diese selbst anfertigen. Ebenso verhält es sich mit der Trag- und Spiralfederfabrikation; Krupp, Bochum usw. treten auch da mit der Fertigwarenindustrie in Wettbewerb. Ich glaube, die Herren sind sich sehr wohl bewußt, daß die Macht, die sie durch die Fabrikation des ganzen Materials haben, sie in die Lage versetzt, ihre Konkurrenz zu bekämpfen, und sie tun das auch, soweit sie es können. Es ist mir ein Beispiel bekannt geworden, daß für Trag- und Spiralfedern ein neues Werk entstanden ist, ein reines Werk, das den gewalzten Stahl kauft; dieses Werk hat sich, nachdem es in das Geschäft hineingekommen ist, gemeldet, um sich mit den gemischten Werken zu verständigen. Das ist aber einfach abgelehnt worden. (Zuruf: Das ist doch nicht der Stahlwerksverband!) Es ist, allerdings nicht der Stahlwerksverband, aber es ergibt sich daraus, wie

weit die technischen Fortschritte den Stahlwerken es ermöglichen, die andere Industrie zu unterdrücken."

5. Ersparnis an Generalunkosten. Dieser Punkt bedarf keiner besonderen Erörterung.

* * *

6. Vermeidung unnützer Transporte. Es wird dadurch eine Verkürzung des Produktionsprozesses erreicht, ein geringerer Verbrauch von Energien und menschlichen Arbeitsleistungen. Nun kommt aber noch als sehr wesentliches Moment hinzu, daß diese Ersparnisse — und das ist ein Spezifikum der auf dem Privateigentume beruhenden Warenproduktion — in der Betriebsrechnung als Frachtersparnis erscheinen. Die Fracht enthält mehr als die Entschädigung für die stattgefundene Leistung, sie hängt von dem Frachttarif ab, bei dem bekanntlich, wenn es sich um Staatseisenbahnen handelt, auch fiskalische Momente mitspielen. Die Frachtersparnis ist deshalb ein ganz wichtiges Moment der Ueberlegenheit der gemischten Werke über die anderen.

Wir müssen es uns an dieser Stelle versagen, den ungemein lehrreichen Streit um die sogenannte „Frachtbasis", den die Kartellverhandlungen zutage gefördert haben, zu erörtern. Nur das eine Moment sei hier erwähnt, daß die Unterschiede der Frachten sich aus dem Unterschiede der Standorte der Industrie, das heißt der geographischen Lage der Produktionsstätten ergeben. Diese ist in vielen Fällen sehr unzweckmäßig gewählt worden, was ebenfalls auf die Rechnung der kapitalistischen Entwicklung der Industrie zu setzen ist. Diese hatte bekanntlich im 19. Jahrhundert die Maschine und die Eisenbahn zum Ausgangspunkt. Die Ueberlegenheit der Maschine in der Konkurrenz mit den früheren Produktionsarten war so groß, daß demgegenüber die natürlichen Unterschiede der Produktionsbedingungen in den Hintergrund traten. Man durfte es sich erlauben, das Rohmaterial von weither kommen zu lassen, um es an einer Stelle zu verarbeiten, die recht weit von dem Absatzmarkt entfernt war. Die Maschine, die Eisenbahn, die billige, ungelernte Arbeitskraft deckten alles.* Nunmehr aber, nachdem das konzentrierte Kapital die Technik überall im Lande auf die gleiche große Höhe gebracht und die Konkurrenz ungemein verschärft hat, jetzt treten die natürlichen Bedingungen der Produktion, unter

* „Der Ursprung vieler jetzt noch bestehender Werke reicht weit ins vorige Jahrhundert, zum Teil bis in den Anfang desselben zurück. Damals richteten die Begründer solcher Werke sich nicht so sehr nach der geographischen Lage wie heute, sie bestimmten die Lage der Werke manchmal nach reinen Zufälligkeiten, und wir haben beobachten müssen, daß diejenigen Werke, die aus diesen Zufälligkeiten heraus, aus Erwägungen, die wir heute gar nicht mehr verstehen, an Orte hingelegt wurden, die sich später geographisch bei

denen die geographiſche Lage gegenüber dem Rohſtoffbezug und gegenüber der Konſumtionsſtätte eine gewichtige Rolle ſpielt, ganz eminent in den Vordergrund. Ob Waſſerſtraße oder Landverkehr, ob die Rohſtoffe an Ort und Stelle verarbeitet werden oder aus der Ferne bezogen, in die Ferne geſandt werden müſſen, ob das fertige Fabrikat in einem mehr oder weniger weiten Umkreiſe von ſeinem Produktionsplatz verkauft wird, das ſind heutzutage Fragen, die nicht nur in dem einzelnen Lande den einen Werken ein Uebergewicht über die anderen verleihen, ſondern zu großen Verſchiebungen der Weltproduktion führen.

Je größer das Wirtſchaftsgebiet iſt, das unter einer einheitlichen Leitung zuſammengefaßt wird, deſto größer iſt offenbar die Möglichkeit, durch zweckmäßige Verteilung der Produktion auf die einzelnen Produktionsſtätten und Berückſichtigung der geographiſchen Lage bei Produktionserweiterungen Frachten zu vermeiden. Schon die Kartelle haben nach dieſer Richtung hin bedeutendes geleiſtet; es ſteht ihnen aber dabei vor allem das gewichtige Moment im Wege, das in Deutſchland die Eiſenbahnen ſich ihrem unmittelbaren Einfluß entziehen. Das von uns projektierte Wirtſchaftsſyſtem, das eine noch größere Zuſammenfaſſung des Bedarfs und der Produktion darſtellt und außerdem über die Verkehrsmittel des Landes verfügt, wird offenbar in der Frage der Frachterſparnis Chancen entwickeln, die alles Bisherige weit in den Schatten ſtellen müſſen.

Das Uebergewicht der großen Werke über die kleinen findet ſeinen letzten Ausdruck in dem Preisunterſchied. Die kapitaliſtiſche Warenpreisſkala iſt aber ebenſo mannigfaltig und zerriſſen, wie die kapitaliſtiſche Produktion. Vom Rohſtoff bis zum Fertigfabrikat eine lange Reihe von ſelbſtändigen Waren, von denen jede ihren eigenen Preis hat. Der Fabrikant des Fertigprodukts findet nun den Preis der Rohſtoffe und Halbfabrikate, die er verwendet, als gegeben vor; ſeine kaufmänniſche Kalkulation bezieht ſich nur auf ſeine eigene Fabrikation. Er mag aber noch ſo genau rechnen, er wird doch von den „gemiſchten Werken“ geſchlagen. Das macht ihn ſtutzig. Er vergleicht ſeine Fabrikationsmethoden mit den anderen und findet ſie gleichwertig. So erklärte zum Beiſpiel Herr Baurat Dr. Rieppel-Nürnberg bei den Verhandlungen über den Stahlwerksverband: „Ich möchte bezüglich der Konſtruktions-

---

der Entwicklung des Verkehrs als ſehr günſtig gelegen erwieſen haben, ſich in ſtarkem Maße entwickelten, daß diejenigen Werke, die an den Strömen liegen, die die billigen Frachten haben, ſich ſtark entwickelten, ebenſo diejenigen, die dicht bei Kohlen oder auf den Erzen lagen, während die anderen, die an einem abgelegenen Ort mit ungünſtigen Frachten lagen, ſich nicht entwickeln konnten.“ Ausſage des Direktors Schaltenbrand vom Rhein. Weſtf. Stahlwerksverband. K. E. IV, Seite 312.

werkstätten, der Waggonfabriken usw. mitteilen, daß eine technische Ueberlegenheit bei jenen Werken, die den Betrieb mit einem Walzwerk verbunden haben, keineswegs vorhanden ist. Soweit reine Maschinenfabriken, Konstruktionswerkstätten, Waggonfabriken usw. in Betracht kommen, werden sie jedenfalls mit den großen gemischten Werken konkurrieren können, wenn ihnen das Eisen zum gleichen Preise zur Verfügung gestellt wird, wie ihn sich die gemischten Werke für eine rentierende Fertigbearbeitung anrechnen."

Die Tatsache bleibt aber bestehen, daß die Fertigwarenfabrikanten von den Stahlwerken im Preise unterboten werden. „Schwindel! — erklären die Fertigwarenproduzenten — die ‚gemischten Werke' berechnen ihnen das Halbzeug zu einem bestimmten Preise, sich selber aber berechnen sie es bei der Weiterverarbeitung zu einem geringeren Satz. Es werde mit zweierlei Maß gemessen. Den Stahlwerken diene die Fertigfabrikation bloß als Mittel, ihr Halbzeug loszuwerden. Das sei gemein!" — „Wie kommt ihr dazu — antworten ihnen darauf die großen Stahlwerke — von uns zu verlangen, daß wir euch das Halbzeug zum Selbstkostenpreis abgeben? Wir werden doch nicht unsere eigenen Werke ruinieren wollen, und könnten dadurch nicht einmal die eurigen vor dem Ruin retten!" Es entspann sich auf dieser Grundlage wiederholt eine äußerst ergötzliche Debatte bei den Kartellverhandlungen, die zum Verständnis der Preispolitik der Kartelle von großer Bedeutung ist, uns hier aber nicht weiter zu interessieren braucht. Wir wissen ja bereits, wie hier die Dinge zusammenhängen: die Fertigfabrikanten werden geschlagen nicht durch die technische Ueberlegenheit der „gemischten Werke" bei der Fertigfabrikation, sondern weil diese *eine Produktionszusammenfassung auf einer größeren Stufenleiter* darstellen. Es stehen gegeneinander auf der einen Seite der Kapitalist mit seiner Kalkulation innerhalb der kapitalistischen Konkurrenz — auf der anderen *die sozialen Zusammenhänge* der Produktion, die die Konkurrenz ausschließen. Der Kapitalist, der das Unglück hat, Fertigfabrikant zu sein, fällt als Opfer des Privateigentums, das durch die kapitalistische Entwicklung zu seiner Aufhebung geführt wird. Er ist nicht das erste und nicht das letzte Opfer dieser Entwicklung.

Wir brauchen kaum weiter auseinanderzusetzen, daß auch die „gemischten Werke", diese gegenwärtigen Polypen der Industrie, vor dem Industriesystem des Staats ebensowenig würden bestehen können, wie in diesem Moment die Kleineisenindustrie vor ihnen.

* * *

Die Verhältnisse in der Eisenindustrie sind nur ein besonders hervorragendes Beispiel der Zustände, wie sie gegenwärtig in der Industrie überhaupt herrschen. Wir hatten im 19. Jahrhundert eine doppelte

Entwicklung: Die steigende Konzentration der Produktion und die Entwicklung eines konzentrierten Massenverbrauches. Nun sind wir in die Periode der großen Wechselwirkungen beider Konzentrationen, der Produktion und des Bedarfs, aufeinander gelangt. Das eröffnet den weitesten Spielraum für die zielbewußte organisatorische Tätigkeit der Gesellschaft, das heißt für den Sozialismus. Bis dahin aber haben wir wachsende kapitalistische Zusammenfassungen, die, von der schmalen Basis des Privateigentums ausgehend, ungeheure Dimensionen annehmen und doch das Problem, die gesellschaftliche Produktion und den gesellschaftlichen Bedarf in Einklang miteinander zu setzen, nicht lösen können, dieses vielmehr verschärfen.

Von den Produktionsvorteilen, die in dem modernen Schiffbau aus den Zusammenfassungen — wobei es sich nicht mehr um einzelne Werke, sondern um die Verschmelzung eines ganzen Industriezweiges handelt — sich ergeben, entwarf der englische Schiffbauindustrielle Christopher Furneß eine geradezu klassische Darstellung, die wir hier in ihren wichtigsten Stücken wiedergeben (nach Dr. H. Levy, Monopole, Kartelle und Truste):

„Erfahrung hat gezeigt, daß der höchste Erfolg in der Industrie nur bei spezialisierter Massenproduktion unter sachkundiger Leitung erzielt wird. Die Herstellung von Schiffsmaschinen und die vielen Einzelheiten, die damit verknüpft sind, verlangen so viele gesonderte Zweigproduktionen, daß eine spezialisierte Massenherstellung unter konzentrierter Leitung für den einzelnen Maschinenbauer nicht denkbar ist. Aber bei einem Amalgamationsprojekt wird die ganze Stellung derselben vereinfacht. Es haben zum Beispiel die Firmen, die dieses Projekt erwägen, während der letzten sieben Jahre für 1206 Dampfschiffe, die zusammen 2 150 000 Pferdekräfte repräsentierten, die vollkommene Maschinenausrüstung geliefert. Die Einzelheiten allein, die die Produktion von 172 Maschinenreihen jährlich nötig macht, sind enorm, würden sie aber standardisiert und unter moderner Organisation hergestellt, so würden Gewinne zu erzielen sein, die heute einfach unmöglich sind.

Im Hinblick auf die fortschrittliche Natur nicht nur der Herstellung von Schiffs- und anderen Maschinen, sondern auch der Zeichnung derselben muß jeder einzelne Fabrikant bedeutende Betriebsausgaben vorsehen, um mit der Zeit Schritt zu halten. Ein anderes Beispiel: Seitdem unsere Gesellschaft vor sieben Jahren gegründet worden ist, haben wir 133 000 Pfd. Sterl. in neuer Maschinerie und in Gebäuden ausgegeben, außerdem 140 000 Pfd. Sterl., ungefähr, um unsere drei Werke auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten. In diesen Ausgaben sind nicht eingerechnet die Kosten unserer Turbinenwerke, die eigentlich unabhängig sind und für uns ein ganz neues Geschäft darstellen und eine Anlage von 50 000 Pfd. Sterl. erfordert haben. Wir stehen freilich in diesen

Ausgaben nicht allein da; alle Firmen erkennen sie für ihre Existenz als nötig an, und angesichts des immer stärker werdenden industriellen Wettbewerbes werden sie zweifellos in Zukunft noch stärker anwachsen. Amalgamiert man jedoch verschiedene solcher Firmen und lokalisiert, soweit es möglich ist, die Herstellung von Standard-Details, so könnten jene Ausgaben beträchtlich vermindert werden oder sie würden, wenn man sie so wie jetzt aufrecht erhielte, eine größere Gewinnchance zur Folge haben. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Es ist eine bedeutsame Tatsache, daß viele Firmen an der Küste viele Einzelheiten in unserem Lande billiger kaufen, als sie sie produzieren können, und daß die Fabrikanten derselben beträchtlich verdienen. Sie können es, weil sie spezialisierte Massenproduktion und konzentrierte Leitung haben. Wir wiederum stellen alle Einzelheiten zu Kosten her, die gerade so hoch sind, wie wenn wir diese kaufen würden und begnügen uns mit dem Gedanken, daß diese einen Anteil an unseren Betriebsausgaben darstellen. Um die Gewinne zu erzielen, die uns jetzt entgehen, muß aber ein genügend großer Amalgamationsprozeß in Aussicht genommen werden, und wenn nicht alle Firmen, die jetzt an der Sache interessiert sind, beistimmen, so kann er nicht durchgeführt werden.

Unter dem jetzigen System werden Maschinen und Kessel von jeder Firma den Ansprüchen verschiedener Klassifikation gemäß hergestellt. Das Durchschnittsresultat jeder Firma ist annähernd das gleiche, aber jeder Fabrikant hat seine besonderen Vorzüge, entweder in der Zeichnung, oder Fabrikation, oder in der Anordnung der Teilung, oder in der Qualität des Materials oder in der Arbeit. Diese würden vereinigt in einer allgemein höheren Leistungsfähigkeit und Vorzüglichkeit der Maschinen zum Ausdruck kommen und britische Konstruktion auf dem Weltmarkt angesehener machen. Jede Firma hat einen kostspieligen Beamtenapparat, der Zeichnungen herstellt, die mit denen der Wettbewerber so gut wie identisch sind, und Modellwerkstätten, die ebenfalls die gleichen Modelle liefern. Die unnötigen Ausgaben dieser Art können aus der Tatsache entnommen werden, daß Zeichnung und Modell für die Maschine eines Lastschiffes 500 Pfund Sterling kosten und für Passagierdampfer eine entsprechend höhere Summe. — — — — — —
— —

Das System eines bestimmten Einkaufsverfahrens unter der Kontrolle der Geschäftsdirektoren würde allein eine bedeutende Ersparnis primärer Kosten herbeiführen.

Was die Werke angeht, so würde ein einziges System der Organisation hergestellt werden, alle antiquierten Werkzeuge würden ersetzt und die neuesten Fabrikationsmethoden adoptiert werden. Ueberstunden, die jederzeit sehr kostspielig sind, würden, soweit es die Verhältnisse

erlauben, beseitigt werden und Nachtarbeit mit hohen Löhnen würde nur dann eintreten, wenn die Geschäftsverhältnisse es erfordern würden. Die Gesamtproduktionsfähigkeit der vereinigten Werke würde aber wohl die Verhältnisse, unter denen Ueberstunden nötig werden, im allgemeinen nicht aufkommen lassen. — — — — — — — — — — — — —

Ein wichtiger Vorteil für die Schiffsbauer wäre der, daß die Kontraktstermine pünktlich eingehalten werden könnten, da in Fällen der Eile ein anderes der amalgamierten Werke beispringen könnte. Es könnten die Schiffe dann auch in demjenigen Hafen, in dem sie gebaut werden, mit Maschinen versehen werden, da ja in allen Werken derselbe Standard von Arbeitstüchtigkeit vorherrschen würde. Im letzten Jahre waren die Kosten, die in dieser Hinsicht verzeichnet wurden, allein zirka 18000 Pfund Sterling für Versicherung, Schleppen usw., alles unnötige Kosten, ganz abgesehen von dem Verluste, der durch die Verzögerung der Fertigstellung verursacht wird, wenn das Schiff zirka 14 Tage lang in einem entfernten Hafen liegt."

Liest man diese Ausführungen eines mitten im Geschäftsgetriebe stehenden Praktikers, so wird man sich eingestehen müssen, daß man die wirtschaftlichen Vorteile einer Verbindung des Staates, der Kommunen und der durch die großen Banken konzentrierten Industrie gar nicht überschätzen, nur unterschätzen könnte.

* * *

Die Entwicklung ist aber bereits so weit fortgeschritten, daß sie schon jetzt von der Industrie auf den Staat und die Kommunen hinübergreift und diese in ein gemeinsames Wirtschaftssystem zu verwickeln sucht. Sehr kennzeichnend in dieser Beziehung sind die Auslassungen der „Kölnischen Zeitung" in ihrer Nummer 115 vom Jahre 1910.

„Zur Zentralisation der Gasversorgung. Seit geraumer Zeit schon schweben im Ruhrbezirk Erwägungen über die bessere Verwertung der auf den Kokereien gewonnenen und überschüssig werdenden Gasmengen, Erwägungen, die sich neuerdings zu dem Gedanken verdichtet haben, daß dieses Ziel am besten durch die einheitliche Zusammenfassung der verfügbaren Gasmengen und durch ihre einheitliche Abgabe an die Verbraucher zu erreichen sei. Das ist genau derselbe Gedanke, der sich auch auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft ungeachtet aller Widerstände siegreich Bahn gebrochen und dazu geführt hat, daß die frühere Zersplitterung in der Gewinnung und der Abgabe elektrischer Kraft für den Ruhrbezirk zwar nicht beseitigt, aber doch wesentlich eingeschränkt worden ist, und zwar mit bestem wirtschaftlichen Erfolg sowohl für die Hersteller wie für die Verbraucher elektrischer Kraft. Der Gedanke, eine gleichartige

Einrichtung auch auf dem Gebiete der Gasgewinnung und Gasversorgung zu treffen, lag daher nahe, und es ist denn auch kein Zufall, daß er von derselben Stelle ausgeht, die auf dem Gebiete der Elektrizitätswirtschaft vorbildlich und bahnbrechend vorgegangen ist, von dem mit dem Ruhrkohlenbergbau eng verwachsenen Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen. Die Verwirklichung der von ihm jetzt angestrebten Gasverwertung großen Stils hat allerdings zur Voraussetzung, daß es möglich ist, Gas durch Fernleitungen auf größere Entfernungen zu übertragen. Diese Möglichkeit ist indes bei dem heutigen Stande der Technik durchaus gegeben, ist doch zum Beispiel in England der Plan aufgetaucht, die Stadt London aus dem 250 Kilometer entfernt gelegenen Birminghamer Bezirk mit Gas zu versorgen, was nach den angestellten Berechnungen nicht nur technisch möglich, sondern auch wirtschaftlich vorteilhaft erscheint. Im Ruhrbezirk, der in unmittelbarer Nachbarschaft einer ganzen Anzahl von großen Städten gelegen ist, braucht man an die Beherrschung derartiger Entfernungen zunächst nicht zu denken. Man wird hier vorläufig schon mit Fernleitungen von 35—40 Kilometer, späterhin vielleicht mit solchen bis zu 60 und 70 Kilometer wesentliche Fortschritte in der Gasverwertung erzielen können. Die Voraussetzung hierfür wäre zunächst, daß die sämtlichen Kokereien des Ruhrbezirks sich zur gemeinsamen Abgabe ihrer überschüssigen Gasmengen vereinigen. Am zweckmäßigsten geschieht das vielleicht in der Weise, daß sich benachbarte Zechen gruppenweise zur gemeinsamen Errichtung von Gasreinigungsanstalten und zum Anschluß an die zu erbauende große Fernleitung zusammenschließen. Zu erstreben ist dann der Anschluß der großen Städte an den Gasbezug. Gelingt es, von vornherein den Absatz von 15 bis 20 Millionen Kubikmeter Gas sicherzustellen, so ist die Grundlage für die Ertragsfähigkeit des Unternehmens und damit die Möglichkeit seiner spätern weiteren Ausdehnung gegeben. Nach den angestellten Berechnungen würde man bei der Entnahme größerer Gasmengen mit dem Gaspreis bis zu $3^3/_4$ und $3^1/_2$ Pfennig für das Kubikmeter heruntergehen können. Die Vorteile, die sich aus einer derartigen Einrichtung für die als Abnehmer in erster Linie in Frage kommenden Städte ergeben müßten, liegen auf der Hand. Zunächst würde für sie die Notwendigkeit der Errichtung eigener Gasanstalten wegfallen, was einerseits dem Stadtbilde, anderseits der Geldwirtschaft der Gemeinden nur von Nutzen sein könnte. Die für die Verzinsung und Abschreibung eigener Anlagen aufzuwendenden Beträge werden frei und die Gemeinden erhalten das Gas billiger, als sie es selbst herstellen können. Die Abgabe an die einzelnen Verbraucher bietet ihnen gleichwohl die Möglichkeit,

durch geeignete Bemessung der Preise ihre aus den städtischen Leitungen, Beleuchtungsanlagen und Einrichtungen usw. entstehenden Kosten zu decken und darüber hinaus noch einen Gewinn zu erzielen. Außerdem aber fällt damit für sie die Notwendigkeit weg, für den bei eigener Gasherstellung entfallenden Gaskoks Absatz zu suchen. Das ist namentlich im Sommer schwierig und verursacht den Gemeinden mancherlei Unannehmlichkeiten. Ist ferner eine große Fernleitung, die den Ruhrbezirk mit einer Großstadt verbindet, erst einmal hergestellt, so besteht für die ihr benachbarten Gemeinden die Möglichkeit, sie an jeder beliebigen Stelle anzuzapfen und ohne besondere Kosten sich ihren Gasbezug zu sichern. Außerdem aber ist es auch sehr wohl denkbar, daß man die größern als Abnehmer in Frage kommenden Städte durch Ringleitungen miteinander verbindet und dadurch die Möglichkeit eines gegenseitigen Ausgleich bei etwaigen Bedarfsschwankungen bietet. Wird endlich Kohle nicht mehr wie bisher im Eisenbahnwagen, sondern in der Form von Gas durch Rohrleitungen verschickt, so muß sich daraus ebenso wie aus der Uebertragung des elektrischen Stromes auch eine Entlastung der Eisenbahnverwaltung ergeben, die dem gewaltigen Verkehr im Ruhrbezirk ohnehin nur mit äußerster Anstrengung noch folgen kann. Sollen sich allerdings die Gemeinden auf eine derartige Deckung ihres Gasbedarfs einlassen, so ist unentbehrliche Voraussetzung hierfür, daß ihnen der Bezug der von ihnen benötigten Gasmengen unter allen Umständen gewährleistet erscheint. Diese Gewähr ist zunächst gegeben, wenn alle Kokereien des Ruhrbezirks sich zur gemeinsamen Abgabe ihrer verfügbaren Gase in der oben skizzierten Weise vereinigen. Geschieht das, so ist die Abgabe von Gas sozusagen in unbegrenztem Umfange sichergestellt, da die Herstellung ohne Schwierigkeiten dem Bedarf angepaßt werden kann. Insbesondere würde dann auch ein auf dieser oder jener Zeche oder auf mehreren Zechen ausbrechender Streik ohne Einfluß auf die Gasversorgung der Städte bleiben. Zudem aber ist, und das gilt namentlich auch für einen möglicherweise einmal kommenden allgemeinen Bergarbeiterausstand, für alle Fälle die Errichtung von Anlagen zur Wassergasherstellung als Reserve vorgesehen. Nimmt man noch hinzu, daß die Gemeinden die Möglichkeit haben, sich durch Uebernahme von Anteilen an dem geplanten Unternehmen zu beteiligen und sich dadurch entsprechenden Einfluß auf deren Verwaltung und Beteiligung an dem zu erwartenden Gewinn zu sichern, so sollte man denken, daß die Verwirklichung der geplanten Zentralisation der Gasversorgung baldigst zu erreichen sein müßte."

Das ist keine theoretische Voraussicht mehr, sondern die nüchterne Berechnung des Kaufmanns. Der Staat, die Kommunen, die Industrie wurden bis jetzt als getrennte Gebiete aufgefaßt. Das kam daher, daß man den Staat vor allem vom politischen Gesichtspunkte, die Kommunen vom administrativen und die Industrie ausschließlich vom Gesichtspunkte des Privateigentums betrachtete. Aber die wirtschaftliche Tätigkeit durchdrang immer mehr auch den Wirkungskreis des Staats und der Großstädte und brachte sie in eine enge Berührung mit der industriellen Entwicklung. Die wirtschaftlichen Vorteile der Zusammenfassung dieser drei Gebiete sind so offensichtlich, daß, wenn der Staat nicht zielbewußt eingreift, die Initiative von der Industrie ergriffen wird. Ein ruhiges Nebeneinander kann es hier nicht mehr geben, dazu ist die Produktionsentwickelung hier wie dort vielzuweit fortgeschritten: entweder Kampf aller drei gegeneinander, oder Vereinigung! Darum sehen wir, daß die Produktionsaufgaben des Sozialismus bereits zum Spekulationsgeschäft der Industrie werden. Die kapitalistischen Cliquen, die dahinter stecken, haben selbstverständlich nur ihr Geschäftsinteresse im Auge. Wenn sie die Gemeinden mit „Anteilen“ locken, so wissen sie sehr gut, daß sie, wenn sie den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken den Boden abgraben, die wirtschaftliche Uebermacht in ihre Hände bekommen, und „die Entlastung der Eisenbahnen“ bedeutet, anders gesehen, Frachtverlust für die Staatseisenbahnen. Wenn der Staat und die Kommunen die Industrie in ihren Einflußkreis nicht einbeziehen, werden sie in den Einflußkreis der kapitalistischen Industrie hineingezogen.*

Wie gewaltig die Produktionsvorteile der großen sozialen Zusammenfassungen sind, zeigen uns in einer drastischen Weise die bekannten Ueber-

* Seitdem dies niedergeschrieben worden ist, gelangt bereits eine Mitteilung in die Presse, die beweist, daß die rheinisch-westfälischen Industriemagnaten eifrig daran sind, ihren Plan der städtischen Gasversorgung durchzuführen. Wir entnehmen dem „Vorwärts“ vom 19. März 1910 folgende Notiz: „In geheimer Sitzung hat die Barmer Stadtverordneten-Versammlung beschlossen, am 1. April 1911 die städtischen Gasanstalten außer Betrieb zu setzen. Die Gasversorgung der Stadt Barmen übernimmt Thyssen u. Co. in Mülheim a. d. Ruhr unter Bürgschaft der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Homborn. Der Vertrag ist auf 25 Jahre abgeschlossen worden. Während dieser Zeit darf Barmen weder selbst Gas zu Leucht-, Heiz- oder Kraftzwecken erzeugen, noch von anderer Seite beziehen. Die Gasversorgung der hinter Barmen liegenden Orte bis zu einer bestimmten Ausdehnung bleibt der Stadt Barmen überlassen. Der Plan ist völlig geheim gehalten worden und es war somit der Barmer Einwohnerschaft keinerlei Gelegenheit gegeben, dazu Stellung zu nehmen In unbegreiflicher Kurzsichtigkeit haben die Stadtverordneten dem Projekt zugestimmt; nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten stimmten dagegen.“

kapitalisierungen der amerikanischen Truste. Die Truste scheuen keine Kosten, um die außenstehenden Werke aufzukaufen; mag der Preis, der sie zu zahlen haben, noch so übertrieben sein, das spielt so gut wie gar keine Rolle, — die großen Vorteile der Zusammenfassung der Produktion und des Absatzes und der Regulierung der Preise bringen es schon ein!

Das Thema ist schier unerschöpflich; wir glauben aber, schon durch das Vorstehende in genügendem Maße den Beweis erbracht zu haben, daß bei einer sozialen Zusammenfassung der wichtigsten Industriezweige, der Eisenbahnen, der Staats- und Kommunalbetriebe, wie wir sie im Auge haben, ganz enorme Ersparnisse zu erreichen wären. Die Produktion wird dadurch gerade so auf eine höhere Stufenleiter gebracht, wie seinerzeit durch die Manufaktur, gegenwärtig durch die größeren Fusionen, Kartellierungen, Truste.

Die sozialen Folgen der Verstaatlichungen

Die Konkurrenzüberlegenheit des neuen Wirtschaftssystems — Die Kartelltendenzen — Die Produktion auf Vorrat — Erweiterung der Geschäftsinteressen — Größere Unabhängigkeit von der Börse — Größere Stabilität der Produktion — Die Expropriation der Kapitalistenklasse — Der kapitalistische Staat

---

Die Ueberlegenheit des Wirtschaftssystems des Staates, der Kommunen, der Banken und der von ihnen vereinigten Industrie über jede private Konkurrenz ergibt sich schon aus seiner gewaltigen Ueberlegenheit in der Produktion. Es käme ihm aber noch seine weitaus günstigere Stellung auf dem Kapitalmarkt zunutze. Da er, wie wir festgestellt haben, mit billigerem Geldkapital zu arbeiten und weniger fremden Kredit in Anspruch zu nehmen hätte, so wäre schon damit sein Uebergewicht gegenüber jeder Konkurrenz gesichert. Seine Entwicklung könnte deshalb gar keine andere sein, als die Auffaugung der Industrie bis zur vollen Vergesellschaftung der Produktion.

Die Produktionsgemeinschaft würde über drei gewaltige Mittel verfügen, um die Konkurrenz niederzukämpfen und im weitesten Umkreis die Industrie zum Anschluß zu zwingen:

1. den Bankdiskont, da der Bankkredit in ihren Händen konzentriert ist;

2. den Preis für Kohle und Eisen, den sie als größter Produzent und Konsument bestimmt;

3. den Eisenbahntarif.

Da braucht man wahrlich keine vexatorische Gesetzgebung, keine Polizeimaßregeln, um die gesamte Industrie zu verstaatlichen. Ein Industriezweig nach dem anderen muß sich diesem Wirtschaftssystem des Staates respektive der Kommunen und der Banken anschließen, wenn er überhaupt noch bestehen will. Um nur noch das wichtigste zu erwähnen, so bringt zum Beispiel der Anschluß der Ozeanschiffahrt, der auf dem Wege über die Banken, den Schiffsbau und die Kohlenlieferung geschieht, die Rohstoffzufuhr der Textilindustrie wie überhaupt

die überseeische Zufuhr und die gesamte überseeische Warenausfuhr unter die Herrschaft unseres Wirtschaftssystems.

* * *

Die Schaffung eines solchen Wirtschaftssystems ist denn auch das offensichtliche Ziel, dem die Kartelle zusteuern. In den Vereinigten Staaten, wo die Truste auch die Eisenbahnen unter ihre Herrschaft bringen konnten, ist ihre Macht am größten. In Deutschland war ihnen der Weg zu den Eisenbahnen vom Staat abgeschnitten worden. Wir wissen aber, daß sich hier eine Interessengemeinschaft herangebildet hat, die die Großbanken, den Bergbau, die Eisenwerke, den Schiffbau und zahlreiche Einzelwerke bezw. Fabrikgruppen der Großindustrie umfaßt. Die Großbanken haben hier auch die Reichsbank in ihren Wirkungskreis eingezogen, deren Geschäftstätigkeit sie beherrschen, während die eigene Bankpolitik des Staates sich ausschließlich auf den Schutz der Goldreserve beschränkt. Zugleich werden von den deutschen Großbanken weitreichende internationale Verbindungen hergestellt, und auch die amerikanischen Truste haben sich starke Stützpunkte auf dem deutschen und sonstigen europäischen Kapitalmarkte geschaffen. Neben der Zusammenfassung der Industrie im einzelnen Lande ist eine internationale Kombination, kapitalistische „Interessengemeinschaft" des Geldmarktes, des Seeverkehrs, der Produktion im Werden begriffen, die eine wirtschaftliche und finanzielle Weltmacht darstellen würde, der gegenüber der einzelne Staat selbst machtlos erscheinen dürfte.

Die Frage ist darum nicht mehr, ob Privatbetrieb oder Vergesellschaftung der Produktion. Die Vergesellschaftung der Produktion setzt sich vielmehr in der Industrie mit Gewalt durch, und die Frage ist nur, ob der Staat sich innerhalb dieser Entwicklung einen maßgebenden Einfluß sichern, oder sich von ihr beeinflussen lassen wird. Der Staat wird von den international vereinigten Banken, Trusten, Kartellen beherrscht werden, wenn er sich nicht entschließt, die industrielle Tätigkeit des eigenen Landes unter seine Herrschaft zu bringen. Die Frage der Verstaatlichung der Industrie wird zu einer Frage der Macht, der Existenz des Staates.

* * *

Die Verstaatlichung der Industrie würde eine viel größere Kontinuität der Produktion ermöglichen, als die Kartelle und Syndikate bis jetzt haben erreichen können. Vor allem käme die Produktion auf Vorrat in Betracht.

Wenn man sich die Zahlen der Kohlen- und der Eisenproduktion in Deutschland in den einzelnen Jahren ansieht, so findet man, daß die zeitweiligen Produktionsherabsetzungen unter dem Einfluß der Handels-

krisen keineswegs so groß sind, daß man nicht durch die Produktion auf Vorrat Abhilfe schaffen könnte.

Seit 1881 war die stärkste Verminderung in der Produktion von Steinkohlen 1892 gegenüber 1891, da die Steinkohlengewinnung im Reich von 73,7 Millionen Tonnen auf 71,4 sank, also um etwa $3^1/_8$ Prozent; seitdem stieg sie wieder, wie vorher, Jahr für Jahr, um erst im Jahre 1901 gegenüber dem Vorjahre von 109,3 auf 108,5 Mill. Tonnen zu sinken und im nächstfolgenden Jahre 1902 auf 107,5 Mill. Tonnen. Die Produktionsverminderung war also noch geringer als 1892. Stärker war die Verminderung in der Gewinnung von Roheisen. Im Jahre 1900 war die Produktion von Roheisen in Deutschland 8,5 Mill. Tonnen; 1901 dagegen 7,9 Mill. Tonnen. Das bedeutet eine Produktionsherabsetzung von 7 Prozent. Die Sammlung von Vorräten an Kohle und Eisen würde offenbar unter diesen Umständen nicht einmal eine besonders große geschäftliche Aktion sein.

Ich sehe einige Einwendungen voraus. Man könnte sagen, die Verminderung der Kohlen- und Eisengewinnung erweise sich deshalb so gering, weil zur Zeit der Krisis eine verstärkte Ausfuhr nach dem Auslande stattfinde. Diese Ausfuhr nach dem Auslande ist nun ein recht eigenartiges kapitalistisches Korrektiv. Man braucht sich bloß daran zu erinnern, daß jedes Industrieland in gleicher Weise bestrebt ist, seine Ueberproduktion nach dem Auslande abzuschieben, um das Widerspruchsvolle der Situation sich zu vergegenwärtigen. Es ergibt sich daraus zunächst ein Wirrwarr von Konkurrenzstreitigkeiten auf dem Weltmarkte, deren Studium für die Erkenntnis der Entwicklung der kapitalistischen Industrie von großem Werte ist.*

Es ist aber klar, daß, soweit eine solche Möglichkeit, die überschüssige Produktion loszuwerden, überhaupt vorhanden ist, sie für den Staat ebenso gut besteht, wie für die Privatindustrie. Immerhin wollen wir, um die rechnerischen Grundlagen der von uns in Aussicht genommenen Produktion auf Vorrat möglichst weit zu fassen, die Korrektur vornehmen, die sich für Deutschland aus dessen Beziehungen zum Auslande ergibt.

Wenn man für 1891 von der deutschen Ausfuhr an Steinkohlen die Einfuhr abzieht, so erhält man eine Differenz von 4,504 Millionen Tonnen. Für 1892 beträgt der in gleicher Weise berechnete Ueberschuß der Ausfuhr 4,535 Millionen Tonnen. Subtrahiert man nun diese Zahlen von den Produktionsmengen der respektiven Jahre und berechnet die Differenz per 100 zu 1892, so erhält man etwas über **3 Prozent.** Das war also damals die Verminderung des Absatzes im Inlande.

---

* Die einschlägigen Fragen werden von mir in der Broschüre „Der Handel, die Kartelle und die soziale Revolution“ erörtert.

D. V.

Für 1900—1901—1902 geben uns die Anlagen zur Kartellenenquete die direkten Zahlen des inländischen Absatzes. Wir berechnen danach für das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat folgende Verminderungen:

1900 : 1901	3,2	Prozent
1902 : 1901	5,6	"
1902 : 1900	8,7	"

Bei den oberschlesischen Kohlengruben fand überhaupt nur 1902 gegenüber 1901 eine Verminderung des nachgewiesenen inländischen Absatzes, und zwar von 12,5 auf 12,2 Millionen Tonnen statt — die Differenz ist so gering, daß sich nicht lohnt, Prozente auszurechnen.

Beim Roheisen fand nach den Angaben der Kartellverhandlungen 1900 ein Uebergewicht der Einfuhr statt, während 1901 und 1902 die Ausfuhr überwog. Berechnet man für diese Jahre die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes in Deutschland, also Produktion — Ausfuhr und Einfuhr, so erhält man:

Jahr	Absolute Zahl	Differenz	Verhältnis
1900	9,157 Millionen Tonnen	— Tonnen	— Prozent
1901	7,870 " "	—1,287 "	—14,0 "
1902	8,188 " "	+0,318 "	+ 3,9 "
1902:1900	— " "	—0,969 "	—10,6 "

Auch diese Zahlen sind keineswegs von solcher Art, daß sie dem modernen Industriestaat, dessen Jahresbudget sich schon jetzt auf Milliarden beläuft und gelegentlich von einem Jahr zum anderen um Hunderte von Millionen gesteigert wird, die Anlage von Kohlen- und Eisenvorräten unmöglich machen oder überhaupt besonders schwierig erscheinen lassen sollten.

Ein zweiter Einwand wäre der, daß die meiste Erleichterung zur Zeit der Handelskrisis durch Ermäßigung der Preise stattfinde, die eine Weiterführung der Produktion möglich mache. Allein der große Preissturz der Rohstoffe beim Wechsel der Konjunktur ist vor allem die Folge ihrer großen Preissteigerung zur Zeit des Aufschwunges und seine Wirkung ist fürs erste nicht Erleichterung, vielmehr Verschärfung der Handelskrisis, weil er die fertigen Fabrikate entwertet, alle kaufmännische Kalkulation über den Haufen wirft und die für längere Zeit abgeschlossenen Lieferungsverträge zu einem Hemmnis der Produktion macht. Auch der Staat könnte zur Zeit der Handelskrisis mit den Preisen heruntergehen, brauchte es aber jedenfalls nicht in dem Maße wie die Privatindustrie, besonders dann nicht, wenn er auf Vorrat produzieren würde. Das Ergebnis wäre also eine geringere Oszillation der Rohstoffpreise, die dem Aufschwunge eine größere Stabilität verleihen und die Folgen der Handelskrisis mildern würde.

Es würde demnach, um einen Ausgleich in der Produktion während der Krisenjahre zu schaffen, nach unseren Berechnungen genügen, bei der Kohlengewinnung einen Vorrat von 3 bis 6 Prozent der Jahresproduktion zu bilden, bei der Eisengewinnung einen solchen von etwa 10 Prozent. Arbeiterentlassungen im Kohlenbergbau und in der Eisenindustrie wären vermieden worden, viel Elend und Not wäre erspart geblieben. Nun geht das Arbeiterelend die Kapitalisten allerdings nichts an, so eine kleine Hungerkur erscheint ihnen vielmehr willkommen, um die bekannte „Begehrlichkeit" der Arbeiter herabzusetzen; was aber das kapitalistische Interesse wohl angeht, ist, daß das Sprunghafte in der Produktionsentwicklung vermieden werde, das deshalb eintritt, weil mit jeder Besserung der Konjunktur die Lücken ausgefüllt werden müssen, die die Krisis geschlagen hat. So schnellte die Kohlenproduktion in Deutschland 1903 gegenüber dem Vorjahre von 107,5 auf 116,6 Millionen Tonnen hinauf, um 9,1 Millionen Tonnen mehr, 8 Prozent. Wären in den vergangenen zwei Krisenjahren Vorräte gebildet worden, so wären sie schon im ersten Aufschwungsjahr verbraucht worden und die Steigerung der Kohlengewinnung betrüge außerdem noch 7,5 Millionen Tonnen. Unsere Statistik zeigt, daß man sogar während der Krisis eine kleine Steigerung der Produktion sich erlauben dürfte. Der Uebergang zum Aufschwung würde sich dann viel glatter vollziehen, der Sturm auf den Warenmarkt mit seiner fieberhaften Steigerung der Warenpreise wäre gemildert worden.

* * *

Die Politik der Kartelle ging aber bisher, umgekehrt, darauf hinaus, die Vorräte möglichst knapp zu halten. Zur Zeit des Aufschwungs suchen sie planmäßig die Produktion hinter dem Bedarf zurückbleiben zu lassen, um eine Ueberproduktion zu verhindern, was ihnen schließlich doch nicht gelingt; wohl aber gelingt es ihnen, zur Zeit der Handelskrisis durch Einschränkung der Produktion die Preise verhältnismäßig hoch zu halten.

Die Kartelle, Syndikate, Bankkonsortien sind wohl an der Gesamtlage der Industrie interessiert, in erster Linie aber sind sie um ihre eigene Jahresbilanz besorgt. Für ein Wirtschaftssystem aber, das die gesamte Industrie umfaßt, wäre seine eigene Bilanz die Bilanz der gesamten Industrie. Es könnte nicht durch Einschränkung der Produktion und Hochhaltung der Preise den Kohlenbergbau zur Zeit der Krisis auf Kosten der gesamten übrigen Industrie schadlos halten, sondern es müßte auf Stabilität und Kontinuität der gesamten industriellen Tätigkeit hinarbeiten. Es könnte auch nicht seine Berechnungen auf das eine Jahr stützen, sondern es müßte mit einer durchschnittlichen Rentabilität

mehrerer Jahre rechnen, um eine ganze Wellenlänge der kapitalistischen Produktionsentwicklung, Aufschwung und Senkung, zu erfassen.

Die verstaatlichte Industrie würde auch nicht unter jenem gewaltigen finanziellen Druck von außen stehen, der gegenwärtig selbst die Großindustrie und die Kartelle zu einer rücksichtslosen Dividendenwirtschaft zwingt. Wenn die Dividende steigt, wird die Steigerung von der Börse kapitalisiert und in der Steigerung des Kurses festgelegt. Nunmehr darf die nächstjährige Dividende hinter dem erreichten höchsten Stand nicht mehr stark zurückbleiben, sonst tritt ein Kurssturz ein und der gesamte finanzielle Stand des Unternehmens wird in Mitleidenschaft gezogen.* Solange auf der Börse Werte von verschiedener und wechselnder Verzinsung zirkulieren, herrscht auf ihr ein Kampf aller gegen alle um den höchsten Kursstand. Die Bergwerkswerte werden gegen die Kommunalanleihen, die Kommunalanleihen gegen die Staatsanleihen, die eine Aktie gegen die andere und alle sonstigen Börsenwerte zusammen ausgespielt. Der Uebergang zu festverzinslichen Werten, die Verstaatlichung der Industrie, die die Börsenwerte in die Form von Staatsschuldscheinen überführt, beseitigt diese wilde Konkurrenz auf dem Kapitalmarkte und eröffnet einen weiten Spielraum einer Produktionspolitik, die nicht ängstlich mit dem Tageskurs und der einzelnen Jahresdividende zu rechnen braucht.

* * *

Wie man schon jetzt in den großkapitalistischen Unternehmungen Reservefonds bildet, um auch während der flauen Geschäftszeit Dividenden „ausschütten" zu können, wie man durch die Goldreserve die Kursschwankungen der Banknoten beseitigt hat, so wird man durch Kohle- und Eisenreserven diese Grundstoffe der Industrie der

---

* Herr Professor Adolf Wagner meinte sogar, die Börse sei an der Ueberproduktion schuld, was allerdings eine sehr oberflächliche Auffassung der kapitalistischen Weltmarktsentwicklung verrät. Er apostrophierte die Vertreter der Kartelle in folgender Weise: „Woher kommt das (die Ueberproduktion)? Meines Erachtens daher, daß unsere ganze Eisenindustrie in starkem Maße, vielleicht ebenso wie in Amerika, und mehr als in England, zu sehr von Börseninteressen abhängt! (Sehr richtig!) Die stehen dahinter und treiben rücksichtslos vorwärts. Da werden in der Zeit der Hochkonjunktur überall neue Aktien emittiert, die Kurse in die Höhe getrieben, die Werke dann rasch maßlos erweitert, ohne daß jemand daran denkt, ob man entsprechenden Absatz für die zu rasch gesteigerte Produktion findet. Hierin können Sie den Krebsschaden dieser privatkapitalistischen, auf reine Spekulation aufgebauten Gestaltungen sehen, und da mache ich geltend: die Kartellierung hat diese ungesunde Entwicklung noch gefördert."

Börsenspekulation entziehen. Damit wird der periodische Wechsel zwischen Kohlennot und Absatznot für Kohle, der sich aus den Gesetzen der kapitalistischen Produktion ergibt, gewiß noch nicht aus der Welt geräumt, aber die Gegensätze werden gemildert, es werden sanftere Uebergänge geschaffen und es wird eine größere Kontinuität der Produktion erreicht.

Ebenso wie der Einschränkung der Kohlen- und Eisengewinnung würde der Staat der jähen Unterbrechung der Bautätigkeit zur Zeit der Handelskrisis entgegenwirken können. Nirgends trägt gegenwärtig die Handelskrisis einen so katastrophalen Charakter, wie in der Bauindustrie. Während der Zuzug nach den Städten aufhört, werden die Neubauten durch den sinkenden Diskontosatz, den sinkenden Grundwert, die sinkenden Baupreise entwertet. Ganze Straßenzüge neuer Häuser fallen darum in den Weltstädten zur Zeit der Krisis den Banken zu. Die vereinigte Industrie wird mit diesem Privatbesitz noch viel wirksamer aufräumen; sie wird aber auch die günstige Marktlage ausnützen, um weiter zu bauen, da ja erfahrungsgemäß mit dem neuen Aufschwung wieder Wohnungsnot sich einstellt. Es werden dabei der vereinigten respektive verstaatlichten Industrie neben dem niedrigen Diskontosatz auch die vorhin erörterten Eisenreserven zunutze kommen.

Dieselbe Betrachtung ist auf alle Produktionsgebiete anwendbar, die von der verstaatlichten Industrie erfaßt werden. Ueberall zeigt sie sich imstande, ihre Geschäftstätigkeit auf einen größeren Zeitraum einzurichten und erreicht damit eine größere Kontinuität der Produktion. Diese aber muß eine größere Kontinuität der Preise zur Folge haben. Beide Umstände müssen ihrerseits eine Einschränkung der Unterschiede der Rentabilität der einzelnen Industrien bewirken und der Schwankungen dieser Rentabilität, die sich regelmäßig beim Uebergang von der Handelskrisis zum Aufschwung, und umgekehrt, einstellen. Die Tendenz zum Ausgleich des Profits, die wir schon bei der Untersuchung der Ursachen und Wirkungen der Kartelle kennen gelernt haben, wird dadurch eminent verstärkt.

* * *

Damit wird aber das Wirkungsfeld der Börse eingeschränkt. Die Börse, die jedem Unterschied in der Rentabilität der kapitalistischen Unternehmungen auflauert und selbst den Bruchteil eines Prozents schleunigst in der Kursdifferenz zum Ausdruck bringt, erreicht, wie wir wissen, in ihrer Entwicklung das Gegenteil von dem, was ihren Ausgangspunkt bildete: sie schafft eine einheitliche Verzinsung des Kapitals trotz dem Unterschied der Profite. Die Verstaatlichung der Industrie, die die wichtigsten Börsenwerte in Staatsschuldscheine verwandelt, macht, indem sie die wirklichen Unterschiede der Rentabilität beseitigt und der

einheitlichen Verzinsung den einheitlichen Profitsatz zugrunde legt, die Börse vollends entbehrlich.

Damit fällt für den Kapitalisten jedes Interesse fort, sein Geld anders als in Staatswerten anzulegen. Daraus ergibt sich eine sinkende Tendenz des Kapitalzinses. Man hat in der Bankpraxis diese Tendenz schon bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen wahrgenommen und ist eher geneigt, sie zu überschätzen, als zu unterschätzen. Die Verstaatlichung der gesamten Industrie wird den Zinsfuß erst recht drücken; aber schon auf dem Wege zu diesem Ziel muß jede größere Verstaatlichung durch Senkung des Kapitalzinsfußes die nachfolgenden erleichtern.

Wenn erst die großen Verbindungen zwischen Staat, Kommunen, Banken, zwischen Eisenbahnen und Bergbau hergestellt worden sind, dann muß diese Interessengemeinschaft mit unabwendbarer innerer Notwendigkeit die gesamte Industrie an sich reißen und außerhalb ihr nur noch Staatsgläubiger und Staatsschuldner hinterlassen.

Jede Staatsschuld ist aber eine Rentenschuld. Es ist eine Verpflichtung des Staats, jährlich einen bestimmten Betrag auszuzahlen. Die meisten Schulden an den Staat, mit Ausnahme des Wechselverkehrs, der stark eingeschränkt werden wird, werden die verstaatlichten Hypotheken sein. Das ist ebenfalls eine Rentenschuld: der Staat verlangt nicht das Kapital, er verlangt bloß die Verzinsung. Also, einerseits Staatsrente, anderseits Staatsabgabe. Was auch der Ursprung beider gewesen sein mag, zählt nicht mehr mit; was bleibt, ist die Zahlung — vom Staat, oder an den Staat. Der Staat wird bestrebt sein, die Rente zu drücken, was er bei sinkendem Zinsfuß durch Konversionen sehr leicht ermöglichen kann. Zugleich ist es Grundsatz der Finanzpolitik, die direkten Abgaben möglichst einheitlich zu gestalten. Es werden deshalb nach der Verstaatlichung der Grundschuld die Hypothekenzinsen schließlich dem allgemeinen System der direkten Steuern einverleibt werden.

Die Kapitalisten werden zu Staatspensionären. Sie werden auf ihr Altenteil gesetzt und unterscheiden sich von den anderen Empfängern der Alters- und Invalidenrenten nur durch die Größe, aber auch durch geringere Sicherheit ihrer Pension. Durch Konversionen, durch progressive Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftssteuer wird der Staat stets in der Lage sein, die kostspieligen Sinekuren zu kürzen.

* * *

Die industrielle Entwicklung ist der sozialen Revolution vorausgeeilt. Hier handelt es sich nicht mehr darum, mit Hilfe der Staatsgewalt die Kapitalisten zu expropriieren, um die Produktion zusammenzufassen. Die Bankkonsortien, die Industriekartelle und Syndikate sind in Deutschland nahe daran, die gesamte Industrie zu einem gemein-

ſamen Wirtſchaftsſyſtem zuſammenzubringen. Ob dies nun mit dem Staat oder ohne den Staat geſchieht, ſo wird auf dieſe Weiſe wohl eine bedeutende Regelung der Produktion erreicht, nicht aber der Widerſpruch zwiſchen der Kapitalanſammlung und dem Konſumtionsrückſtand beſeitigt. Wenn der Staat an der Spitze der Induſtrie ſteht, fließt der Kapitalüberſchuß — der ja auch jetzt zum großen Teil dem Staat zugetragen wird — von vornherein in die Staatskaſſen. Damit wird aber nur erſt eine Steigerung der Macht des Staats, nicht der Wohlfahrt des Volkes erzielt. Dem Staate eröffnen ſich noch größere Möglichkeiten, Panzerflotten zu bauen, Armeen zu rüſten, Kriege zu führen. Der Staat erhält, neben der Steigerung ſeiner politiſchen Macht, eine ungeheure wirtſchaftliche Macht, da jedenfalls die geſamte induſtrielle Bevölkerung mit ihrem Verdienſt und ihrem Verbrauch von ihm abhängt. Der Staat reißt alles an ſich, zwingt alles unter ſeine Gewalt, und die abſtrakte Idee der Staatsentwicklung, der ſich alles unterordnen ſoll, kann nicht minder zu einer Kalamität für die Völker werden, als gegenwärtig die Idee der Kapitalanſammlung. Eigentlich wird durch die Verſtaatlichung nur die Form der kapitaliſtiſchen Herrſchaft geändert, nicht dieſe ſelbſt. Wir brauchen — allerdings auch nur bis zu gewiſſen Grenzen — die Konzentration der Produktion unter der Gewalt des Staats, aber wir brauchen auch Gewalten, die wir der konzentrierten Macht des Staates entgegenſetzen könnten. Es erſcheint deshalb zweckmäßig, ſich über die Garantien Klarheit zu ſchaffen, die ſich gegen die Unterdrückung der Volksmaſſen durch den Staat darbieten beziehungsweiſe aus der geſchichtlichen Entwicklung ableiten laſſen.

Das Staatsproblem des Sozialismus

Die Forderungen der Demokratie — Altes und neues Staatsintereſſe — Die Großſtadt — Der Widerſtand der Maſſen — Die Organiſation der Konſumenten — Die Gewerkſchaften — Die Genoſſenſchaften — Sozialismus und Individualismus — Entwicklung der Anſichten über die ſoziale Revolution

---

Die Mittel, die Intereſſen der Volksmaſſen gegenüber der kapitaliſtiſchen oder gegenüber der abſtrakten Staatsidee geltend zu machen, liegen zunächſt im Staate ſelbſt, in deſſen Organiſation.

Da ſind vor allem die konſtitutionellen Forderungen der Demokratie.

Das Parlament als einzige, uneingeſchränkte geſetzgebende Körperſchaft.

Das Parlament zugleich als öffentliche Kontrolle der Staatstätigkeit, als Inſtitution, durch deren Vermittlung die regierten Maſſen die Regierung kritiſieren, die in alle Zweige der Staatsverwaltung eindringt und alle Fragen der Staatspolitik öffentlich erörtert.

Die Wahl der Regierung durch das Parlament und die vollſtändige Abhängigkeit der Regierung vom Parlament.

Die Wahl des Parlaments durch das Volk auf Grund des allgemeinen, direkten, gleichen, geheimen Wahlrechts.

Um den perſönlichen Einfluß der Zentralregierung zu ſchwächen, möglichſt weitgehender Erſatz der Beamtenernennung durch die direkte Volkswahl.

Die Volksmiliz — denn ſolange ſich die Regierung auf die Armee ſtützen kann, trotzt ſie allen Verfaſſungsrechten.

Desgleichen aber bleiben alle demokratiſchen Verfaſſungsnormen wirkungslos, eine Form ohne Inhalt, wenn nicht die Volksmaſſen ſich politiſch betätigen. Darum die Forderungen der politiſchen Freiheit.

Die Meinungsfreiheit, die Preßfreiheit, die Verſammlungs- und Koalitionsfreiheit.

Um ſich politiſch zu betätigen, braucht aber das Volk nicht bloß die politiſche Freiheit und die politiſchen Rechte, ſondern auch die politiſche Bildung. Die *Volksſchule* iſt ja zunächſt eine Kulturforderung. Sie iſt daneben aber ſchon längſt zu einer Militärforderung geworden. Mit noch viel mehr Recht muß ſie als politiſche Forderung, als Beſtandteil der Demokratie hingeſtellt werden.

Also — obligatorische Volksschule und die Entwicklung der Volksschule zu einer wirklichen Bildungsanstalt, die ihren Schülern den Wissensschatz der Kultur übermittelt und nicht bloß sie lesen, schreiben, rechnen, beten lehrt.

Dazu gehört aber auch die Ausdehnung des schulpflichtigen Alters und die Loslösung der heranwachsenden Jugend bis zur Vollendung der Schule von der Fabrik und von jeglicher Erwerbstätigkeit.

Zuletzt erwähnen wir noch als einen Bestandteil der Demokratie den achtstündigen Normalarbeitstag. Der Achtstundentag ist zuerst in der russischen Revolution als Verfassungsforderung aufgestellt worden — mit der Begründung, daß die Arbeiter, um ihre politischen Rechte zu gebrauchen, ihr politisches Interesse wahrzunehmen, auch die dazu nötige freie Zeit haben müssen.

Eine so vollkommen ausgebildete Demokratie gab es noch nirgends, aber was wir aus der Geschichte der Demokratie — in der Schweiz, den Vereinigten Staaten, Frankreich, auch England — wissen, reicht aus, um zu erkennen, daß die Demokratie allein weder vor dem Kapitalismus noch vor dem Imperialismus zu schützen vermag. Wir müssen uns also nach weiteren Sicherheiten umsehen.

* * *

Da stoßen wir auf eine Entwicklung, die die Staatsziele selbst modifiziert, die dem alten Staatsinteresse ein neues Staatsinteresse entgegensetzt. Diese Entwicklung knüpft an die moderne Stadtgemeinde an.

Die städtische Kommune war bekanntlich in Mitteleuropa zunächst ein Schutzverband. Sie hatte die „Bürger", die Stadtansässigen, gegen Ueberfälle von außen zu schützen und ihre Interessen auch außerhalb des Burgfriedens gegenüber den Feudalherren, gegenüber der Regierung, gegenüber anderen Städten zu schützen. Die großen Handels- und Gewerbestädte des Mittelalters waren kleine Republiken. Schon durch die Entwicklung der großen absolutistischen Staaten mit starker Zentralregierung wurden den Städten diese Funktionen entzogen. Der Kampf zwischen Bürgertum und Adel wurde zu einem Kampf um die Regierungsgewalt. Er schloß mit der Bildung des parlamentarischen Staats. Innerhalb des modernen Großstaats mit einer zentralisierten Regierung und zentralisierten Armee sind die Stadtgemeinden nur noch Verwaltungsapparate. Selbst dort, wo ihnen noch Polizeifunktionen obliegen, ist doch die Polizei dem zentralen Regierungssystem angegliedert und bildet deshalb eine selbständige Macht innerhalb der Stadtgemeinde. Dafür aber hat die industrielle Entwicklung die Verwaltungstätigkeit der Großstädte bis zu ungeahnten Höhen emporwachsen lassen.

Das Jahresbudget einer modernen Weltstadt, wie London, Paris, Berlin, Neuyork, erreicht bereits und übersteigt sogar die meisten

Staatsbudgets der Zeit des Absolutismus in Westeuropa. Faßt man die Budgets sämtlicher Städte eines Landes zusammen, so konkurrieren sie in der Gesamtsumme mit dem entsprechenden Staatsbudget des respektiven Landes.

Für Großbritannien zeigt folgende Tabelle, die wir der Denkschrift zur Reichsfinanzreform entnehmen, die Entwicklung und das Verhältnis.

	In Millionen Pfund Sterling			
	1880	1891	1899	1905
Staatsausgaben, abzüglich Ueberweisungen	80,7	78,4	94,0	118,6
Ausgaben der lokalen Verwaltungskörper nach Abzug der Anleihen	47,8	61,6	88,2	125,4

Im Laufe von 25 Jahren haben also in Großbritannien die lokalen Ausgaben, die noch 1880 kaum drei Fünftel der Staatsausgaben erreichten, diese bereits bedeutend überholt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist das Verhältnis im Jahre 1902 wie folgt:

Staatsausgaben des Bundes	617,5	Millionen Dollar
Provinz- und Lokalausgaben	1156,5	" "
darunter: Städte mit über 25000 Einwohn.	468,6	" "

Die Ausgaben der Verwaltungskörper sind also in den Vereinigten Staaten schon beinah doppelt so groß, als die Ausgaben des Bundes, der politischen Vertretung des Reichs, während allein das Budget der größeren Städte das eigentliche Staatsbudget bald erreichen dürfte.

Was Deutschland anbetrifft, haben wir schon bei unseren früheren Feststellungen berechnet, daß in Preußen der Nettobedarf des Staates, einschließlich seines Anteils am Reichsbudget, 2323 Millionen Mark beträgt, der Bedarf der Kommunen (mit über 10000 Einwohnern) 918 Millionen Mark.

Für das Deutsche Reich in seiner Gesamtheit gibt uns die Denkschrift zur Reichsfinanzreform folgende Zahlen über die Bruttoeinnahme im Jahre 1907:

Das Reich	2935,6	Millionen Mark
Die Bundesstaaten	4967,3	" "
Die Gemeinde- und Provinzverwaltungen	3161,4	" "
Insbesondere die Gemeinden mit über 10000 Einwohnern	1962,6	" "

Das Budget der städtischen Gemeinden ist also dem Reichsbudget schon ziemlich nahe gekommen; das Budget sämtlicher Verwaltungskörperschaften übersteigt bereits, selbst ohne die Bundesstaaten, das rein politische Budget. Die Budgets der Bundesstaaten erscheinen deshalb

so überwältigend groß, weil in ihnen die Bruttoeinnahmen der Eisenbahnen und sonstigen Staatsbetriebe mit enthalten sind. Zu bemerken ist noch, daß die Bundesstaaten in Deutschland keine reinen Verwaltungskörper sind, doch sind ihre Ausgaben zum größeren Teil Verwaltungsausgaben.

Wir haben bis jetzt, als wir von Verstaatlichungen sprachen, die Gemeinde ohne weiteres neben den Staat gestellt. Wir waren dazu berechtigt, da es sich für uns in unserer bisherigen Erörterung nur um den Gegensatz zu der auf dem Privateigentum beruhenden kapitalistischen Unternehmung handelte. Von diesem Gesichtspunkte aus sind der Staat und die Gemeinde allerdings gleichwertig: denn hinter beiden steht kein Privateigentümer und keine Gruppe von Privateigentümern, die Kraft ihrer Besitztitel über sie verfügen, sondern sie sind die Vertretung der Gesellschaft im allgemeinen. Wir stießen aber im Verlaufe unserer Untersuchung jedesmal, wenn es sich um entscheidende Maßnahmen handelte, darauf, daß der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft das Werkzeug der Kapitalistenklasse abgibt, ihren Herrschaftsmechanismus darstellt. Auch die Gemeinde ist von den kapitalistischen Einflüssen nicht frei; aber sie nimmt ihrer Tätigkeit nach gegenüber dem Staat eine aparte Stellung ein und erfordert deshalb eine gesonderte Behandlung.

* * *

Die Stadtgemeinde kann, wie der Staat, schon durch ihre Verfassung — Zensuswahlen usw. — unter plutokratischem Regime stehen. Allein, wenn es sich nur darum handelte, wäre ja das Problem einfach durch die Einführung der Demokratie gelöst. Aber uns interessieren gerade jene Schwierigkeiten, die auch dann noch für die soziale Revolution sich ergeben, wenn die Demokratie verwirklicht ist. Wir setzen deshalb für unsere weiteren Betrachtungen eine lokale, also Gemeinde- und Provinzverwaltung auf der Grundlage vollkommen entwickelter Demokratie voraus. Die Demokratie im Staat macht ja auch die Demokratie in der Gemeinde und in der Provinz unumgänglich.

Die besondere Stellung der modernen Stadtgemeinde ist, wie schon erwähnt, dadurch bedingt worden, daß die politischen Interessen des Landes im Staat konzentriert wurden. Innerhalb der Gemeindepolitik gibt es keinen Militarismus, keine Kolonien, keine Zollkriege. Darum können die Interessen der allgemeinen Wohlfahrt, die sich aus dem Zusammenleben vieler Menschen ergeben, in der Stadt eher zur Geltung kommen, als in dem Staat. Die Tätigkeit der Großstädte ist denn auch von sanitären Interessen, Verkehrsinteressen, Aufgaben der Bildung und der Kultur erfüllt. Es wird dadurch ein großes städtisches Interesse geschaffen, das die Mittel der Gesellschaft an sich zu ziehen sucht und infolgedessen in Konkurrenz zu dem Staat tritt.

Auf dem Kapitalmarkt liegt diese Konkurrenz bereits offen zutage. So wurde von der deutschen Reichsregierung bei der Erörterung der Finanzreform offiziell geklagt, daß die vielen Kommunalanleihen den Kurs der Staatsanleihen heruntergedrückt halten. Die Großstädte ziehen das Kapital an sich, der Staat muß höhere Zinsen zahlen, wenn er Geld haben will. Allein die Großstädte hatten bis jetzt gegenüber dem Staat den großen Nachteil, daß sie vereinzelt auftreten, jede für sich. Alles, was dazu beiträgt, die Finanzmacht der Städte, wie wir sie aus den soeben angeführten Zahlen kennen gelernt haben, zur Geltung zu bringen, verstärkt ihre Stellung gegenüber dem Staate. Das wird aber in hohem Maße bei der Verstaatlichung der Banken der Fall sein.

Wird der Kredit konzentriert, dann wirken die Kommunalanleihen nicht mehr als einzelne Anleihen, sondern durch ihre Gesamtsumme. Das Verhältnis dieser zu den Staatsanleihen bestimmt dann die Rolle, die dem Kommunalkredit auf dem Kapitalmarkt zufällt.

Nach den amtlichen Angaben waren nun 1908 die entsprechenden Beträge:

Reichsschulden	$4^1/_4$	Milliarden Mark
Schulden der Bundesstaaten .	14	" "
Schulden der Gemeinden . .	$7^1/_2$	" "

Von den Schulden der Bundesstaaten waren knapp $6^1/_2$ Milliarden Eisenbahnschulden.

Je mehr die Gemeinden den Kapitalmarkt in Anspruch nehmen, desto mehr gewinnt der Kapitalmarkt ein Interesse an der Gemeindetätigkeit. Es bildet deshalb die Entwicklung der städtischen Gemeinden selbst in der kapitalistischen Gesellschaft ein Gegengewicht zu der kapitalistischen Staatspolitik, zum Imperialismus. Kommunalpolitik kontra Kolonialpolitik! Die Stadt als Gemeinde ist eine Konsumentengemeinschaft. Das wirtschaftliche Interesse des konsumierenden Volkes wird also dem politischen Interesse der Kapitalistenklasse entgegengesetzt.

Dieses wirtschaftliche Interesse der Konsumtion kommt aber auch im Staate selbst desto mehr zur Geltung, je mehr seine Tätigkeit sich auf die Produktion ausdehnt. Preußen hat aus strategischen und fiskalischen Gründen die Eisenbahnen verstaatlicht. Aber einmal im Besitze der Eisenbahnen, muß es, wohl oder übel, mit den Interessen der Konsumenten — das sind bei den Eisenbahnen die Städte und die Industrie — rechnen. In einem voll entwickelten demokratischen Staat würde dieses Interesse selbstverständlich noch ganz anders zur Geltung kommen. Nun denke man sich dazu noch den Bergbau, die Maschinenindustrie usw. Die Verstaatlichung der Banken, die die gesamte Produktionstätigkeit des Landes vom Staat abhängig machen würde, sie würde zugleich die Staatspolitik, nicht nur etwa von der Produktionstätigkeit

des Landes abhängig machen, sie würde sie mit einem neuen Inhalt erfüllen und vor neue Aufgaben stellen. Es ist eine neue Staatsidee, die hier, wie vorher in der Gemeinde, zum Durchbruch zu kommen sucht: der Staat als Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft im Kampfe gegen das kapitalistische und das militaristische Interesse.

Solange dieser Kampf dauert, ist es deshalb wichtig, bei den Verstaatlichungen in möglichst ausgedehntem Maße die Gemeinden zu berücksichtigen. Allein selbst die größten Städte haben doch ihren eng beschränkten Wirkungskreis. Gewiß, bei einer Vereinigung der Großstädte zu einer „Interessengemeinschaft" würden sich viele gemeinsame und noch mehr gleichartige Aufgaben der Städte herausstellen und schon die Verstaatlichung der Banken würde die Kommunalpolitik sehr erleichtern, — allein die großen Konzentrationen der Produktion können von den Städten nicht erfaßt werden. Vor allem dürfte der weitere Ausbau der Städte, neben den Baugenossenschaften, von den Kommunen besorgt werden.

Obwohl nun die großstädtische Kommunalpolitik zweifellos einen wichtigen Stützpunkt für den Widerstand gegen die kapitalistischen Tendenzen des Staates liefert, wäre es doch irrig, anzunehmen, daß man durch die Kommunalpolitik das kapitalistische Interesse mattsetzen könnte. Es sind widerstreitende Tendenzen am Werke. Gerade weil der Kapitalismus ein Interesse gewinnt an der Gemeindetätigkeit, versteht er es, diese Tätigkeit ebenso seinem Interesse zu unterwerfen, wie die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates. Das zeigt sich vor allem darin, daß die Gemeindebetriebe, ebenso wie die Staatsbetriebe und jede Privatunternehmung, bestrebt sind, hohe Profite herauszuwirtschaften. Je mehr die Produktionstätigkeit der Gemeinde sich ausdehnt, desto mehr tritt in ihr — zum Schaden der Arbeiter und Konsumenten — das kommunalpolitische Interesse hinter dem Profitinteresse zurück. Die Gemeinde kann ebenso zum Vermittler der Mehrwertsbildung und Kapitalverzinsung werden, wie der Staat. Daß die Kommunalpolitik zum Tummelplatz der wildesten Korruption werden kann, zeigt die berüchtigte Mißwirtschaft in Neuyork. Die Stadtgemeinde kann auch ihr Geld für Prunkbauten ausgeben, statt für Wohlfahrtseinrichtungen, sie kann überflüssige und viel zu teure Anleihen aufnehmen usw. Anderseits, von dem Moment an, wo der militaristische Staat die Konkurrenz der Stadtgemeinden wahrnimmt, erwacht in ihm das Bestreben, diese Konkurrenz einzuschränken. Diese Einschränkung findet von selbst statt, je mehr der Staat die Mittel des Landes an sich zieht. Eben deshalb, weil die Kommunalpolitik in einen Gegensatz tritt zum Imperialismus, wird sie in ihrer Entwicklung durch den Imperialismus gehindert. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinde hängt ja im letzten Grunde von der Leistungsfähigkeit der Gemeindemitglieder ab, und wenn die Stadt-

bevölkerung in ihrer großen Masse aus ausgebeuteten und von Staatssteuern belasteten Lohnarbeitern besteht, dann hat die Stadtwirtschaft sehr enge Grenzen. Es gibt in keinem kapitalistischen Lande auch nur eine einzige Großstadt, die den Aufgaben einer modernen Kommunalpolitik voll genügt hätte, während die meisten Städte — die Landgemeinden erst recht — sich noch in einem elenden, direkt verwahrlosten Zustande befinden. Die Konkurrenz zwischen Kommunalpolitik und Imperialismus muß eben noch erst *ausgekämpft* werden. Zu Kampf aber gehören nicht nur Kampfinteressen und Kampfstellungen, es gehören dazu auch *wirkende Kräfte*. Bei diesen liegt die Entscheidung.

Es ist erforderlich: 1. Schutz der Volksmassen vor der *Ausbeutung durch die Gemeinde*, 2. Schutz der Gemeinde *vor dem Staat*.

* * *

Gesetze und Organisationen allein können nie genügen, um eine Klassenherrschaft zu beseitigen. Die Kapitalistenklasse lebt und wirkt, sie versteht es deshalb, sich allen Gesetzen anzupassen und alle Institutionen ihren Zwecken zu unterwerfen, mit ihren Interessen zu erfüllen, — wenn nicht ihr der lebendige Widerstand einer anderen Klasse entgegengesetzt wird, die zahlreich und selbstbewußt genug ist, ihren Willen zur Geltung zu bringen. Wenn die Demokratie dem Kapitalismus Schwierigkeiten bereitet, so nur deshalb, weil sie von den Arbeitermassen ausgenützt wird, um das proletarische Interesse dem kapitalistischen Interesse entgegenzusetzen. Wenn die großstädtische Kommunalpolitik dem Kapitalismus hinderlich werden soll, so kann dies nur dann geschehen, wenn die Volksmassen die Kommunalpolitik mit ihrem Geiste erfüllen. Die „neue Staatsidee“ wird zu einem Schemen, wenn nicht hinter ihr eine Gesellschaftsklasse steht, die willens ist, sie durchzusetzen; ist aber das letztere der Fall, dann wird die Idee selbst — die ja nichts anderes ist als die geistige Zusammenfassung werdender Interessen — zu einem Machtfaktor der Entwicklung. Die demokratische Umgestaltung des Staates, die Verstaatlichungen, die Kommunalisierungen, sie gewinnen nur eine revolutionäre Bedeutung, wenn die Volksmassen sie benützen, um die Forderungen des Sozialismus zum Durchbruch zu bringen. Wir haben uns deshalb in diesem Kapitel von vornherein keineswegs die Aufgabe gestellt, politische Garantien zu finden, die den Kapitalismus nicht aufkommen lassen, sondern wir sind ausgegangen, nach Mitteln zu suchen — „die Interessen der Volksmassen gegenüber der kapitalistischen oder gegenüber der abstrakten Staatsidee geltend zu machen.“

Unsere Untersuchung führt uns nun von der Organisation des Staates und dem Vordringen der sozialistischen Staatsidee — der Idee des Staates als Produktions- und Konsumtionsgemeinschaft im Gegen-

satz zu der Herrschaftsidee des Staates — zu der Organisatin der Massen, die innerhalb der demokratischen Verfassung die neue Staatsidee zu verwirklichen haben.

* * *

Wir wollen, indem wir zu diesem Problem übergehen, unseren bisherigen Betrachtungen zunächst ein Gebiet anschließen, das sich mit den Verstaatlichungen und Kommunalisierungen nahe berührt, nämlich — die Organisation der Konsumtionskraft der Massen. Den Weg dazu zeigen ja bereits die Konsumvereine.

Die Konsumvereine schöpften ihre erste Kraft aus dem Profit des Zwischenhändlers, den sie entbehrlich machten. Aber das Gesetz ihrer Entwicklung liegt nicht darin, sondern, wie das Entwicklungsgesetz der Industrie, in der Steigerung des Massenkonsums. Die Entwicklung des großstädtischen Konsums war so bedeutend, daß sie, neben den Konsumvereinen, noch Raum ließ für die Vermehrung der Zahl der Kleinhändler. Diesen droht die meiste Gefahr nicht seitens der Konsumvereine, sondern von den Grossisten, die ihnen die Preise diktieren, und von den Hauseigentümern, die die Mietpreise steigern. Die Konsumvereine haben selbst, sich mit dem Großhandel, den Fabrikanten, den Hausherren auseinanderzusetzen und die Konkurrenz der Warenbazare zu bestehen. Sie greifen deshalb, mit dem Wachstum ihrer Mittel, zum Grunderwerb, bilden Großeinkaufsgenossenschaften, schrecken auch nicht davor zurück, selbst die Waren zu produzieren, die sie verkaufen, errichten Brotfabriken, Mühlen usw.; die englischen Konsumvereine verfrachten bekanntlich sogar eigene Dampfer.

Die großen Konsumvereine haben sich schon jetzt einen bedeutenden Bankkredit erschlossen. Die Verstaatlichung der Banken wird ihre Tätigkeit erst recht fördern. Wir wissen, daß dadurch der einzelne kapitalistische Unternehmer aus der Industrie vollends ausgeschaltet wird, denn seine Rolle in der Produktion beruht ausschließlich auf seinem Kapitalbesitz, der Kapitalbesitz des einzelnen aber gegen das konzentrierte Kapital nicht aufkommen kann. In einer anderen Stellung befinden sich die Konsumvereine. Ihre Macht beruht auf einer anderen Grundlage, auf der Organisation der Konsumenten, die durch keine Konzentration des Kapitals und keine Organisation der Produktion entbehrlich gemacht werden kann; im Gegenteil, die Konzentration der Produktion erfordert erst recht als ihre Ergänzung die Konzentration des Absatzes, diese — die Organisation der Konsumenten. Die kapitalistische Privatunternehmung kennt nur den Warenmarkt, auf dem alles zusammenströmt und ins Unbekannte, Ungewisse zerfließt; je mehr die gesellschaftliche Produktion zusammengefaßt wird, desto mehr tritt

ihr die gesellschaftliche Konsumtion unmittelbar als Konsumentenmasse entgegen, deren Bedarf nach Art und Größe zusammengefaßt werden muß.

Welche gewaltige wirtschaftliche Macht die Konsumenten darstellen, ergibt sich aus unserer statistischen Zergliederung des gesellschaftlichen Bedarfs. Zweifellos würden die Volksmassen trotz ihrer geringen Mittel schon jetzt Großes leisten können, wenn sie ihre Ausgaben zusammenfassen und als Massenbedarf geltend machen würden. Allein, damit das geschehe, mußten eben erst verschiedene Vorbedingungen erfüllt werden. Die Massen mußten in den Städten zusammengefaßt werden. Der städtische Bedarf selbst mußte sich erst in seiner ganzen Mannigfaltigkeit entwickeln: denn aus dem primitiven Bedarf der Bauern etwa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts ließe sich, selbst wenn man die Bauern zusammenbringen könnte, keine überwältigende wirtschaftliche Macht bilden. Der überseeische Dampferverkehr und die Eisenbahnen mußten erst die Möglichkeit schaffen, den Handel zu konzentrieren, rasch und reichlich alle Gegenden des Landes mit Waren zu versehen. Kurz, es mußte den Konsumvereinen dieselbe wirtschaftliche Entwicklung vorausgehen, die auf der anderen Seite zur Konzentration der Industrie und zu den Kartellierungen geführt hat. Diese Entwicklung findet ihren Abschluß in der Verstaatlichung der Banken, die ihrerseits erst die sozialen Kräfte auslöst zu der größten Machtentfaltung der Konsumentenorganisationen.

Ein wichtiges Moment der Entwicklung der Konsumentenorganisationen ist die persönliche Erkenntnis. Denn im Gegensatz zu der kapitalistischen Unternehmung, die nur den allgemeinen Zwang für alle Welt, Waren zu kaufen, kennt und darauf ihre Geschäftstätigkeit gründet, beruht ja der Konsumverein auf der Einsicht des einzelnen in seinen Bedarf und die ihm zur Verfügung stehenden Mittel. Diese Einsicht mußte aber erst durch Erwägungen und Betrachtungen und durch ein haushälterisches Rechnen hergestellt werden. Beim naturalwirtschaftenden Bauern war das Verhältnis einfach und klar: in den Speichern, wo er seine Ernte untergebracht hatte, im Viehstall und in der Familie stand ihm sein Jahresbudget leibhaftig und lebendig vor den Augen. Der Bauer verstand es denn auch stets meisterhaft, zu haushalten. Der städtische Arbeiter kennt nur seinen Wochenlohn und seine Tagesausgabe, er lebt von der Hand in den Mund, seine Aufmerksamkeit und sein haushälterisches Interesse werden zersplittert, er muß erst auf spekulativem Wege sich eine Vorstellung bilden von der Tragweite seines Lebensbedarfs; und auch dann, wenn er das bereits getan hat, kann er über seinen Jahresbedarf niemals allein disponieren, sondern nur dann, wenn er sich mit vielen anderen verbündet, also im Konsumverein. Die Arbeiter mußten darum überhaupt sich erst organisieren lernen, bevor die Konsumvereine in ihrer Mitte sich haben entwickeln können. Jeder

Fortschritt der Organisationen, jede Steigerung der sozialen Erkenntnis der Arbeiter, und erst recht jede Verbesserung ihrer Lebenslage und Erhöhung ihrer Lebensansprüche führen zur Entwicklung der Konsumvereine. Die Arbeiter müssen aber auch lernen, innerhalb der Konsumvereine selbst ihre Interessen wahrzunehmen; die Massen werden, je reichhaltiger ihr Lebensinhalt werden wird, desto mehr Initiative in der Verwaltung der Konsumvereine ergreifen und sie werden auch andere Formen der Konsumentenorganisationen entwickeln.

Soweit die machtvolle Entwicklung der Konsumentenorganisationen, begünstigt, wie schon erwähnt, durch die Verstaatlichung der Banken, auf das Gebiet der Produktion hinübergreift, tritt sie, mit der gleichzeitigen Entwicklung der Gemeinde- und Staatsbetriebe, in Konkurrenz zu diesen. Die Baugenossenschaften zum Beispiel würden den Gemeinden den Ausbau der Städte streitig machen. Eine scharfe technische oder wirtschaftliche Grenze zwischen dem Bereich der Genossenschafts-, der Gemeinde- und der Staatsbetriebe läßt sich nicht ziehen. Die geschichtlich gewordene Ausdehnung, die einmal gewonnene Macht der einen wie der anderen wird in hohem Maße ihren Wirkungskreis beeinflussen. Es wird hier sicher große Unterschiede geben von Land zu Land, wie ja auch der Kapitalismus, trotz seines allgemeinen wirtschaftlichen Charakters, lokale und nationale Unterschiede aufzuweisen hat. Es werden sich Kombinationen und Verbindungen bilden zwischen den Genossenschaften, den Gemeinde- und Staatsbetrieben.

Wie es wichtig ist, um der Zentralgewalt des Staats ein Gegengewicht zu schaffen, die Gemeindebetriebe zu fördern, so noch mehr die Konsumentenorganisationen und ihre Produktionstätigkeit. Doch auch die Konsumvereine können zu Ausbeutungsquellen werden und kapitalistischen Einflüssen unterliegen.

* * *

Die Organisation der Konsumenten, wie stark entwickelt sie auch sein mag, genügt noch lange nicht, um die Interessen der arbeitenden Massen zu schützen, sondern es ist dazu vor allem die Organisation der Arbeiter innerhalb der Produktion notwendig. Solche Organisationen sind die Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften fassen den Arbeiter nicht als Produzenten und nicht als Konsumenten, sie fassen ihn als Menschen, als Persönlichkeit, die ihre Lebensansprüche sowohl dem kapitalistischen wie dem Staatsinteresse gegenüber zu vertreten hat. Aber allerdings, um die Interessen jeder einzelnen Persönlichkeit wahrnehmen zu können, erstreben sie die Zusammenfassung der Interessen der einzelnen zu einem gemeinsamen Interesse.

Es wäre durchaus irrig, anzunehmen, die Rolle der Gewerkschaften sei in dem Moment ausgespielt, wo der kapitalistische Privatbetrieb aufgehört hat, zu existieren. Nein, durchaus nicht! Die Gewerkschaften werden noch lange die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Staat, gegenüber der Gemeinde und gegenüber der Genossenschaft zu vertreten haben; sie werden vielleicht noch mehr zu tun haben, um in ihrer eigenen Mitte einen Interessenausgleich zu schaffen und um die beruflichen und lokalen Unterschiede in der Lage der Arbeiter aufzuheben. Denn die kapitalistische Ausbeutung ist ungleichmäßig, sie ist an der einen Stelle größer, an der anderen weniger stark; wenn sie aufgehoben wird, hinterläßt sie deshalb Unterschiede in der Lebenshaltung der Arbeiter, die erst im Kampf gegeneinander ausgeglichen werden müssen. Es genügt, einen Blick in die Lohnstatistiken zu werfen, um sich davon zu überzeugen. So betrugen 1907 die durchschnittlichen Jahreslöhne nach den Zahlen der Unfallversicherung im Reich (wir greifen willkürlich einige Berufsgruppen heraus):

Knappschafts-	Berufsgenossenschaft	1408	Mark
Feinmechanik-	"	1316	"
Maschinenbau- und Kleineisen-	"	1241	"
Glas-	"	917	"
Schlesische Textil-	"	591	"
Sächsische Holz-	"	915	"
Tabak-	"	592	"
Bekleidungsindustrie-	"	851	"
Hamburgische Baugewerks-	"	980	"

Man denke sich die Mehrwertsbildung beziehungsweise die Kapitalverzinsung hinweg, so würde man doch nicht mit einem Schlag zum Beispiel die Löhne der Tabakarbeiter auf die Höhe der jetzigen Bergarbeiterlöhne bringen können, denn zu einer Lohnsteigerung von 140 Prozent reicht die Expropriation des kapitalistischen Gewinns allein sicher nicht aus; und doch würde selbst das nicht genügen, um einen Ausgleich in den Lohnbezügen der Tabakarbeiter und Bergarbeiter herbeizuführen, weil ja auch die letzteren ihrerseits mit ihren 1400 Mark jährlichem Durchschnittslohn sich nicht begnügen können, sondern zu einem Einkommen hinaufsteigen wollen, das eine Kulturexistenz ermöglicht.

Es liegt kein Grund vor, die eine Arbeiterkategorie gegenüber der anderen zurückzusetzen. Das Problem wird am letzten Ende gelöst durch die allgemeine Steigerung des Wohlstandes. Dies ist seinerseits eine Frage des Verhältnisses zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und der Entwicklung des gesellschaftlichen Bedarfs. Wir haben uns damit im Verlaufe dieser Schrift wiederholt befaßt, wir wissen, daß die gesellschaftlichen Produktivkräfte bereits vollkommen aus-

reichen, um den Kulturbedarf aller zu befriedigen, daß die kapitalistische Entwicklung zu einer periodischen Ueberproduktion führt, weil sie die Entwicklung des Volksbedarfs hemmt, und daß darum das Problem der Produktionsentwicklung in ein Problem der Entwicklung der Konsumtion sich verwandelt hat. Allein diese Tatsachen, die die allgemeine Vorbedingung für die Verwirklichung des Sozialismus abgeben, helfen uns noch nicht ohne weiteres über die praktischen Schwierigkeiten der sozialen Revolution hinweg, deren spezielle Aufgabe die Ueberleitung der Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus ist. Die soziale Revolution wird erst die Erbschaft der kapitalistischen Ausbeutung zu liquidieren haben, und der fürchterlichste Teil dieser Erbschaft ist der Unterschied in der Lebenshaltung verschiedener Arbeiterkategorien.

Es wird einer Entwicklung bedürfen, die nicht ohne Streit und Kampf abgehen wird, bis die Arbeiter in allen Produktionssphären das gleiche hohe Kulturniveau der Lebenshaltung erreicht haben werden. Diese Entwicklung wird durch die Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums, den die soziale Revolution erzeugen wird, eminent erleichtert werden. Doch den Produktionsaufgaben und -Möglichkeiten der sozialen Revolution wird von uns eine besondere Schrift gewidmet werden. Diesmal interessiert uns der Kampf selbst und die für die Arbeiter daraus resultierende Notwendigkeit, ihre Gewerkschaften auch während der sozialen Revolution zu behalten und erst recht zu entwickeln.

Es fehlt ja auch in der kapitalistischen Gesellschaft nicht an Versuchen, einzelne Arbeiterkategorien gegeneinander auszuspielen. Die Grubenbesitzer waren wiederholt bemüht, die Bergarbeiter mit in ein Komplott gegen die Gesellschaft einzuziehen, um die Kohlenpreise hoch zu halten. Je mehr die Macht der Arbeiter innerhalb der gesellschaftlichen Produktion steigt — und diese Machtsteigerung herbeizuführen, ist ja Aufgabe der sozialen Revolution — desto mehr müssen offenbar solche Sonderinteressen aufkommen. Wir können uns auch Streitigkeiten unter den einzelnen Gemeinden denken. Die ärmeren Städte werden bestrebt sein, unter Ausnützung der Hilfe des Staates ihre Gemeindewirtschaft weit über ihre eigenen Mittel hinaus zu entfalten, sie werden es tun müssen, um die Bevölkerung an sich zu ziehen, — da werden sich die Großstädte beklagen, daß die kleineren Städte auf ihre Kosten leben, während diese wiederum behaupten werden, daß die Großstädte alles an sich reißen wollen. Die Gewerkschaften werden bestrebt sein, sich die gleichen Stützpunkte in der Produktion zu schaffen, wie die Gemeinden und die Konsumorganisationen. Das ist der Weg, der von den Gewerkschaften zu den Produktivgenossenschaften führt.

* * *

Die Auflösung der gesamten gesellschaftlichen Produktion in Produktivgenossenschaften ist undurchführbar, weil die Zusammenhänge der Produktion weit über den Bereich der einzelnen Genossenschaft hinausgewachsen sind. Schon der ursprüngliche Kommunismus wurde dadurch gesprengt, daß der Handel wirtschaftliche Verbindungen schuf, die über den Bereich der Dorfgemeinschaft hinausgingen, — nun, nach vielen Jahrhunderten Produktions-Verkehrs- und Handelsentwicklung läßt sich die Weltproduktion, die uns der Kapitalismus hinterläßt, selbstverständlich erst recht nicht in die Schranken der einzelnen Produktivgenossenschaft fassen. Aber als Grundzelle innerhalb des großen gesellschaftlichen Wirtschaftssystems dürfte der Produktivgenossenschaft, neben den anderen Formen der Genossenschaft, in der sozialen Revolution dieselbe Rolle zufallen, wie der einzelnen kapitalistischen Unternehmung innerhalb der kapitalistischen Konzentrationen.

Denn um eine Vielheit von Genossenschaftsformen handelt es sich — ebenso wie ja auch die kapitalistische Gesellschaft eine Vielheit von Betriebsformen aufzuweisen hat. Wir haben die Konsumentengenossenschaft vor uns, die die Erzeugnisse und Leistungen anderer — ihrer Lieferanten, Angestellten, Arbeiter — bezahlen, dafür aber selbst das Risiko tragen; die Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder sich nicht die einzelne Arbeitsleistung, sondern das Produkt, das Arbeitserzeugnis bezahlen lassen; als Genossenschaft im höheren Ausmaß ist auch die Gemeinde anzusprechen, die ihren Angestellten die wirtschaftliche Existenz sichert, wofür dann alle zusammen in den Genuß der Gemeindetätigkeit gelangen; so auch der Staat; es kann Genossenschaften geben, die selbst die Produkte genießen, die sie erzeugen, wie zum Beispiel Küchengemeinschaften, Gartenbaugenossenschaften; Genossenschaften, bei denen es nicht auf den Verdienst und nicht einmal auf die Leistung, sondern auf die Tätigkeit selbst ankommt, wie die verschiedenen Sportverbindungen, die für ihre speziellen Zwecke — in der letzten Zeit ist auch die Luftschiffahrt dazu gekommen — schon jetzt eine sehr bedeutende Geschäfts- und Produktionstätigkeit entwickeln; schließlich das große und segensreiche Feld der wissenschaftlichen, literarischen, künstlerischen Genossenschaften, die, gestützt auf Staatsmittel oder freiwillige Beiträge, stets recht große fremde Arbeitsleistungen werden in Anspruch nehmen müssen.

Daß zwischen diesen zahllosen und verschiedenartigen Gründungen Wechselbeziehungen, Verbindungen und ein gewaltiger Wettbewerb sich entwickeln müssen, liegt auf der Hand. Jede große Produktionsaufgabe, die der Staat lösen wird, die Erbauung neuer Verkehrswege, die Errichtung neuer Produktionsstätten, die Einführung neuer Produktionsmethoden, das wird einen Aufruhr der konkurrierenden Interessen entfesseln. Das kann gar nicht anders sein — und es ist recht so! Die Vorstellung wäre höchst utopistisch, daß man soziale und persönliche

Unterschiede und Gegensätze, die durch die gesamte geschichtliche Entwicklung der Klassengesellschaft, die zugleich die Geschichte der menschlichen Kultur ist, gebildet wurden, durch ein Dekret oder durch den Entschluß der Majorität, in Eintracht leben zu wollen, von heute auf morgen ausmerzen könnte. Der Vorgang der sozialen Revolution ist nicht der, daß nach einer aus der kapitalistischen Entwicklung abgeleiteten Idee eine neue Gesellschaft konstruiert wird, sondern ihre Aufgabe ist ausschließlich, die Gesellschaft von dem kapitalistischen Interesse zu befreien, das sie durchdringt, über allem hängt, alles sich unterwirft und die Interessen der Volksmassen nicht zur freien Entfaltung kommen läßt.

* * *

Es ist ein abgeschmackter Gedanke, den sozialistischen Staat als nivellierende Macht sich vorzustellen, die keine Unterschiede aufkommen läßt. Die Idee des Staates, dem sich der einzelne willenlos unterwirft, ist vielmehr nichts anderes als die Regierungsidee der Klassenherrschaft. Das ist der Staat, in dem wir uns befinden. Das ist das Herrschaftsmittel der Kapitalistenklasse. Wir wissen, daß die soziale Revolution dieser Staatsidee die Idee des Staates als Produktions- und Konsumentengemeinschaft entgegentreten läßt. Jetzt finden wir, daß hinter dieser neuen Staatsidee das allgemeine Gesellschaftsinteresse sich entfaltet, das kein einfaches und gleichartiges ist, sondern aus Einzel- und Gruppeninteressen sich zusammensetzt, die erst in ihrem Wachstum im Kampf zueinander ausgeglichen werden, um dann wieder zu entstehen und auf einer höheren Stufenleiter aufs neue ausgeglichen zu werden. Am letzten Ende aber erscheint die einzelne Persönlichkeit. Es handelt sich nicht darum, ihren Willen der Gesellschaft zu unterwerfen, sondern die Gesellschaft mit all ihren Organisationen hat gar keinen anderen Zweck, als dem einzelnen die Mittel und Wege zu erschließen zur freien und vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit. Geschieht das, dann wird der einzelne mit seinem Selbstbewußtsein und seinen höchsten Lebensansprüchen und der gemeinsame soziale Wille dieser einzelnen, der sich in seiner ganzen Macht wird geltend machen lassen, den letzten und größten Widerstand bilden gegen jeden Versuch weniger oder vieler über andere oder über die Gesellschaft zu herrschen.

Individualismus und Sozialismus sind keine Gegensätze. Wer den einzelnen von der Gesellschaft loslösen will, der will ihn in jenen Urzustand wieder versetzen, da der Mensch noch wie ein wildes Tier herumirrte, gepeitscht von jeder Unbill der Verhältnisse und das rettungslose Opfer des ersten, der sich stärker erwies, als er. Nur die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der sozialen Verbände macht den Menschen frei von den widrigen Naturverhältnissen und schafft die Möglichkeiten, den einzelnen vor der Unterdrückung und Ausbeutung zu

schützen. Gerade auf dieser Macht der Gesellschaft beruhte stets die Macht der herrschenden Klasse. Sie setzte sich an die Spitze der gesellschaftlichen Organisation und herrschte über die Massen durch die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Produktion und des gesellschaftlichen Zusammenhalts; an dieser Notwendigkeit scheiterten im letzten Grunde alle wütenden Rebellionen des unterdrückten Volkes. Darum ist die große geschichtliche Aufgabe nicht die, den gesellschaftlichen Mechanismus zu zerstören, sondern die, ihn der herrschenden Klasse zu entwinden, um ihn dann erst recht zu entwickeln; denn jede Klassenherrschaft, die auf der Ausnützung der gesellschaftlichen Entwicklung durch wenige beruht, bedeutet zugleich ihre Einengung. Aber die herrschende Klasse versteht es, kraft der Macht, die sie besitzt, Interessen an sich zu fesseln, — darum ist der Kampf gegen die Usurpatoren der gesellschaftlichen Macht ein Klassenkampf, der die gesamte Gesellschaft erfaßt. Wir faßten das Problem an anderer Stelle wie folgt zusammen: „Wir setzen dem kapitalistischen Interesse das sozialistische Interesse entgegen. Um beide gruppieren sich soziale Schichten, Meinungen, Kulturausfichten und Kulturperspektiven. Der Sozialismus ist nicht bloß eine soziale Idee, eine politische Macht, sondern er ist eine neue Welt, die sich aus der kapitalistischen Welt emporarbeitet und mit ihr in Kollision gerät, weil die kapitalistische Entwicklung die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und folglich den Fortschritt der menschlichen Kultur zurückhält."

Der Träger dieser sozialrevolutionären Entwicklung ist das Proletariat, das sich zu diesem Zweck politisch als Sozialdemokratie organisiert. Die von uns aus der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abgeleiteten Mittel und Wege, die Staatsgewalt der Kapitalistenklasse zu brechen, führen nur dann zum Ziele, wenn sie vom Proletariat als kämpfende Klasse ausgenützt werden, und die Entscheidung ergibt sich nicht von selbst, sie fällt im Kampfe. Die politische Garantie liegt nicht in der toten Formel, sondern in dem lebenden Widerstand.

Wir kämpfen gegenwärtig um die soziale Revolution. Die soziale Revolution selbst aber bedeutet nicht die Aufhebung aller Kämpfe, sie bedeutet erst recht Kampf. Das von uns erörterte Staatsproblem des Sozialismus gibt uns deshalb nur die politische Formel der sozialen Revolution, aber noch nicht ihre Lösung.

Wir sind jetzt in der Lage, uns eine mehr konkrete Vorstellung von der sozialen Revolution zu bilden, wie es zu der Zeit möglich war, als diese Formel zuerst geschichtlich abgeleitet wurde.

Nach dem „Kommunistischen Manifest“ stellt sich der Vorgang wie folgt dar:

1. Die Diktatur des Proletariats. Das Proletariat setzt sich in den Besitz der Staatsgewalt und gibt diese nicht frei, bis es die soziale Revolution durchgeführt hat.

2. Die Vergesellschaftung der Produktion. Mit Hilfe der Staatsgewalt setzt sich das Proletariat in den Besitz der Produktionsmittel.

Die erste Korrektur dazu ist von Karl Marx selbst nach den Erfahrungen der Pariser Kommune gemacht worden. „Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“ Das war die Haupterkenntnis, die er damals gewann. Folgen wir seinen Ausführungen:

„Die zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bureaukratie, Geistlichkeit, Richterstand, Organe, geschaffen nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Teilung der Arbeit — stammt her aus den Zeiten der absoluten Monarchie, wo sie der entstehenden Bourgeoisgesellschaft als eine mächtige Waffe in ihren Kämpfen gegen den Feudalismus diente. Dennoch blieb ihre Entwicklung gehemmt durch allerhand mittelalterlichen Schutt, grundherrliche und Adelsvorrechte, Lokalprivilegien, städtische und Zunftmonopole und Provinzialverfassungen. Der riesige Besen der französischen Revolution des achtzehnten Jahrhunderts fegte alle diese Trümmer vergangener Zeiten weg und reinigte so gleichzeitig den gesellschaftlichen Boden von den letzten Hindernissen, die dem Ueberbau des modernen Staatsgebäudes im Wege gestanden. — — — — — — — — — — — In dem Maß, wie der Fortschritt der modernen Industrie den Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit entwickelte, erweiterte, vertiefte, in demselben Maß erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfs bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.

Das Kaisertum war die einzige mögliche Regierungsform zu einer Zeit, wo die Bourgoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte. — — — — — — — — — — Der Imperialis-

mus ist die prostituierteste und zugleich die schließliche Form jener Staatsmacht, die von der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft ins Leben gerufen war als das Werkzeug ihrer eigenen Befreiung vom Feudalismus, und die die vollentwickelte Bourgeoisgesellschaft verwandelt hatte in ein Werkzeug zur Knechtung der Arbeit durch das Kapital.

Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune. Der Ruf nach der „sozialen Republik", womit das Pariser Proletariat die Februarrevolution einführte, drückte nur das unbestimmte Verlangen aus nach einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst. Die Kommune war die bestimmte Form dieser Republik.

Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, mußte der öffentliche Dienst für Arbeiterlohn besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Aemter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.

Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht zu brechen; sie dekretierte die Auflösung und Enteignung aller Kirchen, soweit sie besitzende Körperschaften waren. Die Pfaffen wurden in die Stille des Privatlebens zurückgesandt, um dort, nach dem Bilde ihrer Vorgänger, der Apostel, sich von dem Almosen der Gläubigen zu nähren. Sämtliche Unterrichtsanstalten wurden dem Volk unentgeltlich geöffnet und gleichzeitig von aller Einmischung des Staates und der Kirche gereinigt. Damit war nicht nur die Schulbildung für jedermann zugänglich gemacht, sondern

auch die Wissenschaft selbst von den ihr durch das Klassenvorurteil und die Regierungsgewalt auferlegten Fesseln befreit.

Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit, die nur dazu gedient hatte, ihre Unterwürfigkeit unter alle aufeinander folgenden Regierungen zu verdecken, deren jeder sie, der Reihe nach, den Eid der Treue geschworen und gebrochen hatten. Wie alle übrigen öffentlichen Diener, sollten sie fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein.

Die Pariser Kommune sollte selbstverständlich allen großen gewerblichen Mittelpunkten Frankreichs zum Muster dienen. Sobald die kommunale Ordnung der Dinge einmal in Paris und den Mittelpunkten zweiten Ranges eingeführt war, hätte die alte zentralisierte Regierung auch in den Provinzen der Selbstregierung der Produzenten weichen müssen. In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfes sein, und daß das stehende Herr auf dem Lande durch eine Volksmiliz mit äußerst kurzer Dienstzeit ersetzt werden sollte. Die Landgemeinden eines jeden Bezirkes sollten ihre gemeinsamen Angelegenheiten durch eine Versammlung von Abgeordneten in der Bezirkshauptstadt verwalten, und diese Bezirksversammlungen dann wieder Abgeordnete zur Nationaldelegation in Paris schicken; die Abgeordneten sollten jederzeit absetzbar und an die bestimmten Instruktionen ihrer Wähler gebunden sein. Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, die dann noch für eine Zentralregierung übrig blieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, das heißt streng verantwortliche Beamte übertragen werden. Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, die sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehen beanspruchte, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden."

Also die Besitzergreifung der Staatsgewalt allein genügt nicht, sondern es ist erforderlich die Demokratisierung des Staats und die weiteste Entwicklung der Autonomie der Gemeinden.

Wenn nun die Pariser Kommune 1871 gezeigt hatte, daß das Proletariat nicht einfach mit Hilfe der übernommenen Staatsgewalt die soziale Revolution durchführen kann, sondern eine neue politische Organisation der Gesellschaft schaffen muß, so zeigte in den 80er Jahren die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen, daß die Verstaatlichung der Produktion sich ausgezeichnet dazu eignet, die kapitalistische Herrschaft zu stärken. Zu dem politischen Grund der proletarischen Umgestaltung des Staates kam also auch noch der wirtschaftliche.

Indessen zeigte die Entwicklung der Demokratie auch ihre Unzulänglichkeit. 1891 in seiner Vorrede zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich" überträgt Friedrich Engels die Marx'sche Kritik des bürgerlichen Staats auch auf die Demokratie, wobei ihm die Vereinigten Staaten von Nordamerika als Muster dienen.

„Nirgends bilden die „Politiker" eine abgesondertere und mächtigere Abteilung der Nation als gerade in Nordamerika. Hier wird jede der beiden großen Parteien, denen die Herrschaft abwechselnd zufällt, selbst wieder regiert von Leuten, die aus der Politik ein Geschäft machen, die auf Sitze in den gesetzgebenden Versammlungen des Bundes wie der Einzelstaaten spekulieren, oder die von der Agitation für ihre Partei leben und nach dem Siege durch Stellen belohnt werden. Es ist bekannt, wie die Amerikaner seit 30 Jahren versuchen, dies unerträglich gewordene Joch abzuschütteln, und wie sie trotz alledem immer tiefer in diesen Sumpf der Korruption hineinsinken. Gerade in Amerika können wir am besten sehen, wie diese Verselbständigung der Staatsmacht gegenüber der Gesellschaft, zu deren bloßem Werkzeug sie ursprünglich bestimmt war, vor sich geht. Hier existiert keine Dynastie, kein Adel, kein stehendes Heer, außer den paar Mann zur Bewachung der Indianer, keine Bureaukratie mit fester Anstellung oder Pensionsberechtigung. Und dennoch haben wir hier zwei große Banden von politischen Spekulanten, die abwechselnd die Staatsmacht in Besitz nehmen und mit den korruptesten Mitteln und zu den korruptesten Zwecken ausbeuten — und die Nation ist ohnmächtig gegen diese, angeblich in ihrem Dienst stehenden, in Wirklichkeit aber sie beherrschenden und plündernden zwei großen Kartelle von Politikern."

Also, die Demokratisierung des Staats und die Autonomie der Kommunen genügen auch noch nicht. Worin finden wir Abhilfe? Friedrich Engels meint:

„Gegen diese in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende,

lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andere Arbeiter empfingen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken. Damit war der Stellenjägerei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Ueberflusse hinzugefügt wurden."

Das ist offenbar höchst ungenügend. Denn die Hauptgefahr liegt ja nicht in der Beamtenkorruption, sondern darin, daß das kapitalistische Interesse, das Kapitalanhäufungsinteresse sich den Staat und alle politischen Organisationen unterwirft. Marx selbst ging schon viel weiter, faßte das Problem viel tiefer, indem er der zentralisierten Staatsgewalt die Lokalverwaltungen entgegenhielt.

Die Korrektur ist durch die weitere Praxis des proletarischen Klassenkampfes gegeben worden, durch die Entwicklung der parlamentarischen Tätigkeit der Arbeiter, ihr Eindringen in alle politischen Körperschaften, die Entwicklung der Gewerkschaften, der Konsumvereine und durch die Klärung unserer Vorstellungen über die Vergesellschaftung der Produktion unter dem Einfluß der gewaltigen Konzentrationen, die bereits die kapitalistische Entwicklung ins Leben gerufen hat. Es blieb nur noch übrig, das theoretische Ergebnis dieser praktischen Erfahrungen zusammenzufassen, wie es das „Kommunistische Manifest" für die erste große Geschichtsperiode des proletarischen Klassenkampfes und Marx' „Bürgerkrieg" für die Pariser Kommune getan hat.

Die Demokratisierung des Staates und die Autonomie der Kommunen genügen uns allein nicht mehr. Wir denken uns die Arbeiterorganisationen selbst, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, die Genossenschaften als integrierenden Teil der neuen Staatsform. Die Vergesellschaftung der Produktion denken wir uns nicht einfach als Verstaatlichung, sondern wir denken sie uns als ein mannigfaltiges System wirtschaftlicher Organisationen, das mit dem komplizierten politischen System eng verflochten wird. Und innerhalb dieser Organisationen löst sich für uns die Diktatur des Proletariats in dessen fortgesetzte politische Betätigung unter steigend günstigen Verhältnissen im Verlauf der sozialen Revolution auf.

Was bietet die soziale Revolution aber von diesem Gesichtspunkte aus dem Proletariat und inwiefern bildet sie einen geschichtlichen Wendepunkt? Die soziale Revolution bietet dem Proletariat dasselbe, was die bürgerliche Revolution der Bourgeoisie geboten hat, und bedeutet im gleichen Sinne einen geschichtlichen Wendepunkt: denn die Entwicklung der Bourgeoisie begann ja lange vor der Revolution, schon unter

dem absolutistischen Regime war sie eine Macht und verstand diese Macht zu gebrauchen, um ihren Einfluß zu steigern, aber erst nachdem sie sich in den Besitz der Staatsgewalt setzte, konnte sie den Staat und die Produktion frei nach ihrem Willen umgestalten, und von da erst beginnt die große kapitalistische Entwicklung. So auch das Proletariat: es muß seinen politischen Willen geltend machen, ihn maßgebend werden lassen, um die politische und wirtschaftliche Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne durchzuführen.

Anhang A.:

Ein Komplott gegen das deutsche Volk und das Deutsche Reich

Der Amerikanismus — Der preußische Staat und die Kartelle — Die oberschlesischen Magnaten — Der preußische Staat als Geschäftsmann — Der Herrgott in Oberschlesien und der preußische Staat — Eine Liebesgabe — Wie die Schutzzölle wirken — Preußen als Verbündeter der Kartelle — Die neue heilige Allianz — Der Kampf gegen Süddeutschland — Der Kampf gegen die Städte — Ein Entweder — oder!

Es entzieht sich niemand dem Einfluß seines Zeitalters. Zu einer Zeit, da die Bourgeoisie ihr Eigentum in Börsenwerte umtauscht, die Grundherren ihren Besitz in Hypotheken verwandeln, mobilisieren auch die Fürsten ihr Eigentum. Die alten Burgen werden unter den Hammer gebracht, um mit dem Erlös amerikanische Eisenbahnaktien zu kaufen. Könige spekulieren auf der Börse, und Angehörige alter Dynastien ziehen Wechsel auf ihre im voraus kapitalisierte Dotation und verpfänden dabei, zur größeren Sicherheit, ihren Stammbaum. Das kann in den Ländern, wo die Monarchie noch als innerlich konsolidierter, politischer und wirtschaftlicher Familienbesitz dasteht, von Bedeutung sein oder werden; viel wichtiger aber ist, daß unter der Einwirkung der großen sozialen Produktionszusammenhänge die Regierungsgewalt selbst zu einem gewaltigen wirtschaftlichen Machtfaktor wird.

Die große französische Revolution hatte den Regierungen Europas für mehr als ein Jahrhundert das Selbstvertrauen geraubt. Selbst dort, wo sie ihre politischen Prärogativen zum großen Teil aufrecht erhielten, ließen sie sich in wirtschaftlichen Dingen von der Bourgeoisie meistern: erst aus Angst vor Handelskrisis, Revolution und sonstigen ebenso geheimnisvollen wie schrecklichen Dingen, dann aus Respekt vor der Virtuosität, mit der die Bourgeoisie einen bis dahin unbekannten Reichtum emporzauberte, der die Macht des Staates steigerte. Die Regierungen ließen die Bourgeoisie gewähren, stets, freilich, dabei eifersüchtig auf ihren eigenen Vorteil bedacht, und lernten von ihr. Aber jetzt ist diese Lehrzeit vorbei, und die Regierungen entwickeln immer mehr — selbstverständlich, am meisten dort, wo sie die meiste Macht behielten — ein selbständiges kapitalistisches Geschäftsgebaren.

Die große wirtschaftliche Aktion Preußens, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, geschah bekanntlich in erster Linie aus strategischen Gründen, dann gewann man ein steigendes fiskalisches Interesse daran;

jetzt aber erst lernt Preußen begreifen, daß es in den Eisenbahnen ein gewaltiges wirtschaftliches Machtmittel besitzt.

Damit zugleich gewinnt das Bestreben Preußens, seinen wirtschaftlichen Machtbereich zu erweitern und zu konsolidieren, an Klarheit, Zielbewußtsein, Entschiedenheit. Dies um so mehr, als es sich immer deutlicher herausstellt, daß man seinerzeit mit den Eisenbahnen auch den Bergbau hätte verstaatlichen sollen und jetzt drauf zahlen muß, weil man es damals versäumt hatte. Vor allem waren in den 70er Jahren in Deutschland Kohlengruben billig zu haben. „Als die Kohlenindustrie keine Dividenden zahlte, namentlich in Westfalen in den 80er Jahren — erklärte Bergrat Graßmann-Essen bei der Kartellenquete* — ging es der Eisenindustrie verhältnismäßig gut. Heute ist es umgekehrt, die Kohlenindustrie zahlt bessere Dividenden als die Eisenindustrie.“ Bergrat Gothein-Breslau, der gewiß kein Freund der Fusionen ist, meinte: „Gewiß gab es damals (1889) auch Gruben zu kaufen; und ich halte es nicht für weitsichtig, daß die Eisenindustrie in jener Zeit nicht Wert darauf gelegt hat, sich Kohlengruben anzuschaffen.“** Nicht minder gilt das aber vom Staat mit seinen Eisenbahnen. Diese Lage des Kohlenbergbaues gab den wichtigsten Anstoß zur Bildung des Kohlensyndikats, und bald darauf änderte sich die Situation. Es liegt uns fern, dies als Leistung des Syndikats hinstellen zu wollen, dem vor allem die aufsteigende Geschäftskonjunktur zugute kam; aber innerhalb dieser hat das Syndikat durch seine Produktionszusammenfassungen und Absatzregelung gewiß sehr viel zum Aufblühen des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues getan — eine Arbeit, die, wie wir wissen, der Staat noch viel besser hätte ausführen können. Triumphierend deponierte jetzt der bekannte Geheime Kommerzienrat Kirdorf-Gelsenkirchen:***

„Keiner von uns, der ein genauer Kenner des niederrheinisch-westfälischen Bergbaues ist, hat wohl nicht Ende der achtziger Jahre geglaubt, daß der eigentlich alte Ruhrbergbau seinem Ende zugeht. Die meisten Zechen wurden für abgebaut gehalten, sie waren nach Lage des ganzen westfälischen Marktes nicht mehr existenzfähig, und man rechnete damit, daß sie nach und nach verschwinden würden. Es ist ja dies der Teil des Bergbaues, der nur Magerkohle produziert, die mit Ausnahme der aufbereiteten Nüsse für Haushaltungszwecke sonst diejenige Kohle darstellt, die zu den niedrigsten Preisen verkauft wird. Meine Herren, das hat sich seit Bestehen des Syndikats vollständig geändert. Dieser ganze Ruhrbergbau ist

* Kontr. Verh. am 26. und 27. März 1903, zweiter Tag, Seite 496.
** Kontr. Verh. 1903, Seite 489.
*** Kontr. Verh. 1903, Sitzungsprotokoll Seite 186, 187.

wieder zu einem Aufblühen gekommen; die sämtlichen Zechenanlagen dort sind neu ausgestaltet worden, es sind sogar alte Zechen wieder aufgenommen worden; also es ist ein Reichtum wieder zum Aufschluß gekommen, der tatsächlich nach dem Urteile der Kenner unseres Reviers aufgegeben war, oder seinem Ende entgegen ging."

Nunmehr sieht freilich die Sache anders aus: als der preußische Staat die „Hibernia" erwerben wollte, da liefen ihm bekanntlich die Großbanken über den Weg und verhinderten das Geschäft.

* * *

Weil der Staat es versäumt hatte, die Kohlenzechen aufzukaufen, muß er jetzt von den Kartellen sich die Preise vorschreiben lassen und nicht nur seine Kohle, sondern auch sein Eisen, folglich die Schienen, Lokomotiven, Waggons, Bahnhofshallen usw. teurer bezahlen.

Es war denn auch sehr wesentlich die Entwicklung der Kartelle, die Preußen den Anstoß zu seiner gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gab. Dabei hat die Kartellenquete viel zur Klärung der Ansichten beigetragen. Man kann es Sitzung für Sitzung verfolgen, wie besonders die Herren Professoren, diese offiziellen Vertreter der preußischen Wissenschaft, zu einer immer entschiedeneren Stellungnahme gelangten, bis schließlich Herr Professor Adolf Wagner sein Urteil in folgenden Worten zusammenfaßte: „Wenn wir ein Monopol einmal haben sollen, würden wir wenigstens ein Staatsmonopol vorziehen. (Sehr richtig!) Dann fließen die Vorteile wenigstens in die Taschen der Gesamtheit, also erleichtern sie die Steuerzahler, wie es beim Eisenbahnwesen sich zeigt, aber nicht in die Taschen derjenigen, die hier bei dem Privatmonopol am meisten beteiligt sind, Aktionäre, Werksbesitzer, Direktoren, Aufsichtsräte usw."

Wir brauchen wohl nicht erst besonders klarzulegen, daß der Nutzen des preußischen Staates noch keineswegs der Nutzen der Gesellschaft zu sein braucht und Herr Professor A. Wagner hier den preußischen Staat mit etwas verwechselt, was dieser nicht ist und nicht sein will.

Der preußische Staat denkt auch gar nicht, seine Macht dazu auszunützen, die Sondervorteile, die jetzt den Kartellen zufließen, der Gesellschaft, das heißt den Volksmassen, zugute kommen zu lassen; sein Bestreben geht vielmehr dahin, sich mit den Kartellen zu verbünden, um auf Kosten der Gesellschaft sich Sondervorteile zu verschaffen.

Die preußische Regierung denkt zunächst nicht einmal an Verstaatlichungen, sie braucht sie nicht; sie tritt zu den Kartellen beziehungsweise Syndikaten als Gleicher unter Gleichen und arbeitet auf eine Koalition des preußischen Staates mit den großen kapitalistischen Verbänden hin.

Ihren Ausgangspunkt bildet dabei die oberschlesische Kohlen- und Eisenindustrie. Mit dieser verbindet sie schon der Nachbarbesitz der Kohlengruben.

* * *

Die oberschlesische Industrie erscheint äußerlich weniger konsolidiert, als die rheinisch-westfälische, sie ist es aber in Wirklichkeit viel mehr. Als Professor Schmoller der, übrigens, überhaupt bei den Kartellverhandlungen eine Naivität der Auffassung offenbarte, die nur noch durch seine Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse übertroffen wurde, an die Vertreter der oberschlesischen Kohlenkonvention die Frage richtete, ob bei ihnen nicht das Bedürfnis nach einer festeren Vereinigung aufgekommen wäre, antwortete Generaldirektor Williger-Kattowitz verneinend und fügte hinzu:

„Das kommt vielleicht daher, daß wir in Oberschlesien nur 15 Gewerkschaften größeren Stils haben; die meisten gehören Großgrundbesitzern und großen Aktiengesellschaften. Wir vertragen uns gut, und so scheinbar locker die Sache ist, so fest ist sie trotzdem." (Kartellenquete Band I, Seite 341.)

Weitere Aussagen: „Unsere oberschlesische Industrie ist in wenigen großen Händen — — — — — — — Wir sind, soviel ich weiß, 15 Grubenbesitzer als Mitglieder, und wir stimmen ab nach der Menge des Jahresversands — — — — — — Unser Vorstand hat eigentlich nichts anderes zu tun als — ich möchte sagen — die Bureaugeschäfte zu führen, die Protokolle zu verteilen und dasjenige zu veranlassen, was den Beschlüssen der Generalversammlung entspricht. — — — — — — Die oberschlesische Konvention ist mehr eine Familienvereinigung."

Es sind folgende Familien, die das Ganze beherrschen:

Fürst von Donnersmarck
Fürst Hohenlohe
Graf Schaffgotsch
Graf von Ballestrem
Fürst Pleß.

Bei der besonders großen Abhängigkeit der oberschlesischen Eisenindustrie von den Kohlengruben — da sie auf der Zufuhr von Eisenerzen beruht und folglich der Kohlenbesitz die Grundlage des Ganzen bildet — vertritt dieser Familienbesitz in der Hauptsache auch die Eisenindustrie. Als es 1903 bei der Auseinandersetzung zwischen den Eisen- und Kohleninteressenten zu einem kleinen Geplänkel auch unter den Vertretern von Oberschlesien kam, erklärte Herr Generaldirektor Williger-Kattowitz — wir geben dieses Zitat etwas ausführlich wieder, weil darin nebenbei ein für uns wichtiger Gedanke gestreift wird:

„Ich will mich im wesentlichen gegen die Ausführungen des Herrn Kommerzienrates Caro wenden. Ich möchte aber zunächst konstatieren, daß er prinzipiell kein Konventionsgegner ist, sondern daß er unsere Konvention für ein vernünftiges Gebilde hält und nur eine entsprechende Umgestaltung wünscht, etwa so, daß die Konvention im Bunde mit dem Fiskus ein Syndikat wird. Nun pflegen wir unsere Sachen in Oberschlesien ganz friedlich untereinander abzumachen, und daß wir in guter Harmonie leben, beweist unter andern der Umstand, daß ich nicht nur Vorsitzender in der Kohlenvention bin, sondern auch in der Eisenkonvention.“ (Kartellenquete Band I, Seite 477.)

Ebenso zeigt die Liste des später gebildeten oberschlesischen Stahlwerksverbands die gleichen führenden Namen.

Zwischen der preußischen Bergbauverwaltung und den Geschäftskontoren der oberschlesischen fürstlichen und gräflichen Kohlendynastien bestand stets ein sehr gemütliches Verhältnis, daß auch noch in den Hofkonnexionen der schlesischen Magnaten eine gewisse Weihe gefunden haben dürfte. Und kam es gelegentlich zu Verdruß, so wurde jedenfalls die Verstimmung beim Frühstück oder Diner, zu dem Kohlendirektionen die Regierungsvertreter einluden, mit Champagner heruntergespült.

* * *

Dieses einträchtliche Verhältnis kam vor allem in der wichtigen Tatsache zum Ausdruck, daß der preußische Fiskus es stets sorgsam vermieden hatte, in Konkurrenz zu den Privatkohlenzechen zu treten; er übernahm ihre Preise und hütete sich, unter diese herunterzugehen. Dies wurde auch von den Vertretern der oberschlesischen Kohlenindustrie in aller Form zugegeben. Generaldirektor Bergrat Bernhardi-Zalenze deponierte:

„Hinter den fiskalischen Gruben steht stets der Minister, und der Minister beeinflußt direkt die Kohlenpreise der genannten Gruben. Trotzdem liegen im allgemeinen die Dinge so, daß der Fiskus bezüglich der Preise der Konvention folgen muß. Der Fiskus ist gar nicht in der Lage, die Preise höher zu setzen als wir, sonst geht sein Absatz zurück.“ (Kartellenquete Band I, Seite 348.)

Daß der Fiskus die Preise niedriger setzen könnte, verschweigt uns Herr Bernhardi wohlweislich. Da der preußische Staat, wie allgemein anerkannt wird, über die besten Kohlengruben im ganzen Distrikt verfügt, so wäre er wohl in der Lage, mit den Preisen herunterzugehen und auf diese Weise selbst die Preisgestaltung in ganz Oberschlesien zu bestimmen, allein er tut es nicht, um die oberschlesische Aristokratie in ihrem Ausbeutungsgeschäft nicht zu stören, und weil die hohen Preise,

die die Privatgruben stellen, ihm die Möglichkeit geben, einen Extraprofit einzustecken, das heißt die Konsumenten auszuwuchern.

Der preußische Staat geht sogar noch weiter und hält seine Kohlenpreise — entgegen der Aeußerung des Herrn Bernhardi — gelegentlich über dem allgemeinen Preisniveau. Er erweist sich auch in seinem Verkehr mit den Händlern und Konsumenten von einer noch viel größeren geschäftlichen Rücksichtslosigkeit, als die Kartelle und Syndikate. Die „kontradiktorischen Verhandlungen" haben das vor aller Welt aufgedeckt.

Der erste war Herr Kirdorf-Gelsenkirchen, der, wegen der Preisgestaltung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats angegriffen, in die Worte ausbrach:

„Warum sollen wir, die wir unsere Interessen zu wahren berufen sind, weiter herabgehen als der fiskalische Bergbau? Der Fiskus hat seine Preise nicht in dem Maße ermäßigt, wie wir das getan haben."*

Dies blieb unwidersprochen.

Ueber die Art, wie der preußische Fiskus durch den Druck auf den Kohlenhandel seine und der Kartelle Monopolstellung schützt, äußerte sich Herr Stinnes, bekanntlich einer der reichsten Zechenbesitzer Westfalens:

„Die königliche Bergwerksdirektion geht soweit, daß sie den Händlern, die mit ihr arbeiten, einfach verbietet, überhaupt von nicht der Bergwerksdirektion angehörigen Zechen zu kaufen. Ferner steht in den Bedingungen, die eben angezogen sind, ein Paragraph, durch den die Händler sich verpflichten müssen, auch von Zechen, die mit der Bergwerksdirektion überhaupt nichts zu tun haben, die Kohlen nur mit einem gewissen Nutzen zu verkaufen, widrigenfalls sie dem Schiedsgericht verfallen, dessen Vorsitzender der Vorstand des Handelsbureaus der königlichen Bergwerksdirektion ist. Das führt natürlich dazu, daß der Kohlenhandel in Zeiten absteigender Konjunktur, um solche Schäden und Verurteilungen zu vermeiden, einfach die Privatgruben sitzen läßt und höchstens die Kohlen von der Bergwerksdirektion abnimmt." (Kartellenquete Band I, Seite 229.)

Auch das blieb unwidersprochen. Nur meinte

Kohlenhändler Fischer-Bingerbrück: „Wenn die königliche Bergwerksdirektion gegen außenstehende Saarzechen etwas scharf vorgeht, so tut sie nichts anderes, als das Syndikat gegenüber den Außenzechen an der Ruhr."

* Kartellenquete Band I, Seite 177.

Darauf pointierte Herr Stinnes seinen Angriff noch mehr:

„Ich möchte betonen, daß das Kohlensyndikat auch Gründe gehabt hat, gegen die Nichtsyndikatszechen vorzugehen. Es hat das in offener Weise durch den Aufschlag von 50 Pf. pro Tonne getan; andere Reviere haben das in geheimer Weise getan, und ich möchte den Herrn Vertreter des Handelsministeriums bitten, sich nicht bloß die öffentlich bekannten, sondern auch die geheimen Bedingungen zu verschaffen, wenn er sie noch kennt. (Heiterkeit.)“ (Kartellenquete I, Seite 239.)

Und diese Mitteilung wurde ebenfalls von keiner Seite zurückgewiesen.

Der preußische Staat ist auf diese Weise als Mitbeteiligter an den Preistreibereien der Oberschlesischen Kohlenkonvention und als Mitverschworener der schlesischen Kohlenmagnaten vor aller Welt bloßgestellt worden.

Die Beziehungen bleiben aber nicht bloß bei der Bergbauverwaltung, sie greifen auf das Gebiet der preußischen Staatspolitik hinüber. Um diese vollkommen zu würdigen, muß man sich erst die besonderen Verhältnisse der oberschlesischen Eisenindustrie vergegenwärtigen.

Die Herren aus Oberschlesien klagten bei der Kartellenquete zunächst darüber, daß ihnen die Eisenerze mangeln. Eisenerz muß erst aus weiter Ferne, hauptsächlich aus Schweden zugeführt werden. Ihre zweite Klage war, daß sie in der Nähe keine genügende Verarbeitungsindustrie finden und darum in weiterer Entfernung Absatz suchen müssen. Ihre dritte Klage war, daß sie auf den fernen Märkten mit den günstiger gelegenen Produktionsstätten nicht konkurrieren können.

So setzte zum Beispiel Herr Direktor Kapal vom Oberschlesischen Stahlwerksverband auseinander:

„Wir haben bei der eigentümlichen ungünstigen Lage recht weite Wege zu überwinden. Dazu stehen uns fast lediglich die Staatsbahnen zur Verfügung, dann die Wasserstraßen, über die wir verfügen. Die Oder ist bekanntlich sehr unzuverlässig und nur zum geringen Teil zu verwenden. Es kommt hinzu, daß die östlichen Absatzgebiete, Schlesien und Posen, eine wenig entwickelte Verfeinerungsindustrie haben, und infolgedessen nur einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz der oberschlesischen Fabrikate aufnehmen können. Die Folge davon ist, daß ein großer Teil dieser Fabrikate in Gebiete abgesetzt werden muß, die durch weit günstigere Verkehrsmittel seitens der westlichen und süddeutschen Werke bestritten werden können. Nehmen Sie das Gebiet an der Küste Ost- und Westpreußens, nehmen Sie Pommern, so wird Ihnen ein Blick auf die Karte zeigen, daß die rheinisch-westfälische Industrie sowohl von den günstigen Häfen des

Rheins als speziell auch die süddeutsche Industrie über die Nordseehäfen mit sehr billigen Wasserfrachten dieses Gebiet sehr erfolgreich bestreiten kann. Ferner: Je mehr wir uns dem Westen nähern, um so schwieriger wird der Absatz für die oberschlesischen Werke."

Nun liegt ja Schlesien an der Grenze zweier großen Länder, Rußlands und Oesterreichs. Allein:

„Rußland und Oesterreich-Ungarn, von deren Grenzen die einzelnen Werke kaum 10 Kilometer entfernt liegen, ist ihnen durch die Handelsverträge und durch die hohen Zölle verschlossen. Es bleiben nur übrig die Balkanstaaten, die auch nur in ihrem nördlichen und westlichen Teil einigermaßen zu erreichen sind, aber bei der geringen Aufnahmefähigkeit dieser Staaten und bei der starken Entwicklung der österreichisch-ungarischen Eisenindustrie, die sich immer mehr ausdehnt und durchaus in der Lage ist, diese Gebiete zu bestreiten, ist der Absatz nach diesen Exportgebieten nach und nach sogar zurückgegangen. Außerdem ist es nur noch möglich gewesen, über Stettin durch Segler und einige billige Wasserfrachten verhältnismäßig geringe Quantitäten nach Dänemark abzusetzen. Die verschiedenen Versuche, überseeisch zu exportieren oder nach der Levante, sind daran gescheitert, daß die großen Wege, die von Oberschlesien bis zu den Umschlaghäfen zu überwinden sind, es einfach unmöglich gemacht haben, erfolgreich auf dem Weltmarkte zu konkurrieren."

Hört man diese Schilderung, so muß man auch unwillkürlich sagen: „Ja, wenn sie in Oberschlesien kein Eisen und keinen Eisenmarkt haben, wozu bauen sie dann Eisenwerke? Bei einer derartigen Ungunst der Verhältnisse ist es offenbar eine Fügung Gottes, daß man in Oberschlesien etwas anderes bauen soll." Aber so ist nicht die Denkweise der oberschlesischen Magnaten. Sie meinen vielmehr: Mag es auch der liebe Herrgott anders gewollt haben, so wird es schon der preußische Staat zu unserem Vorteil zu lenken wissen.

* * *

Die Frage der Entfernung ist die Frage der Frachten, und ist nicht Preußen Herr der Eisenbahnen? Der preußische Staat hat schon bei der Kohle sich entgegenkommend gezeigt, um wieviel mehr noch kann er beim Eisen helfen?

Ueber die Ausnahmetarife für schlesische Kohle entspann sich bei der Kartellenquete eine sehr interessante Kontroverse zwischen Herrn Gothein und den Vertretern der oberschlesischen Kohlenzechen.

Gothein: „Ich wollte zunächst bezüglich der Ausnahmspreise an der Küste fragen, ob nicht seinerzeit seitens der Eisenbahnverwaltung bei der Erstellung von Ausnahmetarifen ausdrücklich das

Verlangen gestellt worden ist, mit den Preisen in diesen Gegenden auch herunterzugehen, unter die Preise, die in anderen Gegenden erzielt werden". Generaldirektor Bergrat Bernhardi-Zalenze: „Dieses Verlangen ist älter als die Konvention; es stammt aus den achtziger Jahren, und die großen Gruben haben schon damals aus der Not heraus sich dazu entschlossen, Ausnahmepreise zu gewähren. Die Konvention hat die faktisch vorhandenen Preise im Ostseegebiet eben nur anerkannt, aber auch nur zeitweise, nicht immer. Was die billigeren Frachten der Eisenbahn anbetrifft, für bestimmte Sendungen — es waren die sogenannten Mehrwaggonsendungen, die zu einem billigerem Preise verkauft wurden, — so waren sie allerdings an eine Preiskonzession gebunden, die wir Oberschlesier auch zugestanden. Aber diese Sache ist inzwischen eingeschlafen und spielt schon lange keine Rolle mehr." (Kartellenquete Band I, Seite 349.)

Nach diesen Worten des Herrn Bernhardi gewinnt man den Eindruck, daß ihm 1902, als er seine Aussage machte, von den Tarifbegünstigungen für schlesische Kohle nur noch eine dunkle Erinnerung geblieben war. Allein dieser Eindruck ist falsch: „eingeschlafen" war bloß die Preiskonzession, zu der die Kohlengruben verpflichtet waren, während der Ausnahmetarif bestehen blieb — wenigstens bestand er 1897 noch sicher, wie das sich aus den Aussagen anderer Sachverständiger klar ergibt.

Kommerzienrat Stahl-Bredow (Direktor der Aktiengesellschaft „Vulkan"): „Ungünstig wirkte seinerzeit die hohe Fracht, welche wir nach Stettin zu zahlen hatten, so daß der oberschlesischen Kohle der Wettbewerb mit der englischen Kohle daselbst sehr erschwert wurde. Nach langem Drängen wurde schließlich eine größere Frachtermäßigung zugestanden und dadurch der Kohlenversand nach der Ostsee wesentlich gefördert. Leider haben wir erfahren müssen, daß diese Frachtermäßigung allmählich durch Erhöhung der Kohlenpreise loko Grube teilweise wettgemacht worden ist, so daß heute nicht mehr die volle Bonifikation besteht". (Kartellenquete Band I, Seite 474.)

Kaufmann Voß-Magdeburg: „Die Frachtermäßigung, welche 1897 eintrat, ist vollständig draufgegangen und an das Kohlensyndikat infolge der Preiserhöhung bezahlt, welche reichlich 25 Prozent des Wertes betrug. Dazu kommen noch zirka 15 bis 20 Prozent für Verschlechterung der Qualität der Kohlen. Man könnte demnach in der Frachtherabsetzung geradezu eine pekuniäre Unterstützung des Kartells durch den Eisenbahnfiskus erblicken? (Kartellenquete Band I, Seite 374.)

Nun überlege man sich die Situation! Die oberschlesische Kohlenindustrie klagt über die weite Entfernung ihrer Märkte. Der preußische

Staat gewährt ihr Frachtvergünstigungen, um ihr den Absatz zu erleichtern. Statt aber mit dem Preis herunterzugehen, schrauben ihn vielmehr die Kohlenzechen herauf, sie schlagen die Frachtdifferenz zu dem Preis ab Grube, und sie können das offenbar nur erreichen, weil der Bergbaufiskus ihnen in der Preisbestimmung folgt. Die Frachtvergünstigung wird zu einer einfachen, puren Liebesgabe des preußischen Staates an seine Freunde von der hohen schlesischen Aristokratie. Und nachdem man die Kohle künstlich verteuert hat, klagt man dann über die Schwierigkeiten der Konkurrenz.*

Als man die Vertreter der oberschlesischen Kohlenkonvention fragte, auf welche Weise sie denn, da sie so sehr über die Ungunst der Verhältnisse klagen, mit der Konkurrenz fertig werden zu können glauben, antworteten sie, sie hätten „unausgesetzt danach getrachtet — — — — billigere Eisenbahntarife zu bekommen", und fügten außerdem hinzu:

> „Dann wollen wir, wie vorhin schon erwähnt, den Oppelner Hafenbau unterstützen, und ebenso haben wir Projekte aufstellen lassen, damit staatsseitig ein Kanal gebaut werde von Kosel bis in das Herz des oberschlesischen Reviers hinein." (Generaldirektor Williger Kartellenquete Band I, Seite 358.)

Ob auch für Eisen und Eisenerze Frachtvergünstigungen in Schlesien bestehen, kam bei den Kartellverhandlungen nicht zum Ausdruck. Das beweist noch keineswegs das Gegenteil, da der preußische Staat, wie wir gesehen haben, es vorzieht, seine Geschäfte vertraulich abzumachen. Aus dem soeben angeführten Zitat ist zu ersehen, daß die Industriedynastien Oberschlesiens noch viel weiter gehen und sich „staatsseitig" billige Wasserstraßen bauen lassen wollen.

* * *

Vor allem aber hat der preußische Staat, und zwar auf dem Wege über das Reich, der schlesischen Eisenindustrie durch die Schutzzölle gedient. Dadurch wurde ein künstliches Preisniveau geschaffen, das erst die oberschlesische Eisenindustrie rentabel machte. Es wird denn auch durchaus zugegeben, daß die oberschlesischen Eisenindustrie vollständig von den Eisenzöllen abhängt. So erklärte zum Beispiel Direktor Kapal, es hätten „die Erfahrungen der letzten 20 Jahre gelehrt, daß

---

* Daß es sich übrigens auch bei der vielbesprochenen oberschlesischen Erzfrage nicht bloß um Mangel an gutem Eisenerz, sondern auch noch um andere Dinge handelt, dafür besitzen wir das Zeugnis des Herrn Generaldirektors Williger selbst, der sich wie folgt äußerte: „Wir haben keine genügenden Erze, respektive sie sind durch ein gewisses Monopol sehr teuer." Kartellenquete Band I, Seite 478.

die oberschlesischen Werke, wie es auch ihre geographische Lage mit sich bringt, lediglich darauf angewiesen sind, ihre Produkte im deutschen zollgeschützten Inlande unterzubringen."*

Die Schutzzölle haben nicht etwa einer Industrie zu einer selbstständigen Entwicklung verholfen, sondern sie unterhalten künstlich eine Industrie, die nicht bestehen kann. Das ist eine treibhausmäßige Industriezucht, wie man ebensogut unter Glasglocken Seidenraupen züchten könnte. Es gab ja doch einmal sogar eine Weinkultur in Schlesien! Die schlesische Eisenindustrie lebt vom schwedischen Eisenerz und von den deutschen Eisenzöllen. Wenn Schweden dazu gelangt, sein Eisenerz selbst zu verarbeiten, was nicht ausbleiben kann, — dann wird kein Eisenzoll hoch genug sein, um die schlesische Eisenproduktion zu halten! Doch das sind Dinge, die man am besten in Verbindung mit der Entwicklung der Kartelle und des kapitalistischen Weltmarkts klarlegt.**

* * *

Um die Schutzzölle vollkommen auszunutzen, war für die oberschlesische Eisenindustrie ein Doppeltes notwendig: 1. festerer Zusammenschluß der einzelnen Werke; 2. eine Verständigung mit den rheinisch-westfälischen Eisenwerken. Beiden Zwecken dient der oberschlesische Stahlwerksverband, der sich im Anschluß an den rheinisch-westfälischen bildete. Daß die beiden Hand in Hand arbeiten, ist offenbar, wenn auch die vertraulichen Besprechungen und geheimen Abmachungen zwischen den im Osten und Westen herrschenden kapitalistischen Cliquen sich der öffentlichen Kenntnis entziehen. Eine öffentliche Tatsache ist es ferner, daß der oberschlesische Stahlwerksverband bloß noch auf den Augenblick warte, da es dem rheinisch-westfälischen Verband gelingen werde, die sogenannten „Produkte B" zu syndizieren, um sich diesen anzuschließen. Herr Direktor Kapal erklärte, daß der oberschlesische Verband die Statuten des rheinisch-westfälischen übernommen habe, unter anderem aus dem Grunde, weil er „für den Fall, daß die Möglichkeit der Syndizierung der Produkte B im Westen zur Tatsache wird, sich diesem Verbande auch formell anfügt."

---

* Kartellenquete Band IV, Seite 279.

** Die Entwicklung der großen Stahlwerke schafft einen Interessengegensatz innerhalb der Eisenindustrie in der Frage der Eisenzölle. Je mehr die „gemischten Werke" ihr Eisen selbst verarbeiten und durch Kartellierungen den inländischen Markt monopolisieren, desto weniger sind sie an den Roheisenzöllen interessiert; sie brauchen sogar eine Eisenzufuhr, woraus ein Wirrwarr konkurrierender Interessen, unter dem Wechsel von Aufschwung und Krisis, entsteht — sogar innerhalb der einzelnen Werke.

Wir haben also vor uns:

einmal die Verbindung des preußischen Staates mit den oberschlesischen Kohlen- und Eisenmagnaten,

sodann die Verbindung der oberschlesischen Eisenindustrie mit den westdeutschen Kartellen,

schließlich die Schutzzölle, die alle drei miteinander verbünden.

Die gelegentlichen Reibereien zwischen der preußischen Regierung und der hohen Finanz, wie sie in dem Fall „Hibernia" zum Ausdrucke kamen, spielen dabei eine Nebenrolle. Daß die oberschlesische Kohlen- und Eisenindustrie vom preußischen Staat vollkommen abhängig ist, wissen wir.* Wenn aber auch nicht in demselben Maße, ist doch auch die rheinisch-westfälische Eisenindustrie sowohl wegen der Eisenbahnfrachten als weil, wie die Herren vom Stahlwerksverbande wiederholt hervorgehoben haben, der preußische Fiskus ihr Hauptabnehmer sei, auf den sie vor allem Rücksicht nehmen müssen, in ihrer ganzen Entwicklung vom preußischen Staat abhängig.

Herr Staatsminister Delbrück erklärte zwar neulich im Reichstage,** daß die Regierung in Erwägung ziehe, ob nicht wenigstens Kontrollmaßregeln gegen die Kartelle zu ergreifen wären, aber er fügte selbst hinzu, daß er sich „keinen erheblichen Erfolg" davon verspreche. Also von seiten der Reichsgesetzgebung haben die Kartelle vorderhand nichts zu befürchten. Von hier aus geschieht ihnen kein Abbruch. Wohl aber entwickelt sich ein anderes Schauspiel vor unseren Augen: daß nämlich, und zwar auf die Initiative Preußens, Reichsgesetze geschaffen werden sollen, um die Kartellierung zu stärken, um dem Kartell, wenigstens auf einem Gebiete, neben der wirtschaftlichen Macht auch noch politische Gewalt zu verleihen. Denn das ist doch der nicht an-

---

* Um nur noch ein Zeugnis anzuführen, sei hier die Aussage des Herrn Kommerzienrat Hegenscheidt wiedergegeben: „Die oberschlesische Eisenindustrie ist heute darauf angewiesen, ihr Rohmaterial, das Eisenerz, vorzugsweise aus dem Auslande zu beziehen, und soweit wir von einer Kraftstelle sprechen können, beruht dieselbe in Oberschlesien lediglich auf dem reinen Kohlenvorkommen. Die Eisenproduktion ist somit in erster Reihe von dem staatlichen Monopol der Eisenbahn und deren Tarifen abhängig; in welchem Umfange wir Eisen produzieren können und produzieren dürfen, bestimmt die Tarifpolitik derselben. (Sehr richtig!) Hinsichtlich der Kohle liegen die Verhältnisse bei uns allerdings anders. Hier besteht kein eigentliches Monopol, aber auch auf diesem Gebiete ist die Eisenindustrie vom Fiskus abhängig. Derselbe war bis vor wenigen Jahren fast alleiniger Besitzer der für die Eisenindustrie notwendigen Fettkohlen, so daß auch hier die Entwicklung der Eisenindustrie von einem staatlichen Monopol abhängig war."

** Sitzung vom 23. Februar 1910.

zuzweifelnde Zweck des Kalizwangssyndikats. Auch wußte Herr Delbrück in der gleichen Rede von der preußischen Regierung etwas mitzuteilen, was einen wirklichen realen Wert hat, nämlich, daß sie daran sei, durch Eisenbahnverbindungen und Tarifbestimmungen in die Interessenkämpfe der Kartelle einzugreifen: „Zum Teil sind die betreffenden Bahnbauten, wenn nicht in Angriff genommen, so doch in bestimmter Aussicht. Jedenfalls entziehen sich alle diese Maßnahmen dem unmittelbaren Einfluß des Reiches."

Der preußische Staat will seine eigene Kartellpolitik treiben; darum ist er gerade daran interessiert, daß das Reich als träger Zuschauer beiseite bleibe. Der preußische Staat glaubt, mit den Kartellen bessere Geschäfte machen zu können, als mit der im Reiche geeinigten, im Reichstage vertretenen deutschen Nation.

Die geschäftliche Kombination, die neue große Dreieinigkeit — westdeutsche Kartelle, preußischer Fiskus, schlesischer Magnatenbesitz — würde die monströsen kapitalistischen Bildungen Amerikas weit in den Schatten setzen. Wirtschaftlich wäre sie ihnen deshalb überlegen, weil sie das gesamte Eisenbahnnetz des Landes in sich fassen würde, politisch, weil sie sich auf die konzentrierte Macht des preußischen Staates stützen würde.

* * *

Angesichts dieser Tendenzen wird man es wohl nicht mehr bloß als reaktionelle Verbohrtheit auffassen, wenn die preußische Regierung bestrebt ist, den Standescharakter des preußischen Landtags zu wahren. Glaubt man zum Beispiel etwa, daß der preußische Staat es sich gefallen lassen würde, die Eisenbahnen und Bergwerke auf das Reich zu übertragen? Sicher nicht! Aber die Demokratisierung des preußischen Landtags würde für die preußische Regierung einen ähnlichen Schlußeffekt bedeuten: die Kontrolle der preußischen Eisenbahnen und Bergwerke durch die Volksvertretung. Das will die preußische Regierung nicht — jetzt, da sie die Möglichkeit erkannt hatte, mit Hilfe ihres Staatseigentums eine ungeheure wirtschaftliche und politische Macht zu entwickeln, weniger denn je.

Daß der preußische Adel an seinen Vorrechten festhält, ist ja ohne weiteres klar; man sieht aber auch, welche gewaltige Geschäftsinteressen der schlesischen Aristokratie dahinter stecken. Man begreift schließlich auch, warum die Herren vom rheinisch-westfälischen Stahlwerksverband sich beeilt haben, durch eine öffentliche Kundgebung ihre Autorität für die Aufrechterhaltung des preußischen Wahlunrechts in die Wagschale zu werfen.

So entfaltet sich vor unseren Augen die Geschäftsverbindung des preußischen Staates mit den Kartellen zugleich als reaktionäre politische Verschwörung.

Preußen gewinnt neue Kräfte, und zwar die größten von allen, die es je gehabt hatte, um seinen Willen dem Reiche aufzuzwingen. Unheil ist darin enthalten für die politische und Kulturentwicklung des deutschen Volkes; verhängnisvoll müssen aber auch die Wirkungen sein für das Reich selbst.

* * *

Schon die bestehenden großen Kartelle, die ihren Sitz auf dem Gebiete des preußischen Staats haben, verschärften den Gegensatz zwischen Preußen und Süddeutschland. Bei den Verhandlungen über den Stahlwerksverband 1905 hatten die Vertreter der süddeutschen Industrie sowohl wie der Vertreter der bayerischen Regierung sich darüber zu beklagen, daß der Stahlwerksverband seine Monopolstellung dazu ausnutze, um durch ungünstige Frachtberechnung Süddeutschland gegenüber dem Auslande und gegenüber Norddeutschland in Nachteil zu setzen. Wir führen nur den wichtigsten Teil der Aussage des Regierungsrats bei der Generaldirektion der Königlich Bayerischen Eisenbahnen Längenfelder-München an: „Meine Herren! Als Vertreter der bayerischen Staatseisenbahnverwaltung möchte ich zu der Preispolitik des Stahlwerksverbandes im Inlande, wodurch auch unsere Interessen sehr nahe berührt werden, einiges zur Sprache bringen. Zu den Produkten der Gruppe A gehört unter anderem auch Formeisen, das sind namentlich T-Träger und dergleichen. Diese Materialien machen beiläufig den dritten Teil der Gesamtproduktion aus und werden auch von unserer Eisenbahnverwaltung in nicht unbeträchtlichen Mengen verwendet. Das inländische Absatzgebiet für diese Träger wurde nun vom Stahlwerksverband in drei Zonen eingeteilt. Die nördliche Zone umfaßt Rheinland-Westfalen, Hannover, Provinz und Königreich Sachsen; die mittlere Zone erstreckt sich hauptsächlich auf Mitteldeutschland, während die südliche Zone in der Hauptsache die süddeutschen Staaten umfaßt. Der jeweilige Trägergrundpreis ist für diese drei Zonen verschieden und zwar ist er in der nördlichen Zone am niedrigsten, in der mittleren Zone um $1^1/_2$ Mark und in der südlichen um 3 Mark pro Tonne höher als in der nördlichen Zone. Außerdem wurde die frühere Frachtbasis Burbach in westlicher Richtung — ich betone das — gegen die Reichsgrenze nach Diedenhofen verlegt. Letzteres bedingt für die süddeutschen Abnehmer eine Preiserhöhung von 2,7 oder 2,8 Mark. Es wurde also durch diese Maßnahmen der Preis für Träger in Süddeutschland um nahezu 6 Mark künstlich gesteigert. Dadurch wird aber auch die Konkurrenzfähigkeit unserer das Eisen weiter verarbeitenden Industriezweige mit den norddeutschen Geschäften künstlich erschwert."

Als Gegenstück dazu wolle man sich an die Schilderungen erinnern, die die Vertreter der oberschlesischen Industrie über die ungünstigen geographischen Verhältnisse ihres Produktionsgebietes im Vergleich zu Süddeutschland entwarfen. Dort lebt die Industrie von der Gunst des preußischen Staats; hier aber wird in umgekehrter Richtung korrigiert und die Gunst der geographischen Lage durch die Ungunst der Preisberechnung aufgehoben.

Wie soll es aber erst werden, wenn sich die preußischen Kohlen- und Eisenkartelle auf die Eisenbahntarife Preußens und der preußische Fiskus auf die Preispolitik der Kartelle werden stützen können?!

Man spricht jetzt viel von den Wasserkräften Süddeutschlands, die durch Elektrisierung der Industrie jenen Gebieten natürliche Vorteile gegenüber Preußen verleihen. Wenn nun Preußen angesichts dieser Tatsache mit größerem Eifer daran ginge, die Produktionsbedingungen auf seinem Gebiet zu verbessern, so wäre dagegen nichts einzuwenden; die Tendenz ist aber die, nach dem Zusammenschluß der preußischen Eisenbahnen mit den preußischen Kartellen die natürlichen Vorteile der süddeutschen Industrie durch künstlich aufgetürmte Schwierigkeiten aufzuheben, das heißt nichts anderes, als ihre Entwicklung zu hindern. Dahin gehören auch die projektierten Schiffahrtsabgaben. Diese kumulieren sich mit der Entfernung, und da die deutschen Flüsse von Süden nach Norden fließen, um hier das Meer zu erreichen, so werden die Zahlungen für Süddeutschland am größten sein. Die süddeutsche Industrie wird doppelt zu zahlen haben: beim Bezug der Rohstoffe und beim Versand der fertigen Fabrikate, zu denen sie verarbeitet wurden.

Anderseits lenkt die große Entwicklung des Weltverkehrs im Stillen Ozean die Aufmerksamkeit der süddeutschen Industrie dem Süden zu. Das um so mehr als im Atlantischen Ozean das industrielle Schwergewicht sich unabwendbar nach den Vereinigten Staaten verschiebt. Aber in seinem Verkehr über die mittelländischen Häfen ist Süddeutschland von fremden Staaten, vor allem von Oesterreich-Ungarn abhängig. Wenn nun der Handelsverkehr mit England und Nordamerika, also auf dem Atlantischen Ozean, Süddeutschland auf Preußen verwies und so die Grundlage zur Einigung Deutschlands unter der Leitung Preußens abgab, so muß der Verkehr mit dem Stillen Ozean die süddeutschen Staaten Preußen entfremden, wenn dieses nicht seine spezifisch preußische Wirtschaftspolitik in einer allgemeinen Reichspolitik aufgehen läßt. Das letztere wird in dem Preußen der ostelbischen Junker niemals stattfinden; in einem demokratischen Preußen unbedingt und sofort.

Um die kapitalistische Macht Preußens im Kampfe gegen Süddeutschland richtig einzuschätzen, muß man noch berücksichtigen, daß die deutschen Großbanken ihre Zentralen in Berlin haben und im

Falle eines Zusammenschlusses des preußischen Fiskus mit den Kartellen diesem sich unbedingt werden unterwerfen müssen.

* * *

Auf der anderen Seite wendet sich der preußische Staat, ebenso selbstsüchtig in seiner Wirtschaftspolitik wie beschränkt in seinem Gesichtskreis, gegen die Kommunalpolitik der preußischen Städte. Die Entwicklung des öffentlichen Bedarfs der Städte ist eins der wichtigsten Momente der Entwicklung des kapitalistischen Marktes und folglich der Industrie.* Dafür hat der preußische Staat kein Verständnis. Er sieht in den Kommunen bloß seine Konkurrenten auf dem Kapitalmarkt und sucht mit Hilfe der ihm zur Verfügung stehenden Regierungsgewalt diese in Nachteil zu versetzen. So wurden die früheren — vom 1. Juli 1891 — Vorschriften über die Genehmigung der Aufnahme von Kommunalanleihen 1907 durch neue ersetzt, die nicht unerhebliche Erschwerungen mit sich brachten. Diese wurden neulich in einem offiziösen Communiqué der Zeitungen wieder in Erinnerung gebracht.

Wir geben hier eine Zusammenstellung der wichtigsten Aenderungen nach dem Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung“:

„Während in dem Erlaß vom 1. Juli 1891 der Amortisationssatz der Anleihen auf mindestens 1 Prozent festgesetzt war, wird gegenwärtig von der Regierung für alle neu aufzunehmenden Kommunalanleihen als niedrigst zulässige Tilgungsquote der Satz von $1\frac{1}{4}$ Prozent unter Zuwachs der ersparten Zinsen angesetzt. Eine entsprechende Erhöhung gegenüber den früheren Verhältnissen erfolgt für solche Inhaber-Anleihen, die schon nach den älteren Vorschriften in größerem Umfange zu tilgen waren, namentlich in den Fällen, in welchen der Zweck einer Anleihe schon vor dem Zeitpunkte erschöpft ist, bei welchem eine Anleihe unter der Voraussetzung einer $1\frac{1}{4}$prozentigen Amortisation zuzüglich der ersparten Zinsen getilgt sein würde. Beispielsweise hat beim Anleihebedarf für Straßenbauten und ähnlichen Unternehmungen jetzt eine Tilgung von wenigstens $2\frac{1}{2}$ Prozent jährlich (früher 2 Prozent), für Kanalisationsanleihen von rund 2 Prozent (früher $1\frac{1}{2}$ Prozent) stattzufinden. Für Anleihen, deren Erlös zu produktiven Zwecken verwendet wird, hat sich der Tilgungssatz möglichst nach der Höhe des mutmaßlichen Betrags der Anleihen zu richten. Er soll beispielsweise bei Schaffung von Gasanstalten aus Anleiheerlös möglichst hoch sein, damit die Anleihe in einer kürzeren als in einer 30jährigen Frist getilgt wird.“

---

* Vergleiche das Kapitel: „Das soziale Problem unserer Zeit.“ Auch separat erschienen in: Sozialistische Zeitfragen, Heft 1.

Da außerdem die Bewilligung der Anleihe an eine ganze Reihe von Erwägungen, wie zum Beispiel die Verschuldung nicht bloß der Gemeinde, sondern auch einzelner Gewerbetreibenden, Ab- und Zuwanderung usw., gebunden ist, deren Auslegung durchaus willkürlich ist, so kann die Regierung den Kredit der Gemeinden hindern, wann sie nur will. Das geschieht auch öfters in der Praxis, wovon die Verweigerung einer Anleihe für Altona als jüngstes Beispiel angeführt wird.

Es soll an dieser Stelle keineswegs einer schrankenlosen Kreditwirtschaft der Gemeinden das Wort gesprochen werden. Um dieses Uebel zu verhindern, ist jedoch die Demokratisierung der Kommunen das einzig wirksame Mittel.

* * *

Der preußische Staat hat mit seiner willkürlichen Einschränkung des Kommunalkredits nicht das Interesse der Kommunen, sondern sein eigenes Interesse im Auge: er will mit der wirtschaftlichen auch die finanzielle Macht des Landes in seinen Händen zusammenfassen.*

---

* Wie zielbewußt die preußische Regierung darauf hinausgeht, ihren Einfluß auf der Börse zu stärken, beziehungsweise das Bankkapital an sich zu reißen, darüber verbreiten folgende Ausführungen des preußischen Finanzministers v. Rheinbaben im preußischen Herrenhaus bei Gelegenheit der Beratung der Novelle zum Staatsschuldbuch ein ausreichendes Licht: „Die meisten von Ihnen erinnern sich der Verhandlungen vom Jahre 1905 und 1906, als die Regierung aus diesem Gesichtspunkte heraus vorgeschlagen hatte, die Sparkassen anzuhalten, einen Teil ihrer Bestände in Reichs- und Staatspapieren anzulegen. . . . Es ist ein durchaus unbefriedigender Zustand, daß die Sparkassen zum Teil gar nicht, zum Teil sehr wenige Inhaberpapiere in ihren Beständen haben. Dieses Haus hat prinzipiell, durch örtliche Rücksichten nicht gebunden, und mit weitschauendem Blick dieser Vorlage zugestimmt. Im Abgeordnetenhause aber hat man lokale Rücksichten, die meiner Ansicht nach nicht durchschlagend waren, maßgebend sein lassen und die Vorlage abgelehnt. Wir werden nicht abgehen von dem Gedanken der Vorlage, schon im Interesse der Sparkassen selber und auf sie einzuwirken, in höherem Maße Anlagen in Reichs- und Staatspapieren zu machen. So ist im Jahre 1908 in dieser Richtung eine ministerielle Verfügung an die Sparkassen ergangen, die ihnen auf der andern Seite gewisse Erleichterungen in Aussicht stellt. Wenn die Sparkassen liquid sind, braucht der Reservefonds nicht so hoch zu sein, als wenn die Kapitalien überwiegend in Hypotheken angelegt sind. Weiterhin sollen die Sparkassen von den Einwirkungen der Kursschwankungen der Staatspapiere unabhängig gemacht werden. Sie sollen gewisse Begünstigungen bei Emissionen erhalten usw. Durch solche administrative Maßnahmen wird es hoffentlich gelingen, im Interesse des Kursstandes der Staatspapiere die Sparkassen

Diese kapitalistische Geschäftspolitik des preußischen Staates ist erst in ihren Anfängen. Sie wird mit dem Erfolg, der nicht ausbleiben kann, sich reich und groß entwickeln. Sie liefert uns den Beweis dafür, daß die Frage der Vergesellschaftung der Produktion keine Akademiker- und keine Zukunftsfrage, auch keine rein wirtschaftliche Frage mehr ist, sondern für Deutschland eine politische Gegenwartsfrage von eminenter Bedeutung.

Wenn wir noch weiter zögern, mit der politischen Gewalt des Staates den kapitalistischen Besitz in Volksbesitz überzuführen, wird der kapitalistische Besitz mit Hilfe des Staates herrschen und der Staat wird mit Hilfe des kapitalistischen Besitzes das Volk doppelt knechten.

Darum ergibt sich aber auch aus dem Vorausgehenden, daß der Kampf des Proletariats gegen die preußischen Klassenvorrechte ein Kampf ist, der ganz Deutschland angeht und sich gegen den Kapitalismus kehrt.

---

zu veranlassen, in höherm Maße als bisher Inhaberpapiere und Staatspapiere anzuschaffen. Sollte das auf die Dauer nicht der Fall sein, so ist es unerläßlich, den Weg von 1906 wieder zu beschreiten und die Sparkassen durch Gesetz zu zwingen, sich liquid zu erhalten. Einen zweiten Schritt, um ein künstliches Reservoir für die Staatspapiere zu schaffen, sind wir jetzt im Begriffe zu tun, durch die Reichsversicherungsordnung.

Die Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalten haben von ihrem Vermögen von 1284 Millionen Mark nur 130 Millionen in Reichs- und Staatspapieren angelegt. Nach der Reichsversicherungsordnung sollen sie ein Viertel ihres Vermögens in Staatsanleihen anlegen. Von diesen Versicherungen des öffentlichen Rechts führt ein weiterer Schritt zu den Versicherungen des Privatrechts, insbesondere zu den Lebensversicherungen. Auch die Lebensversicherungsgesellschaften sollten die moralische Verpflichtung anerkennen, in stärkerem Maße Staatspapiere zu kaufen, da sie ja doch nur auf Grund der staatlichen Konzession ihre Geschäfte betreiben können. Ob man dazu übergehen wird, auch hier die Klinke der Gesetzgebung in die Hand zu nehmen, weiß ich noch nicht. Bis jetzt haben die Lebensversicherungsgesellschaften bei 4 Milliarden Vermögen nur 75 Millionen in Staatspapieren angelegt."

Anhang B.:

Energetik und Volkskraft.

Der Zusammenhang zwischen Produktion und Konsumtion, zwischen menschlicher Arbeit und gesellschaftlichem Reichtum hat die Wissenschaft beschäftigt, seitdem der forschende Geist überhaupt sich den wissenschaftlichen Problemen der Gesellschaft zuwandte. Aber als die kapitalistische Industrie mit ihren gewaltigen Konkurrenzmitteln aufkam, die zugleich Mittel der Umwälzung der Produktion in der ganzen Welt waren, wurde die gesamte Aufmerksamkeit auf den kapitalistischen Welteroberungszug konzentriert. Kapitalbetätigung und Kapitalansammlung war nun alles, die Kapitalanhäufung erschien der Politischen Oekonomie als „nationaler Reichtum", und dieser als der einzige Zweck der Produktion. Der Sozialismus, der sich nunmehr gegen die Politische Oekonomie wandte, setzte der Kapitalanhäufung das Arbeiterlos, der Entwicklung des Weltmarkts die Handelskrisen, dem kapitalistischen Privatinteresse die sozialen Zusammenhänge entgegen. Die bürgerlichen Gelehrten, die die Argumente des Sozialismus wegstreiten wollten, haben sich dadurch erst recht die Aussicht versperrt auf die großen Zusammenhänge zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf und der gesellschaftlichen Produktion, zwischen der Volksentwicklung und der Kulturentwicklung.

Es ist nun recht interessant, daß der Gedanke, der unter dem Einfluß des selbstsüchtigen kapitalistischen Interesses der Politischen Oekonomie fremd geworden war, sich ihr gegenwärtig auf dem Umwege über die Naturwissenschaft aufdrängt.

Die Naturerkenntnis, die im XIX. Jahrhundert die einzelnen Fachwissenschaften entwickelt hat, ringt jetzt nach einer einheitlichen Weltauffassung. Als Konzentrationspunkt dieses geistigen Strebens dient der Begriff der Energie. Die Energie ist der revolutionärste Begriff, der alle festen Unterschiede aufhebt und nur noch Wandlungen gelten läßt. Die hämmernde Hand des Handwerkers, der Windstoß, das Feuer der Eisenesse, der Dampf, der elektrische Strom, das Sonnenlicht, das pochende Herz, der Gedanke des Dichters, die Sehnsucht des Verliebten, Leben und Tod, Erde, Luft und Gestirne, das sind alles nur Umwandlungen der Energie. Dies die Konsequenz des Jahrhunderts der Entdeckungen: ein neuer Gesichtspunkt, von dem aus die Welt be-

trachtet wird. Wenn nun alles, was geschieht, alles Werden und Wirken nur Umwandlung von Energie ist, so kommt es sehr darauf an, wieweit die Energie bei ihrer Umwandlung aus der einen Form in die andere ausgenutzt wird: wieviel von der Wärmenergie der verbrennenden Kohle zur Dampfbildung verbraucht wird und wieviel von ihr unbenützt entweicht, wieviel von der Expansionskraft des Dampfes in den elektrischen Strom übergeführt wird, wieviel von der elektrischen Energie in Licht, Bewegung, Wärme usw. umgewandelt wird. Das Ausnützungsverhältnis der Energie bei ihrer Umwandlung aus der einen Form in die andere nennt man ihren Transformationskoeffizienten. Diese Erkenntnis, die die ganze Welt und in ihr den Menschen erfaßt, einmal gewonnen, bleibt nur noch übrig, sie auf die Verhältnisse der Produktion und Konsumtion zu übertragen und die Frage zu stellen nach dem Transformationskoeffizienten der menschlichen Energie. Die Naturwissenschaftler sind denn auch, nachdem ihr Geist die gesamte tote und lebende Welt umkreist hatte, dicht vor dieses Problem getreten.

Ein Mann, an dessen Namen in Deutschland in erster Linie die Entwicklung der Lehre von der Energie anknüpft, Herr Prof. Wilhelm Ostwald, der jüngst auch in weiteren Kreisen durch Verleihung der Nobelprämie auf dem Gebiete der physikalischen Forschung bekannt geworden ist, kommt, nachdem er den Energiegedanken durch alle Gebiete des Wissens verfolgt hatte, zu recht eigenartigen Schlußbetrachtungen. Er schreibt:

„Man darf wirklich als die allgemeine Aufgabe der gesamten Kultur die hinstellen, die Transformationskoeffizienten der umzuwandelnden Energien so günstig wie möglich zu gestalten. Denn alles Geschehen kommt ja in letzter Instanz auf die Transformation irgendwelcher freier Energie zurück. Freie Energie läßt sich aber nicht von selbst vermehren, sondern sie vermindert sich durch alles, was geschieht. Je günstiger der Transformationskoeffizient aber ist, um so mehr von der gewünschten Energieform erhält man aus allem aufgewendeten Rohbetrage. Nun ist der Gesamtbetrag der freien Energie, welcher der Menschheit zu Gebote steht, nicht unbegrenzt. Er setzt sich einerseits aus der täglichen Sonnenstrahlung, anderseits aus den Energiebeträgen zusammen, die von früherer Sonnenstrahlung in der Erde in Gestalt von fossiler Kohle aufgehäuft sind. Die Menschen können umso besser und glücklicher leben, je größer der Anteil freier Energie ist, der dem einzelnen für seine Zwecke zu Gebote steht. Allerdings geht das nicht unbegrenzt vorwärts, denn nachdem die physiologischen Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft gedeckt sind, nimmt der Betrag von Lebensbehagen nur langsam mit der Vermehrung des zur Verfügung stehenden Energiebetrages zu. Leider

gibt es noch sehr viele Menschen, welche dieses Minimum nur durch unverhältnismäßig große Opfer in Gestalt von schwerer und niederdrückender Arbeit gewinnen können, und die Existenz einer solchen Menschenklasse ist ein beständiger Vorwurf für diejenigen, welche über das Minimum hinausgelangt sind."

Durch diese Gedankengänge ist Herr Professor W. Ostwald direkt vor das Problem geführt worden, das uns interessiert; er hat sich aber leider sofort von ihm abgewendet. Denn — das gute Herz des Gelehrten in allen Ehren! — hier galt es, nicht mit dem Gefühl, sondern mit dem Verstand zu antworten. Das Bedauern der Reichen wie der Verdruß der Armen, das sind schließlich nur unnütze Energieausgaben, wenn nicht das wissenschaftliche Problem eine wissenschaftliche Lösung findet. Nehmen wir ein Beispiel, das dem Naturwissenschaftler näher liegt. Hier ist eine Dampfmaschine — ihr mangelt es an Kohle; dort ist eine andere — ihr wird viel zuviel Kohle zugeführt, viel Dampf entweicht nutzlos, der Kessel droht zu springen. Was läßt sich da vom Standpunkte der Energetik sagen? Oder sollen wir nur kopfschüttelnd davorstehen?

Herr Professor W. Ostwald setzt aber seine Ausführungen wie folgt weiter:

„Es ist nun gar kein wirksameres Mittel für die Einschränkung dieses menschlichen Elends vorhanden, als die Verbesserung der Ausbeute bei der Energietransformation. Die grünen Pflanzen, auf deren Energiesammlung aus den Sonnenstrahlen bekanntlich unser ganzer energetischer Haushalt beruht, kapitalisieren nicht mehr als ein oder zwei Prozent der empfangenen freien Energie in Gestalt chemischer Verbindungen, die durch Verbrennung diese Energie wieder ausgeben können. Gelänge es, einen Transformator zu erfinden, der nur einige Prozent mehr ergibt, so würde es der arbeitenden Menschheit mehr Entlastung bringen, als alle Wohltätigkeitsanstalten der Welt."

Das ist gewiß sehr interessant, schade nur, daß wir es kaum noch erleben werden, — aber ist denn das eine Antwort auf das Problem, das sich dem Energetiker aufdrängt? Bleiben wir bei unserem Beispiel mit den zwei Maschinen, so sagt uns unser Forscher eigentlich doch nur, daß wir die Kohlenvorräte vermehren sollen. Nun wohl, dann wird vielleicht der Ueberfluß bei der einen Maschine erst recht steigen, ohne daß deshalb dem Mangel bei der anderen abgeholfen werde. Denn es handelt sich offenbar in erster Linie gar nicht um die Kohlenvorräte, sondern um die Kohlenzufuhr. Es ist eine Organisationsfrage, eine Frage der Betriebseinrichtung.

Die Uebertragung des Begriffs der Energie aus der Physik auf die Kultur erforderte eine solche starke Spannung der Abstraktion, daß es begreiflich erscheint, wenn darauf der Geist einen Augenblick inne-

hält, um sich gleichsam von der Vorstellung der sozialen Energie zu sättigen. Allein, es gilt vor allem, die Gesetze der Energetik auf das gesellschaftliche Leben anzuwenden. Wenn das gesellschaftliche Thun Energieverbrauch ist, so ist zugleich die Gesellschaft selbst Energiequelle. Das sagt uns schon das Gesetz der Erhaltung der Energie. Hier haben wir den Grundfehler in der zitierten Betrachtung des Herrn Professors W. Ostwald: er sucht, wo er von der menschlichen Kultur spricht, die Energie, nach seiner Gewohnheit als Naturwissenschaftler, außerhalb der Gesellschaft, in den Kohlenlagern, in dem Sonnenschein, im Pflanzenwuchs, und beachtet nicht den Transformationskoeffizienten der sozialen und individuellen Energie. Fassen wir alles, was der Mensch empfängt: Nahrung, Luft, Licht, Wissen, als Energiezufluß auf, so ist alles, was der Mensch erlebt und leistet, sein Glück, sein Streben — Energieausgabe. Die Menschen sind in ihrer Fähigkeit, Energie in Leben, Taten, Gedanken umzuwandeln, verschieden; der Transformationskoeffizient ist ungleich für verschiedene Persönlichkeiten bei verschiedenen Leistungen und auch zu verschiedenen Zeiten. Allein soviel ist sicher: mangelnde Energiezufuhr bedeutet auch mangelnde Energieausgabe, Verkümmerung des Lebens; nur ausreichende Energiezufuhr gibt volle Lebensbetätigung und, folglich, volle Entfaltung der Persönlichkeit. Aber ganze soziale Schichten, der weitaus größte Teil der Bevölkerung in unserer Gesellschaft leidet Not in jeder Beziehung. Dieser mangelnde Energieverbrauch der Volksmassen ist zugleich Energieverlust für die Gesellschaft. Vom Standpunkte der Energetik ist es ebenso widersinnig, den Arbeiter schlecht zu ernähren, wie es widersinnig ist, die Maschine schlecht zu heizen. Wenn wir Koks und Eisenerz im Hochofen schmelzen, ist das ein Verlust? nein, denn obwohl beides dabei verloren geht, so entsteht doch im Stahl eine Energiekombination höherer Art. Aus einem Berg Pechblende wird ein Stäubchen Radium gewonnen, — dafür aber welche konzentrierte Energie im Radium! Ebenso verwandelt das Volk alles, was es verbraucht, in Energien höherer Art — soziale Energien. Der größte Energiesammler, den wir kennen, ist der menschliche Geist. Um eine neue Idee zu erzeugen, braucht es vielleicht die Arbeit eines Zeitalters, und die ganze zivilisierte Menschheit beteiligt sich daran. Dafür aber schließt jeder neue Gedanke eine Welt neuer Erkenntnis, neuer Energien auf. Die Energetik, die uns den Wert der freien Energien zeigt, lehrt uns auch, daß wir keine Schmarotzer an der Natur, sondern ein Stück von ihr, also Energieumwandler sind, und daß die sozialen Energien, in die wir die Energien der uns umgebenden Natur verwandeln, einen gewaltigen Machtfaktor unserer Entwicklung darstellen. Man verlangt mit Recht, daß wir mit den freien Energien der uns umgebenden Natur haushalten sollen, — aber um wieviel mehr noch gilt das für die Energien höherer Ordnung, die sozialen Energien, deren Träger wir

ſelbſt ſind? Man denkt an den Transformationskoeffizienten der brennenden Kohle, an die möglichſt intenſive Ausnützung der Waſſerkräfte, des elektriſchen Stromes, — aber die Tage des Arbeiters verbrennen unter dem ungünſtigſten aller Transformationskoeffizienten, ſeine Lebensenergie wird vergeudet, verſchleudert. Herr Profeſſor W. Oſtwald erzählt uns mit Begeiſterung, was es ausmachen würde, wenn die Pflanze den Sonnenſchein mehr ausnützen würde, — aber man ſehe ſich doch die Kinder in den dumpfen, dunklen Arbeiterquartieren der Großſtadt an: wieviel Sonnenlicht erhalten ſie? welche Luft atmen ſie? welche Nahrung wird ihnen zuteil? Und iſt der Menſch eine geringere Energiequelle als die Pflanze? Wenn das Auge des Kindes mehr Sonnenſchein aufnehmen, ſein Herz mehr Freude, ſein Geiſt mehr Wiſſen empfangen würde, — welcher ungeheuerer Zuwachs an Energie, welcher Reichtum für die Geſellſchaft würde daraus entſtehen!

Einen Schritt weiter in der Anwendung der Energetik auf die ſozialen Verhältniſſe geht der durch ſeine geologiſchen Arbeiten bekannte Profeſſor E. Reyer. In ſeinem unter dem Titel „Soziale Mächte“ als Ergänzung zu einer größeren Arbeit über die „Kraft“ erſchienenen Schriftchen ſetzt er unter anderem auseinander:

„Wir haben zur Genüge die Steigerung des Nutzeffektes der Maſchinen ſowie der Tiere ſtudiert (Züchtung auf Fleiſch, Fett, Milch, Wolle), betrachten wir auch die menſchliche Maſchine von dieſem Standpunkt aus, ſo drängen ſich ſofort reformatoriſche Gedanken auf. Die Schwierigkeit iſt nur, daß der Arbeitgeber den Arbeiter nicht (wie in alter Zeit den Sklaven) als Kapital betrachtet, welches er beſitzt und welches er rationell verwerten muß, wie man eben ſeine Maſchinen und Pferde verwertet, ſondern daß der Arbeiter nach der Behauptung der Staatsgrundgeſetze ein ſogenannter „freier Menſch“ iſt.

Wir haben im Kapitel „Landwirtſchaft“ geſehen, wie verſchieden in der amerikaniſchen Landwirtſchaft die Tiere und Menſchen angeſtrengt werden. Das Pferd arbeitet durchſchnittlich nicht viel über drei (im Herbſt 4—5) Stunden, während der Arbeiter an Wochentagen meiſt $8^1/_2$—9 Stunden, im Herbſt über 10 Stunden (und außerdem an Sonntagen 3 Stunden) beanſprucht wird. Im Winter (Dezember bis Februar) ſinkt das Pferd auf 1 Stunde pro Tag, während der Mann auch zu dieſer Zeit 6—7 Stunden arbeitet. Der Gegenſatz iſt kapitaliſtiſch wohl erklärlich: der Grundbeſitzer entläßt eben die überſchüſſigen Arbeiter, ſobald Ruhe eintritt, während er eine große Zahl guter Arbeitstiere das ganze Jahr hindurch halten und gut füttern muß, um für die ſchwere Zeit geſichert zu ſein. Das Pferd erholt ſich im Winter, während der Taglöhner, ſobald er entlaſſen wird, eine neue Arbeit ſuchen muß. Daß die menſchliche Maſchine

eine solche Lebensweise auf die Dauer nicht erträgt, ist klar, während es strittig ist, wie diesem sozialen Uebel abzuhelfen sei.

Manche glauben, christliche und ethische Betrachtungen könnten das Problem lösen, wir haben aber seit vielen Generationen erlebt, daß die innigsten Gefühle und edelsten Gedanken schließlich in Sand und Phrase verlaufen. Eine Reform kann nur erzwungen werden, wenn die Machthaber den ökonomischen Gedanken verfolgen, daß eine Steigerung des Nutzeffektes unserer menschlichen Maschinen dem Staate höhere Macht sichert. Wir brauchen keine Phrasen und keinen Staatsidealismus, ein weitblickender Staatsegoismus genügt, er wird schließlich die Fragen praktisch lösen."

Professor E. Reyer zeichnet den Wellengang eines Arbeiterdaseins und erläutert das wie folgt:

„Der Arbeiter verdient, nachdem er geschlechtsreif geworden, und erlebt nun eine helle Woge von Genügen und Behagen. Er heiratet, mit jedem Kind sinkt die helle Woge tiefer ab, in den dreißiger Jahren ist die Familie im Elend. Die Kinder wachsen heran, verdienen, geben den Eltern einen Teil des Verdienstes und nun kommen (in den vierziger oder fünfziger Jahren) nochmals bessere Tage für die abgearbeiteten Eltern. Haben die Alten aber nicht das Glück, früh zu sterben, so kommen sie mit den fünfziger- und sechziger Jahren wieder ins Elend, weil jetzt die Kinder geheiratet haben und samt Enkeln ihrerseits langsam und unwiderstehlich in das dunkle Wellental der Not absinken. Das sind die großen Menschheitsgeschicke.

Heiratet der Arbeiter nicht, so kann die Kurve seiner Leistung und seines Lohnes ungebrochen verlaufen. Fast ausnahmslos hat aber in seinem Lebenslauf mindestens eine Krise, eine Zeit der Arbeitslosigkeit und der Entbehrung, der Unterernährung und des Siechtums stattgefunden und die Lebens- und Lohnkurve erhält eine Knickung (oft mehrere), danach steigt die Kurve wieder an. Zum Schlusse sinkt sie aber (ebenso wie die Lohnkurve des verheirateten Arbeiters) in die Tiefen der Not."

Er meint dazu:

„Jetzt warten alle (Private, Kommune und Staat), daß die arbeitenden Menschen elend werden, dann kommen sie mit einer verspäteten und unzureichenden Hilfe.

Sorgen wir in gleicher Weise dafür, daß die Menschen Arbeit finden, und bilden wir sie so, daß sie verständig und nützlich arbeiten, so werden unsere Gefängnisse ziemlich überflüssig sein und die Millionen für Polizei können erspart werden.

Beugen wir vor, indem wir verstandesgemäß unsere sozialen Pflichten erfüllen, so kommen wir mit wenigen humanitären Instituten aus. Der Staat wird den Nutzen haben, er erhält und gewinnt

frische Kräfte, während er unter den bestehenden Verhältnissen durch die starken vorzeitigen Verluste geschwächt wird."

Aber nicht nur um die Erhaltung der körperlichen Tüchtigkeit handelt es sich. „Die seelischen Energien: Verstandestätigkeit, Charakter, Tüchtigkeit und Beharrlichkeit, die Fähigkeit zur Zweckvereinigung (Organisation) verleihen den Menschen Potenzen höherer Ordnung, durch welche die körperlichen, mechanischen Energien qualifiziert und vielfach gesteigert werden." Er stellt die Frage, wie die Macht des Staates zu bemessen sei? Das „Nationalvermögen" als Maßstab verwirft er schon deshalb, weil es viele fiktive Größen enthält. „Als reeller Maßstab bleibt nur die verwendbare Kraft, und zwar: die Sonnenkraft, welche die Saaten zur Reife bringt und die Volksmassen ernährt, die Kraft der Menschen und Tiere, Wasserkraft und Kohle; das sind die wirklichen Werte, durch welche die Macht des Staates bedingt wird."

Daran schließt unser Autor folgende Betrachtungen an:

„Aber weder die disponible noch die tatsächlich aufgewendete Kraft ist schlechtweg entscheidend, die Macht des Staates hängt davon ab, ob diese Kräfte nützlich und ökonomisch verwertet werden.

Wenn der Staat (und dessen Herr) Luxusbauten aufführt, wenn er die verfügbare Wasserkraft verwendet, um herrliche Wasserfälle und Fontänen spielen zu lassen, so wird er durch diesen Kraftaufwand durchaus nicht reicher und mächtiger.

Wenn ein ungebildeter Fabrikant eine alte Dampfmaschine mit 6 Prozent Nutzeffekt billig kauft, statt eine gute Maschine mit 12 oder 20 Prozent Effekt aufzustellen, verschwendet er Kraft und Volksvermögen. Die Schweiz, Baden, Dänemark haben eine gutgeschulte Bevölkerung mit ökonomischen Instinkten, andere Staaten haben eine ungebildete, unökonomische Bevölkerung, sie erzielen mit großem Kraftaufwand wenig Nutzen und Gedeihen. Solche Staaten mögen groß sein, sie mögen das größte Heer ins Feld stellen, sie sind aber trotz alledem nicht mächtig und werden von einem kleinen Staate mit hohem Nutzeffekt geschlagen (Rußland und Japan).

In rückständigen Staaten wird vor allem die menschliche Kraft verwüstet. Die Arbeiter plagen sich und erzielen einen geringen Nutzeffekt, man tröstet sich damit, daß der Taglohn ja nur eine Mark kostet.

— — — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Menschenwert, Nächstenliebe, Ethik, soziales Pflichtgefühl führe ich gar nicht ins Feld, weil ich überzeugt bin, daß der Staat die ökonomische Seite der Frage am besten verstehen dürfte.

Noch ein Kraftfaktor ist für die Staatsmacht bedeutungsvoll: die Begabung und Energie der Individuen.

Ein Staat, welcher nichts für die körperliche und geistige Ausbildung seiner Bürger tut, welcher die Kräfte schlafen läßt, ist ein Verschwender, welcher sich selbst schädigt.

In diesen ökonomischen Momenten, in der nutzbar verwendeten Kraftfülle, nicht aber in der Masse der Schuldverschreibungen und Soldaten liegt die Zukunft des Staates. Haben die Bürger und die Staaten hiefür kein Verständnis, so werden sie im Frieden wie im Krieg von tüchtigeren Mitbewerbern geschlagen."

Das ist alles für den sozialdemokratischen Leser gewiß nicht neu. Aber eine Erkenntnis erhält eine besondere Bedeutung, wenn sie auf einem eigenen Wege gewonnen wurde. Und das ist hier der Fall.

Aber mit der Erkenntnis allein, daß man die Volkskraft nicht vergeuden, sondern entwickeln soll, ist es gewiß noch nicht getan. Wie soll dieser Zustand geändert werden? Da spricht Professor E. Reyer von der Einsicht des Staats. Aber wer ist der Staat? Hinter dem Staat stehen Interessengegensätze, und dem herrschenden Interesse dient jedesmal der Staat. Es freut uns, feststellen zu können, daß Professor E. Reyer das, wenigstens bis zu einem sehr hohen Grade, anerkennt. „Noch stehen wir" — schreibt er — „im Zeitalter der kraftvollen und erbitterten Interessenkämpfe, in welchem der Klassenegoismus mächtig hervortritt". An anderer Stelle: „Die Konzentration des Kapitals bedeutet, daß Millionen roboten müssen, um die Koupons zu decken, sie sind zwar nicht mehr Sklaven eines bestimmten Herrn, wohl aber Knechte des anonymen Besitzers der Wertpapiere." Und er sieht voraus, daß „der Welttrust und der Weltbund der Arbeiter ihre Waffen messen werden." Das Schwergewicht legt er, freilich nicht darauf, sondern auf die Kulturströmung, die, nach seiner Meinung, in der Staatsentwicklung immer mehr durchdringt.

Wir verlangen nicht von der Naturwissenschaft, daß sie uns das Problem der sozialen Revolution löst. Das kann sie nicht. Der Naturwissenschaftler ist vom reinen Standpunkt der Energetik dazu gelangt, die sozialrevolutionäre Energie des Proletariats zu erkennen — das genügt uns. Die Gesetze der sozialen Revolution können nur direkt aus den sozialen Verhältnissen abgeleitet werden. Das ist unsere Arbeit. Die Naturwissenschaft kann uns da höchstens Analogien liefern, und sie liefert sie uns auch. Was wir zum Beispiel in der Politik Revolution nennen, heißt in der Chemie Katalyse. Die Chemie kennt Wirkungen, die nur sehr langsam vor sich gehen und kaum merkbare Aenderungen hervorrufen; wenn aber ein neuer geeigneter Körper dazwischen tritt, den man deshalb als Katalyten bezeichnet, da beginnt auf einmal eine stürmische Entwicklung, die Veränderungen stellen sich auch ein, und es entsteht ein neuer Zustand. So auch die Revolution: sie erreicht nichts, wenn sie nicht heranreifende

soziale Wechselbeziehungen vorfindet; aber die heranreifende Entwicklung würde noch lange heranreifen, käme nicht die politische Veränderung der Revolution dazwischen, die aus sozialen Kräften und Wirkungen, die sie nicht etwa mitbrachte, sondern die schon vor ihr da waren, als Katalyt rasch einen neuen Zustand entstehen läßt.

Die Energetik stellt die gesamte Naturwissenschaft in den Dienst unserer Agitation.

Das darf uns jedoch nicht abhalten, die Energetik selbst vom Gesichtspunkte der materialistischen Geschichtsauffassung und der Idee des Klassenkampfes zu beleuchten.

Da finden wir zunächst, daß die Energetik, wie uns, auch unseren Gegnern Waffen liefern kann. Ihre konsequente Anwendung dient uns. Aber sie braucht ja nicht konsequent angewandt zu werden. Das haben die herrschenden Klassen immer so gemacht. Wie man unter dem Deckmantel der Steigerung des Nationalvermögens ganze Generationen von Arbeitern ruinierte, kann man im Interesse der Energiesammlung ganze Völkerschaften zugrunde richten, um vielleicht den Sonnenschein Afrikas aufzufangen! Die Erkenntnis beherrscht niemals das Klasseninteresse, sondern das Klasseninteresse unterwirft sich die Erkenntnis. So hat die Hegel'sche Dialektik sowohl der Reaktion wie der Revolution gedient, die Arbeitswerttheorie diente zur Begründung der kapitalistischen Produktionsweise und ist in unseren Händen eine Waffe gegen die kapitalistische Produktionsweise.

Wenn nun die Energetik von vornherein für das Proletariat in Anspruch genommen wird, so liegt das nicht in ihr, sondern in der Zeit. Es war kein Zufall, daß die Entwicklungslehre, die im 19. Jahrhundert ihre Herrschaft antrat, sich auf den Kampf ums Dasein stützte: sie übertrug den Konkurrenzgedanken auf die Naturwissenschaft. Ebenso ist es kein Zufall, daß die Energetik nicht als destruktiver, sondern als Organisationsgedanke auftritt — das entspricht dem Geist des 20. Jahrhunderts mit seinen großen Zusammenfassungen auf dem sozialen Gebiete. An der Bildung dieses Geistes war aber das Proletariat selbst ganz hervorragend mit beteiligt.

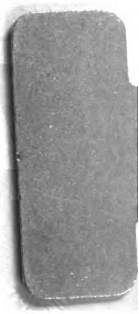
Und, schließlich, für uns, die wir alle Dinge vom Arbeiterstandpunkte betrachten, was soll uns der Beweis, daß man dem Arbeiter Energien zuführen müsse, weil der Staat und das Unternehmertum von ihm Energien verlangen! Das ist ja im Grunde genommen noch immer der alte Sklavenhalterstandpunkt, der den Arbeiter als Nutzobjekt betrachtet. Der Arbeiter ist nicht für den Staat und nicht für die Produktion da, sondern für sich selbst, und er betrachtet, wie jeder Mensch, sich selbst als das Zentrum der Welt. Was man uns erst umständlich beweisen will, das ist für uns die Voraussetzung unseres ganzen

Tuns. Der Arbeiter erſtrebt für ſich und die Seinigen Leben und Glück und verlangt deshalb ſeinen Anteil an der Kultur. Der Arbeiter faßt die Energetik von einem anderen Geſichtspunkt auf: jetzt ſieht er erſt, was ihm fehlt. Die Energetik zeigt dem Proletariat, daß ihm durch die kapitaliſtiſche Ausbeutung zwei Welten verloren gehen: die Welt außerhalb ihm und die Welt in ihm ſelbſt, die unentwickelt bleibt. Die Beſeitigung der Not iſt noch nicht das Glück, da gibt es noch einen großen Abſtand. Die materiellen Güter, die der Kapitaliſt den Arbeitern entzieht, das iſt das eine; die ſozialen und geiſtigen Energien, die die Arbeitermaſſen entwickeln würden, ſtünden ihnen dieſe materiellen Güter zur Verfügung, das iſt das andere. Der Arbeiter weiß gar nicht, was er leiſten könnte, wie reich das Leben iſt, wie hoch es ſteigen kann, wie glücklich und glückbringend ſein Lebenslauf ſein könnte. Daß Generationen mit ſtumpfen Sinnen verkümmern, darin ſteckt ſicher mehr Tragik, als in dem Umſtand, ob jemand ſein Lebtag Kartoffeln oder Trüffeln in Miſt verwandelte. Gewaltige Energien der Kunſt und Wiſſenſchaft, die in den Volksmaſſen ſtecken, gehen der Menſchheit verloren. Das iſt das Problem unſerer Zeit. Die Millionen ſagen zu den Tauſenden: „Laßt uns zum Lichte, und ihr ſollt mit uns und durch uns von Wiſſen und Schönheit umfloſſen werden!“

Du geblendeter Rieſe Proletariat, deſſen eiſerne Arme die Welt umfangen! Man hält dir die Augen zu, damit du die Welt nicht ſiehſt. Man ſchreckt dich, man wirft dich auch nieder, man ſchlägt dir zu Ader, um dir das Selbſtvertrauen zu rauben. Ratgeber finden ſich, winzige Menſchlein mit verrunzelten Altweibergeſichtern und verrunzelten Seelen, ſie raunen dir Geſpenſtergeſchichten ins Ohr, erzählen von Gefahren und Unmöglichkeiten, daß du kaum wagſt, einen Schritt zu tun. O laß dich nicht betören! Erhebe dich, wirf ab das Wurmgezücht, ſchließ die Augen auf: die Welt, die du ſuchſt, du hältſt ſie in deinen Armen! In dir die Stärke! Du haſt die Kraft — lerne nur, ſie zu gebrauchen!

DATE DUE

GAYLORD			PRINTED IN U.S.A.

The University Library
UNIVERSITY OF CALIFORNIA/RIVERSIDE

UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
AA 000 030 271 1